

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 14. September 1994 des Weltpostvereins

A. Zielsetzung

Deutschland ist Mitglied des Weltpostvereins. Grundlage für die weltweite internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Postbankwesens sind die Verträge des Weltpostvereins. Diese Verträge sind auf dem Weltpostkongreß Seoul 1994 überarbeitet und neu beschlossen worden. Sie sollen nunmehr für Deutschland in Kraft gesetzt werden.

B. Lösung

Den Verträgen wird durch Vertragsgesetz zugestimmt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Der Beitrag Deutschlands zu den Ausgaben des Weltpostvereins wird aus dem Bundeshaushalt getragen. Darüber hinaus entstehen für Bund, Länder und Gemeinden keine Haushaltsausgaben.

2. Vollzugsaufwand

Ein derartiger Aufwand ist nicht ersichtlich.

Fristablauf: 19. 12. 97

E. Sonstige Kosten

Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau und besonders das Verbraucherpreisniveau. Für Wirtschaftsunternehmen und besonders auch mittelständische Unternehmen werden keine zusätzlichen Kosten erwartet.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu den Verträgen vom 14. September 1994
des Weltpostvereins

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 970 02 – We 11/97

Bonn, den 7. November 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

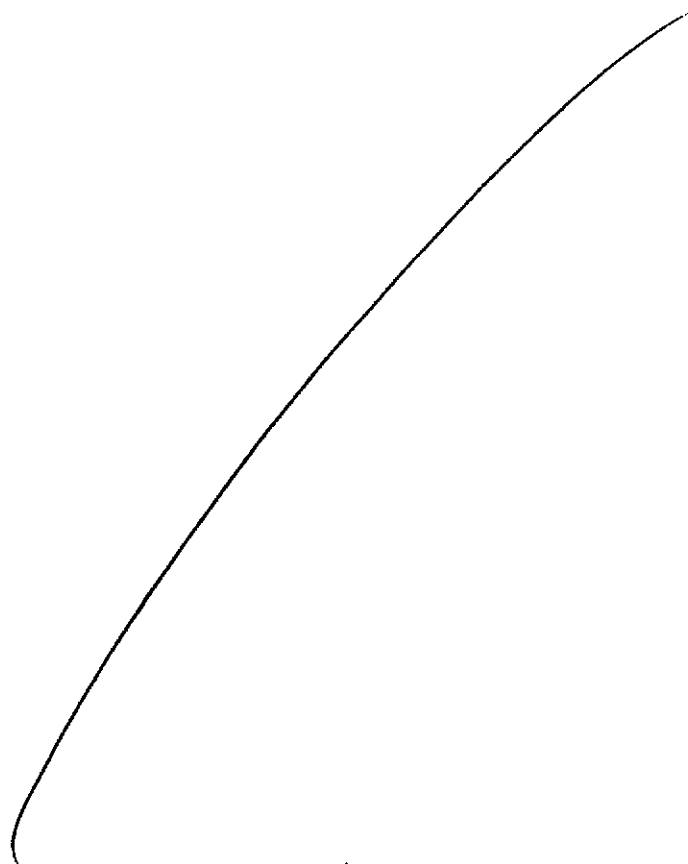
Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 14. September 1994 des Weltpostvereins

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Post und Telekommunikation.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 19. 12. 97



Entwurf**Gesetz
zu den Verträgen vom 14. September 1994
des Weltpostvereins****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Den folgenden in Seoul am 14. September 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Verträgen des Weltpostvereins,

1. Fünftes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins
2. Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nebst Anhang
3. Weltpostvertrag
4. Postpaketübereinkommen sowie der von den Postverwaltungen angenommenen Änderung von Artikel 5 Absatz 2, die der Bundesregierung durch Notifikation des Generaldirektors des Internationalen Büros des Weltpostvereins vom 19. Juni 1997 bestätigt worden ist
5. Postanweisungsübereinkommen
6. Postgiroübereinkommen und
7. Postnachnahmeübereinkommen

nebst Schlußprotokollen wird zugestimmt. Die Verträge nebst Schlußprotokollen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

(2) Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation kann den Wortlaut der Satzung in der vom Inkrafttreten des Fünftens Zusatzprotokolls an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Vollzugsordnungen vom 16. Februar 1995 zu den in Artikel 1 unter den Nummern 3 bis 7 genannten Verträgen sowie Änderungen, die der Rat für Postbetrieb des Weltpostvereins vor Zusammentreten des nächsten Weltpostkongresses zu diesen Vollzugsordnungen beschließt, in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Für die Bundesrepublik Deutschland nimmt die Deutsche Post AG die Rechte und Pflichten wahr, die sich für eine Postverwaltung im Verhältnis zu den Benutzern und zu anderen Postverwaltungen aus dem Weltpostvertrag, dem Postpaket- und dem Postnachnahmeübereinkommen sowie den dazugehörigen Vollzugsordnungen und Schlußprotokollen ergeben. Dies gilt nicht für die in Artikel 5 des Weltpostvertrages geregelte Herausgabe von Postwertzeichen; diese werden ausschließlich vom Bundesministerium für Post und Telekommunikation herausgegeben.

(2) Zur Wahrnehmung der in Absatz 1 Satz 1 genannten Rechte und Pflichten können auf Antrag auch andere Unternehmen zugelassen werden. Die Zulassung ist ausgeschlossen, soweit ausschließliche Rechte, die der Deutschen Post AG durch Bundesgesetz eingeräumt sind oder künftig eingeräumt werden, entgegenstehen. Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die erforderlichen Einzelheiten der Zulassung zu bestimmen; dabei ist das Auswahlver-

fahren zu regeln sowie zu bestimmen, welchen Inhalt die Zulassung hat und für welchen Zeitraum sie gilt. Für die Zulassung und deren Widerruf oder Rücknahme, in den Fällen der Rücknahme oder Ablehnung eines Antrages sowie bei Zurückweisung eines Widerspruchs werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Gebührentatbestände und Gebührensätze näher zu bestimmen. Die Rechtsverordnungen nach den Sätzen 3 und 5 ergehen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für Wirtschaft.

(3) Die sich aus dem Weltpostvertrag ergebende Pflicht, in einem fremden Land aufzugebene Briefpostsendungen zu befördern und sie den Empfängern auszuliefern, wird nach Maßgabe des Artikels 25 des Weltpostvertrages eingeschränkt. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Vorschriften über Inhalt, Umfang und Verfahren der Einschränkungen nach Maßgabe des Artikels 25 des Weltpostvertrages zu erlassen.

Artikel 4

Für die Bundesrepublik Deutschland nimmt die Deutsche Postbank AG die Rechte und Pflichten wahr, die sich für eine Postverwaltung im Verhältnis zu den Benutzern und zu anderen Postverwaltungen aus dem Postanweisungs- und dem Postgiroübereinkommen sowie den dazugehörigen Vollzugsordnungen und Schlußprotokollen ergeben. Die Vorschriften des Artikels 3 Abs. 2 Satz 1, 3 bis 6 gelten entsprechend.

Artikel 5

(1) Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation überwacht bei Unternehmen, die nach den Artikeln 3 und 4 für die Bundesrepublik Deutschland Rechte und Pflichten wahrnehmen, die Einhaltung der in Artikel 1 genannten Verträge des Weltpostvereins sowie der auf Grund der Artikel 2, 3 und 4 erlassenen Rechtsverordnungen. Es kann sich zur Erfüllung der in diesem Gesetz übertragenen Aufgaben der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post nach § 66 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes vom 25. Juli 1996 (BGBl. I S. 1120) oder einer anderen Behörde aus seinem Geschäftsbereich bedienen.

(2) Ergeben sich für die überwachende Behörde nach Absatz 1 Anhaltspunkte dafür, daß ein Unternehmen, das für die Bundesrepublik Deutschland die Rechte und Pflichten aus den Artikeln 3 und 4 wahrnimmt, gegen die in Artikel 1 genannten Verträge oder die auf Grund der Artikel 2 bis 4 erlassenen Verordnungen verstoßen hat, so gilt § 72 Abs. 2 bis 10 des Telekommunikationsgesetzes entsprechend. Stellt die überwachende Behörde einen derartigen Verstoß fest, so kann sie diejenigen Anordnungen erlassen, die erforderlich sind, um weitere Verstöße zu verhindern und die Folgen begangener Verstöße zu beheben.

Artikel 6

(1) Die Umrechnung des in den Verträgen des Weltpostvereins genannten Sonderziehungsrechts des Internationalen Währungsfonds in Deutsche Mark wird nach der Methode vorgenommen, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.

(2) Für die in den Verträgen aufgeführten Gebühren, Wertangabebeträge und Ersatzbeträge wird der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark zum 1. Januar jeden Jahres jeweils für ein Jahr im voraus als Durchschnittswert festgesetzt. Der Durchschnittswert wird aus den Tageskursen des Sonderziehungsrechts der zwölf Monate berechnet, die am 30. September vor der jeweiligen Festsetzung enden. Der jeweils festgesetzte Durchschnittswert ist im Bundesanzeiger bekanntzugeben.

Artikel 7

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Verträge des Weltpostvereins für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Verträge des Weltpostvereins findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 87f Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich; denn die Art und Weise, wie der Bund im Bereich des Postwesens flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen gewährleistet, wird durch Artikel 3 des Vertragsgesetzes für den internationalen Postdienst näher geregelt. Außerdem ist vorgesehen, daß Verordnungen nach den Artikeln 2, 3 und 4 ohne Zustimmung des Bundesrates ergehen.

Die Satzung des Weltpostvereins ist über einen Zeitraum von 25 Jahren durch fünf Zusatzprotokolle geändert worden; es erscheint daher angezeigt, sie in der Neufassung bekanntzumachen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 gibt dem Bundesminister für Post und Telekommunikation die Möglichkeit, die zu den Verträgen des Weltpostvereins vom 14. September 1994 gehörenden Vollzugsordnungen durch Verordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in innerstaatliches Recht umzusetzen. Nach Artikel 104 Nr. 9.2 Satz 2 der Allgemeinen Verfahrensordnung des Weltpostvereins kann der Rat für Postbetrieb des Weltpostvereins bei dringender Notwendigkeit eine Vollzugsordnung vor Zusammentreten des nächsten Weltpostkongresses ändern. Damit der Bundesminister für Post und Telekommunikation die Möglichkeit erhält, auch eine solche Änderung in gleicher Weise in innerstaatliches Recht umzusetzen, schließt die Ermächtigung diesen Fall ein.

Die den Verträgen des Weltpostvereins nachrangige Rechtsmaterie der Vollzugsordnungen legt keine Grundsätze und Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Postwesens fest; diese sind vielmehr Gegenstand der Verträge selbst. Die Vollzugsordnungen ergänzen die Verträge durch Detailregelungen und enthalten überwiegend Bestimmungen für die Ausführung der internationalen Post- und Postbankdienste.

Zu Artikel 3

Artikel 3 Absatz 1 beschreibt, dem gegenwärtigen Stand entsprechend, die Deutsche Post AG als das Unternehmen, das für die Bundesrepublik Deutschland diejenigen Rechte und Pflichten wahrnimmt, die sich für eine Postverwaltung im Verhältnis zu den Benutzern und zu anderen Postverwaltungen aus dem Weltpostvertrag, dem Postpaket- und dem Postnachnahmeübereinkommen sowie den dazugehörigen Vollzugsordnungen und Schlußprotokollen ergeben. Das Recht zur Herausgabe von Postwertzeichen allerdings verbleibt dem Bundesminister für Post und Telekommunikation. Dessen Rechte bleiben auch bezüglich der Festlegung, Bekanntgabe und Kontrolle von Qualitätsmerkmalen unberührt.

Die Möglichkeit, zur Wahrnehmung der genannten Rechte und Pflichten der Bundesrepublik Deutschland auf Antrag auch andere Unternehmen zuzulassen, wird durch Absatz 2 eröffnet. Die Zulassung ist ausgeschlossen, soweit ausschließliche Rechte der Deutschen Post AG entgegenstehen. Für die Zulassung und deren Widerruf oder Rücknahme, in den Fällen der Rücknahme oder Ablehnung eines Antrages sowie bei Rücknahme eines Widerspruchs werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Die erforderlichen Einzelheiten der Zulassung und der zu erhebenden Gebühren soll das Bundesministerium für Post und Telekommunikation im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für Wirtschaft durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates bestimmen dürfen.

Absatz 3 Satz 1 stellt fest, daß die sich aus dem Weltpostvertrag ergebende Pflicht, in einem fremden Land aufzugebene Briefpostsendungen auszuliefern, nach Maßgabe des Artikels 25 des Weltpostvertrages eingeschränkt wird. Die Einschränkungen gelten vor allem für Fälle, in welchen ein im Bestimmungsland

ansässiger Absender seine Sendungen im Ausland aufgibt, um aus den dort geltenden günstigeren Gebühren Nutzen zu ziehen (sog. ABA-Remailing). Durch Absatz 3 Satz 2 wird die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über Inhalt, Umfang und Verfahren der Einschränkungen nach Maßgabe des Artikels 25 des Weltpostvertrages zu erlassen. Die Bundesregierung erhält damit die Möglichkeit, die Handhabung der genannten Vorschrift im Mitgliedsland Deutschland des Weltpostvereins mit Wirkung gegenüber dem oder den betroffenen Postdienstbetreibern einheitlich zu regeln.

Zu Artikel 4

Artikel 4 beschreibt, dem gegenwärtigen Stand entsprechend, die Deutsche Postbank AG als das Unternehmen, das für die Bundesrepublik Deutschland diejenigen Rechte und Pflichten wahrnimmt, die sich für eine Postverwaltung im Verhältnis zu den Benutzern und zu anderen Postverwaltungen aus dem Postanweisungs- und dem Postgiroübereinkommen sowie den dazugehörigen Vollzugsordnungen und Schlußprotokollen ergeben. Durch Verweis auf Artikel 3 Absatz 2 wird die Möglichkeit, daß diese Rechte und Pflichten auf Antrag zudem auf andere Unternehmen übertragen werden, ebenso eröffnet wie im Postbereich. Die näheren Einzelheiten soll auch hier der Bundesminister für Post und Telekommunikation im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für Wirtschaft durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates regeln dürfen.

Zu Artikel 5

Die Bundesrepublik Deutschland steht den anderen Mitgliedsländern des Weltpostvereins dafür ein, daß die in Artikel 1 genannten Verträge des Weltpostvereins, die für sie beim Weltpostkongreß von Seoul unterzeichnet wurden, auch eingehalten werden. Sie kann dies ebenso wie bei den auf Grund der Artikel 2, 3 und 4 erlassenen Rechtsverordnungen nur gewährleisten, wenn Unternehmen, die nach den Artikeln 3 und 4 für die Bundesrepublik Deutschland Rechte und Pflichten wahrnehmen, entsprechend überwacht werden können. Nach Artikel 5 erhält das Bundesministerium für Post und Telekommunikation diese Möglichkeit; zur Überwachung kann es sich auch einer Behörde seines Geschäftsbereichs bedienen.

Ergeben sich für die überwachende Behörde Anhaltspunkte dafür, daß eines der oben genannten Unternehmen gegen die Verträge des Weltpostvereins oder die dazu erlassenen Verordnungen verstoßen hat, so hat sie die Befugnisse, die denen entsprechen, die die Regulierungsbehörde nach § 72 Abs. 2 bis 10 des Telekommunikationsgesetzes zur Erfüllung der ihr in diesem Gesetz übertragenen Aufgaben besitzt. Es handelt sich um ein Auskunftsrecht, ein Einsichts- und Prüfungsrecht, ein Durchsuchungs- sowie ein Beschlagnahmerecht; zur Durchsetzung dieser Rechte kann ein vergleichsweise hohes Zwangsgeld festgesetzt werden.

Stellt die überwachende Behörde einen der erwähnten Verstöße fest, so kann sie die erforderlichen Anordnungen erlassen, um weitere Verstöße zu verhindern und die Folgen begangener Verstöße zu beheben.

Zu Artikel 6

Artikel 6 regelt die Umrechnung des in den Verträgen des Weltpostvereins genannten Sonderziehungsrechts. Die gesetzliche Festlegung der Umrechnung ist für die innerstaatliche Anwendung der Verträge des Weltpostvereins notwendig. Für Gebühren, Wertangabebeträge und Ersatzbeträge muß aus betrieblichen Gründen ein Jahresmittelwert als sogenannter stabilisierter Umrechnungskurs bestimmt werden. Aus rechtsstaatlichen Gründen soll dieser Kurs jeweils im Bundesanzeiger bekanntgegeben werden.

Zu Artikel 7

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die am 14. September 1994 unterzeichneten Verträge des Weltpostvereins, und zwar das Fünfte Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins (BGBl. 1965 II S. 1636) nach seinem Artikel IX,

die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nach ihrem Artikel 131,
der Weltpostvertrag nach seinem Artikel 60,
das Postpaketübereinkommen nach seinem Artikel 43,
das Postanweisungsübereinkommen nach seinem Artikel 13,
das Postgiroübereinkommen nach seinem Artikel 18 und
das Postnachnahmeübereinkommen nach seinem Artikel 9
für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der Beitrag Deutschlands zu den Kosten des Weltpostvereins (Artikel 21 der Satzung in Verbindung mit Artikel 126 der Allgemeinen Verfahrensordnung) wird aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Darüber hinaus entstehen für Bund, Länder und Gemeinden keine Haushaltsausgaben. Durch die Ausführung des Gesetzes entstehender Aufwand ist nicht ersichtlich.

Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau und besonders das Verbraucherpreisniveau. In Einzelfällen können sich durch Anwendung der Gebührengrundsätze des Artikels 6 des Weltpostvertrages geringfügige Preisveränderungen für Post- und Postbankdienstleistungen ergeben. Für Wirtschaftsunternehmen und besonders auch mittelständische Unternehmen läßt das Gesetz keine zusätzlichen Kosten erwarten.

Satzung des Weltpostvereins

Constitution de l'Union postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Préambule

Titre I

Dispositions organiques

Chapitre I

Généralités

Article

- 1 Etendue et but de l'Union
- 2 Membres de l'Union
- 3 Ressort de l'Union
- 4 Relations exceptionnelles
- 5 Siège de l'Union
- 6 Langue officielle de l'Union
- 7 Unité monétaire
- 8 Unions restreintes. Arrangements spéciaux
- 9 Relations avec l'Organisation des Nations Unies
- 10 Relations avec les organisations internationales

Chapitre II

Adhésion ou admission à l'Union.
Sortie de l'Union

- 11 Adhésion ou admission à l'Union. Procédure
- 12 Sortie de l'Union. Procédure

Chapitre III

Organisation de l'Union

- 13 Organes de l'Union
- 14 Congrès
- 15 Congrès extraordinaires
- 16 Conférences administratives (supprimé)
- 17 Conseil d'administration
- 18 Conseil d'exploitation postale
- 19 Commissions spéciales (supprimé)
- 20 Bureau international

Chapitre IV

Finances de l'Union

- 21 Dépenses de l'Union. Contributions des Pays-membres

Inhaltsverzeichnis

Präambel

Titel I

Grundlegende Bestimmungen

Kapitel I

Allgemeines

Artikel

- 1 Wesen und Zweck des Vereins
- 2 Mitglieder des Vereins
- 3 Bereich des Vereins
- 4 Besondere Verbindungen
- 5 Sitz des Vereins
- 6 Amtssprache des Vereins
- 7 Währungseinheit
- 8 Engere Vereine. Besondere Vereinbarungen
- 9 Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen
- 10 Beziehungen zu internationalen Organisationen

Kapitel II

Beitritt oder Zulassung zum Verein.
Austritt aus dem Verein

- 11 Beitritt oder Zulassung zum Verein. Verfahren
- 12 Austritt aus dem Verein. Verfahren

Kapitel III

Organisation des Vereins

- 13 Organe des Vereins
- 14 Kongreß
- 15 Außerordentliche Kongresse
- 16 Verwaltungskonferenzen (weggefallen)
- 17 Verwaltungsrat
- 18 Rat für Postbetrieb
- 19 Sonderkommissionen (weggefallen)
- 20 Internationales Büro

Kapitel IV

Finanzen des Vereins

- 21 Ausgaben des Vereins. Beiträge der Mitgliedsländer

Titre II
Actes de l'Union

Chapitre I
Généralités

Article

- 22 Actes de l'Union
23 Application des Actes de l'Union aux territoires dont un Pays-membre assure les relations internationales
24 Législations nationales

Chapitre II
Acceptation et dénonciation
des Actes de l'Union

- 25 Signature, authentification, ratification et autres modes d'approbation des Actes de l'Union
26 Notification des ratifications et des autres modes d'approbation des Actes de l'Union
27 Adhésion aux Arrangements
28 Dénonciation d'un Arrangement

Chapitre III
Modification des Actes de l'Union

- 29 Présentation des propositions
30 Modification de la Constitution
31 Modification du Règlement général, de la Convention et des Arrangements

Chapitre IV
Règlement des différends

- 32 Arbitrages

Titre III
Dispositions finales

- 33 Mise à exécution et durée de la Constitution

Protocole final de la Constitution
de l'Union postale universelle

Article unique Adhésion à la Constitution

Annexes

Accord entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union postale universelle

Accord additionnel à l'accord entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union postale universelle

Titel II
Verträge des Vereins

Kapitel I
Allgemeines

Artikel

- 22 Verträge des Vereins
23 Anwendung der Verträge des Vereins auf Gebiete, deren internationale Beziehungen ein Mitgliedsland wahrnimmt
24 Innerstaatliche Rechtsvorschriften

Kapitel II
Annahme und Kündigung
der Verträge des Vereins

- 25 Unterzeichnung, Beglaubigung, Ratifizierung und andere Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins
26 Notifizierung der Ratifizierung und der anderen Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins
27 Beitritt zu den Übereinkommen
28 Kündigung eines Übereinkommens

Kapitel III
Änderung der Verträge des Vereins

- 29 Vorlage von Vorschlägen
30 Änderung der Satzung
31 Änderung der Allgemeinen Verfahrensordnung, des Weltpostvertrags und der Übereinkommen

Kapitel IV
Beilegung von Streitfällen

- 32 Schiedsgerichtsbarkeit

Titel III
Schlußbestimmungen

- 33 Inkrafttreten und Geltungsdauer der Satzung

Schlußprotokoll
zur Satzung des Weltpostvereins

Einziger Artikel Beitritt zur Satzung

Anlagen

Abkommen zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und dem Weltpostverein

Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und dem Weltpostverein

Constitution de l'Union postale universelle

Préambule

En vue de développer les communications entre les peuples par un fonctionnement efficace des services postaux et de contribuer à atteindre les buts élevés de la collaboration internationale dans les domaines culturel, social et économique,

les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont adopté, sous réserve de ratification, la présente Constitution.

Titre I Dispositions organiques

Chapitre I Généralités

Article premier

Etendue et but de l'Union

1. Les pays qui adoptent la présente Constitution forment, sous la dénomination d'Union postale universelle, un seul territoire postal pour l'échange réciproque des envois de la poste aux lettres. La liberté de transit est garantie dans le territoire entier de l'Union.

2. L'Union a pour but d'assurer l'organisation et le perfectionnement des services postaux et de favoriser, dans ce domaine, le développement de la collaboration internationale.

3. L'Union participe, dans la mesure de ses possibilités, à l'assistance technique postale demandée par ses Pays-membres.

Article 2 Membres de l'Union

Sont Pays-membres de l'Union:

- a) les pays qui possèdent la qualité de membre à la date de la mise en vigueur de la présente Constitution;
- b) les pays devenus membres conformément à l'article 11.

Article 3 Ressort de l'Union

L'Union a dans son ressort:

- a) les territoires des Pays-membres;
- b) les bureaux de poste établis par des Pays-membres dans des territoires non compris dans l'Union;
- c) les territoires qui, sans être membres de l'Union, sont compris dans celle-ci parce qu'ils relèvent, au point de vue postal, de Pays-membres.

Article 4 Relations exceptionnelles

Les Administrations postales qui desservent des territoires non compris dans l'Union sont tenues d'être les intermédiaires des autres Administrations. Les dispositions de la Convention et de son Règlement sont applicables à ces relations exceptionnelles.

Satzung des Weltpostvereins

Präambel

In dem Bestreben, die Verbindungen zwischen den Völkern durch eine wirkungsvolle Arbeitsweise der Postdienste zu fördern und einen Beitrag zur Erreichung der hohen Ziele der internationalen Zusammenarbeit auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu leisten,

haben die Regierungsbevollmächtigten der vertragschließenden Länder vorbehaltlich der Ratifizierung diese Satzung angenommen.

Titel I Grundlegende Bestimmungen

Kapitel I Allgemeines

Artikel 1

Wesen und Zweck des Vereins

1. Die Länder, die diese Satzung annehmen, bilden unter der Bezeichnung Weltpostverein ein einziges Postgebiet für den gegenseitigen Austausch der Briefsendungen. Die Freiheit des Durchgangs ist im gesamten Vereinsgebiet gewährleistet.

2. Zweck des Vereins ist der Aufbau und die Vervollkommenheit der Postdienste sowie die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich.

3. Der Verein beteiligt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der von den Mitgliedsländern gewünschten technischen Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens.

Artikel 2 Mitglieder des Vereins

Mitgliedsländer des Vereins sind

- a) die Länder, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung Mitglied sind,
- b) die Länder, die nach Artikel 11 Mitglied geworden sind.

Artikel 3 Bereich des Vereins

Zum Bereich des Vereins gehören

- a) die Gebiete der Mitgliedsländer,
- b) die Postämter, die von Mitgliedsländern in Gebieten eingerichtet worden sind, die dem Verein nicht angehören,
- c) die Gebiete, die, ohne selbst Mitglied des Vereins zu sein, dem Verein angehören, weil sie postalisch von einem Mitgliedsland abhängig sind.

Artikel 4 Besondere Verbindungen

Die Postverwaltungen, die Postverbindungen mit Gebieten unterhalten, die dem Verein nicht angehören, sind verpflichtet, den anderen Verwaltungen als Vermittler zu dienen. Für diese besonderen Verbindungen gelten die Bestimmungen des Weltpostvertrags und seiner Vollzugsordnung.

Article 5**Siège de l'Union**

Le siège de l'Union et de ses organes permanents est fixé à Berne.

Article 6**Langue officielle de l'Union**

La langue officielle de l'Union est la langue française.

Article 7**Unité monétaire**

L'unité monétaire utilisée dans les Actes de l'Union est l'unité de compte du Fonds monétaire international (FMI).

Article 8**Unions restreintes.
Arrangements spéciaux**

1. Les Pays-membres, ou leurs Administrations postales si la législation de ces pays ne s'y oppose pas, peuvent établir des Unions restreintes et prendre des arrangements spéciaux concernant le service postal international, à la condition toutefois de ne pas y introduire des dispositions moins favorables pour le public que celles qui sont prévues par les Actes auxquels les Pays-membres intéressés sont parties.

2. Les Unions restreintes peuvent envoyer des observateurs aux Congrès, Conférences et réunions de l'Union, au Conseil d'administration ainsi qu'au Conseil d'exploitation postale.

3. L'Union peut envoyer des observateurs aux Congrès, Conférences et réunions des Unions restreintes.

Article 9**Relations avec
l'Organisation des Nations Unies**

Les relations entre l'Union et l'Organisation des Nations Unies sont réglées par les Accords dont les textes sont annexés à la présente Constitution.

Article 10**Relations avec les organisations internationales**

Afin d'assurer une coopération étroite dans le domaine postal international, l'Union peut collaborer avec les organisations internationales ayant des intérêts et des activités connexes.

Chapitre II**Adhésion ou admission à l'Union.
Sortie de l'Union****Article 11****Adhésion ou admission à l'Union.
Procédure**

1. Tout membre de l'Organisation des Nations Unies peut adhérer à l'Union.

2. Tout pays souverain non membre de l'Organisation des Nations Unies peut demander son admission en qualité de Pays-membre de l'Union.

3. L'adhésion ou la demande d'admission à l'Union doit comporter une déclaration formelle d'adhésion à la Constitution et aux Actes obligatoires de l'Union. Elle est adressée par le Gouvernement du pays intéressé au Directeur général du Bureau interna-

Artikel 5**Sitz des Vereins**

Sitz des Vereins und seiner ständigen Organe ist Bern.

Artikel 6**Amtssprache des Vereins**

Amtssprache des Vereins ist die französische Sprache.

Artikel 7**Währungseinheit**

Die in den Verträgen des Vereins verwendete Währungseinheit ist die Rechnungseinheit des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Artikel 8**Engere Vereine.
Besondere Vereinbarungen**

1. Die Mitgliedsländer oder, wenn es mit den Rechtsvorschriften dieser Länder vereinbar ist, ihre Postverwaltungen können Engere Vereine gründen und besondere Vereinbarungen über den internationalen Postdienst schließen; diese Vereinbarungen dürfen jedoch keine Bestimmungen enthalten, die für die Postbenutzer ungünstiger sind als die Bestimmungen der Verträge, denen die betreffenden Mitgliedsländer beigetreten sind.

2. Die Engeren Vereine können Beobachter zu den Kongressen, Konferenzen und Tagungen des Vereins, zum Verwaltungsrat und zum Rat für Postbetrieb entsenden.

3. Der Verein kann Beobachter zu den Kongressen, Konferenzen und Tagungen der Engeren Vereine entsenden.

Artikel 9**Beziehungen zur
Organisation der Vereinten Nationen**

Die Beziehungen zwischen dem Verein und der Organisation der Vereinten Nationen sind in den Abkommen geregelt, deren Texte dieser Satzung als Anlagen beigefügt sind.

Artikel 10**Beziehungen zu internationalen Organisationen**

Um eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet des internationalen Postwesens zu gewährleisten, kann der Verein mit den internationalen Organisationen zusammenarbeiten, die gleichartige Interessen und Tätigkeitsbereiche haben.

Kapitel II**Beitritt oder Zulassung zum Verein.
Austritt aus dem Verein****Artikel 11****Beitritt oder Zulassung zum Verein.
Verfahren**

1. Jedes Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen kann dem Verein beitreten.

2. Jedes souveräne Land, das nicht Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen ist, kann seine Zulassung als Mitgliedsland des Vereins beantragen.

3. Der Beitritt oder der Antrag auf Zulassung zum Verein muß von einer förmlichen Erklärung über den Beitritt zur Satzung und zu den verbindlichen Verträgen des Vereins begleitet sein. Das betreffende Dokument ist von der Regierung des jeweiligen Lan-

tional, qui, selon le cas, notifie l'adhésion ou consulte les Pays-membres sur la demande d'admission.

4. Le pays non membre de l'Organisation des Nations Unies est considéré comme admis en qualité de Pays-membre si sa demande est approuvée par les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union. Les Pays-membres qui n'ont pas répondu dans le délai de quatre mois sont considérés comme s'abstenant.

5. L'adhésion ou l'admission en qualité de membre est notifiée par le Directeur général du Bureau international aux Gouvernements des Pays-membres. Elle prend effet à partir de la date de cette notification.

Article 12

Sortie de l'Union. Procédure

1. Chaque Pays-membre a la faculté de se retirer de l'Union moyennant dénonciation de la Constitution donnée par le Gouvernement du pays intéressé au Directeur général du Bureau international et par celui-ci aux Gouvernements des Pays-membres.

2. La sortie de l'Union devient effective à l'expiration d'une année à partir du jour de réception par le Directeur général du Bureau international de la dénonciation prévue au paragraphe 1.

Chapitre III

Organisation de l'Union

Article 13

Organes de l'Union

1. Les organes de l'Union sont le Congrès, le Conseil d'administration, le Conseil d'exploitation postale et le Bureau international.

2. Les organes permanents de l'Union sont le Conseil d'administration, le Conseil d'exploitation postale et le Bureau international.

Article 14

Congrès

1. Le Congrès est l'organe suprême de l'Union.
2. Le Congrès se compose des représentants des Pays-membres.

Article 15

Congrès extraordinaires

Un Congrès extraordinaire peut être réuni à la demande ou avec l'assentiment des deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union.

Article 16

Conférences administratives

(Supprimé)

Article 17

Conseil d'administration

1. Entre deux Congrès, le Conseil d'administration (CA) assure la continuité des travaux de l'Union conformément aux dispositions des Actes de l'Union.

2. Les membres du Conseil d'administration exercent leurs fonctions au nom et dans l'intérêt de l'Union.

des an den Generaldirektor des Internationalen Büros zu richten, der den Beitritt notifiziert beziehungsweise die Mitgliedsländer wegen des Zulassungsantrags konsultiert.

4. Ein Land, das nicht Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen ist, gilt als Mitgliedsland zugelassen, wenn sein Antrag von mindestens zwei Dritteln der Mitgliedsländer des Vereins genehmigt worden ist. Hat ein Mitgliedsland nicht binnen vier Monaten geantwortet, so gilt dies als Stimmenthaltung.

5. Der Beitritt oder die Zulassung als Mitglied wird vom Generaldirektor des Internationalen Büros den Regierungen der Mitgliedsländer notifiziert. Der Beitritt oder die Zulassung wird mit dem Tag der Notifizierung wirksam.

Artikel 12

Austritt aus dem Verein. Verfahren

1. Jedes Mitgliedsland kann durch Kündigung der Satzung aus dem Verein austreten; das Kündigungsschreiben ist von der Regierung des betreffenden Landes an den Generaldirektor des Internationalen Büros zu richten, und die Regierungen der Mitgliedsländer sind von diesem entsprechend zu unterrichten.

2. Der Austritt aus dem Verein wird nach Ablauf eines Jahres wirksam, vom Tag des Eingangs des in Absatz 1 vorgesehenen Kündigungsschreibens beim Generaldirektor des Internationalen Büros an gerechnet.

Kapitel III

Organisation des Vereins

Artikel 13

Organe des Vereins

1. Die Organe des Vereins sind der Kongreß, der Verwaltungsrat, der Rat für Postbetrieb und das Internationale Büro.

2. Die ständigen Organe des Vereins sind der Verwaltungsrat, der Rat für Postbetrieb und das Internationale Büro.

Artikel 14

Kongreß

1. Der Kongreß ist das oberste Organ des Vereins.
2. Der Kongreß setzt sich aus den Vertretern der Mitgliedsländer zusammen.

Artikel 15

Außerordentliche Kongresse

Ein außerordentlicher Kongreß kann auf Antrag oder mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitgliedsländer des Vereins einberufen werden.

Artikel 16

Verwaltungskonferenzen

(weggefallen)

Artikel 17

Verwaltungsrat

1. Der Verwaltungsrat (VR) gewährleistet in der Zeit zwischen zwei Kongressen die Fortführung der Arbeiten des Vereins nach den Bestimmungen der Verträge des Vereins.

2. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihre Tätigkeit im Namen und im Interesse des Vereins aus.

Article 18**Conseil d'exploitation postale**

Le Conseil d'exploitation postale (CEP) est chargé des questions d'exploitation, commerciales, techniques et économiques intéressant le service postal.

Article 19**Commissions spéciales**

(Supprimé)

Article 20**Bureau international**

Un office central, fonctionnant au siège de l'Union sous la dénomination de Bureau international de l'Union postale universelle, dirigé par un Directeur général et placé sous le contrôle du Conseil d'administration, sert d'organe d'exécution, d'appui, de liaison, d'information et de consultation.

Chapitre IV**Finances de l'Union****Article 21****Dépenses de l'Union.
Contributions des Pays-membres**

1. Chaque Congrès arrête le montant maximal que peuvent atteindre:

- a) annuellement les dépenses de l'Union;
- b) les dépenses afférentes à la réunion du prochain Congrès.

2. Le montant maximal des dépenses prévu au paragraphe 1 peut être dépassé si les circonstances l'exigent, sous réserve que soient observées les dispositions y relatives du Règlement général.

3. Les dépenses de l'Union, y compris éventuellement les dépenses visées au paragraphe 2, sont supportées en commun par les Pays-membres de l'Union. A cet effet, chaque Pays-membre choisit la classe de contribution dans laquelle il entend être rangé. Les classes de contribution sont fixées dans le Règlement général.

4. En cas d'adhésion ou d'admission à l'Union en vertu de l'article 11, le pays intéressé choisit librement la classe de contribution dans laquelle il désire être rangé au point de vue de la répartition des dépenses de l'Union.

Titre II**Actes de l'Union****Chapitre I****Généralités****Article 22****Actes de l'Union**

1. La Constitution est l'Acte fondamental de l'Union. Elle contient les règles organiques de l'Union.

2. Le Règlement général comporte les dispositions assurant l'application de la Constitution et le fonctionnement de l'Union. Il est obligatoire pour tous les Pays-membres.

3. La Convention postale universelle et son Règlement d'exécution comportent les règles communes applicables au service

Artikel 18**Rat für Postbetrieb**

Der Rat für Postbetrieb (RPB) ist beauftragt, sich mit betrieblichen, kommerziellen, technischen und wirtschaftlichen Fragen, die für den Postdienst von Interesse sind, zu befassen.

Artikel 19**Sonderkommissionen**

(weggefallen)

Artikel 20**Internationales Büro**

Eine zentrale Stelle, die am Sitz des Vereins unter der Bezeichnung Internationales Büro des Weltpostvereins tätig ist, von einem Generaldirektor geleitet wird und unter der Aufsicht des Verwaltungsrats steht, dient als Ausführungs-, Unterstützungs-, Verbindungs-, Auskunfts- und Beratungsorgan.

Kapitel IV**Finanzen des Vereins****Artikel 21****Ausgaben des Vereins.
Beiträge der Mitgliedsländer**

1. Jeder Kongreß setzt den Höchstbetrag fest, den

- a) die jährlichen Ausgaben des Vereins,
 - b) die Ausgaben für das Zusammentreten des nächsten Kongresses
- erreichen dürfen.

2. Der Höchstbetrag der Ausgaben nach Absatz 1 darf erforderlichenfalls unter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen der Allgemeinen Verfahrensordnung überschritten werden.

3. Die Ausgaben des Vereins, gegebenenfalls einschließlich der Ausgaben nach Absatz 2, werden von den Mitgliedsländern des Vereins gemeinsam getragen. Hierfür wählt jedes Land die Beitragsklasse, in die es eingereiht werden möchte. Die Beitragsklassen sind in der Allgemeinen Verfahrensordnung festgelegt.

4. Im Falle des Beitritts oder der Zulassung zum Verein nach Artikel 11 wählt das betreffende Land frei die Beitragsklasse, in die es im Hinblick auf die Aufteilung der Ausgaben des Vereins eingereiht werden möchte

Titel II**Verträge des Vereins****Kapitel I****Allgemeines****Artikel 22****Verträge des Vereins**

1. Die Satzung ist der Grundvertrag des Vereins. Sie enthält die grundlegenden Bestimmungen des Vereins.

2. Die Allgemeine Verfahrensordnung enthält die Bestimmungen für die Anwendung der Satzung und für die Arbeitsweise des Vereins. Sie ist für alle Mitgliedsländer verbindlich.

3. Der Weltpostvertrag und seine Vollzugsordnung enthalten die gemeinsamen Vorschriften für den internationalen Postdienst

postal international et les dispositions concernant les services de la poste aux lettres. Ces Actes sont obligatoires pour tous les Pays-membres.

4. Les Arrangements de l'Union et leurs Règlements d'exécution règlent les services autres que ceux de la poste aux lettres entre les Pays-membres qui y sont parties. Ils ne sont obligatoires que pour ces pays.

5. Les Règlements d'exécution, qui contiennent les mesures d'application nécessaires à l'exécution de la Convention et des Arrangements, sont arrêtés par le Conseil d'exploitation postale, compte tenu des décisions prises par le Congrès.

6. Les Protocoles finals éventuels annexés aux Actes de l'Union visés aux paragraphes 3, 4 et 5 contiennent les réserves à ces Actes.

Article 23

Application des Actes de l'Union aux territoires dont un Pays-membre assure les relations internationales

1. Tout pays peut déclarer à tout moment que l'acceptation par lui des Actes de l'Union comprend tous les territoires dont il assure les relations internationales, ou certains d'entre eux seulement.

2. La déclaration prévue au paragraphe 1 doit être adressée au Directeur général du Bureau international.

3. Tout Pays-membre peut en tout temps adresser au Directeur général du Bureau international une notification en vue de dénoncer l'application des Actes de l'Union pour lesquels il a fait la déclaration prévue au paragraphe 1. Cette notification produit ses effets un an après la date de sa réception par le Directeur général du Bureau international.

4. Les déclarations et notifications prévues aux paragraphes 1 et 3 sont communiquées aux Pays-membres par le Directeur général du Bureau international.

5. Les paragraphes 1 à 4 ne s'appliquent pas aux territoires possédant la qualité de membre de l'Union et dont un Pays-membre assure les relations internationales.

Article 24

Législations nationales

Les stipulations des Actes de l'Union ne portent pas atteinte à la législation de chaque Pays-membre dans tout ce qui n'est pas expressément prévu par ces Actes.

Chapitre II

Acceptation et dénonciation des Actes de l'Union

Article 25

Signature, authentification, ratification et autres modes d'approbation des Actes de l'Union

1. Les Actes de l'Union issus du Congrès sont signés par les plénipotentiaires des Pays-membres.

2. Les Règlements d'exécution sont authentifiés par le Président et le Secrétaire général du Conseil d'exploitation postale.

3. La Constitution est ratifiée aussitôt que possible par les pays signataires.

4. L'approbation des Actes de l'Union autres que la Constitution est régie par les règles constitutionnelles de chaque pays signataire.

und die Bestimmungen über die Briefdienste. Diese Verträge sind für alle Mitgliedsländer verbindlich.

4. Die Übereinkommen des Vereins und ihre Vollzugsordnungen regeln die Postdienste, mit Ausnahme der Briefdienste, für diejenigen Mitgliedsländer, die den betreffenden Übereinkommen beigetreten sind. Sie sind nur für diese Länder verbindlich.

5. Die Vollzugsordnungen, welche die für die Durchführung des Weltpostvertrags und der Übereinkommen erforderlichen Vorschriften enthalten, werden vom Rat für Postbetrieb unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Kongresses beschlossen.

6. Die Schlußprotokolle, die den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Verträgen des Vereins gegebenenfalls beigefügt sind, enthalten die Vorbehalte zu diesen Verträgen.

Artikel 23

Anwendung der Verträge des Vereins auf Gebiete, deren internationale Beziehungen ein Mitgliedsland wahrnimmt

1. Jedes Land kann jederzeit für sich erklären, daß die Annahme der Verträge des Vereins auch für alle oder nur einen Teil der Gebiete gilt, deren internationale Beziehungen es wahrnimmt.

2. Die in Absatz 1 vorgesehene Erklärung ist an den Generaldirektor des Internationalen Büros zu richten.

3. Jedes Mitgliedsland kann jederzeit eine Notifikation an den Generaldirektor des Internationalen Büros richten, um die Verträge des Vereins zu kündigen, für die es die in Absatz 1 vorgesehene Erklärung abgegeben hat. Diese Notifikation wird ein Jahr nach dem Tag ihres Eingangs beim Generaldirektor des Internationalen Büros wirksam.

4. Der Generaldirektor des Internationalen Büros unterrichtet die Mitgliedsländer über die in den Absätzen 1 und 3 vorgesehenen Erklärungen und Notifikationen.

5. Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht für Gebiete, die Mitglied des Vereins sind und deren internationale Beziehungen ein Mitgliedsland wahrnimmt.

Artikel 24

Innerstaatliche Rechtsvorschriften

Die Bestimmungen der Verträge des Vereins lassen die Rechtsvorschriften der Mitgliedsländer insoweit unberührt, als diese Verträge nicht ausdrücklich eine andere Regelung treffen.

Kapitel II

Annahme und Kündigung der Verträge des Vereins

Artikel 25

Unterzeichnung, Beglaubigung, Ratifizierung und andere Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins

1. Die vom Kongreß verabschiedeten Verträge des Vereins werden von den Bevollmächtigten der Mitgliedsländer unterzeichnet.

2. Die Vollzugsordnungen werden vom Präsidenten und vom Generalsekretär des Rates für Postbetrieb beglaubigt.

3. Die Satzung wird von den Unterzeichnerländern so bald wie möglich ratifiziert.

4. Die Genehmigung der Verträge des Vereins mit Ausnahme der Satzung regelt sich nach dem Verfassungsrecht jedes Unterzeichnerlandes.

5. Lorsqu'un pays ne ratifie pas la Constitution ou n'approuve pas les autres Actes signés par lui, la Constitution et les autres Actes n'en sont pas moins valables pour les pays qui les ont ratifiés ou approuvés.

Article 26

Notification des ratifications et des autres modes d'approbation des Actes de l'Union

Les instruments de ratification de la Constitution, des Protocoles additionnels à celle-ci et éventuellement d'approbation des autres Actes de l'Union sont déposés dans le plus bref délai auprès du Directeur général du Bureau international, qui notifie ces dépôts aux Gouvernements des Pays-membres.

Article 27

Adhésion aux Arrangements

1. Les Pays-membres peuvent, en tout temps, adhérer à un ou à plusieurs des Arrangements prévus à l'article 22, paragraphe 4.
2. L'adhésion des Pays-membres aux Arrangements est notifiée conformément à l'article 11, paragraphe 3.

Article 28

Dénonciation d'un Arrangement

Chaque Pays-membre a la faculté de cesser sa participation à un ou plusieurs des Arrangements, aux conditions stipulées à l'article 12.

Chapitre III

Modification des Actes de l'Union

Article 29

Présentation des propositions

1. L'Administration postale d'un Pays-membre a le droit de présenter, soit au Congrès, soit entre deux Congrès, des propositions concernant les Actes de l'Union auxquels son pays est partie.
2. Toutefois, les propositions concernant la Constitution et le Règlement général ne peuvent être soumises qu'au Congrès.

Article 30

Modification de la Constitution

1. Pour être adoptées, les propositions soumises au Congrès et relatives à la présente Constitution doivent être approuvées par les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union.
2. Les modifications adoptées par un Congrès font l'objet d'un protocole additionnel et, sauf décision contraire de ce Congrès, entrent en vigueur en même temps que les Actes renouvelés au cours du même Congrès. Elles sont ratifiées aussitôt que possible par les Pays-membres et les instruments de cette ratification sont traités conformément à la règle requise à l'article 26.

Article 31

Modification du Règlement général, de la Convention et des Arrangements

1. Le Règlement général, la Convention et les Arrangements fixent les conditions auxquelles est subordonnée l'approbation des propositions qui les concernent.
2. Les Actes visés au paragraphe 1 sont mis à exécution simultanément et ils ont la même durée. Dès le jour fixé par le

5. Wenn ein Land die Satzung nicht ratifiziert oder die von ihm unterzeichneten anderen Verträge nicht genehmigt, bleiben die Satzung und die anderen Verträge gleichwohl für die Länder verbindlich, die sie ratifiziert oder genehmigt haben.

Artikel 26

Notifizierung der Ratifizierung und der anderen Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins

Die Urkunden über die Ratifizierung der Satzung, der Zusatzprotokolle dazu und gegebenenfalls über die Genehmigung der anderen Verträge des Vereins werden innerhalb kürzester Frist beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt; dieser notifiziert die Hinterlegungen den Regierungen der Mitgliedsländer.

Artikel 27

Beitritt zu den Übereinkommen

1. Die Mitgliedsländer können jederzeit einem oder mehreren der in Artikel 22 Absatz 4 genannten Übereinkommen beitreten.
2. Der Beitritt von Mitgliedsländern zu den Übereinkommen wird nach Artikel 11 Absatz 3 notifiziert.

Artikel 28

Kündigung eines Übereinkommens

Jedes Mitgliedsland kann von einem oder mehreren Übereinkommen unter den in Artikel 12 festgelegten Bedingungen zurücktreten.

Kapitel III

Änderung der Verträge des Vereins

Artikel 29

Vorlage von Vorschlägen

1. Die Postverwaltung eines Mitgliedslandes hat das Recht, dem Kongreß oder in der Zeit zwischen zwei Kongressen Vorschläge zu den Verträgen des Vereins vorzulegen, denen ihr Land beigetreten ist.
2. Vorschläge zur Satzung und zur Allgemeinen Verfahrensordnung können jedoch nur dem Kongreß vorgelegt werden.

Artikel 30

Änderung der Satzung

1. Die dem Kongreß vorgelegten Vorschläge zu dieser Satzung bedürfen, um angenommen zu werden, der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitgliedsländer des Vereins.
2. Die von einem Kongreß angenommenen Änderungen werden Gegenstand eines Zusatzprotokolls und treten vorbehaltlich einer anderen Entscheidung dieses Kongresses zur selben Zeit wie die im Laufe desselben Kongresses erneuerten Verträge in Kraft. Sie werden so bald wie möglich von den Mitgliedsländern ratifiziert; die Ratifikationsurkunden werden nach Artikel 26 behandelt.

Artikel 31

Änderung der Allgemeinen Verfahrensordnung, des Weltpostvertrags und der Übereinkommen

1. Die Allgemeine Verfahrensordnung, der Weltpostvertrag und die Übereinkommen legen die Bedingungen fest, denen die Genehmigung der sie betreffenden Vorschläge unterliegt.
2. Die in Absatz 1 genannten Verträge treten gleichzeitig in Kraft und haben dieselbe Geltungsdauer. An dem vom Kongreß

Congrès pour la mise à exécution de ces Actes, les Actes correspondants du Congrès précédent sont abrogés.

für das Inkrafttreten dieser Verträge festgesetzten Tag treten die entsprechenden Verträge des vorangegangenen Kongresses außer Kraft.

Chapitre IV **Règlement des différends**

Article 32 **Arbitrages**

En cas de différend entre deux ou plusieurs Administrations postales des Pays-membres relativement à l'interprétation des Actes de l'Union ou de la responsabilité dérivant, pour une Administration postale, de l'application de ces Actes, la question en litige est réglée par jugement arbitral.

Titre III **Dispositions finales**

Article 33 **Mise à exécution** **et durée de la Constitution**

La présente Constitution sera mise à exécution le 1^{er} janvier 1966 et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé la présente Constitution en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement du pays siège de l'Union. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Vienne, le 10 juillet 1964.

Kapitel IV **Beilegung von Streitfällen**

Artikel 32 **Schiedsgerichtsbarkeit**

Bei Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Postverwaltungen der Mitgliedsländer über die Auslegung der Verträge des Vereins oder die Verantwortlichkeit, die sich für eine Postverwaltung aus der Anwendung dieser Verträge ergibt, wird die strittige Frage durch Schiedsspruch geregelt.

Titel III **Schlußbestimmungen**

Artikel 33 **Inkrafttreten** **und Geltungsdauer der Satzung**

Diese Satzung tritt am 1. Januar 1966 in Kraft und gilt für unbestimmte Zeit.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der vertragschließenden Länder diese Satzung in einer Urschrift unterzeichnet, die im Archiv der Regierung des Landes hinterlegt wird, in dem der Verein seinen Sitz hat. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Wien am 10. Juli 1964.

Protocole final de la Constitution de l'Union postale universelle

Au moment de procéder à la signature de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article unique

Adhésion à la Constitution

Les pays-membres de l'Union qui n'ont pas signé la Constitution peuvent y adhérer en tout temps. L'instrument d'adhésion est adressé par la voie diplomatique au Gouvernement du pays siège de l'Union et, par ce dernier, aux Gouvernements des Pays-membres de l'Union.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Constitution, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement du pays siège de l'Union. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Vienne, le 10 juillet 1964.

Schlußprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins

Bei der Unterzeichnung der am heutigen Tage beschlossenen Satzung des Weltpostvereins haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Einziger Artikel

Beitritt zur Satzung

Die Mitgliedsländer des Vereins, die die Satzung nicht unterzeichnet haben, können ihr jederzeit beitreten. Die Beitrittsurkunde ist auf diplomatischem Wege an die Regierung des Landes zu richten, in dem der Verein seinen Sitz hat, und die Regierungen der Mitgliedsländer des Vereins sind von dieser entsprechend zu unterrichten.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll gefertigt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut der Satzung selbst enthalten wären; sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die im Archiv der Regierung des Landes hinterlegt wird, in dem der Verein seinen Sitz hat. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Wien am 10. Juli 1964.

Annexes

Anlagen

**Accord
entre l'Organisation des Nations Unies
et l'Union postale universelle**

Préambule

Vu les obligations qui incombent à l'Organisation des Nations Unies selon l'article 57 de la Charte des Nations Unies, l'Organisation des Nations Unies et l'Union postale universelle conviennent de ce qui suit:

Article I

L'Organisation des Nations Unies reconnaît l'Union postale universelle (désignée ci-dessous sous le nom de «l'Union») comme étant l'institution spécialisée chargée de prendre toutes les mesures conformes à son acte constitutif pour atteindre les buts qu'elle s'est fixés dans cet acte.

Article II

Représentation réciproque

1. Des représentants de l'Organisation des Nations Unies seront invités à assister aux Congrès, Conférences administratives et Commissions de l'Union, et à participer, sans droit de vote, aux délibérations de ces réunions.

2. Des représentants de l'Union seront invités à assister aux réunions du Conseil économique et social des Nations Unies (désigné ci-dessous sous le nom de «le Conseil»), de ses Commissions ou Comités et à participer, sans droit de vote, aux délibérations de ces organes, lorsque seront traitées les questions inscrites à l'ordre du jour auxquelles l'Union serait intéressée.

3. Des représentants de l'Union seront invités à assister, à titre consultatif, aux réunions de l'Assemblée générale au cours desquelles des questions qui sont de la compétence de l'Union doivent être discutées, et à participer, sans droit de vote, aux délibérations des Commissions principales de l'Assemblée générale traitant des questions auxquelles l'Union serait intéressée.

4. Le Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies effectuera la distribution de toutes communications écrites présentées par l'Union aux membres de l'Assemblée générale, du Conseil et de ses organes ainsi que du Conseil de tutelle, selon le cas. De même, des communications écrites présentées par l'Organisation des Nations Unies seront distribuées par l'Union à ses membres.

Article III

Inscription de questions à l'ordre du jour

Sous réserve des consultations préliminaires qui pourraient être nécessaires, l'Union inscrira à l'ordre du jour de ses Congrès, Conférences administratives ou Commissions ou, le cas échéant, soumettra à ses membres suivant la procédure prévue par la Convention postale universelle, les questions portées devant elle par l'Organisation des Nations Unies. Réciproquement, le Conseil, ses Commissions et Comités, de même que le Conseil de tutelle, inscriront à leur ordre du jour les questions qui leur seront soumises par l'Union.

Article IV

Recommandations
de l'Organisation des Nations Unies

1. L'Union prendra toutes mesures pour soumettre aussitôt que possible, à toutes fins utiles, à ses Congrès, Conférences admi-

**Abkommen
zwischen der Organisation der Vereinten Nationen
und dem Weltpostverein**

Präambel

Im Hinblick auf die der Organisation der Vereinten Nationen nach Artikel 57 der Charta der Vereinten Nationen obliegenden Verpflichtungen haben die Organisation der Vereinten Nationen und der Weltpostverein folgendes vereinbart:

Artikel I

Die Organisation der Vereinten Nationen erkennt den Weltpostverein (im folgenden „Verein“ genannt) als Sonderorganisation an, welche die Aufgabe hat, alle ihrem Grundvertrag entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um die darin festgesetzten Ziele zu erreichen.

Artikel II

Wechselseitige Entsendung von Vertretern

1. Vertreter der Organisation der Vereinten Nationen werden eingeladen, den Kongressen, Verwaltungskonferenzen und Zusammenkünften der Ausschüsse des Vereins beizuwohnen und an den Beratungen dieser Versammlungen ohne Stimmrecht teilzunehmen.

2. Vertreter des Vereins werden eingeladen, den Tagungen des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (im folgenden „Rat“ genannt), seiner Kommissionen oder Ausschüsse beizuwohnen und an den Beratungen dieser Organe ohne Stimmrecht teilzunehmen, wenn Tagesordnungspunkte behandelt werden, die für den Verein von Interesse sein könnten.

3. Vertreter des Vereins werden eingeladen, sowohl den Tagungen der Generalversammlung als Berater beizuwohnen, auf denen Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich des Vereins besprochen werden sollen, als auch ohne Stimmrecht an den Beratungen der Hauptausschüsse der Generalversammlung teilzunehmen, bei denen Fragen behandelt werden, die für den Verein von Interesse sein könnten.

4. Das Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen verteilt alle vom Verein vorgelegten schriftlichen Mitteilungen je nach Fall an die Mitglieder der Generalversammlung, des Rates und seiner Organe sowie des Treuhandrats. Ebenso verteilt der Verein die von der Organisation der Vereinten Nationen vorgelegten schriftlichen Mitteilungen an seine Mitglieder.

Artikel III

Aufnahme von Fragen in die Tagesordnung

Der Verein nimmt die ihm von der Organisation der Vereinten Nationen vorgelegten Fragen vorbehaltlich eventuell erforderlicher Vorbesprechungen in die Tagesordnung seiner Kongresse, Verwaltungskonferenzen oder Ausschüsse auf oder legt sie gegebenenfalls nach dem im Weltpostvertrag vorgesehenen Verfahren seinen Mitgliedern vor. Umgekehrt nehmen der Rat, seine Kommissionen und Ausschüsse sowie der Treuhandrat die ihnen vom Verein vorgelegten Fragen in ihre Tagesordnung auf.

Artikel IV

Empfehlungen
der Organisation der Vereinten Nationen

1. Der Verein trifft alle Maßnahmen, um jede von der Organisation der Vereinten Nationen gegebenenfalls an ihn gerichtete

nistratives et Commissions ou à ses membres, suivant la procédure prévue par la Convention postale universelle, toute recommandation officielle que l'Organisation des Nations Unies pourrait lui adresser. Ces recommandations seront adressées à l'Union et non directement à ses membres.

2. L'Union procédera à des échanges de vues avec l'Organisation des Nations Unies sur sa demande, au sujet de ces recommandations, et fera rapport en temps opportun à l'Organisation sur la suite donnée, par l'Union ou par ses membres, auxdites recommandations ou sur tous autres résultats qui auraient suivi la prise en considération de ces recommandations.

3. L'Union coopérera à toute autre mesure nécessaire pour assurer la coordination effective des activités des institutions spécialisées et de l'Organisation des Nations Unies. En particulier, elle collaborera avec tout organe que le Conseil pourrait créer en vue de favoriser cette coordination et pour fournir les informations nécessaires à l'accomplissement de cette tâche.

Article V

Échange d'informations et de documents

1. Sous réserve des mesures nécessaires à la sauvegarde du caractère confidentiel de certains documents, l'échange le plus complet et le plus rapide d'informations et de documents sera effectué entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union.

2. Sans porter préjudice au caractère général des dispositions de l'alinéa précédent:

- a) l'Union fournira à l'Organisation des Nations Unies un rapport de gestion annuel;
- b) l'Union donnera suite, dans toute la mesure du possible, à toute demande de rapports spéciaux, d'études ou d'informations que l'Organisation des Nations Unies pourrait lui adresser sous réserve des dispositions de l'article XI du présent accord;
- c) l'Union donnera des avis écrits sur des questions de sa compétence qui pourraient lui être demandés par le Conseil de tutelle;
- d) le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies procédera avec le Directeur du Bureau international de l'Union, à la demande de celui-ci, à des échanges de vues susceptibles de fournir à l'Union des informations présentant pour elle un intérêt particulier.

Article VI

Assistance à l'Organisation des Nations Unies

1. L'Union convient de coopérer avec l'Organisation des Nations Unies, ses organes principaux et subsidiaires, et de leur prêter son concours dans la mesure compatible avec les dispositions de la Convention postale universelle.

2. En ce qui concerne les membres de l'Organisation des Nations Unies, l'Union reconnaît que, conformément aux dispositions de l'article 103 de la Charte, aucune disposition de la Convention postale universelle ou de ses Arrangements connexes ne peut être invoquée comme faisant obstacle ou apportant une limitation quelconque à l'observation par un État de ses obligations envers l'Organisation des Nations Unies.

Article VII

Arrangements concernant le personnel

L'Organisation des Nations Unies et l'Union coopéreront, dans la mesure nécessaire, pour assurer autant d'uniformité que possi-

officielle Empfehlung seinen Kongressen, Verwaltungskonferenzen und Ausschüssen oder seinen Mitgliedern nach dem im Weltpostvertrag vorgesehenen Verfahren möglichst schnell zur weiteren Veranlassung vorzulegen. Diese Empfehlungen sind an den Verein und nicht unmittelbar an seine Mitglieder zu richten.

2. Der Verein tritt mit der Organisation der Vereinten Nationen auf deren Ersuchen in einen Meinungsaustausch über diese Empfehlungen ein und berichtet der Organisation der Vereinten Nationen zu gegebener Zeit, was der Verein oder seine Mitglieder aufgrund der Empfehlungen veranlaßt haben oder zu welchen anderen Ergebnissen die Erörterung der Empfehlungen geführt hat.

3. Der Verein beteiligt sich an jeder anderen Maßnahme, die erforderlich ist, um die Tätigkeiten der Sonderorganisationen und die der Organisation der Vereinten Nationen wirksam zu koordinieren. Er arbeitet insbesondere mit jedem Organ zusammen, das der Rat zur Förderung dieser Koordinierung gegebenenfalls einsetzt, und erteilt alle Auskünfte, die zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich sind.

Artikel V

Austausch von Informationen und Dokumenten

1. Vorbehaltlich der Maßnahmen, die zur Wahrung des vertraulichen Charakters bestimmter Dokumente erforderlich sind, tauschen die Organisation der Vereinten Nationen und der Verein Informationen und Dokumente so vollständig und so schnell wie möglich aus.

2. Unbeschadet des allgemeinen Charakters der Bestimmungen des Absatzes 1

- a) legt der Verein der Organisation der Vereinten Nationen einen jährlichen Geschäftsbericht vor;
- b) gibt der Verein jedem etwaigen Ersuchen der Organisation der Vereinten Nationen um Vorlage von Sonderberichten, Durchführung von Untersuchungen oder Erteilung von Informationen vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels XI dieses Abkommens soweit wie irgend möglich statt;
- c) gibt der Verein schriftliche Gutachten über Fragen seiner Zuständigkeit ab, um die der Treuhandrat ihn ersuchen könnte;
- d) tritt der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen mit dem Direktor des Internationalen Büros des Vereins auf dessen Ersuchen in einen Meinungsaustausch ein, der geeignet ist, dem Verein Informationen zu liefern, die für ihn von besonderem Interesse sind.

Artikel VI

Unterstützung der Organisation der Vereinten Nationen

1. Der Verein erklärt sich zur Zusammenarbeit mit der Organisation der Vereinten Nationen, ihren Haupt- und Nebenorganen im Rahmen des Weltpostvertrags bereit.

2. Hinsichtlich der Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen erkennt der Verein an, daß nach Artikel 103 der Charta keine Bestimmung des Weltpostvertrags oder der Übereinkommen in der Weise geltend gemacht werden darf, daß sie einen Staat in der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen hindert oder irgendwie beschränkt.

Artikel VII

Vereinbarungen über das Personal

Die Organisation der Vereinten Nationen und der Verein arbeiten im notwendigen Umfang zusammen, um die Beschäftigungs-

ble aux conditions d'emploi du personnel et éviter la concurrence dans son recrutement.

Article VIII

Services de statistiques

1. L'Organisation des Nations Unies et l'Union conviennent de coopérer en vue d'assurer la plus grande efficacité et l'usage le plus étendu des informations et des données statistiques.

2. L'Union reconnaît que l'Organisation des Nations Unies constitue l'organisme central chargé de recueillir, analyser, publier, unifier et améliorer les statistiques servant aux buts généraux des organisations internationales.

3. L'Organisation des Nations Unies reconnaît que l'Union est l'organisme qualifié pour recueillir, analyser, publier, unifier et améliorer les statistiques relevant de son domaine propre, sans préjudice de l'intérêt que l'Organisation des Nations Unies peut avoir à ces statistiques, en tant qu'elles sont essentielles à la réalisation de son propre but et au développement des statistiques à travers le monde.

Article IX

Services administratifs et techniques

1. L'Organisation des Nations Unies et l'Union reconnaissent que, afin d'employer au mieux leur personnel et leurs ressources, il est souhaitable d'éviter la création de services qui se font concurrence ou font double emploi.

2. L'Organisation des Nations Unies et l'Union prendront toutes dispositions utiles pour l'enregistrement et le dépôt des documents officiels.

Article X

Dispositions budgétaires

Le budget annuel de l'Union sera communiqué à l'Organisation des Nations Unies et l'Assemblée générale aura la faculté de faire à son sujet des recommandations au Congrès de l'Union.

Article XI

Couverture des frais de services spéciaux

Si l'Union avait à faire à des dépenses extraordinaires importantes, en suite de rapports spéciaux, d'études ou d'informations demandées par l'Organisation des Nations Unies en vertu de l'article V ou de toute autre disposition du présent accord, un échange de vues aurait lieu pour déterminer la manière la plus équitable de couvrir ces dépenses.

Article XII

Accords entre institutions

L'Union informera le Conseil de la nature et de la portée de tout accord qu'elle conclurait avec une autre institution spécialisée ou avec toute autre organisation intergouvernementale; en outre, elle informera le Conseil de la préparation de tels accords.

Article XIII

Liaison

1. En convenant des dispositions ci-dessus, l'Organisation des Nations Unies et l'Union expriment l'espoir qu'elles contribueront à assurer une liaison efficace entre les deux organisations. Elles affirment leur intention de prendre d'un commun accord les mesures nécessaires à cet effet.

bedingungen ihres Personals in möglichst große Übereinstimmung zu bringen und jeden Wettbewerb bei Neueinstellungen zu vermeiden.

Artikel VIII

Statistische Dienste

1. Die Organisation der Vereinten Nationen und der Verein erklären sich zur Zusammenarbeit bereit, um zu gewährleisten, daß ihre statistischen Informationen und Angaben möglichst brauchbar und umfassend verwendbar sind.

2. Der Verein erkennt die Organisation der Vereinten Nationen als Zentralstelle an, welche die den allgemeinen Zwecken der internationalen Organisationen dienenden Statistiken sammeln, auswerten, veröffentlichen, vereinheitlichen und verbessern soll.

3. Die Organisation der Vereinten Nationen erkennt an, daß der Verein dafür zuständig ist, die seinen eigenen Bereich betreffenden Statistiken zu sammeln, auszuwerten, zu veröffentlichen, zu vereinheitlichen und zu verbessern, unbeschadet des Interesses, das die Organisation der Vereinten Nationen an diesen Statistiken in dem Umfang haben kann, in dem sie für die Verwirklichung ihrer eigenen Ziele und für die Entwicklung der Statistiken in der ganzen Welt von Bedeutung sind.

Artikel IX

Verwaltungsdienste und technische Dienste

1. Die Organisation der Vereinten Nationen und der Verein erkennen an, daß es im Hinblick auf den bestmöglichen Einsatz ihres Personals und ihrer Hilfsmittel wünschenswert ist, die Einrichtung von Dienststellen zu vermeiden, die in gegenseitigen Wettbewerb treten oder Doppelarbeit leisten.

2. Die Organisation der Vereinten Nationen und der Verein treffen alle sachdienlichen Maßnahmen zur Registrierung und Aufbewahrung der offiziellen Dokumente.

Artikel X

Bestimmungen über den Haushalt

Der jährliche Haushaltsplan des Vereins wird der Organisation der Vereinten Nationen zur Kenntnis gebracht; die Generalversammlung kann den Weltpostkongressen hierzu Empfehlungen geben.

Artikel XI

Deckung der Kosten für besondere Dienstleistungen

Entstehen dem Verein erhebliche außergewöhnliche Ausgaben für Sonderberichte, Untersuchungen oder Informationen, um die die Organisation der Vereinten Nationen nach Artikel V oder einer anderen Bestimmung dieses Abkommens ersucht, so findet ein Meinungsaustausch darüber statt, um die gerechteste Art der Kostendeckung zu bestimmen.

Artikel XII

Abkommen mit anderen Organisationen

Der Verein unterrichtet den Rat über Art und Tragweite jedes Abkommens, das er mit einer anderen Sonderorganisation oder einer anderen zwischenstaatlichen Organisation schließt; außerdem unterrichtet er den Rat über die Vorbereitung solcher Abkommen.

Artikel XIII

Zusammenarbeit

1. Die Organisation der Vereinten Nationen und der Verein vereinbaren die obigen Bestimmungen in der Hoffnung, daß diese Bestimmungen dazu beitragen werden, eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen zu gewährleisten. Sie bekräftigen ihre Absicht, die hierfür erforderlichen Maßnahmen im gegenseitigen Einvernehmen zu treffen.

2. Les dispositions relatives aux liaisons prévues dans le présent accord s'appliqueront, dans la mesure souhaitable, aux relations de l'Union avec l'Organisation des Nations Unies y compris ses services annexes et régionaux.

Article XIV

Exécution de l'accord

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies et le Président de la Commission exécutive et de liaison de l'Union peuvent conclure tous arrangements complémentaires en vue d'appliquer le présent accord, qui peuvent paraître souhaitables à la lumière de l'expérience des deux organisations.

Article XV

Entrée en vigueur

Le présent accord est annexé à la Convention postale universelle conclue à Paris en 1947. Il entrera en vigueur après approbation par l'Assemblée générale des Nations Unies et au plus tôt en même temps que cette Convention.

Article XVI

Revision

Après un préavis de six mois donné par l'une ou l'autre des parties, le présent accord pourra être révisé par voie d'entente entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union.

Paris, le 4 juillet 1947.

2. Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Zusammenarbeit gelten im wünschenswerten Umfang auch für die Beziehungen des Vereins zur Organisation der Vereinten Nationen einschließlich ihrer Zweigstellen und Regionalbüros.

Artikel XIV

Durchführung des Abkommens

Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen und der Präsident der Vollzugs- und Verbindungskommission des Vereins können zur Durchführung dieses Abkommens alle zusätzlichen Vereinbarungen treffen, die nach den Erfahrungen der beiden Organisationen wünschenswert erscheinen können.

Artikel XV

Inkrafttreten

Dieses Abkommen wird dem in Paris im Jahre 1947 geschlossenen Weltpostvertrag als Anlage beigelegt. Es tritt nach Genehmigung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Kraft, frühestens jedoch gleichzeitig mit dem Weltpostvertrag.

Artikel XVI

Revision

Dieses Abkommen kann einvernehmlich zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und dem Verein revidiert werden; die Absicht hierzu muß von der einen oder der anderen Vertragspartei sechs Monate vorher angezeigt werden.

Paris, den 4. Juli 1947.

Accord additionnel à l'accord entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union postale universelle

Considérant que, par la résolution 136 (VI) adoptée le 25 février 1948 par le Conseil économique et social, le Secrétaire général des Nations Unies est prié de conclure, avec toute institution spécialisée qui le demanderait, un accord supplémentaire étendant aux fonctionnaires de cette institution le bénéfice des dispositions de l'Article VII de la Convention sur les Privilèges et Immunités de l'Organisation des Nations Unies et de soumettre tout accord supplémentaire de ce genre à l'Assemblée générale pour approbation, et

Considérant que l'Union postale universelle désire conclure un accord supplémentaire de ce genre complétant l'Accord conclu, conformément à l'Article 63 de la Charte, entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union postale universelle;

il est convenu, par les présentes, de ce qui suit:

Article I

La clause ci-dessous sera ajoutée comme article supplémentaire à l'Accord entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union postale universelle:

„Les fonctionnaires de l'Union postale universelle auront le droit d'utiliser les laissez-passer des Nations Unies conformément à des arrangements spéciaux négociés en application de l'article XIV.“

Article II

Le présent Accord entrera en vigueur dès qu'il aura été approuvé par l'Assemblée générale des Nations Unies et l'Union postale universelle.

Pour l'Union postale universelle:

Fait à Paris, le 13 juillet 1949.

Pour l'Organisation des Nations Unies:

Fait à Lake Success, New York, le 27 juillet 1949.

Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und dem Weltpostverein

Mit Rücksicht darauf,

daß durch die am 25. Februar 1948 vom Wirtschafts- und Sozialrat angenommene Entschließung 136 (VI) der Generalsekretär der Vereinten Nationen gebeten wird, mit jeder Sonderorganisation, die darum ersucht, ein Ergänzungsabkommen zu schließen, das die Vergünstigung des Artikels VII des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Organisation der Vereinten Nationen auf die Beamten dieser Sonderorganisation ausdehnt, und jedes Ergänzungsabkommen dieser Art der Generalversammlung zur Genehmigung vorzulegen,

daß der Weltpostverein ein Ergänzungsabkommen dieser Art schließen möchte, das das nach Artikel 63 der Charta zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und dem Weltpostverein geschlossene Abkommen ergänzt,

wird hiermit folgendes vereinbart:

Artikel I

Die nachstehende Bestimmung wird dem Abkommen zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und dem Weltpostverein als zusätzlicher Artikel hinzugefügt:

„Die Beamten des Weltpostvereins haben das Recht, die Ausweise der Vereinten Nationen nach den in Anwendung des Artikels XIV geschlossenen besonderen Vereinbarungen zu benutzen.“

Artikel II

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald es von der Generalversammlung der Vereinten Nationen und vom Weltpostverein genehmigt ist.

Für den Weltpostverein:

Geschehen zu Paris am 13. Juli 1949.

Für die Organisation der Vereinten Nationen:

Geschehen zu Lake Success, New York, am 27. Juli 1949.

Fünftes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins

Cinquième Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Article		Artikel	
I (art. 8 modifié)	Unions restreintes. Arrangements spéciaux	I (geänderter Artikel 8)	Engere Vereine. Besondere Vereinbarungen
II (art. 13 modifié)	Organes de l'Union	II (geänderter Artikel 13)	Organe des Vereins
III (art. 17 modifié)	Conseil d'administration	III (geänderter Artikel 17)	Verwaltungsrat
IV (art. 18 modifié)	Conseil d'exploitation postale	IV (geänderter Artikel 18)	Rat für Postbetrieb
V (art. 20 modifié)	Bureau international	V (geänderter Artikel 20)	Internationales Büro
VI (art. 22 modifié)	Actes de l'Union	VI (geänderter Artikel 22)	Verträge des Vereins
VII (art. 25 modifié)	Signature, authentification, ratification et autres modes d'approbation des Actes de l'Union	VII (geänderter Artikel 25)	Unterzeichnung, Beglaubigung, Ratifizierung und andere Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins
VIII	Adhésion au Protocole additionnel et aux autres Actes de l'Union	VIII	Beitritt zum Zusatzprotokoll und zu den anderen Verträgen des Vereins
IX	Mise à exécution et durée du Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle	IX	Inkrafttreten und Geltungsdauer des Zusatzprotokolls zur Satzung des Weltpostvereins

Cinquième Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle

Les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union postale universelle réunis en Congrès à Séoul, vu l'article 30, paragraphe 2, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont adopté, sous réserve de ratification, les modifications suivantes à ladite Constitution.

Article I (Article 8 modifié)

Unions restreintes. Arrangements spéciaux

1. Les Pays-membres, ou leurs Administrations postales si la législation de ces pays ne s'y oppose pas, peuvent établir des Unions restreintes et prendre des arrangements spéciaux concernant le service postal international, à la condition toutefois de ne pas y introduire des dispositions moins favorables pour le public que celles qui sont prévues par les Actes auxquels les Pays-membres intéressés sont parties.

2. Les Unions restreintes peuvent envoyer des observateurs aux Congrès, Conférences et réunions de l'Union, au Conseil d'administration ainsi qu'au Conseil d'exploitation postale.

3. L'Union peut envoyer des observateurs aux Congrès, Conférences et réunions des Unions restreintes.

Article II (Article 13 modifié) Organes de l'Union

1. Les organes de l'Union sont le Congrès, le Conseil d'administration, le Conseil d'exploitation postale et le Bureau international.

2. Les organes permanents de l'Union sont le Conseil d'administration, le Conseil d'exploitation postale et le Bureau international.

Article III (Article 17 modifié) Conseil d'administration

1. Entre deux Congrès, le Conseil d'administration (CA) assure la continuité des travaux de l'Union conformément aux dispositions des Actes de l'Union.

2. Les membres du Conseil d'administration exercent leurs fonctions au nom et dans l'intérêt de l'Union.

Article IV (Article 18 modifié) Conseil d'exploitation postale

Le Conseil d'exploitation postale (CEP) est chargé des questions d'exploitation, commerciales, techniques et économiques intéressant le service postal.

Fünftes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins

Die Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, die zum Kongreß in Seoul zusammengetreten sind, haben aufgrund des Artikels 30 Absatz 2 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins vorbehaltlich der Ratifizierung folgende Änderungen der Satzung angenommen.

Artikel I Artikel 8 erhält folgende Fassung:

Engere Vereine. Besondere Vereinbarungen

1. Die Mitgliedsländer oder, wenn es mit den Rechtsvorschriften dieser Länder vereinbar ist, ihre Postverwaltungen können Engere Vereine gründen und besondere Vereinbarungen über den internationalen Postdienst schließen; diese Vereinbarungen dürfen jedoch keine Bestimmungen enthalten, die für die Postbenutzer ungünstiger sind als die Bestimmungen der Verträge, denen die betreffenden Mitgliedsländer beigetreten sind.

2. Die Engeren Vereine können Beobachter zu den Kongressen, Konferenzen und Tagungen des Vereins, zum Verwaltungsrat und zum Rat für Postbetrieb entsenden.

3. Der Verein kann Beobachter zu den Kongressen, Konferenzen und Tagungen der Engeren Vereine entsenden.

Artikel II Artikel 13 erhält folgende Fassung: Organe des Vereins

1. Die Organe des Vereins sind der Kongreß, der Verwaltungsrat, der Rat für Postbetrieb und das Internationale Büro.

2. Die ständigen Organe des Vereins sind der Verwaltungsrat, der Rat für Postbetrieb und das Internationale Büro.

Artikel III Artikel 17 erhält folgende Fassung: Verwaltungsrat

1. Der Verwaltungsrat (VR) gewährleistet in der Zeit zwischen zwei Kongressen die Fortführung der Arbeiten des Vereins nach den Bestimmungen der Verträge des Vereins.

2. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihre Tätigkeit im Namen und im Interesse des Vereins aus.

Artikel IV Artikel 18 erhält folgende Fassung: Rat für Postbetrieb

Der Rat für Postbetrieb (RPB) ist beauftragt, sich mit betrieblichen, kommerziellen, technischen und wirtschaftlichen Fragen, die für den Postdienst von Interesse sind, zu befassen.

Article V**(Article 20 modifié)****Bureau international**

Un office central, fonctionnant au siège de l'Union sous la dénomination de Bureau international de l'Union postale universelle, dirigé par un Directeur général et placé sous le contrôle du Conseil d'administration, sert d'organe d'exécution, d'appui, de liaison, d'information et de consultation.

Article VI**(Article 22 modifié)****Actes de l'Union**

1. La Constitution est l'Acte fondamental de l'Union. Elle contient les règles organiques de l'Union.

2. Le Règlement général comporte les dispositions assurant l'application de la Constitution et le fonctionnement de l'Union. Il est obligatoire pour tous les Pays-membres.

3. La Convention postale universelle et son Règlement d'exécution comportent les règles communes applicables au service postal international et les dispositions concernant les services de la poste aux lettres. Ces Actes sont obligatoires pour tous les Pays-membres.

4. Les Arrangements de l'Union et leurs Règlements d'exécution règlent les services autres que ceux de la poste aux lettres entre les Pays-membres qui y sont parties. Ils ne sont obligatoires que pour ces pays.

5. Les Règlements d'exécution, qui contiennent les mesures d'application nécessaires à l'exécution de la Convention et des Arrangements, sont arrêtés par le Conseil d'exploitation postale, compte tenu des décisions prises par le Congrès.

6. Les Protocoles finals éventuels annexés aux Actes de l'Union visés aux paragraphes 3, 4 et 5 contiennent les réserves à ces Actes.

Article VII**(Article 25 modifié)****Signature, authentification, ratification et autres modes d'approbation des Actes de l'Union**

1. Les Actes de l'Union issus du Congrès sont signés par les plénipotentiaires des Pays-membres.

2. Les Règlements d'exécution sont authentifiés par le Président et le Secrétaire général du Conseil d'exploitation postale.

3. La Constitution est ratifiée aussitôt que possible par les pays signataires.

4. L'approbation des Actes de l'Union autres que la Constitution est régie par les règles constitutionnelles de chaque pays signataire.

5. Lorsqu'un pays ne ratifie pas la Constitution ou n'approuve pas les autres Actes signés par lui, la Constitution et les autres Actes n'en sont pas moins valables pour les pays qui les ont ratifiés ou approuvés.

Article VIII**Adhésion au Protocole additionnel et aux autres Actes de l'Union**

1. Les Pays-membres qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer en tout temps.

2. Les Pays-membres qui sont parties aux Actes renouvelés par le Congrès mais qui ne les ont pas signés sont tenus d'y adhérer dans le plus bref délai possible.

3. Les instruments d'adhésion relatifs aux cas visés aux paragraphes 1 et 2 doivent être adressés au Directeur général du

Artikel V**Artikel 20 erhält folgende Fassung:****Internationales Büro**

Eine zentrale Stelle, die am Sitz des Vereins unter der Bezeichnung Internationales Büro des Weltpostvereins tätig ist, von einem Generaldirektor geleitet wird und unter der Aufsicht des Verwaltungsrats steht, dient als Ausführungs-, Unterstützungs-, Verbindungs-, Auskunfts- und Beratungsorgan.

Artikel VI**Artikel 22 erhält folgende Fassung:****Verträge des Vereins**

1. Die Satzung ist der Grundvertrag des Vereins. Sie enthält die grundlegenden Bestimmungen des Vereins.

2. Die Allgemeine Verfahrensordnung enthält die Bestimmungen für die Anwendung der Satzung und für die Arbeitsweise des Vereins. Sie ist für alle Mitgliedsländer verbindlich.

3. Der Weltpostvertrag und seine Vollzugsordnung enthalten die gemeinsamen Vorschriften für den internationalen Postdienst und die Bestimmungen über die Briefdienste. Diese Verträge sind für alle Mitgliedsländer verbindlich.

4. Die Übereinkommen des Vereins und ihre Vollzugsordnungen regeln die Postdienste, mit Ausnahme der Briefdienste, für diejenigen Mitgliedsländer, die den betreffenden Übereinkommen beigetreten sind. Sie sind nur für diese Länder verbindlich.

5. Die Vollzugsordnungen, welche die für die Durchführung des Weltpostvertrags und der Übereinkommen erforderlichen Vorschriften enthalten, werden vom Rat für Postbetrieb unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Kongresses beschlossen.

6. Die Schlußprotokolle, die den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Verträgen des Vereins gegebenenfalls beigefügt sind, enthalten die Vorbehalte zu diesen Verträgen.

Artikel VII**Artikel 25 erhält folgende Fassung:****Unterzeichnung, Beglaubigung, Ratifizierung und andere Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins**

1. Die vom Kongreß verabschiedeten Verträge des Vereins werden von den Bevollmächtigten der Mitgliedsländer unterzeichnet.

2. Die Vollzugsordnungen werden vom Präsidenten und vom Generalsekretär des Rates für Postbetrieb beglaubigt.

3. Die Satzung wird von den Unterzeichnerländern so bald wie möglich ratifiziert.

4. Die Genehmigung der Verträge des Vereins mit Ausnahme der Satzung regelt sich nach dem Verfassungsrecht jedes Unterzeichnerlandes.

5. Wenn ein Land die Satzung nicht ratifiziert oder die von ihm unterzeichneten anderen Verträge nicht genehmigt, bleiben die Satzung und die anderen Verträge gleichwohl für die Länder verbindlich, die sie ratifiziert oder genehmigt haben.

Artikel VIII**Beitritt zum Zusatzprotokoll und zu den anderen Verträgen des Vereins**

1. Die Mitgliedsländer, die dieses Protokoll nicht unterzeichnet haben, können ihm jederzeit beitreten.

2. Die Mitgliedsländer, die Vertragspartei der vom Kongreß erneuerten Verträge sind, sie aber nicht unterzeichnet haben, sind gehalten, ihnen innerhalb kürzester Frist beizutreten.

3. Die Urkunden über den Beitritt in den nach den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Fällen sind an den Generaldirektor des

Bureau international. Celui-ci notifie ce dépôt aux Gouvernements des Pays-membres.

Article IX

Mise à exécution et durée du Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle

Le présent Protocole additionnel sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1996 et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont dressé le présent Protocole additionnel, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Constitution, et ils l'ont signé en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

internationalen Büros zu richten. Dieser notifiziert die Hinterlegung den Regierungen der Mitgliedsländer.

Artikel IX

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Zusatzprotokolls zur Satzung des Weltpostvereins

Dieses Zusatzprotokoll tritt am 1. Januar 1996 in Kraft und gilt für unbestimmte Zeit.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer dieses Zusatzprotokoll gefertigt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut der Satzung selbst enthalten wären; sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Règlement général de l'Union postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Chapitre I	Kapitel I
Fonctionnement des organes de l'Union	Arbeitsweise der Organe des Vereins
Article	Artikel
101 Organisation et réunion des Congrès et Congrès extraordinaires	101 Organisation und Zusammentreten der Kongresse und außerordentlichen Kongresse
102 Composition, fonctionnement et réunions du Conseil d'administration	102 Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Verwaltungsrats
103 Documentation sur les activités du Conseil d'administration	103 Dokumentation über die Tätigkeit des Verwaltungsrats
104 Composition, fonctionnement et réunions du Conseil d'exploitation postale	104 Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Rates für Postbetrieb
105 Documentation sur les activités du Conseil d'exploitation postale	105 Dokumentation über die Tätigkeit des Rates für Postbetrieb
106 Règlement intérieur des Congrès	106 Geschäftsordnung der Kongresse
107 Langues de travail du Bureau international	107 Arbeitssprachen des Internationalen Büros
108 Langues utilisées pour la documentation, les délibérations et la correspondance de service	108 Sprachen für Dokumentation, Beratungen und dienstlichen Schriftwechsel
Chapitre II	Kapitel II
Bureau international	Internationales Büro
109 Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international	109 Wahl des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors des Internationalen Büros
110 Fonctions du Directeur général	110 Aufgaben des Generaldirektors
111 Fonctions du Vice-Directeur général	111 Aufgaben des Vizegeneraldirektors
112 Secrétariat des organes de l'Union	112 Sekretariat der Organe des Vereins
113 Liste des Pays-membres	113 Liste der Mitgliedsländer
114 Renseignements. Avis. Demandes d'interprétation et de modification des Actes. Enquêtes. Intervention dans la liquidation des comptes	114 Auskünfte. Gutachten. Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge. Umfragen. Vermittlung bei der Begleichung der Rechnungen
115 Coopération technique	115 Technische Zusammenarbeit
116 Formules fournies par le Bureau international	116 Lieferung von Formularen durch das Internationale Büro
117 Actes des Unions restreintes et arrangements spéciaux	117 Verträge der Engeren Vereine und besondere Vereinbarungen
118 Revue de l'Union	118 Zeitschrift des Vereins
119 Rapport annuel sur les activités de l'Union	119 Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins
Chapitre III	Kapitel III
Procédure d'introduction et d'examen des propositions	Verfahren für die Vorlage und Prüfung von Vorschlägen
120 Procédure de présentation des propositions au Congrès	120 Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen für den Kongreß
121 Procédure de présentation des propositions entre deux Congrès	121 Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen
122 Examen des propositions entre deux Congrès	122 Prüfung von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen
123 Notification des décisions adoptées entre deux Congrès	123 Notifizierung der in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse

Article	Artikel
124 Mise en vigueur des Règlements d'exécution et des autres décisions adoptés entre deux Congrès	124 Inkrafttreten der in der Zeit zwischen zwei Kongressen angenommenen Vollzugsordnungen und anderen Beschlüsse
Chapitre IV Finances	Kapitel IV Finanzen
125 Fixation et règlement des dépenses de l'Union	125 Festsetzung und Begleichung der Ausgaben des Vereins
126 Classes de contribution	126 Beitragsklassen
127 Paiement des fournitures du Bureau international	127 Bezahlung der Lieferungen des Internationalen Büros
Chapitre V Arbitrages	Kapitel V Schiedsgerichtsbarkeit
128 Procédure d'arbitrage	128 Schiedsverfahren
Chapitre VI Dispositions finales	Kapitel VI Schlußbestimmungen
129 Conditions d'approbation des propositions concernant le Règlement général	129 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zur Allgemeinen Verfahrensordnung
130 Propositions concernant les Accords avec l'Organisation des Nations Unies	130 Vorschläge zu den Abkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen
131 Mise à exécution et durée du Règlement général	131 Inkrafttreten und Geltungsdauer der Allgemeinen Verfahrensordnung
Annexe Règlement intérieur des Congrès	Anlage Geschäftsordnung der Kongresse

Règlement général de l'Union postale universelle

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 2, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 4, de ladite Constitution, arrêté, dans le présent Règlement général, les dispositions suivantes assurant l'application de la Constitution et le fonctionnement de l'Union.

Chapitre I

Fonctionnement des organes de l'Union

Article 101

Organisation et réunion des Congrès et Congrès extraordinaires

1. Les représentants des Pays-membres se réunissent en Congrès au plus tard cinq ans après la date de mise à exécution des Actes du Congrès précédent.
2. Chaque Pays-membre se fait représenter au Congrès par un ou plusieurs plénipotentiaires munis, par leur Gouvernement, des pouvoirs nécessaires. Il peut, au besoin, se faire représenter par la délégation d'un autre Pays-membre. Toutefois, il est entendu qu'une délégation ne peut représenter qu'un seul Pays-membre autre que le sien.
3. Dans les délibérations, chaque Pays-membre dispose d'une voix.
4. En principe, chaque Congrès désigne le pays dans lequel le Congrès suivant aura lieu. Si cette désignation se révèle inapplicable, le Conseil d'administration est autorisé à désigner le pays où le Congrès tiendra ses assises, après entente avec ce dernier pays.
5. Après entente avec le Bureau international, le Gouvernement invitant fixe la date définitive et le lieu exact du Congrès. Un an, en principe, avant cette date, le Gouvernement invitant envoie une invitation au Gouvernement de chaque Pays-membre. Cette invitation peut être adressée soit directement, soit par l'intermédiaire d'un autre Gouvernement, soit par l'entremise du Directeur général du Bureau international. Le Gouvernement invitant est également chargé de la notification à tous les Gouvernements des Pays-membres des décisions prises par le Congrès.
6. Lorsqu'un Congrès doit être réuni sans qu'il y ait un Gouvernement invitant, le Bureau international, avec l'accord du Conseil d'administration et après entente avec le Gouvernement de la Confédération suisse, prend les dispositions nécessaires pour convoquer et organiser le Congrès dans le pays siège de l'Union. Dans ce cas, le Bureau international exerce les fonctions du Gouvernement invitant.
7. Le lieu de réunion d'un Congrès extraordinaire est fixé, après entente avec le Bureau international, par les Pays-membres ayant pris l'initiative de ce Congrès.
8. Les paragraphes 2 à 6 sont applicables par analogie aux Congrès extraordinaires.

Article 102

Composition, fonctionnement et réunions du Conseil d'administration

1. Le Conseil d'administration se compose de quarante et un membres qui exercent leurs fonctions durant la période qui sépare deux Congrès successifs.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitglieds-länder des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 2 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung in dieser Allgemeinen Verfahrensordnung folgende Bestimmungen für die Anwendung der Satzung und für die Arbeitsweise des Vereins festgelegt.

Kapitel I

Arbeitsweise der Organe des Vereins

Artikel 101

Organisation und Zusammentreten der Kongresse und außerordentlichen Kongresse

1. Spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der Verträge des vorhergehenden Kongresses kommen die Vertreter der Mitglieds-länder zu einem Kongreß zusammen.
2. Jedes Mitgliedsland läßt sich auf dem Kongreß durch einen oder mehrere Bevollmächtigte vertreten, die von ihrer Regierung mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet sind. Es kann sich nötigenfalls auch durch die Delegation eines anderen Mitgliedslandes vertreten lassen. Eine Delegation darf jedoch außer dem eigenen nur ein anderes Mitgliedsland vertreten.
3. Bei den Beratungen hat jedes Mitgliedsland eine Stimme.
4. Grundsätzlich bestimmt jeder Kongreß das Land, in dem der nächste Kongreß stattfinden soll. Erweist sich dies als undurchführbar, so ist der Verwaltungsrat ermächtigt, das Land zu bestimmen, in dem der Kongreß zusammentreten soll, wobei er sich vorher mit dem betreffenden Land entsprechend verständigt haben muß.
5. Die einladende Regierung setzt im Einvernehmen mit dem Internationalen Büro den endgültigen Zeitpunkt und den genauen Ort des Kongresses fest. Grundsätzlich ein Jahr vor diesem Zeitpunkt sendet die einladende Regierung eine Einladung an die Regierung eines jeden Mitgliedslandes. Diese Einladungen können unmittelbar oder durch Vermittlung einer anderen Regierung oder aber durch Vermittlung des Generaldirektors des Internationalen Büros versandt werden. Die einladende Regierung ist auch beauftragt, die Kongreßbeschlüsse allen Regierungen der Mitglieds-länder zu notifizieren.
6. Muß ein Kongreß zusammentreten, ohne daß eine Regierung einlädt, so trifft das Internationale Büro mit Zustimmung des Verwaltungsrats und im Einvernehmen mit der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die für die Einberufung und Durchführung des Kongresses im Sitzland des Vereins erforderlichen Maßnahmen. In diesem Fall übernimmt das Internationale Büro die Aufgaben der einladenden Regierung.
7. Der Tagungsort eines außerordentlichen Kongresses wird im Einvernehmen mit dem Internationalen Büro von den Mitglieds-ländern bestimmt, die diesen Kongreß angeregt haben.
8. Die Absätze 2 bis 6 gelten für außerordentliche Kongresse sinngemäß.

Artikel 102

Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Verwaltungsrats

1. Der Verwaltungsrat setzt sich aus 41 Mitgliedern zusammen, die ihre Tätigkeit in der Zeit zwischen zwei aufeinanderfolgenden Kongressen ausüben.

2. La présidence est dévolue de droit au pays hôte du Congrès. Si ce pays se désiste, il devient membre de droit et, de ce fait, le groupe géographique auquel il appartient dispose d'un siège supplémentaire auquel les restrictions du paragraphe 3 ne sont pas applicables. Dans ce cas, le Conseil d'administration élit à la présidence un des membres appartenant au groupe géographique dont fait partie le pays hôte.

3. Les quarante autres membres du Conseil d'administration sont élus par le Congrès sur la base d'une répartition géographique équitable. La moitié au moins des membres est renouvelée à l'occasion de chaque Congrès; aucun Pays-membre ne peut être choisi successivement par trois Congrès.

4. Chaque membre du Conseil d'administration désigne son représentant, qui doit être compétent dans le domaine postal.

5. Les fonctions de membre du Conseil d'administration sont gratuites. Les frais de fonctionnement de ce Conseil sont à la charge de l'Union.

6. Le Conseil d'administration a les attributions suivantes:

6.1 superviser toutes les activités de l'Union dans l'intervalle des Congrès, en tenant compte des décisions du Congrès, en étudiant les questions concernant les politiques gouvernementales en matière postale et en tenant compte des politiques réglementaires internationales telles que celles qui sont relatives au commerce des services et à la concurrence;

6.2 examiner et approuver, dans le cadre de ses compétences, toute action jugée nécessaire pour sauvegarder et renforcer la qualité du service postal international et le moderniser;

6.3 favoriser, coordonner et superviser toutes les formes d'assistance technique postale dans le cadre de la coopération technique internationale;

6.4 examiner et approuver le budget et les comptes annuels de l'Union;

6.5 autoriser, si les circonstances l'exigent, le dépassement du plafond des dépenses conformément à l'article 125, paragraphes 2^o, 3, 4 et 5;

6.6 arrêter le Règlement financier de l'UPU;

6.7 arrêter les règles régissant le Fonds de réserve;

6.8 arrêter les règles régissant le Fonds spécial;

6.9 arrêter les règles régissant le Fonds des activités spéciales;

6.10 arrêter les règles régissant le Fonds volontaire;

6.11 assurer le contrôle de l'activité du Bureau international;

6.12 autoriser, s'il est demandé, le choix d'une classe de contribution inférieure, conformément aux conditions prévues à l'article 126, paragraphe 6;

6.13 arrêter le Statut du personnel et les conditions de service des fonctionnaires élus;

6.14 créer ou supprimer les postes de travail du Bureau international en tenant compte des restrictions liées au plafond des dépenses fixé;

6.15 nommer ou promouvoir les fonctionnaires au grade de Sous-Directeur général (D 2);

6.16 arrêter le Règlement du Fonds social;

6.17 approuver le rapport annuel établi par le Bureau international sur les activités de l'Union et présenter, s'il y a lieu, des commentaires à son sujet;

6.18 décider des contacts à prendre avec les Administrations postales pour remplir ses fonctions;

2. Die Präsidenschaft steht von Rechts wegen dem Gastland des Kongresses zu. Verzichtet dieses Land, so wird es rechtmäßiges Mitglied, und die geographische Gruppe, der es angehört, verfügt somit über einen zusätzlichen Sitz, für den die Einschränkungen des Absatzes 3 nicht gelten. In diesem Fall wählt der Verwaltungsrat eines derjenigen Mitglieder zum Präsidenten, die der geographischen Gruppe angehören, zu der auch das Gastland zählt.

3. Die 40 anderen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Kongreß auf der Grundlage einer ausgewogenen geographischen Verteilung gewählt. Mindestens die Hälfte der Mitglieder wird bei jedem Kongreß neu gewählt; kein Mitgliedsland darf von drei Kongressen hintereinander gewählt werden.

4. Jedes Mitglied des Verwaltungsrats bestimmt seinen Vertreter, der fachkundig im Postbereich sein muß.

5. Die Tätigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrats ist unentgeltlich. Die laufenden Kosten des Verwaltungsrats trägt der Verein.

6. Der Verwaltungsrat hat folgende Aufgaben:

6.1 Er überwacht in der Zeit zwischen den Kongressen alle Tätigkeiten des Vereins, wobei er die Beschlüsse des Kongresses berücksichtigt, Fragen im Zusammenhang mit der Politik der Regierungen im Postbereich untersucht und den internationalen Entwicklungen im Bereich der Regulierung Rechnung trägt, die zum Beispiel den Handel mit Dienstleistungen und den Wettbewerb betreffen;

6.2 er prüft und genehmigt im Rahmen seiner Zuständigkeiten alle Maßnahmen, die zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität des internationalen Postdienstes und zur Modernisierung dieses Dienstes für erforderlich gehalten werden;

6.3 er fördert, koordiniert und überwacht alle Formen der technischen Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens im Rahmen der internationalen technischen Zusammenarbeit;

6.4 er prüft und genehmigt den Jahreshaushalt und die Jahresrechnungen des Vereins;

6.5 er genehmigt, wenn die Umstände es erfordern, die Überschreitung des Höchstbetrags der Ausgaben nach Artikel 125 Absätze 2^o, 3, 4 und 5;

6.6 er beschließt das Finanzstatut des WPV;

6.7 er legt die für den Reservefonds geltenden Bestimmungen fest;

6.8 er legt die für den Sonderfonds geltenden Bestimmungen fest;

6.9 er legt die für den Fonds für besondere Tätigkeiten geltenden Bestimmungen fest;

6.10 er legt die für den Fonds für freiwillige Beiträge geltenden Bestimmungen fest;

6.11 er überwacht die Tätigkeit des Internationalen Büros;

6.12 er genehmigt auf Antrag, nach Maßgabe des Artikels 126 Absatz 6, die Wahl einer niedrigeren Beitragsklasse;

6.13 er beschließt das Personalstatut und die Dienstbedingungen der gewählten Beamten;

6.14 er schafft oder streicht Arbeitsplätze im Internationalen Büro, unter Berücksichtigung der an den festgelegten Höchstbetrag der Ausgaben gebundenen Beschränkungen;

6.15 er ernennt oder befördert Beamte in die Besoldungsgruppe des Untergeneraldirektors (D 2);

6.16 er legt die Regelungen für den Sozialfonds fest;

6.17 er genehmigt den Jahresbericht des Internationalen Büros über die Tätigkeit des Vereins und legt gegebenenfalls Bemerkungen dazu vor;

6.18 er entscheidet über die mit den Postverwaltungen zur Erfüllung seiner Aufgaben aufzunehmenden Kontakte;

6.19 après consultation du Conseil d'exploitation postale, décider des contacts à prendre avec les organisations qui ne sont pas des observateurs de droit, examiner et approuver les rapports du Bureau international sur les relations de l'UPU avec les autres organismes internationaux, prendre les décisions qu'il juge opportunes sur la conduite de ces relations et la suite à leur donner; désigner, en temps utile, les organisations internationales intergouvernementales et non gouvernementales qui doivent être invitées à se faire représenter à un Congrès et charger le Directeur général du Bureau international d'envoyer les invitations nécessaires;

6.20 arrêter, au cas où il le juge utile, les principes dont le Conseil d'exploitation postale doit tenir compte lorsqu'il étudiera des questions ayant des répercussions financières importantes (taxes, frais terminaux, frais de transit, taux de base du transport aérien du courrier et dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres), suivre de près l'étude de ces questions et examiner et approuver, pour en assurer la conformité avec les principes précités, les propositions du Conseil d'exploitation postale portant sur les mêmes sujets;

6.21 étudier, à la demande du Congrès, du Conseil d'exploitation postale ou des Administrations postales, les problèmes d'ordre administratif, législatif et juridique intéressant l'Union ou le service postal international. Il appartient au Conseil d'administration de décider, dans les domaines susmentionnés, s'il est opportun ou non d'entreprendre les études demandées par les Administrations postales dans l'intervalle des Congrès;

6.22 approuver les recommandations du Conseil d'exploitation postale concernant la modification, dans l'intervalle entre deux Congrès et selon la procédure prescrite dans la Convention postale universelle, des taxes d'affranchissement des envois de la poste aux lettres;

6.23 formuler des propositions qui seront soumises à l'approbation soit du Congrès, soit des Administrations postales conformément à l'article 122;

6.24 approuver, dans le cadre de ses compétences, les recommandations du Conseil d'exploitation postale concernant l'adoption, si nécessaire, d'une réglementation ou d'une nouvelle pratique en attendant que le Congrès décide en la matière;

6.25 examiner le rapport annuel établi par le Conseil d'exploitation postale et, le cas échéant, les propositions soumises par ce dernier;

6.26 soumettre des sujets d'étude à l'examen du Conseil d'exploitation postale, conformément à l'article 104, paragraphe 9.17;

6.27 désigner le pays siège du prochain Congrès dans le cas prévu à l'article 101, paragraphe 4;

6.28 déterminer, en temps utile et après consultation du Conseil d'exploitation postale, le nombre de Commissions nécessaires pour mener à bien les travaux du Congrès et en fixer les attributions;

6.29 désigner, après consultation du Conseil d'exploitation postale et sous réserve de l'approbation du Congrès, les Pays-membres susceptibles:

- d'assumer les vice-présidences du Congrès ainsi que les présidences et vice-présidences des Commissions, en tenant compte autant que possible de la répartition géographique équitable des Pays-membres;
- de faire partie des Commissions restreintes du Congrès;

6.30 décider s'il y a lieu ou non de remplacer les procès-verbaux des séances d'une Commission du Congrès par des rapports;

6.31 examiner et approuver le projet de plan stratégique à présenter au Congrès et élaboré par le Conseil d'exploitation

6.19 nach Beratung mit dem Rat für Postbetrieb entscheidet er über die mit denjenigen Organisationen aufzunehmenden Kontakte, die nicht von Rechts wegen Beobachter sind, prüft und genehmigt er die Berichte des Internationalen Büros über die Beziehungen des WPV zu anderen internationalen Organisationen, trifft er die seiner Ansicht nach zweckmäßigen Entscheidungen für die Gestaltung dieser Beziehungen und die daraus resultierenden Maßnahmen; er bestimmt zu gegebener Zeit die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen, die aufgefordert werden sollen, Vertreter zu einem Kongreß zu entsenden, und er beauftragt den Generaldirektor des Internationalen Büros, die notwendigen Einladungen zu versenden;

6.20 er legt, wenn er es für zweckmäßig erachtet, die Grundsätze fest, die der Rat für Postbetrieb bei der Untersuchung von Fragen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen berücksichtigen muß (Gebühren, Endvergütungen, Durchgangsvergütungen, Grundvergütungssätze für die Luftbeförderung der Briefpost und Einlieferung von Briefsendungen im Ausland), er verfolgt aufmerksam die Untersuchung dieser Fragen, und er prüft und genehmigt die Vorschläge des Rates für Postbetrieb zu diesen Themen, um ihre Übereinstimmung mit den genannten Grundsätzen zu gewährleisten;

6.21 er untersucht auf Antrag des Kongresses, des Rates für Postbetrieb oder der Postverwaltungen die Probleme des Vereins oder des internationalen Postdienstes in den Bereichen Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung. Es obliegt dem Verwaltungsrat zu entscheiden, ob es angebracht ist, in den genannten Bereichen die von den Postverwaltungen in der Zeit zwischen den Kongressen verlangten Untersuchungen durchzuführen;

6.22 er genehmigt die Empfehlungen des Rates für Postbetrieb über die Änderung der Freimachungsgebühren für Briefsendungen, die in der Zeit zwischen zwei Kongressen nach dem im Weltpostvertrag vorgeschriebenen Verfahren vorgenommen werden soll;

6.23 er erarbeitet Vorschläge, die dem Kongreß oder den Postverwaltungen nach Artikel 122 zur Genehmigung vorgelegt werden;

6.24 er genehmigt im Rahmen seiner Zuständigkeiten die Empfehlungen des Rates für Postbetrieb über die gegebenenfalls erforderliche Annahme von Vorschriften oder neuen Verfahren, bis der Kongreß in der betreffenden Angelegenheit entscheidet;

6.25 er prüft den Jahresbericht des Rates für Postbetrieb und gegebenenfalls die von diesem vorgelegten Vorschläge;

6.26 er legt dem Rat für Postbetrieb Untersuchungsaufträge in Übereinstimmung mit Artikel 104 Absatz 9.17 zur Prüfung vor;

6.27 er bestimmt in dem in Artikel 101 Absatz 4 vorgesehenen Fall das Land, in dem der nächste Kongreß stattfinden soll;

6.28 er bestimmt zu gegebener Zeit, nach Beratung mit dem Rat für Postbetrieb, die Zahl der für eine erfolgreiche Durchführung der Arbeiten des Kongresses erforderlichen Ausschüsse und legt ihre Aufgaben fest;

6.29 er bestimmt nach Beratung mit dem Rat für Postbetrieb und vorbehaltlich der Genehmigung des Kongresses die Mitgliedsländer, die in der Lage sind,

- die Vizepräsidentenschaften des Kongresses und die Präsidentenschaften und Vizepräsidentenschaften der Ausschüsse zu übernehmen, wobei er auf eine möglichst ausgewogene geographische Verteilung der Mitgliedsländer achtet;
- Mitglied der engeren Ausschüsse des Kongresses zu werden;

6.30 er entscheidet, ob es angebracht ist, die Sitzungsprotokolle eines Kongreßausschusses durch Berichte zu ersetzen;

6.31 er prüft und genehmigt den dem Kongreß vorzulegenden Entwurf des Strategieplans, der vom Rat für Postbetrieb mit Unter-

postale avec l'aide du Bureau international; examiner et approuver les revisions annuelles du plan arrêté par le Congrès sur la base des recommandations du Conseil d'exploitation postale et travailler en concertation avec le Conseil d'exploitation postale à l'élaboration et à l'actualisation annuelle du plan.

7. Pour nommer les fonctionnaires au grade D 2, le Conseil d'administration examine les titres de compétence professionnelle des candidats recommandés par les Administrations postales des Pays-membres dont ils ont la nationalité, en veillant à ce que les postes des Sous-Directeurs généraux soient, dans toute la mesure possible, pourvus par des candidats provenant de régions différentes et d'autres régions que celles dont le Directeur général et le Vice-Directeur général sont originaires, compte tenu de la considération dominante de l'efficacité du Bureau international et tout en respectant le régime intérieur de promotions du Bureau.

8. A sa première réunion, qui est convoquée par le Président du Congrès, le Conseil d'administration élit, parmi ses membres, quatre Vice-Présidents et arrête son Règlement intérieur.

9. Sur convocation de son Président, le Conseil d'administration se réunit, en principe une fois par an, au siège de l'Union.

10. Le Président, les Vice-Présidents, les Présidents des Commissions et le Président du Groupe de planification stratégique du Conseil d'administration forment le Comité de gestion. Ce Comité prépare et dirige les travaux de chaque session du Conseil d'administration et assume toutes les tâches que ce dernier décide de lui confier ou dont la nécessité apparaît durant le processus de planification stratégique.

11. Le représentant de chacun des membres du Conseil d'administration participant aux sessions de cet organe, à l'exception des réunions qui ont eu lieu pendant le Congrès, a droit au remboursement soit du prix d'un billet-avion aller et retour en classe économique ou d'un billet de chemin de fer en 1^{re} classe, soit du coût du voyage par tout autre moyen à condition que ce montant ne dépasse pas le prix du billet-avion aller et retour en classe économique. Le même droit est accordé au représentant de chaque membre de ses Commissions, de ses Groupes de travail ou de ses autres organes lorsque ceux-ci se réunissent en dehors du Congrès et des sessions du Conseil.

12. Le Président du Conseil d'exploitation postale représente celui-ci aux séances du Conseil d'administration à l'ordre du jour desquelles figurent des questions relatives à l'organe qu'il dirige.

13. Afin d'assurer une liaison efficace entre les travaux des deux organes, le Conseil d'exploitation postale peut désigner des représentants pour assister aux réunions du Conseil d'administration en qualité d'observateurs.

14. L'Administration postale du pays où le Conseil d'administration se réunit est invitée à participer aux réunions en qualité d'observateur, si ce pays n'est pas membre du Conseil d'administration.

15. Le Conseil d'administration peut inviter à ses réunions, sans droit de vote, tout organisme international, tout représentant d'association ou d'entreprise ou toute personne qualifiée qu'il désire associer à ses travaux. Il peut également inviter dans les mêmes conditions une ou plusieurs Administrations postales des Pays-membres intéressées à des questions prévues à son ordre du jour.

16. Les membres du Conseil d'administration participent effectivement à ses activités. Les Pays-membres n'appartenant pas au Conseil d'administration peuvent, sur leur demande, collaborer aux études entreprises, en respectant les conditions que le Conseil peut établir pour assurer le rendement et l'efficacité de son travail. Ils peuvent aussi être sollicités pour présider des Groupes de travail lorsque leurs connaissances ou leur expérience le justifient. La participation des Pays-membres n'apparte-

stüztung des Internationalen Büros ausgearbeitet wird; er prüft und genehmigt die jährlichen Revisionen des vom Kongreß auf der Grundlage der Empfehlungen des Rates für Postbetrieb beschlossenen Plans und arbeitet gemeinsam mit dem Rat für Postbetrieb an der Ausarbeitung und der jährlichen Fortschreibung des Plans.

7. Für die Ernennung der Beamten in der Besoldungsgruppe D 2 prüft der Verwaltungsrat die Befähigungsnachweise der Kandidaten, die von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer, deren Staatsangehörigkeit sie besitzen, empfohlen werden; dabei achtet er darauf, daß die Stellen der Untergeneraldirektoren möglichst mit Kandidaten aus unterschiedlichen Regionen und aus anderen Regionen als denen, aus denen der Generaldirektor und der Vizegeneraldirektor stammen, besetzt werden, wobei die effiziente Arbeitsweise des Internationalen Büros der Leitgedanke sein und die innere Aufstiegsordnung des Internationalen Büros berücksichtigt werden muß.

8. Bei seiner ersten Tagung, die vom Kongreßpräsidenten einberufen wird, wählt der Verwaltungsrat aus seinen Mitgliedern vier Vizepräsidenten und gibt sich eine Geschäftsordnung.

9. Der Verwaltungsrat tritt grundsätzlich einmal jährlich am Sitz des Vereins auf Einberufung seines Präsidenten zusammen.

10. Der Präsident, die Vizepräsidenten, die Präsidenten der Ausschüsse und der Präsident der Gruppe für Strategieplanung des Verwaltungsrats bilden den geschäftsführenden Ausschuß. Dieser Ausschuß plant und leitet die Arbeiten jeder Tagung des Verwaltungsrats und übernimmt alle Aufgaben, die letzterer ihm zu übertragen beschließt oder deren Notwendigkeit sich im Verlauf des Prozesses der Strategieplanung herausstellt.

11. Der Vertreter eines jeden Mitglieds des Verwaltungsrats, der an den Tagungen dieses Organs teilnimmt, mit Ausnahme der Tagungen, die während des Kongresses stattfinden, hat Anspruch auf Erstattung der Kosten eines Flugscheins (Hin- und Rückflug, Economy-Klasse) oder einer Eisenbahnfahrkarte (1. Klasse) oder der Kosten für die Reise mit jedem anderen Verkehrsmittel, sofern der betreffende Betrag die Kosten des Flugscheins (Hin- und Rückflug, Economy-Klasse) nicht übersteigt. Das gleiche Recht wird dem Vertreter eines jeden Mitglieds seiner Ausschüsse, seiner Arbeitsgruppen oder seiner anderen Organe gewährt, wenn diese nicht gleichzeitig mit dem Kongreß oder den Tagungen des Rates zusammentreten.

12. Der Präsident des Rates für Postbetrieb vertritt diesen bei denjenigen Sitzungen des Verwaltungsrats, auf deren Tagesordnung Fragen bezüglich des von ihm geleiteten Organs stehen.

13. Um eine effiziente Verbindung zwischen den Arbeiten der beiden Organe sicherzustellen, kann der Rat für Postbetrieb Vertreter bestimmen, die an den Sitzungen des Verwaltungsrats als Beobachter teilnehmen sollen.

14. Die Postverwaltung des Landes, in dem der Verwaltungsrat zusammentritt, wird eingeladen, als Beobachter an den Sitzungen teilzunehmen, wenn dieses Land nicht Mitglied des Verwaltungsrats ist.

15. Der Verwaltungsrat kann jede internationale Organisation, jeden Vertreter einer Vereinigung oder eines Unternehmens oder jede entsprechend qualifizierte Person, die er an seinen Arbeiten beteiligen möchte, einladen, an seinen Tagungen ohne Stimmrecht teilzunehmen. Unter den gleichen Bedingungen kann er auch eine oder mehrere Postverwaltungen der Mitgliedsländer einladen, die an bestimmten, auf seiner Tagesordnung stehenden Fragen interessiert sind.

16. Die Mitglieder des Verwaltungsrats beteiligen sich aktiv an seinen Arbeiten. Mitgliedsländer, die dem Verwaltungsrat nicht angehören, können auf Antrag an den Untersuchungen mitarbeiten, wobei sie die Bedingungen beachten müssen, die der Rat im Interesse der Wirksamkeit und Effizienz seiner Arbeit gegebenenfalls festlegt. Sie können auch gebeten werden, den Vorsitz von Arbeitsgruppen zu übernehmen, wenn ihre Kenntnisse oder Erfahrungen dies rechtfertigen. Durch die Teilnahme von Mitglieds-

nant pas au Conseil d'administration s'effectue sans frais supplémentaires pour l'Union.

Article 103

Documentation sur les activités du Conseil d'administration

1. Après chaque session, le Conseil d'administration informe les Pays-membres de l'Union et les Unions restreintes sur ses activités en leur adressant notamment un compte rendu analytique ainsi que ses résolutions et décisions.

2. Le Conseil d'administration fait au Congrès un rapport sur l'ensemble de son activité et le transmet aux Administrations postales au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès.

Article 104

Composition, fonctionnement et réunions du Conseil d'exploitation postale

1. Le Conseil d'exploitation postale se compose de quarante membres qui exercent leurs fonctions durant la période qui sépare deux Congrès successifs.

2. Les membres du Conseil d'exploitation postale sont élus par le Congrès, en fonction d'une répartition géographique spécifiée. Vingt-quatre sièges sont réservés aux pays en développement et seize sièges aux pays développés. La moitié au moins des membres est renouvelée à l'occasion de chaque Congrès.

3. Le représentant de chacun des membres du Conseil d'exploitation postale est désigné par l'Administration postale de son pays. Ce représentant doit être un fonctionnaire qualifié de l'Administration postale.

4. Les frais de fonctionnement du Conseil d'exploitation postale sont à la charge de l'Union. Ses membres ne reçoivent aucune rémunération. Les frais de voyage et de séjour des représentants des Administrations participant au Conseil d'exploitation postale sont à la charge de celles-ci. Toutefois, le représentant de chacun des pays considérés comme défavorisés d'après les listes établies par l'Organisation des Nations Unies a droit, sauf pour les réunions qui ont lieu pendant le Congrès, au remboursement soit du prix d'un billet-avion aller et retour en classe économique ou d'un billet de chemin de fer en 1^{re} classe, soit du coût du voyage par tout autre moyen à condition que ce montant ne dépasse pas le prix du billet-avion aller et retour en classe économique.

5. A sa première réunion, qui est convoquée et ouverte par le Président du Congrès, le Conseil d'exploitation postale choisit, parmi ses membres, un Président, un Vice-Président, les Présidents des Commissions et le Président du Groupe de planification stratégique.

6. Le Conseil d'exploitation postale arrête son Règlement intérieur.

7. En principe, le Conseil d'exploitation postale se réunit tous les ans au siège de l'Union. La date et le lieu de la réunion sont fixés par son Président, après accord avec le Président du Conseil d'administration et le Directeur général du Bureau international.

8. Le Président, le Vice-Président, les Présidents des Commissions et le Président du Groupe de planification stratégique du Conseil d'exploitation postale forment le Comité de gestion. Ce Comité prépare et dirige les travaux de chaque session du Conseil d'exploitation postale et assume toutes les tâches que ce dernier décide de lui confier ou dont la nécessité apparaît durant le processus de planification stratégique.

9. Les attributions du Conseil d'exploitation postale sont les suivantes:

9.1 conduire l'étude des problèmes d'exploitation, commerciaux, techniques, économiques et de coopération technique les plus importants qui présentent de l'intérêt pour les Administrations

ländern, die dem Verwaltungsrat nicht angehören, entstehen dem Verein keine zusätzlichen Kosten.

Artikel 103

Dokumentation über die Tätigkeit des Verwaltungsrats

1. Der Verwaltungsrat informiert die Mitgliedsländer des Vereins und die Engeren Vereine nach jeder Tagung über seine Tätigkeit, indem er ihnen insbesondere einen zusammenfassenden Bericht sowie seine Entschlüsse und Entscheidungen zusendet.

2. Der Verwaltungsrat legt dem Kongreß einen Bericht über seine gesamte Tätigkeit vor und übersendet ihn den Postverwaltungen mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses.

Artikel 104

Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Rates für Postbetrieb

1. Der Rat für Postbetrieb setzt sich aus 40 Mitgliedern zusammen, die ihre Tätigkeit in der Zeit zwischen zwei aufeinanderfolgenden Kongressen ausüben.

2. Die Mitglieder des Rates für Postbetrieb werden vom Kongreß auf der Grundlage einer besonderen geographischen Verteilung gewählt. 24 Sitze sind den Entwicklungsländern vorbehalten und 16 Sitze den entwickelten Ländern. Mindestens die Hälfte der Mitglieder wird bei jedem Kongreß neu gewählt.

3. Der Vertreter jedes Mitglieds des Rates für Postbetrieb wird von der Postverwaltung seines Landes bestimmt. Dieser Vertreter muß ein qualifizierter Beamter der Postverwaltung sein.

4. Die laufenden Kosten des Rates für Postbetrieb trägt der Verein. Seine Mitglieder erhalten keinerlei Vergütung. Die Fahrt- und Aufenthaltskosten der Vertreter der im Rat für Postbetrieb vertretenen Verwaltungen werden von diesen Verwaltungen getragen. Vertreter von Ländern, die nach den Listen der Organisation der Vereinten Nationen als schlechter gestellt angesehen werden, haben jedoch, außer bei Tagungen, die während des Kongresses stattfinden, Anspruch auf Erstattung der Kosten eines Flugscheins (Hin- und Rückflug, Economy-Klasse) oder einer Eisenbahnfahrkarte (1. Klasse) oder der Kosten für die Reise mit jedem anderen Verkehrsmittel, sofern der betreffende Betrag die Kosten des Flugscheins (Hin- und Rückflug, Economy-Klasse) nicht übersteigt.

5. Bei seiner ersten Tagung, die vom Kongreßpräsidenten einberufen und eröffnet wird, wählt der Rat für Postbetrieb aus seinen Mitgliedern einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten, die Präsidenten der Ausschüsse und den Präsidenten der Gruppe für Strategieplanung.

6. Der Rat für Postbetrieb gibt sich eine Geschäftsordnung.

7. Der Rat für Postbetrieb tritt grundsätzlich jedes Jahr am Sitz des Vereins zusammen. Zeitpunkt und Ort der Tagung werden von seinem Präsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Verwaltungsrats und dem Generaldirektor des Internationalen Büros festgelegt.

8. Der Präsident, der Vizepräsident, die Präsidenten der Ausschüsse und der Präsident der Gruppe für Strategieplanung des Rates für Postbetrieb bilden den geschäftsführenden Ausschuß. Dieser Ausschuß plant und leitet die Arbeiten jeder Tagung des Rates für Postbetrieb und übernimmt alle Aufgaben, die letzterer ihm zu übertragen beschließt oder deren Notwendigkeit sich im Verlauf des Prozesses der Strategieplanung herausstellt.

9. Der Rat für Postbetrieb hat folgende Aufgaben:

9.1 Er führt die Untersuchung der wichtigsten betrieblichen, kommerziellen, technischen, wirtschaftlichen und mit der technischen Zusammenarbeit zusammenhängenden Probleme durch,

postales de tous les Pays-membres de l'Union, notamment des questions ayant des répercussions financières importantes (taxes, frais terminaux, frais de transit, taux de base du transport aérien du courrier, quotes-parts des colis postaux et dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres), élaborer des informations et des avis à leur sujet et recommander des mesures à prendre à leur égard;

9.2 procéder à la revision des Règlements d'exécution de l'Union dans les six mois qui suivent la clôture du Congrès, à moins que celui-ci n'en décide autrement. En cas d'urgence nécessaire, le Conseil d'exploitation postale peut également modifier lesdits Règlements à d'autres sessions. Dans les deux cas, le Conseil d'exploitation reste subordonné aux directives du Conseil d'administration en ce qui concerne les politiques et les principes fondamentaux;

9.3 coordonner les mesures pratiques pour le développement et l'amélioration des services postaux internationaux;

9.4 entreprendre, sous réserve de l'approbation du Conseil d'administration dans le cadre des compétences de ce dernier, toute action jugée nécessaire pour sauvegarder et renforcer la qualité du service postal international et le moderniser;

9.5 reviser et modifier, dans l'intervalle entre deux Congrès et selon la procédure prescrite dans la Convention postale universelle, sous réserve de l'approbation du Conseil d'administration, les taxes d'affranchissement des envois de la poste aux lettres;

9.6 formuler des propositions qui seront soumises à l'approbation soit du Congrès, soit des Administrations postales conformément à l'article 122; l'approbation du Conseil d'administration est requise lorsque ces propositions portent sur des questions relevant de la compétence de ce dernier;

9.7 examiner, à la demande de l'Administration postale d'un Pays-membre, toute proposition que cette Administration transmet au Bureau international selon l'article 121, en préparer les commentaires et charger le Bureau de les annexer à ladite proposition avant de la soumettre à l'approbation des Administrations postales des Pays-membres;

9.8 recommander, si nécessaire, et éventuellement après approbation par le Conseil d'administration et consultation de l'ensemble des Administrations postales, l'adoption d'une réglementation ou d'une nouvelle pratique en attendant que le Congrès décide en la matière;

9.9 élaborer et présenter, sous forme de recommandations aux Administrations postales, des normes en matière technique, d'exploitation et dans d'autres domaines de sa compétence où une pratique uniforme est indispensable. De même, il procède, en cas de besoin, à des modifications de normes qu'il a déjà établies;

9.10 élaborer, avec l'aide du Bureau International ainsi qu'en consultation avec le Conseil d'administration et avec son approbation, le projet de plan stratégique à soumettre au Congrès; reviser le plan approuvé par le Congrès, chaque année, également avec l'aide du Bureau international et l'approbation du Conseil d'administration;

9.11 approuver le rapport annuel établi par le Bureau international sur les activités de l'Union dans ses parties qui ont trait aux responsabilités et fonctions du Conseil d'exploitation postale;

9.12 décider des contacts à prendre avec les Administrations postales pour remplir ses fonctions;

9.13 procéder à l'étude des problèmes d'enseignement et de formation professionnelle intéressant les pays nouveaux et en développement;

9.14 prendre les mesures nécessaires en vue d'étudier et de diffuser les expériences et les progrès faits par certains pays dans les domaines de la technique, de l'exploitation, de l'économie et de la formation professionnelle intéressant les services postaux;

die für die Postverwaltungen aller Mitgliedsländer des Vereins von Interesse sind, insbesondere der Fragen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen (Gebühren, Endvergütungen, Durchgangsvergütungen, Grundvergütungssätze für die Luftbeförderung der Briefpost, Vergütungsanteile für Postpakete und Einlieferung von Briefsendungen im Ausland), er arbeitet Mitteilungen und Stellungnahmen dazu aus und empfiehlt diesbezüglich zu ergreifende Maßnahmen;

9.2 er revidiert die Vollzugsordnungen des Vereins binnen sechs Monaten nach Schließung des Kongresses, sofern dieser nichts anderes beschließt. Im Falle dringender Notwendigkeit darf der Rat für Postbetrieb die Vollzugsordnungen auch auf anderen Tagungen ändern. In beiden Fällen muß der Rat für Postbetrieb sich hinsichtlich der grundlegenden Leitlinien und Prinzipien an die Weisungen des Verwaltungsrats halten;

9.3 er koordiniert die praktischen Maßnahmen zur Entwicklung und Verbesserung der internationalen Postdienste;

9.4 er realisiert vorbehaltlich der vom Verwaltungsrat im Rahmen seiner Zuständigkeiten erteilten Genehmigung alle Maßnahmen, die zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität des internationalen Postdienstes und zur Modernisierung dieses Dienstes für erforderlich gehalten werden;

9.5 er revidiert und ändert in der Zeit zwischen zwei Kongressen nach dem im Weltpostvertrag vorgeschriebenen Verfahren, vorbehaltlich der Genehmigung des Verwaltungsrats, die Freimachungsgebühren für Briefsendungen;

9.6 er erarbeitet Vorschläge, die dem Kongreß oder den Postverwaltungen nach Artikel 122 zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung des Verwaltungsrats ist erforderlich, wenn diese Vorschläge Fragen betreffen, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsrats fallen;

9.7 er prüft auf Antrag der Postverwaltung eines Mitgliedslandes jeden Vorschlag, den diese Verwaltung nach Artikel 121 dem Internationalen Büro übermittelt, er bereitet Stellungnahmen dazu vor und beauftragt das Internationale Büro, diese dem betreffenden Vorschlag beizugeben, bevor er ihn den Postverwaltungen der Mitgliedsländer zur Genehmigung vorlegt;

9.8 er empfiehlt, falls erforderlich und gegebenenfalls nach Genehmigung des Verwaltungsrats und nach Befragung aller Postverwaltungen, die Annahme von Vorschriften oder neuen Verfahren, bis der Kongreß in der betreffenden Angelegenheit entscheidet;

9.9 er erarbeitet Standards im technischen und betrieblichen Bereich sowie in anderen in seine Zuständigkeit fallenden Bereichen, in denen eine einheitliche Praxis unerlässlich ist, und legt sie in Form von Empfehlungen an die Postverwaltungen vor. Desgleichen nimmt er, falls erforderlich, an bereits von ihm festgelegten Standards Änderungen vor;

9.10 er arbeitet mit Unterstützung des Internationalen Büros sowie im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat und mit seiner Genehmigung den Entwurf des Strategieplans aus, der dem Kongreß vorgelegt werden soll; er revidiert den vom Kongreß genehmigten Plan jedes Jahr, ebenfalls mit Unterstützung des Internationalen Büros und mit der Genehmigung des Verwaltungsrats;

9.11 er genehmigt diejenigen Teile des Jahresberichts des Internationalen Büros über die Tätigkeit des Vereins, die die Zuständigkeiten und Aufgaben des Rates für Postbetrieb betreffen;

9.12 er entscheidet über die mit den Postverwaltungen zur Erfüllung seiner Aufgaben aufzunehmenden Kontakte;

9.13 er untersucht die Probleme des Unterrichts und der Berufsausbildung, die für die neuen Länder und die Entwicklungsländer von Interesse sind;

9.14 er ergreift die notwendigen Maßnahmen, um die Erfahrungen und Fortschritte bestimmter Länder in den Bereichen Technik, Betrieb, Wirtschaft und Berufsausbildung, die für die Postdienste interessant sind, zu untersuchen und weiterzugeben;

9.15 étudier la situation actuelle et les besoins des services postaux dans les pays nouveaux et en développement et élaborer des recommandations convenables sur les voies et les moyens d'améliorer les services postaux dans ces pays;

9.16 prendre, après entente avec le Conseil d'administration, les mesures appropriées dans le domaine de la coopération technique avec tous les Pays-membres de l'Union, en particulier avec les pays nouveaux et en développement;

9.17 examiner toutes autres questions qui lui sont soumises par un membre du Conseil d'exploitation postale, par le Conseil d'administration ou par toute Administration d'un Pays-membre.

10. Les membres du Conseil d'exploitation postale participent effectivement à ses activités. Les Administrations postales des Pays-membres n'appartenant pas au Conseil d'exploitation postale peuvent, sur leur demande, collaborer aux études entreprises, en respectant les conditions que le Conseil peut établir pour assurer le rendement et l'efficacité de son travail. Elles peuvent aussi être sollicitées pour présider des Groupes de travail lorsque leurs connaissances ou leur expérience le justifient.

11. Le Conseil d'exploitation postale établit, à sa session précédant le Congrès, le projet de programme de travail de base du prochain Conseil à soumettre au Congrès, compte tenu du projet de plan stratégique, ainsi que des demandes des Pays-membres de l'Union, du Conseil d'administration et du Bureau international. Ce programme de base, comprenant un nombre limité d'études sur des sujets d'actualité et d'intérêt commun, est révisable chaque année en fonction des réalités et des priorités nouvelles.

12. Afin d'assurer une liaison efficace entre les travaux des deux organes, le Conseil d'administration peut désigner des représentants pour assister aux réunions du Conseil d'exploitation postale en qualité d'observateurs.

13. Le Conseil d'exploitation postale peut inviter à ses réunions sans droit de vote:

13.1 tout organisme international ou toute personne qualifiée qu'il désire associer à ses travaux;

13.2 des Administrations postales des Pays-membres n'appartenant pas au Conseil d'exploitation postale;

13.3 toute association ou entreprise qu'il souhaite consulter sur des questions concernant ses activités.

Article 105

Documentation sur les activités du Conseil d'exploitation postale

1. Après chaque session, le Conseil d'exploitation postale informe les Administrations postales des Pays-membres et les Unions restreintes sur ses activités en leur adressant notamment un compte rendu analytique ainsi que ses résolutions et décisions.

2. Le Conseil d'exploitation postale établit, à l'intention du Conseil d'administration, un rapport annuel sur ses activités.

3. Le Conseil d'exploitation postale établit, à l'intention du Congrès, un rapport sur l'ensemble de son activité et le transmet aux Administrations postales des Pays-membres au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès.

Article 106

Règlement intérieur des Congrès

1. Pour l'organisation de ses travaux et la conduite de ses délibérations, le Congrès applique le Règlement intérieur des Congrès qui est annexé au présent Règlement général.

2. Chaque Congrès peut modifier ce Règlement dans les conditions fixées au Règlement intérieur lui-même.

9.15 er untersucht die aktuelle Lage und die Erfordernisse der Postdienste in den neuen Ländern und den Entwicklungsländern und arbeitet geeignete Empfehlungen über Mittel und Wege zur Verbesserung der Postdienste in diesen Ländern aus;

9.16 er ergreift im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat geeignete Maßnahmen im Bereich der technischen Zusammenarbeit mit allen Mitgliedsländern des Vereins, insbesondere mit den neuen Ländern und den Entwicklungsländern;

9.17 er prüft alle sonstigen Fragen, die ihm von einem Mitglied des Rates für Postbetrieb, vom Verwaltungsrat oder von der Verwaltung eines Mitgliedslandes vorgelegt werden.

10. Die Mitglieder des Rates für Postbetrieb beteiligen sich aktiv an seinen Arbeiten. Postverwaltungen von Mitgliedsländern, die dem Rat für Postbetrieb nicht angehören, können auf Antrag an den Untersuchungen mitarbeiten, wobei sie die Bedingungen beachten müssen, die der Rat im Interesse der Wirksamkeit und Effizienz seiner Arbeit gegebenenfalls festlegt. Sie können auch gebeten werden, den Vorsitz von Arbeitsgruppen zu übernehmen, wenn ihre Kenntnisse oder Erfahrungen dies rechtfertigen.

11. Der Rat für Postbetrieb erstellt auf seiner letzten Tagung vor dem Kongreß unter Berücksichtigung des Entwurfs des Strategieplans und der Anträge der Mitgliedsländer des Vereins sowie des Verwaltungsrats und des Internationalen Büros den dem Kongreß vorzulegenden Entwurf für das grundlegende Arbeitsprogramm des nächsten Rates. Dieses grundlegende Programm, das eine begrenzte Zahl von Untersuchungen über aktuelle Themen von allgemeinem Interesse umfaßt, kann jedes Jahr in Abhängigkeit von neuen Gegebenheiten und Prioritäten revidiert werden.

12. Um eine effiziente Verbindung zwischen den Arbeiten der beiden Organe sicherzustellen, kann der Verwaltungsrat Vertreter bestimmen, die an den Sitzungen des Rates für Postbetrieb als Beobachter teilnehmen sollen.

13. Der Rat für Postbetrieb kann zu seinen Tagungen ohne Stimmrecht einladen:

13.1 jede internationale Organisation oder jede entsprechend qualifizierte Person, die er an seinen Arbeiten beteiligen möchte;

13.2 Postverwaltungen von Mitgliedsländern, die dem Rat für Postbetrieb nicht angehören;

13.3 jede Vereinigung oder jedes Unternehmen, die beziehungsweise das er zu Fragen, die seine Tätigkeit betreffen, konsultieren möchte.

Artikel 105

Dokumentation über die Tätigkeit des Rates für Postbetrieb

1. Der Rat für Postbetrieb informiert die Postverwaltungen der Mitgliedsländer und die Engeren Vereine nach jeder Tagung über seine Tätigkeit, indem er ihnen insbesondere einen zusammenfassenden Bericht sowie seine Entschlüsse und Entscheidungen zusendet.

2. Der Rat für Postbetrieb erstellt für den Verwaltungsrat einen Jahresbericht über seine Tätigkeit.

3. Der Rat für Postbetrieb erstellt für den Kongreß einen Bericht über seine gesamte Tätigkeit und übersendet ihn den Postverwaltungen der Mitgliedsländer mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses.

Artikel 106

Geschäftsordnung der Kongresse

1. Der Kongreß wendet bei der Organisation seiner Arbeiten und der Führung seiner Beratungen die Geschäftsordnung der Kongresse an, die dieser Allgemeinen Verfahrensordnung als Anlage beigelegt ist.

2. Jeder Kongreß kann diese Geschäftsordnung unter den in der Geschäftsordnung selbst festgelegten Bedingungen ändern.

Article 107

Langues de travail du Bureau international

Les langues de travail du Bureau international sont le français et l'anglais.

Article 108

Langues utilisées pour la documentation, les délibérations et la correspondance de service

1. Pour la documentation de l'Union, les langues française, anglaise, arabe et espagnole sont utilisées. Sont également utilisées les langues allemande, chinoise, portugaise et russe, à condition que la production dans ces dernières langues se limite à la documentation de base la plus importante. D'autres langues sont également utilisées, à condition que les Pays-membres qui en font la demande en supportent tous les coûts.

2. Le ou les Pays-membres ayant demandé une langue autre que la langue officielle constituent un groupe linguistique. Les Pays-membres utilisant la langue officielle constituent le groupe linguistique français.

3. La documentation est publiée par le Bureau international dans la langue officielle et dans les langues des autres groupes linguistiques constitués, soit directement, soit par l'intermédiaire des bureaux régionaux de ces groupes, conformément aux modalités convenues avec le Bureau international. La publication dans les différentes langues est faite selon le même modèle.

4. La documentation publiée directement par le Bureau international est, dans la mesure du possible, distribuée simultanément dans les différentes langues demandées.

5. Les correspondances entre les Administrations postales et le Bureau international et entre ce dernier et des tiers peuvent être échangées en toute langue pour laquelle le Bureau international dispose d'un service de traduction.

6. Les frais de traduction vers une langue quelle qu'elle soit, y compris ceux résultant de l'application du paragraphe 5, sont supportés par le groupe linguistique ayant demandé cette langue. Sont supportés par le groupe linguistique français les frais de traduction vers la langue officielle des documents et des correspondances reçues en langues anglaise, arabe et espagnole. Tous les autres frais afférents à la fourniture des documents sont supportés par l'Union. Le plafond des frais à supporter par l'Union pour la production des documents en allemand, chinois, portugais et russe est fixé par une résolution du Congrès.

7. Les frais à supporter par un groupe linguistique sont répartis entre les membres de ce groupe proportionnellement à leur contribution aux dépenses de l'Union. Ces frais peuvent être répartis entre les membres du groupe linguistique selon une autre clé de répartition, à condition que les intéressés s'entendent à ce sujet et notifient leur décision au Bureau international par l'intermédiaire du porte-parole du groupe.

8. Le Bureau international donne suite à tout changement de choix de langue demandé par un Pays-membre après un délai qui ne doit pas dépasser deux ans.

9. Pour les délibérations des réunions des organes de l'Union, les langues française, anglaise, espagnole et russe sont admises, moyennant un système d'interprétation – avec ou sans équipement électronique – dont le choix est laissé à l'appréciation des organisateurs de la réunion après consultation du Directeur général du Bureau international et des Pays-membres intéressés.

10. D'autres langues sont également autorisées pour les délibérations et les réunions indiquées au paragraphe 9.

11. Les délégations qui emploient d'autres langues assurent l'interprétation simultanée en l'une des langues mentionnées au

Artikel 107

Arbeits Sprachen des Internationalen Büros

Die Arbeitssprachen des Internationalen Büros sind die französische und die englische Sprache.

Artikel 108

Sprachen für Dokumentation, Beratungen und dienstlichen Schriftwechsel

1. Für die Dokumentation des Vereins werden die französische, englische, arabische und spanische Sprache verwendet. Die Sprachen Deutsch, Chinesisch, Portugiesisch und Russisch werden unter der Bedingung ebenfalls verwendet, daß sich die Dokumentation in diesen Sprachen auf die wichtigste grundlegende Dokumentation beschränkt. Weitere Sprachen können unter der Bedingung verwendet werden, daß die Mitgliedsländer, die dies beantragen, alle Kosten dafür tragen.

2. Das Mitgliedsland oder die Mitgliedsländer, die eine andere Sprache als die Amtssprache verlangt haben, bilden jeweils eine Sprachgruppe. Die Mitgliedsländer, die die Amtssprache verwenden, bilden die französische Sprachgruppe.

3. Das Internationale Büro veröffentlicht die Dokumentation in der Amtssprache und in den Sprachen der übrigen Sprachgruppen entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der regionalen Büros dieser Gruppen nach den mit dem Internationalen Büro vereinbarten Verfahrensweisen. Die Veröffentlichung in den verschiedenen Sprachen erfolgt in einheitlicher Gestaltung.

4. Die vom Internationalen Büro unmittelbar veröffentlichte Dokumentation wird nach Möglichkeit gleichzeitig in den verschiedenen verlangten Sprachen versandt.

5. Der Schriftwechsel zwischen den Postverwaltungen und dem Internationalen Büro sowie zwischen letzterem und Dritten kann in jeder Sprache geführt werden, für die das Internationale Büro über einen Übersetzungsdienst verfügt.

6. Die Kosten für die Übersetzung in irgendeine Sprache, einschließlich der Kosten, die sich aus der Anwendung des Absatzes 5 ergeben, werden von der Sprachgruppe getragen, die diese Sprache verlangt hat. Die französische Sprachgruppe trägt die Kosten für die Übersetzung der in englischer, arabischer und spanischer Sprache eingegangenen Dokumente und Schreiben in die Amtssprache. Alle anderen mit der Bereitstellung der Dokumente verbundenen Kosten trägt der Verein. Der Höchstbetrag der vom Verein zu tragenden Kosten für die Herstellung der Dokumente in deutscher, chinesischer, portugiesischer und russischer Sprache wird durch eine Entschließung des Kongresses festgelegt.

7. Die von einer Sprachgruppe zu tragenden Kosten werden unter den Mitgliedern dieser Gruppe im Verhältnis ihres Beitrags zu den Kosten des Vereins aufgeteilt. Diese Kosten können auch nach einem anderen Schlüssel unter den Mitgliedern einer Sprachgruppe aufgeteilt werden, wenn die Betroffenen sich diesbezüglich verständigen und ihre Entscheidung dem Internationalen Büro über den Sprecher der Gruppe mitteilen.

8. Innerhalb einer Frist, die zwei Jahre nicht überschreiten darf, gibt das Internationale Büro jedem Antrag eines Mitgliedslandes auf Wechsel der gewählten Sprache statt.

9. Für die Beratungen der Tagungen der Organe des Vereins sind die französische, englische, spanische und russische Sprache unter Verwendung einer Dolmetschanlage mit oder ohne elektronische Ausrüstung zugelassen, deren Auswahl in das Ermessen der Veranstalter der Tagung gestellt ist, wobei diese sich vorher mit dem Generaldirektor des Internationalen Büros und den beteiligten Mitgliedsländern entsprechend verständigt haben müssen.

10. Für die in Absatz 9 genannten Beratungen und Tagungen sind auch andere Sprachen zugelassen.

11. Delegationen, die eine andere Sprache verwenden, sorgen für die Simultandolmetschung in eine der in Absatz 9 genannten

paragraphe 9, soit par le système indiqué au même paragraphe, lorsque les modifications d'ordre technique nécessaires peuvent y être apportées, soit par des interprètes particuliers.

12. Les frais des services d'interprétation sont répartis entre les Pays-membres utilisant la même langue dans la proportion de leur contribution aux dépenses de l'Union. Toutefois, les frais d'installation et d'entretien de l'équipement technique sont supportés par l'Union.

13. Les Administrations postales peuvent s'entendre au sujet de la langue à employer pour la correspondance de service dans leurs relations réciproques. A défaut d'une telle entente, la langue à employer est le français.

Chapitre II

Bureau International

Article 109

Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau International

1. Le Directeur général et le Vice-Directeur général du Bureau international sont élus par le Congrès pour la période séparant deux Congrès successifs, la durée minimale de leur mandat étant de cinq ans. Leur mandat est renouvelable une seule fois. Sauf décision contraire du Congrès, la date de leur entrée en fonctions est fixée au 1^{er} janvier de l'année qui suit le Congrès.

2. Au moins sept mois avant l'ouverture du Congrès, le Directeur général du Bureau international adresse une note aux Gouvernements des Pays-membres en les invitant à présenter les candidatures éventuelles pour les postes de Directeur général et de Vice-Directeur général et en indiquant en même temps si le Directeur général ou le Vice-Directeur général en fonctions sont intéressés au renouvellement éventuel de leur mandat initial. Les candidatures, accompagnées d'un curriculum vitae, doivent parvenir au Bureau international deux mois au moins avant l'ouverture du Congrès. Les candidats doivent être des ressortissants des Pays-membres qui les présentent. Le Bureau international élabore la documentation nécessaire pour le Congrès. L'élection du Directeur général et celle du Vice-Directeur général ont lieu au scrutin secret, la première élection portant sur le poste de Directeur général.

3. En cas de vacance du poste de Directeur général, le Vice-Directeur général assume les fonctions de Directeur général jusqu'à la fin du mandat prévu pour celui-ci; il est éligible à ce poste et est admis d'office comme candidat, sous réserve que son mandat initial en tant que Vice-Directeur général n'ait pas déjà été renouvelé une fois par le Congrès précédent et qu'il déclare son intérêt à être considéré comme candidat au poste de Directeur général.

4. En cas de vacance simultanée des postes de Directeur général et de Vice-Directeur général, le Conseil d'administration élit, sur la base des candidatures reçues à la suite d'une mise au concours, un Vice-Directeur général pour la période allant jusqu'au prochain Congrès. Pour la présentation des candidatures, le paragraphe 2 s'applique par analogie.

5. En cas de vacance du poste de Vice-Directeur général, le Conseil d'administration charge, sur proposition du Directeur général, un des Sous-Directeurs généraux au Bureau international d'assumer, jusqu'au prochain Congrès, les fonctions de Vice-Directeur général.

Article 110

Fonctions du Directeur général

1. Le Directeur général organise, administre et dirige le Bureau international, dont il est le représentant légal. Il est compétent pour classer les postes des grades G 1 à D 1 et pour nommer et promouvoir les fonctionnaires dans ces grades. Pour les nomina-

Sprachen, und zwar entweder über die in Absatz 9 erwähnte Anlage, wenn die erforderlichen technischen Änderungen daran vorgenommen werden können, oder durch besondere Dolmetscher.

12. Die Kosten für die Dolmetschdienste werden unter den Mitgliedsländern, die dieselbe Sprache verwenden, im Verhältnis ihres Beitrags zu den Kosten des Vereins aufgeteilt. Die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung der technischen Anlage werden jedoch vom Verein getragen.

13. Die Postverwaltungen können die Sprache vereinbaren, deren sie sich in ihrem dienstlichen Schriftwechsel bedienen wollen. Besteht eine solche Vereinbarung nicht, so ist die französische Sprache zu verwenden.

Kapitel II

Internationales Büro

Artikel 109

Wahl des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors des Internationalen Büros

1. Der Generaldirektor und der Vizegeneraldirektor des Internationalen Büros werden vom Kongreß für die Zeit zwischen zwei aufeinanderfolgenden Kongressen gewählt; die Mindestdauer ihrer Amtszeit beträgt fünf Jahre. Sie dürfen nur einmal wiedergewählt werden. Sofern der Kongreß keine gegenteilige Entscheidung trifft, wird der Zeitpunkt ihres Amtsantritts auf den 1. Januar des Jahres festgesetzt, das dem Kongreß folgt.

2. Mindestens sieben Monate vor Eröffnung des Kongresses wendet sich der Generaldirektor des Internationalen Büros mit einer Note an die Regierungen der Mitgliedsländer und fordert sie auf, eventuelle Bewerbungen für die Stellen des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors vorzulegen; dabei teilt er zugleich mit, ob der amtierende Generaldirektor oder der amtierende Vizegeneraldirektor eine Wiederwahl anstrebt. Die Bewerbungen, denen ein Lebenslauf beigelegt sein muß, müssen dem Internationalen Büro mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses zugehen. Die Kandidaten müssen Staatsangehörige der Mitgliedsländer sein, die sie vorschlagen. Das Internationale Büro arbeitet die für den Kongreß erforderlichen Unterlagen aus. Der Generaldirektor und der Vizegeneraldirektor werden in geheimer Wahl gewählt, wobei die erste Wahl die Stelle des Generaldirektors betrifft.

3. Wird die Stelle des Generaldirektors frei, so übernimmt der Vizegeneraldirektor die Aufgaben des Generaldirektors bis zum Ende der für diesen vorgesehenen Amtszeit; er kann in dieses Amt gewählt werden und wird von Amts wegen als Kandidat zugelassen, sofern er vom vorhergehenden Kongreß nicht schon einmal als Vizegeneraldirektor wiedergewählt wurde und er sein Interesse daran bekundet, als Kandidat für die Stelle des Generaldirektors betrachtet zu werden.

4. Werden die Stellen des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors gleichzeitig frei, so wählt der Verwaltungsrat auf der Grundlage der nach einer Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen für die Zeit bis zum nächsten Kongreß einen Vizegeneraldirektor. Für die Einreichung der Bewerbungen gilt Absatz 2 sinngemäß.

5. Wird die Stelle des Vizegeneraldirektors frei, so beauftragt der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Generaldirektors einen der Untergeneraldirektoren des Internationalen Büros, die Aufgaben des Vizegeneraldirektors bis zum nächsten Kongreß wahrzunehmen.

Artikel 110

Aufgaben des Generaldirektors

1. Der Generaldirektor organisiert, verwaltet und leitet das Internationale Büro, dessen rechtmäßiger Vertreter er ist. Er ist zuständig für die Bewertung der Dienstposten G 1 bis D 1 und für die Ernennung und Beförderung der Beamten in diese Besol-

tions dans les grades P 1 à D 1, il doit prendre en considération les qualifications professionnelles des candidats recommandés par les Administrations postales des Pays-membres dont ils ont la nationalité, ou dans lesquels ils exercent leur activité professionnelle, en tenant compte d'une équitable répartition géographique continentale et des langues ainsi que de toutes autres considérations y relatives, tout en respectant le régime intérieur de promotions du Bureau. Toutefois, dans le cas de postes exigeant des qualifications spéciales, le Directeur général peut s'adresser à l'extérieur. Il tient également compte, lors de la nomination d'un nouveau fonctionnaire, de ce qu'en principe les personnes qui occupent les postes des grades D 2, D 1 et P 5 doivent être des ressortissants de différents Pays-membres de l'Union. Lors de la promotion d'un fonctionnaire du Bureau international aux grades D 1 et P 5, il n'est pas tenu à l'application du même principe. En outre, les exigences d'une équitable répartition géographique et des langues passent après le mérite dans le processus de recrutement. Le Directeur général informe le Conseil d'administration une fois par an, dans le rapport sur les activités de l'Union, des nominations et des promotions aux grades P 4 à D 1.

2. Le Directeur général a les attributions suivantes:

2.1 assurer les fonctions de dépositaire des Actes de l'Union et d'intermédiaire dans la procédure d'adhésion et d'admission à l'Union ainsi que de sortie de celle-ci;

2.2 notifier à l'ensemble des Administrations les Règlements d'exécution arrêtés ou révisés par le Conseil d'exploitation postale;

2.3 préparer le projet de budget annuel de l'Union au niveau le plus bas possible compatible avec les besoins de l'Union et le soumettre en temps opportun à l'examen du Conseil d'administration; communiquer le budget aux Pays-membres de l'Union après l'approbation du Conseil d'administration et l'exécuter;

2.4 exécuter les activités spécifiques demandées par les organes de l'Union et celles que lui attribuent les Actes;

2.5 prendre les initiatives visant à réaliser les objectifs fixés par les organes de l'Union, dans le cadre de la politique établie et des fonds disponibles;

2.6 soumettre des suggestions et des propositions au Conseil d'administration ou au Conseil d'exploitation postale;

2.7 préparer, à l'intention du Conseil d'exploitation postale et sur la base des directives données par ce dernier, le projet de plan stratégique à soumettre au Congrès et le projet de révision annuelle;

2.8 assurer la représentation de l'Union;

2.9 servir d'intermédiaire dans les relations entre:

- l'UPU et les Unions restreintes;
- l'UPU et l'Organisation des Nations Unies;
- l'UPU et les organisations internationales dont les activités présentent un intérêt pour l'Union;
- l'UPU et les organismes internationaux, associations ou entreprises que les organes de l'Union souhaitent consulter ou associer à leurs travaux;

2.10 assumer la fonction de Secrétaire général des organes de l'Union et veiller à ce titre, compte tenu des dispositions spéciales du présent Règlement, notamment:

- à la préparation et à l'organisation des travaux des organes de l'Union;
- à l'élaboration, à la production et à la distribution des documents, rapports et procès-verbaux;

dungsgruppen. Bei den Ernennungen in den Besoldungsgruppen P 1 bis D 1 muß er die fachliche Qualifikation der Kandidaten berücksichtigen, die von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer, deren Staatsangehörigkeit sie besitzen oder in denen sie ihre berufliche Tätigkeit ausüben, empfohlen wurden; dabei muß er, unter Berücksichtigung der inneren Aufstiegsordnung des Internationalen Büros, einer ausgewogenen geographischen Verteilung auf die Erdteile und Sprachen sowie allen anderen diesbezüglichen Überlegungen Rechnung tragen. Bei Stellen, die eine spezielle Qualifikation erfordern, kann der Generaldirektor sich jedoch auch nach außen wenden. Bei der Ernennung eines neuen Beamten berücksichtigt er außerdem, daß die Inhaber der Stellen in den Besoldungsgruppen D 2, D 1 und P 5 grundsätzlich Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer des Vereins sein müssen. Bei der Beförderung eines Beamten des Internationalen Büros in die Besoldungsgruppen D 1 und P 5 muß er nicht dasselbe Prinzip anwenden. Außerdem sind die Forderungen nach ausgewogener geographischer und sprachenmäßiger Verteilung bei der Einstellung dem Kriterium der Befähigung untergeordnet. Der Generaldirektor unterrichtet den Verwaltungsrat einmal jährlich im Tätigkeitsbericht des Vereins über die Ernennungen und Beförderungen in die Besoldungsgruppen P 4 bis D 1.

2. Der Generaldirektor hat folgende Aufgaben:

2.1 Er nimmt die Aufgaben des Verwahrers der Verträge des Vereins und des Mittlers im Verfahren für den Beitritt und die Zulassung zum Verein sowie für den Austritt aus dem Verein wahr;

2.2 er notifiziert allen Verwaltungen die vom Rat für Postbetrieb beschlossenen oder revidierten Vollzugsordnungen;

2.3 er bereitet den Entwurf des jährlichen Haushaltsplans des Vereins auf der niedrigstmöglichen Höhe vor, die mit den Erfordernissen des Vereins vereinbar ist, und legt ihn zu gegebener Zeit dem Verwaltungsrat zur Prüfung vor; er gibt den Haushaltsplan nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat den Mitgliedsländern des Vereins bekannt und führt ihn durch;

2.4 er führt die besonderen Tätigkeiten durch, um die die Organe des Vereins ihn bitten, sowie diejenigen, die ihm in den Verträgen zugewiesen sind;

2.5 er ergreift Maßnahmen zur Verwirklichung der von den Organen des Vereins festgelegten Ziele, im Rahmen der definierten Politik und der verfügbaren Mittel;

2.6 er legt dem Verwaltungsrat oder dem Rat für Postbetrieb Anregungen und Vorschläge vor;

2.7 er bereitet für den Rat für Postbetrieb auf der Grundlage der von diesem gegebenen Richtlinien den dem Kongreß vorzulegenden Entwurf des Strategieplans und den jährlichen Revisionsentwurf vor;

2.8 er vertritt den Verein;

2.9 er handelt als Mittler in den Beziehungen zwischen

- dem Weltpostverein und den Engeren Vereinen;
- dem Weltpostverein und der Organisation der Vereinten Nationen;
- dem Weltpostverein und den internationalen Organisationen, deren Tätigkeit für den Verein von Interesse ist;
- dem Weltpostverein und den internationalen Organisationen, Vereinigungen oder Unternehmen, die die Organe des Vereins konsultieren oder an ihren Arbeiten beteiligen möchten;

2.10 er übernimmt das Amt des Generalsekretärs der Organe des Vereins und wacht in dieser Eigenschaft unter Berücksichtigung der besonderen Bestimmungen dieser Allgemeinen Verfahrensordnung insbesondere über

- die Vorbereitung und Organisation der Arbeiten der Organe des Vereins;
- die Ausarbeitung, Herstellung und Verteilung der Dokumente, Berichte und Protokolle;

- au fonctionnement du secrétariat durant les réunions des organes de l'Union;

2.11 assister aux séances des organes de l'Union et prendre part aux délibérations sans droit de vote, avec la possibilité de se faire représenter.

Article 111

Fonctions du Vice-Directeur général

1. Le Vice-Directeur général assiste le Directeur général et il est responsable devant lui.
2. En cas d'absence ou empêchement du Directeur général, le Vice-Directeur général exerce les pouvoirs de celui-ci. Il en est de même dans le cas de vacance du poste de Directeur général visé à l'article 109, paragraphe 3.

Article 112

Secrétariat des organes de l'Union

Le secrétariat des organes de l'Union est assuré par le Bureau international sous la responsabilité du Directeur général. Il adresse tous les documents publiés à l'occasion de chaque session aux Administrations postales des membres de l'organe, aux Administrations postales des pays qui, sans être membres de l'organe, collaborent aux études entreprises, aux Unions restreintes ainsi qu'aux autres Administrations postales des Pays-membres qui en font la demande.

Article 113

Liste des Pays-membres

Le Bureau international établit et tient à jour la liste des Pays-membres de l'Union en y indiquant leur classe de contribution, leur groupe géographique et leur situation par rapport aux Actes de l'Union.

Article 114

Renseignements. Avis. Demandes d'interprétation et de modification des Actes. Enquêtes. Intervention dans la liquidation des comptes

1. Le Bureau international se tient en tout temps à la disposition du Conseil d'administration, du Conseil d'exploitation postale et des Administrations postales pour leur fournir tous renseignements utiles sur les questions relatives au service.
2. Il est chargé, notamment, de réunir, de coordonner, de publier et de distribuer les renseignements de toute nature qui intéressent le service postal international; d'émettre, à la demande des parties en cause, un avis sur les questions litigieuses; de donner suite aux demandes d'interprétation et de modification des Actes de l'Union et, en général, de procéder aux études et aux travaux de rédaction ou de documentation que lesdits Actes lui attribuent ou dont il serait saisi dans l'intérêt de l'Union.
3. Il procède également aux enquêtes qui sont demandées par les Administrations postales en vue de connaître l'opinion des autres Administrations sur une question déterminée. Le résultat d'une enquête ne revêt pas le caractère d'un vote et ne lie pas formellement.
4. Il intervient, à titre d'office de compensation, dans la liquidation des comptes de toute nature relatifs au service postal international, entre les Administrations postales qui réclament cette intervention.

Article 115

Coopération technique

Le Bureau international est chargé, dans le cadre de la coopération technique internationale, de développer l'assistance technique postale sous toutes ses formes.

- die Arbeitsweise des Sekretariats während der Tagungen der Organe des Vereins;

2.11 er wohnt den Sitzungen der Organe des Vereins bei und nimmt an den Beratungen ohne Stimmrecht teil, mit der Möglichkeit, sich vertreten zu lassen.

Artikel 111

Aufgaben des Vizegeneraldirektors

1. Der Vizegeneraldirektor unterstützt den Generaldirektor und ist ihm gegenüber verantwortlich.
2. Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Generaldirektors übt der Vizegeneraldirektor dessen Befugnisse aus. Das gleiche gilt für den in Artikel 109 Absatz 3 vorgesehenen Fall des Freiwerdens der Stelle des Generaldirektors.

Artikel 112

Sekretariat der Organe des Vereins

Das Sekretariat der Organe des Vereins wird vom Internationalen Büro unter der Verantwortlichkeit des Generaldirektors wahrgenommen. Es versendet alle bei den einzelnen Tagungen veröffentlichten Dokumente an die Postverwaltungen der Mitglieder der betreffenden Organe, an die Postverwaltungen der Länder, die, ohne Mitglied des betreffenden Organs zu sein, an den Untersuchungen mitarbeiten, an die Engeren Vereine sowie an die anderen Postverwaltungen der Mitgliedsländer, die darum ersuchen.

Artikel 113

Liste der Mitgliedsländer

Das Internationale Büro erstellt die Liste der Mitgliedsländer des Vereins mit Angabe ihrer Beitragsklasse, ihrer geographischen Gruppe und des Standes ihres Verhältnisses zu den Verträgen des Vereins und bringt diese Liste laufend auf den neuesten Stand.

Artikel 114

Auskünfte. Gutachten. Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge. Umfragen. Vermittlung bei der Begleichung der Rechnungen

1. Das Internationale Büro hält sich jederzeit zur Verfügung des Verwaltungsrats, des Rates für Postbetrieb und der Postverwaltungen, um ihnen alle sachdienlichen Auskünfte über dienstliche Fragen zu erteilen.
2. Es hat insbesondere die Aufgabe, Mitteilungen jeder Art über den internationalen Postdienst zu sammeln, zu koordinieren, zu veröffentlichen und zu verteilen, auf Antrag der Beteiligten Gutachten über strittige Fragen abzugeben, Anträgen auf Auslegung und Änderung der Verträge des Vereins stattzugeben und sich allgemein mit Untersuchungen und Redaktions- oder Dokumentationsarbeiten zu befassen, die ihm die genannten Verträge zuweisen oder die ihm im Interesse des Vereins übertragen werden.
3. Es führt auf Antrag von Postverwaltungen auch Umfragen durch, wenn die Meinung anderer Verwaltungen zu einer bestimmten Frage in Erfahrung gebracht werden soll. Das Ergebnis einer Umfrage stellt keine Abstimmung dar und ist unverbindlich.
4. Es vermittelt als Clearingstelle bei der Begleichung jeder Art von Rechnungen aus dem internationalen Postdienst zwischen den Postverwaltungen, die diese Vermittlung wünschen.

Artikel 115

Technische Zusammenarbeit

Das Internationale Büro hat die Aufgabe, im Rahmen der internationalen technischen Zusammenarbeit die technische Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens in allen ihren Erscheinungsformen zu fördern.

Article 116**Formules fournies par le Bureau International**

Le Bureau international est chargé de faire confectionner les coupons-réponse internationaux et d'en approvisionner, au prix de revient, les Administrations postales qui en font la demande.

Article 117**Actes des Unions restreintes et arrangements spéciaux**

1. Deux exemplaires des Actes des Unions restreintes et des arrangements spéciaux conclus en application de l'article 8 de la Constitution doivent être transmis au Bureau international par les bureaux de ces Unions ou, à défaut, par une des parties contractantes.

2. Le Bureau international veille à ce que les Actes des Unions restreintes et les arrangements spéciaux ne prévoient pas des conditions moins favorables pour le public que celles qui sont prévues dans les Actes de l'Union et informe les Administrations postales de l'existence des Unions et des arrangements susdits. Il signale au Conseil d'administration toute irrégularité constatée en vertu de la présente disposition.

Article 118**Revue de l'Union**

Le Bureau international rédige, à l'aide des documents qui sont mis à sa disposition, une revue en langues allemande, anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe.

Article 119**Rapport annuel sur les activités de l'Union**

Le Bureau international fait, sur les activités de l'Union, un rapport annuel qui est communiqué, après approbation par le Conseil d'administration, aux Administrations postales, aux Unions restreintes et à l'Organisation des Nations Unies.

Chapitre III**Procédure d'introduction et d'examen des propositions****Article 120****Procédure de présentation des propositions au Congrès**

1. Sous réserve des exceptions prévues aux paragraphes 2 et 5, la procédure suivante règle l'introduction des propositions de toute nature à soumettre au Congrès par les Administrations postales des Pays-membres:

- a) sont admises les propositions qui parviennent au Bureau international au moins six mois avant la date fixée pour le Congrès;
- b) aucune proposition d'ordre rédactionnel n'est admise pendant la période de six mois qui précède la date fixée pour le Congrès;
- c) les propositions de fond qui parviennent au Bureau international dans l'intervalle compris entre six et quatre mois avant la date fixée pour le Congrès ne sont admises que si elles sont appuyées par au moins deux Administrations;
- d) les propositions de fond qui parviennent au Bureau international dans l'intervalle compris entre quatre et deux mois qui précède la date fixée pour le Congrès ne sont admises que si elles sont appuyées par au moins huit Administrations. Les

Article 116**Lieferung von Formularen durch das Internationale Büro**

Das Internationale Büro hat die Aufgabe, internationale Antwortscheine herstellen zu lassen und sie den Postverwaltungen auf Anforderung zum Selbstkostenpreis zu liefern.

Article 117**Verträge der Engeren Vereine und besondere Vereinbarungen**

1. Zwei Ausfertigungen der nach Artikel 8 der Satzung geschlossenen Verträge der Engeren Vereine und besonderen Vereinbarungen müssen dem Internationalen Büro von den Büros dieser Vereine oder, wenn es ein solches Büro nicht gibt, von einer der Vertragsparteien übersandt werden.

2. Das Internationale Büro achtet darauf, daß die in den Verträgen der Engeren Vereine und in den besonderen Vereinbarungen vorgesehenen Bedingungen für die Postbenutzer nicht ungünstiger sind als die in den Verträgen des Weltpostvereins vorgesehenen, und es unterrichtet die Postverwaltungen über die Existenz der genannten Vereine und Vereinbarungen. Es meldet dem Verwaltungsrat jede kraft dieser Bestimmung festgestellte Unregelmäßigkeit.

Article 118**Zeitschrift des Vereins**

Das Internationale Büro gibt unter Verwendung der ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen eine Zeitschrift in deutscher, englischer, arabischer, chinesischer, spanischer, französischer und russischer Sprache heraus.

Article 119**Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins**

Das Internationale Büro erstellt einen Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins, der nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat den Postverwaltungen, den Engeren Vereinen und der Organisation der Vereinten Nationen übersandt wird.

Kapitel III**Verfahren für die Vorlage und Prüfung von Vorschlägen****Article 120****Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen für den Kongreß**

1. Vorbehaltlich der in den Absätzen 2 und 5 vorgesehenen Ausnahmen gilt für die Vorlage von Vorschlägen jeder Art, die dem Kongreß von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer vorgelegt werden sollen, folgendes Verfahren:

- a) Zugelassen sind Vorschläge, die dem Internationalen Büro mindestens sechs Monate vor dem für den Beginn des Kongresses festgelegten Zeitpunkt zugehen;
- b) Vorschläge redaktioneller Art sind während der sechs Monate vor dem für den Beginn des Kongresses festgelegten Zeitpunkt nicht zugelassen;
- c) Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro in der Zeit zwischen sechs und vier Monaten vor dem für den Beginn des Kongresses festgelegten Zeitpunkt zugehen, sind nur dann zugelassen, wenn sie von mindestens zwei Verwaltungen unterstützt werden;
- d) Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro in der Zeit zwischen vier und zwei Monaten vor dem für den Beginn des Kongresses festgelegten Zeitpunkt zugehen, sind nur dann zugelassen, wenn sie von mindestens acht Verwaltungen

propositions qui parviennent ultérieurement ne sont plus admises;

- e) les déclarations d'appui doivent parvenir au Bureau international dans le même délai que les propositions qu'elles concernent.

2. Les propositions concernant la Constitution ou le Règlement général doivent parvenir au Bureau international six mois au moins avant l'ouverture du Congrès; celles qui parviennent postérieurement à cette date mais avant l'ouverture du Congrès ne peuvent être prises en considération que si le Congrès en décide ainsi à la majorité des deux tiers des pays représentés au Congrès et si les conditions prévues au paragraphe 1 sont respectées.

3. Chaque proposition ne doit avoir en principe qu'un objectif et ne contenir que les modifications justifiées par cet objectif.

4. Les propositions d'ordre rédactionnel sont munies, en tête, de la mention «Proposition d'ordre rédactionnel» par les Administrations qui les présentent et publiées par le Bureau international sous un numéro suivi de la lettre R. Les propositions non munies de cette mention mais qui, de l'avis du Bureau international, ne touchent que la rédaction sont publiées avec une annotation appropriée; le Bureau international établit une liste de ces propositions à l'intention du Congrès.

5. La procédure prescrite aux paragraphes 1 et 4 ne s'applique ni aux propositions concernant le Règlement intérieur des Congrès ni aux amendements à des propositions déjà faites.

Article 121

Procédure de présentation des propositions entre deux Congrès

1. Pour être prise en considération, chaque proposition concernant la Convention ou les Arrangements et introduite par une Administration postale entre deux Congrès doit être appuyée par au moins deux autres Administrations. Ces propositions restent sans suite lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps, les déclarations d'appui nécessaires.

2. Ces propositions sont adressées aux autres Administrations postales par l'intermédiaire du Bureau international.

3. Les propositions concernant les Règlements d'exécution n'ont pas besoin d'appui mais ne sont prises en considération par le Conseil d'exploitation postale que si celui-ci en approuve l'urgente nécessité.

Article 122

Examen des propositions entre deux Congrès

1. Toute proposition concernant la Convention, les Arrangements et leurs Protocoles finals est soumise à la procédure suivante: un délai de deux mois est laissé aux Administrations postales des Pays-membres pour examiner la proposition notifiée par circulaire du Bureau international et, le cas échéant, pour faire parvenir leurs observations audit Bureau. Les amendements ne sont pas admis. Les réponses sont réunies par les soins du Bureau international et communiquées aux Administrations postales avec invitation de se prononcer pour ou contre la proposition. Celles qui n'ont pas fait parvenir leur vote dans un délai de deux mois sont considérées comme s'abstenant. Les délais précités comptent à partir de la date des circulaires du Bureau international.

2. Les propositions de modification des Règlements d'exécution sont traitées par le Conseil d'exploitation postale.

3. Si la proposition concerne un Arrangement ou son Protocole final, seules les Administrations postales de Pays-membres qui sont parties à cet Arrangement peuvent prendre part aux opérations indiquées au paragraphe 1.

gen unterstützt werden. Vorschläge, die später eingehen, sind nicht mehr zugelassen;

- e) Unterstützungserklärungen müssen dem Internationalen Büro innerhalb derselben Frist zugehen wie die Vorschläge, die sie betreffen.

2. Vorschläge, die die Satzung oder die Allgemeine Verfahrensordnung betreffen, müssen dem Internationalen Büro mindestens sechs Monate vor Eröffnung des Kongresses zugehen; Vorschläge, die nach diesem Zeitpunkt, aber vor Eröffnung des Kongresses eingehen, können nur dann berücksichtigt werden, wenn der Kongreß dies mit der Mehrheit von zwei Dritteln der beim Kongreß vertretenen Länder beschließt und wenn die in Absatz 1 vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind.

3. Jeder Vorschlag darf grundsätzlich nur ein Ziel haben und nur durch dieses Ziel gerechtfertigte Änderungen enthalten.

4. Vorschläge redaktioneller Art werden von den Verwaltungen, von denen sie vorgelegt werden, im Kopf mit dem Vermerk „Proposition d'ordre rédactionnel“ versehen und vom Internationalen Büro unter einer Nummer mit dem Zusatz „R“ veröffentlicht. Vorschläge, die diesen Vermerk nicht tragen, nach Ansicht des Internationalen Büros jedoch rein redaktioneller Art sind, werden mit einer entsprechenden Anmerkung veröffentlicht; das Internationale Büro stellt für den Kongreß eine Liste dieser Vorschläge auf.

5. Das in den Absätzen 1 und 4 vorgeschriebene Verfahren gilt weder für Vorschläge zur Geschäftsordnung der Kongresse noch für Änderungsvorschläge zu bereits vorgelegten Vorschlägen.

Artikel 121

Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen

1. Jeder in der Zeit zwischen zwei Kongressen von einer Postverwaltung vorgelegte Vorschlag zum Weltpostvertrag oder zu den Übereinkommen muß, um berücksichtigt zu werden, von mindestens zwei anderen Verwaltungen unterstützt werden. Die Vorschläge bleiben unberücksichtigt, wenn das Internationale Büro nicht gleichzeitig die erforderlichen Unterstützungserklärungen erhält.

2. Diese Vorschläge werden den anderen Postverwaltungen durch Vermittlung des Internationalen Büros übersandt.

3. Vorschläge zu den Vollzugsordnungen bedürfen keiner Unterstützung; sie werden vom Rat für Postbetrieb jedoch nur dann berücksichtigt, wenn dieser eine dringende Notwendigkeit anerkennt.

Artikel 122

Prüfung von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen

1. Jeder Vorschlag zum Weltpostvertrag, zu den Übereinkommen und ihren Schlußprotokollen unterliegt folgendem Verfahren: Binnen zwei Monaten können die Postverwaltungen der Mitgliedsländer den durch Rundschreiben des Internationalen Büros bekanntgegebenen Vorschlag prüfen und gegebenenfalls ihre Bemerkungen dazu dem Internationalen Büro mitteilen. Änderungsvorschläge sind nicht zulässig. Das Internationale Büro stellt die Antworten zusammen und teilt sie den Postverwaltungen mit der Aufforderung mit, sich für oder gegen den Vorschlag auszusprechen. Haben Postverwaltungen ihre Stimme nicht binnen zwei Monaten abgegeben, so gilt dies als Stimmenthaltung. Die genannten Fristen beginnen mit dem Datum der Rundschreiben des Internationalen Büros.

2. Vorschläge zur Änderung der Vollzugsordnungen werden vom Rat für Postbetrieb behandelt.

3. Betrifft ein Vorschlag ein Übereinkommen oder sein Schlußprotokoll, so dürfen sich nur die Postverwaltungen der Mitgliedsländer, die diesem Übereinkommen beigetreten sind, an dem Verfahren nach Absatz 1 beteiligen.

Article 123**Notification des décisions adoptées
entre deux Congrès**

1. Les modifications apportées à la Convention, aux Arrangements et aux Protocoles finals de ces Actes sont consacrées par une notification du Directeur général du Bureau international aux Gouvernements des Pays-membres.

2. Les modifications apportées par le Conseil d'exploitation postale aux Règlements d'exécution et à leurs Protocoles finals sont notifiées aux Administrations postales par le Bureau international. Il en est de même des interprétations visées à l'article 59.3.3.2 de la Convention et aux dispositions correspondantes des Arrangements.

Article 124**Mise en vigueur
des Règlements d'exécution
et des autres décisions adoptées
entre deux Congrès**

1. Les Règlements d'exécution entrent en vigueur à la même date et ont la même durée que les Actes issus du Congrès.

2. Sous réserve du paragraphe 1, les décisions de modification des Actes de l'Union qui sont adoptées entre deux Congrès ne sont exécutoires que trois mois, au moins, après leur notification.

Chapitre IV**Finances****Article 125****Fixation et règlement des dépenses de l'Union**

1. Sous réserve des paragraphes 2 à 6, les dépenses annuelles afférentes aux activités des organes de l'Union ne doivent pas dépasser les sommes ci-après pour les années 1996 et suivantes:

35 278 600 francs suisses pour l'année 1996;
35 126 900 francs suisses pour l'année 1997;
35 242 900 francs suisses pour l'année 1998;
35 451 300 francs suisses pour l'année 1999;
35 640 700 francs suisses pour l'année 2000.

La limite de base pour l'année 2000 s'applique également aux années postérieures en cas de report du Congrès prévu pour 1999.

2. Les dépenses afférentes à la réunion du prochain Congrès (déplacement du secrétariat, frais de transport, frais d'installation technique de l'interprétation simultanée, frais de reproduction des documents durant le Congrès, etc.) ne doivent pas dépasser la limite de 3 599 300 francs suisses.

2^{bis} Le Conseil d'administration est autorisé à dépasser les limites fixées au paragraphe 1 pour tenir compte de la réédition de la Nomenclature internationale des bureaux de poste. Le montant total du dépassement autorisé à cet effet ne doit pas excéder 900 000 francs suisses.

3. Le Conseil d'administration est autorisé à dépasser les limites fixées aux paragraphes 1 et 2 pour tenir compte des augmentations des échelles de traitement, des contributions au titre des pensions ou indemnités, y compris les indemnités de poste, admises par les Nations Unies pour être appliquées à leur personnel en fonction à Genève.

4. Le Conseil d'administration est également autorisé à ajuster, chaque année, le montant des dépenses autres que celles relatives au personnel en fonction de l'indice suisse des prix à la consommation.

Artikel 123**Notifizierung der in der Zeit
zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse**

1. Änderungen des Weltpostvertrags, der Übereinkommen und der Schlußprotokolle zu diesen Verträgen werden durch eine Notifikation des Generaldirektors des Internationalen Büros an die Regierungen der Mitgliedsländer bestätigt.

2. Änderungen des Rates für Postbetrieb an den Vollzugsordnungen und ihren Schlußprotokollen werden den Postverwaltungen durch das Internationale Büro notifiziert. Dies gilt auch für die in Artikel 59 Absatz 3.3.2 des Weltpostvertrags und in den entsprechenden Bestimmungen der Übereinkommen vorgesehenen Auslegungen.

Artikel 124**Inkrafttreten
der in der Zeit zwischen zwei Kongressen
angenommenen Vollzugsordnungen
und anderen Beschlüsse**

1. Die Vollzugsordnungen treten zu demselben Zeitpunkt wie die vom Kongreß angenommenen Verträge in Kraft und haben dieselbe Geltungsdauer.

2. Vorbehaltlich des Absatzes 1 treten die in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse zur Änderung der Verträge des Vereins frühestens drei Monate nach ihrer Notifizierung in Kraft.

Kapitel IV**Finanzen****Artikel 125****Festsetzung und Begleichung der Ausgaben des Vereins**

1. Vorbehaltlich der Absätze 2 bis 6 dürfen die jährlichen Ausgaben für die Tätigkeit der Organe des Vereins für das Jahr 1996 und die folgenden Jahre die nachstehenden Beträge nicht überschreiten:

35 278 600 Schweizer Franken für das Jahr 1996;
35 126 900 Schweizer Franken für das Jahr 1997;
35 242 900 Schweizer Franken für das Jahr 1998;
35 451 300 Schweizer Franken für das Jahr 1999;
35 640 700 Schweizer Franken für das Jahr 2000.

Der für das Jahr 2000 als Grundlage dienende Höchstbetrag gilt auch für die folgenden Jahre, falls der für das Jahr 1999 vorgesehene Kongreß verschoben wird.

2. Die Ausgaben für das Zusammentreten des nächsten Kongresses (Reisekosten des Sekretariats, Transportkosten, Kosten für die Installation der Simultandolmetschanlage, Kosten für die Vervielfältigung der Dokumente während des Kongresses usw.) dürfen den Höchstbetrag von 3 599 300 Schweizer Franken nicht überschreiten.

2^{bis} Der Verwaltungsrat darf die in Absatz 1 festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, um der Neuausgabe des Internationalen Verzeichnisses der Postdienststellen Rechnung zu tragen. Der Gesamtbetrag der zulässigen Mehrausgaben für diesen Zweck darf 900 000 Schweizer Franken nicht überschreiten.

3. Der Verwaltungsrat darf die in den Absätzen 1 und 2 festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, um Erhöhungen von Gehältern, Beiträgen zur Pensionskasse oder Entschädigungen, einschließlich des Kaufkraftausgleichs, Rechnung zu tragen, die von den Vereinten Nationen zur Anwendung auf ihr Personal in Genf genehmigt werden.

4. Ferner darf der Verwaltungsrat jedes Jahr den Betrag der sich nicht auf das Personal beziehenden Ausgaben entsprechend dem schweizerischen Verbraucherpreisindex anpassen.

5. Par dérogation au paragraphe 1, le Conseil d'administration, ou en cas d'extrême urgence le Directeur général, peut autoriser un dépassement des limites fixées pour faire face aux réparations importantes et imprévues du bâtiment du Bureau international, sans toutefois que le montant du dépassement puisse excéder 125 000 francs suisses par année.

6. Si les crédits prévus par les paragraphes 1 et 2 se révèlent insuffisants pour assurer le bon fonctionnement de l'Union, ces limites ne peuvent être dépassées qu'avec l'approbation de la majorité des Pays-membres de l'Union. Toute consultation doit comporter un exposé complet des faits justifiant une telle demande.

7. Les pays qui adhèrent à l'Union ou qui sont admis en qualité de membres de l'Union ainsi que ceux qui sortent de l'Union doivent acquitter leur cotisation pour l'année entière au cours de laquelle leur admission ou leur sortie devient effective.

8. Les Pays-membres paient à l'avance leur part contributive aux dépenses annuelles de l'Union, sur la base du budget arrêté par le Conseil d'administration. Ces parts contributives doivent être payées au plus tard le premier jour de l'exercice financier auquel se rapporte le budget. Passé ce terme, les sommes dues sont productives d'intérêts au profit de l'Union, à raison de 3 pour cent par an durant les six premiers mois et de 6 pour cent par an à partir du septième mois.

9. Dans des circonstances exceptionnelles, le Conseil d'administration peut libérer un Pays-membre de tout ou partie des intérêts dus si celui-ci s'est acquitté, en capital, de l'intégralité de ses dettes arriérées.

10. Un Pays-membre peut également être libéré, dans le cadre d'un plan d'amortissement de ses comptes arriérés approuvé par le Conseil d'administration, de tout ou partie des intérêts accumulés ou à courir; la libération est toutefois subordonnée à l'exécution complète et ponctuelle du plan d'amortissement dans un délai convenu de cinq ans au maximum.

11. Pour pallier les insuffisances de trésorerie de l'Union, il est constitué un Fonds de réserve dont le montant est fixé par le Conseil d'administration. Ce Fonds est alimenté en premier lieu par les excédents budgétaires. Il peut servir également à équilibrer le budget ou à réduire le montant des contributions des Pays-membres.

12. En ce qui concerne les insuffisances passagères de trésorerie, le Gouvernement de la Confédération suisse fait, à court terme, les avances nécessaires selon des conditions qui sont à fixer d'un commun accord. Ce Gouvernement surveille sans frais la tenue des comptes financiers ainsi que la comptabilité du Bureau international dans les limites des crédits fixés par le Congrès.

Article 126

Classes de contribution

1. Les Pays-membres contribuent à la couverture des dépenses de l'Union selon la classe de contribution à laquelle ils appartiennent. Ces classes sont les suivantes:

classe de 50 unités;
classe de 40 unités;
classe de 35 unités;
classe de 25 unités;
classe de 20 unités;
classe de 15 unités;
classe de 10 unités;
classe de 5 unités;
classe de 3 unités;
classe de 1 unité;
classe de 0,5 unité, réservée aux pays les moins avancés énumérés par l'Organisation des Nations Unies et à d'autres pays désignés par le Conseil d'administration.

5. Abweichend von Absatz 1 darf der Verwaltungsrat oder, im äußersten Notfall, der Generaldirektor ein Überschreiten der festgesetzten Höchstbeträge genehmigen, um größere und unvorhergesehene Reparaturen am Gebäude des Internationalen Büros vornehmen zu lassen; der Betrag der Mehrausgaben darf jedoch 125 000 Schweizer Franken im Jahr nicht überschreiten.

6. Falls sich die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Beträge als unzureichend für das reibungslose Arbeiten des Vereins erweisen, dürfen diese Höchstbeträge nur unter der Voraussetzung überschritten werden, daß die Mehrheit der Mitgliedsländer des Vereins dies genehmigt. Jeder Befragung muß eine vollständige Beschreibung der Tatsachen, die einen solchen Antrag rechtfertigen, beigefügt sein.

7. Die Länder, die dem Verein beitreten oder als Mitglied des Vereins zugelassen werden, sowie diejenigen, die aus dem Verein austreten, müssen ihren Beitrag für das volle Kalenderjahr entrichten, in dem ihre Aufnahme oder ihr Austritt wirksam wird.

8. Die Mitgliedsländer zahlen ihren Beitrag zu den jährlichen Ausgaben des Vereins im voraus, auf der Grundlage des vom Verwaltungsrat festgestellten Haushaltsplans. Diese Beiträge müssen spätestens am ersten Tag des Rechnungsjahres gezahlt werden, für das der Haushaltsplan gilt. Vom Tag nach Ablauf dieser Frist an sind die geschuldeten Beträge zugunsten des Vereins während der ersten sechs Monate mit 3 Prozent jährlich und vom siebten Monat an mit 6 Prozent jährlich zu verzinsen.

9. Unter außergewöhnlichen Umständen kann der Verwaltungsrat ein Mitgliedsland von der Zahlung seiner Zinsen ganz oder teilweise befreien, wenn es seine rückständigen Beitrags-schulden vollständig beglichen hat.

10. Ein Mitgliedsland kann auch im Rahmen eines vom Verwaltungsrat genehmigten Plans für die Tilgung seiner Rückstände von der Zahlung der aufgelaufenen oder noch anfallenden Zinsen ganz oder teilweise befreit werden; diese Befreiung ist jedoch abhängig von der vollständigen und termingerechten Erfüllung des Tilgungsplans innerhalb einer vereinbarten Frist von höchstens fünf Jahren.

11. Um einem Liquiditätsmangel des Vereins abhelfen zu können, wird ein Reservefonds gebildet, dessen Betrag vom Verwaltungsrat festgesetzt wird. Dieser Fonds wird in erster Linie aus Haushaltsüberschüssen gespeist. Er kann auch dazu benutzt werden, den Haushalt auszugleichen oder die Höhe der Beiträge der Mitgliedsländer zu verringern.

12. Bei vorübergehendem Liquiditätsmangel leistet die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft für einen kurzen Zeitraum die notwendigen Vorschüsse nach im beiderseitigen Einvernehmen festzusetzenden Bedingungen. Diese Regierung überwacht auch kostenlos, daß sich die Kassen- und Haushaltsführung des Internationalen Büros innerhalb der Grenzen der vom Kongreß festgesetzten Beträge hält.

Artikel 126

Beitragsklassen

1. Die Mitgliedsländer tragen zur Deckung der Ausgaben des Vereins entsprechend der Beitragsklasse bei, der sie angehören. Es gibt folgende Klassen:

Klasse von 50 Einheiten;
Klasse von 40 Einheiten;
Klasse von 35 Einheiten;
Klasse von 25 Einheiten;
Klasse von 20 Einheiten;
Klasse von 15 Einheiten;
Klasse von 10 Einheiten;
Klasse von 5 Einheiten;
Klasse von 3 Einheiten;
Klasse von 1 Einheit;
Klasse von 0,5 Einheiten, die den von der Organisation der Vereinten Nationen genannten am wenigsten entwickelten Ländern und anderen, vom Verwaltungsrat bezeichneten Ländern vorbehalten ist.

2. Outre les classes de contribution énumérées au paragraphe 1, tout Pays-membre peut choisir de payer un nombre d'unités de contribution supérieur à 50 unités.

3. Les Pays-membres sont rangés dans l'une des classes de contribution précitées au moment de leur admission ou de leur adhésion à l'Union, selon la procédure visée à l'article 21, paragraphe 4, de la Constitution.

4. Les Pays-membres peuvent changer ultérieurement de classe de contribution à la condition que ce changement soit notifié au Bureau international avant l'ouverture du Congrès. Cette notification, qui est portée à l'attention du Congrès, prend effet à la date de mise en vigueur des dispositions financières arrêtées par le Congrès.

5. Les Pays-membres ne peuvent pas exiger d'être déclassés de plus d'une classe à la fois. Les Pays-membres qui ne font pas connaître leur désir de changer de classe de contribution avant l'ouverture du Congrès sont maintenus dans la classe à laquelle ils appartenaient jusqu'alors.

6. Toutefois, dans des circonstances exceptionnelles telles que des catastrophes naturelles nécessitant des programmes d'aide internationale, le Conseil d'administration peut autoriser le déclasserement d'une classe de contribution à la demande d'un Pays-membre si celui-ci apporte la preuve qu'il ne peut plus maintenir sa contribution selon la classe initialement choisie.

7. Par dérogation aux paragraphes 4 et 5, les surclassements ne sont soumis à aucune restriction.

Article 127

Paiement des fournitures du Bureau international

Les fournitures que le Bureau international livre à titre onéreux aux Administrations postales doivent être payées dans le plus bref délai possible, et au plus tard dans les six mois à partir du premier jour du mois qui suit celui de l'envoi du compte par ledit Bureau. Passé ce délai, les sommes dues sont productives d'intérêts au profit de l'Union, à raison de 5 pour cent par an, à compter du jour de l'expiration dudit délai.

Chapitre V Arbitrages

Article 128

Procédure d'arbitrage

1. En cas de différend à régler par jugement arbitral, chacune des Administrations postales en cause choisit une Administration postale d'un Pays-membre qui n'est pas directement intéressée dans le litige. Lorsque plusieurs Administrations font cause commune, elles ne comptent, pour l'application de cette disposition, que pour une seule.

2. Au cas où l'une des Administrations en cause ne donne pas suite à une proposition d'arbitrage dans le délai de six mois, le Bureau international, si la demande lui en est faite, provoque à son tour la désignation d'un arbitre par l'Administration défaillante ou en désigne un lui-même, d'office.

3. Les parties en cause peuvent s'entendre pour désigner un arbitre unique qui peut être le Bureau international.

4. La décision des arbitres est prise à la majorité des voix.

5. En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre Administration postale également désintéressée dans le litige. A défaut d'une entente sur le choix, cette Administration est désignée par le Bureau international parmi les Administrations non proposées par les arbitres.

2. Anstelle der in Absatz 1 genannten Beitragsklassen kann jedes Mitgliedsland eine Zahl von Beitrageinheiten wählen, die 50 Einheiten übersteigt.

3. Die Mitgliedsländer werden bei ihrer Zulassung oder ihrem Beitritt zum Verein nach dem in Artikel 21 Absatz 4 der Satzung vorgesehenen Verfahren in eine der obengenannten Beitragsklassen eingereiht.

4. Die Mitgliedsländer können später die Beitragsklasse unter der Bedingung wechseln, daß dieser Wechsel vor Beginn des nächsten Kongresses dem Internationalen Büro notifiziert wird. Diese Notifikation, die dem Kongreß vorgelegt wird, wird zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der vom Kongreß beschlossenen Finanzbestimmungen wirksam.

5. Die Mitgliedsländer können nicht verlangen, auf einmal um mehr als eine Beitragsklasse herabgestuft zu werden. Die Mitgliedsländer, die vor Eröffnung des Kongresses keinen Wunsch auf Änderung der Beitragsklasse mitgeteilt haben, verbleiben in der Klasse, der sie bis dahin angehörten.

6. Unter außergewöhnlichen Umständen wie Naturkatastrophen, bei denen internationale Hilfsprogramme erforderlich sind, kann der Verwaltungsrat jedoch auf Antrag des betreffenden Mitgliedslandes die Herabstufung um eine Beitragsklasse genehmigen, wenn das Land den Beweis erbringt, daß es seinen Beitrag gemäß der ursprünglich gewählten Klasse nicht beibehalten kann.

7. Abweichend von den Absätzen 4 und 5 unterliegen Höherstufungen keiner Beschränkung.

Artikel 127

Bezahlung der Lieferungen des Internationalen Büros

Lieferungen, die das Internationale Büro an die Postverwaltungen gegen Entgelt ausführt, müssen in kürzester Frist bezahlt werden, spätestens jedoch innerhalb von sechs Monaten, vom ersten Tag des Monats an gerechnet, der auf den Monat der Absendung der Rechnung durch das Internationale Büro folgt. Vom Tag nach Ablauf dieser Frist an sind die geschuldeten Beträge zugunsten des Vereins mit 5 Prozent jährlich zu verzinsen.

Kapitel V Schiedsgerichtsbarkeit

Artikel 128

Schiedsverfahren

1. Bei Streitfällen, die durch Schiedsspruch beigelegt werden müssen, wählt jede beteiligte Postverwaltung eine Postverwaltung eines Mitgliedslandes, die an dem Streitfall nicht unmittelbar beteiligt ist. Vertreten mehrere Verwaltungen die gleiche Auffassung, so gelten sie hinsichtlich der Anwendung dieser Bestimmung als eine einzige Verwaltung.

2. Falls eine der beteiligten Verwaltungen auf den Vorschlag auf schiedsgerichtliche Entscheidung nicht binnen sechs Monaten reagiert, fordert das Internationale Büro auf Antrag die säumige Verwaltung auf, einen Schiedsrichter zu benennen, oder bestellt ihn von Amts wegen selbst.

3. Die beteiligten Parteien können übereinkommen, nur einen Schiedsrichter zu benennen, der auch das Internationale Büro sein kann.

4. Die Schiedsrichter entscheiden mit Stimmenmehrheit.

5. Bei Stimmengleichheit wählen die Schiedsrichter zur Entscheidung des Streits eine andere an dem Streitfall ebenfalls unbeteiligte Postverwaltung. Kommt über diese Wahl keine Einigung zustande, so benennt das Internationale Büro diese Verwaltung aus dem Kreis der von den Schiedsrichtern nicht vorgeschlagenen Verwaltungen.

6. S'il s'agit d'un différend concernant l'un des Arrangements, les arbitres ne peuvent être désignés en dehors des Administrations qui participent à cet Arrangement.

6. Handelt es sich um einen Streitfall, der ein Übereinkommen betrifft, so dürfen als Schiedsrichter nur solche Verwaltungen benannt werden, die diesem Übereinkommen beigetreten sind.

Chapitre VI Dispositions finales

Article 129

Conditions d'approbation des propositions concernant le Règlement général

Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Règlement général doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres représentés au Congrès. Les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union doivent être présents au moment du vote.

Article 130

Propositions concernant les Accords avec l'Organisation des Nations Unies

Les conditions d'approbation visées à l'article 129 s'appliquent également aux propositions tendant à modifier les Accords conclus entre l'Union postale universelle et l'Organisation des Nations Unies dans la mesure où ces Accords ne prévoient pas les conditions de modification des dispositions qu'ils contiennent.

Article 131

Mise à exécution et durée du Règlement général

Le présent Règlement général sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1996 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont signé le présent Règlement général en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

Kapitel VI Schlußbestimmungen

Artikel 129

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zur Allgemeinen Verfahrensordnung

Die dem Kongreß vorgelegten Vorschläge zu dieser Allgemeinen Verfahrensordnung müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer angenommen werden. Mindestens zwei Drittel der Mitgliedsländer des Vereins müssen bei der Abstimmung anwesend sein.

Artikel 130

Vorschläge zu den Abkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen

Die in Artikel 129 genannten Annahmebedingungen gelten auch für die Vorschläge zur Änderung der zwischen dem Weltpostverein und der Organisation der Vereinten Nationen geschlossenen Abkommen, soweit diese Abkommen nicht selbst die Änderungsbedingungen für die in ihnen enthaltenen Bestimmungen vorsehen.

Artikel 131

Inkrafttreten und Geltungsdauer der Allgemeinen Verfahrensordnung

Diese Allgemeine Verfahrensordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer diese Allgemeine Verfahrensordnung in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Die Regierung des Landes, in dem der Kongreß stattgefunden hat, übermittelt jeder Vertragspartei eine Abschrift.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Anlage

Geschäftsordnung der Kongresse

Règlement général de l'Union postale universelle

Annexe

Règlement Intérieur des Congrès

(Übersetzung)

Sommaire	Inhaltsverzeichnis
Article	Artikel
1 Dispositions générales	1 Allgemeine Bestimmungen
2 Délégations	2 Delegationen
3 Pouvoirs des délégués	3 Vollmachten der Delegierten
4 Ordre des places	4 Sitzordnung
5 Observateurs	5 Beobachter
6 Doyen du Congrès	6 Doyen des Kongresses
7 Présidences et vice-présidences du Congrès et des Commissions	7 Präsidenschaften und Vizepräsidenschaften des Kongresses und der Ausschüsse
8 Bureau du Congrès	8 Präsidium des Kongresses
9 Membres des Commissions	9 Mitglieder der Ausschüsse
10 Groupes de travail	10 Arbeitsgruppen
11 Secrétariat du Congrès et des Commissions	11 Sekretariat des Kongresses und der Ausschüsse
12 Langues de délibération	12 Beratungssprachen
13 Langues de rédaction des documents du Congrès	13 Sprachen für die Abfassung der Dokumente des Kongresses
14 Propositions	14 Vorschläge
15 Examen des propositions en Congrès et Commissions	15 Prüfung der Vorschläge durch den Kongreß und die Ausschüsse
16 Délibérations	16 Beratungen
17 Motions d'ordre et motions de procédure	17 Anträge zur Geschäftsordnung und Anträge zum Verfahren
18 Quorum	18 Beschlußfähigkeit
19 Principe et procédure de vote	19 Grundsatz und Verfahren der Abstimmung
20 Conditions d'approbation des propositions	20 Bedingungen für die Annahme der Vorschläge
21 Election des membres du Conseil d'administration et du Conseil d'exploitation postale	21 Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Rates für Postbetrieb
22 Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international	22 Wahl des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors des Internationalen Büros
23 Procès-verbaux	23 Sitzungsprotokolle
24 Approbation par le Congrès des projets de décisions (Actes, résolutions, etc.)	24 Genehmigung der Entscheidungsentwürfe durch den Kongreß (Verträge, Entschlüsse usw.)
25 Attribution des études au Conseil d'administration et au Conseil d'exploitation postale	25 Zuweisung von Untersuchungen an den Verwaltungsrat und an den Rat für Postbetrieb
26 Réserves aux Actes	26 Vorbehalte zu den Verträgen
27 Signature des Actes	27 Unterzeichnung der Verträge
28 Modifications au Règlement	28 Änderung der Geschäftsordnung

Règlement intérieur des Congrès

Article premier

Dispositions générales

Le présent Règlement intérieur, ci-après dénommé le «Règlement», est établi en application des Actes de l'Union et leur est subordonné. En cas de divergence entre l'une de ses dispositions et une disposition des Actes, cette dernière fait autorité.

Article 2

Délégations

1. Le terme «délégation» s'entend de la personne ou de l'ensemble des personnes désignées par un Pays-membre pour participer au Congrès. La délégation se compose d'un Chef de délégation ainsi que, le cas échéant, d'un suppléant du Chef de délégation, d'un ou de plusieurs délégués et, éventuellement, d'un ou de plusieurs fonctionnaires attachés (y compris experts, secrétaires, etc.).

2. Les Chefs de délégation, leurs suppléants ainsi que les délégués sont les représentants des Pays-membres au sens de l'article 14, paragraphe 2, de la Constitution s'ils sont munis de pouvoirs répondant aux conditions fixées à l'article 3 du présent Règlement.

3. Les fonctionnaires attachés sont admis aux séances et ont le droit de participer aux délibérations, mais ils n'ont pas, en principe, le droit de vote. Toutefois, ils peuvent être autorisés par leur Chef de délégation à voter au nom de leur pays dans les séances des Commissions. De telles autorisations doivent être remises par écrit avant le début de la séance au Président de la Commission intéressée.

Article 3

Pouvoirs des délégués

1. Les pouvoirs des délégués doivent être signés par le Chef de l'Etat ou par le Chef du Gouvernement ou par le Ministre des affaires étrangères du pays intéressé. Ils doivent être libellés en bonne et due forme. Les pouvoirs des délégués habilités à signer les Actes (plénipotentiaires) doivent indiquer la portée de cette signature (signature sous réserve de ratification ou d'approbation, signature «ad referendum», signature définitive). En l'absence d'une telle précision, la signature est considérée comme soumise à ratification ou à approbation. Les pouvoirs autorisant à signer les Actes comprennent implicitement le droit de délibérer et de voter. Les délégués auxquels les autorités compétentes ont conféré les pleins pouvoirs sans en préciser la portée sont autorisés à délibérer, à voter et à signer les Actes, à moins que le contraire ne ressorte explicitement du libellé des pouvoirs.

2. Les pouvoirs doivent être déposés dès l'ouverture du Congrès auprès de l'autorité désignée à cette fin.

3. Les délégués non munis de pouvoirs ou qui n'auront pas déposé leurs pouvoirs peuvent, s'ils ont été annoncés par leur Gouvernement au Gouvernement du pays invitant, prendre part aux délibérations et voter dès l'instant où ils commencent à participer aux travaux du Congrès. Il en est de même pour ceux dont les pouvoirs sont reconnus comme étant entachés d'irrégularités. Ces délégués ne seront plus autorisés à voter à partir du moment où le Congrès aura approuvé le dernier rapport de la Commission de vérification des pouvoirs constatant que leurs pouvoirs font défaut ou sont irréguliers et aussi longtemps que la situation n'est pas régularisée. Le dernier rapport doit être approuvé par le Congrès avant les élections autres que celle du Président du Congrès et avant l'approbation des projets d'Actes.

Geschäftsordnung der Kongresse

Artikel 1

Allgemeine Bestimmungen

Diese Geschäftsordnung ist in Anwendung der Verträge des Vereins aufgestellt und diesen untergeordnet. Weicht eine ihrer Bestimmungen von einer Bestimmung der Verträge ab, so ist die Vertragsbestimmung maßgebend.

Artikel 2

Delegationen

1. Unter dem Begriff „Delegation“ ist die Person oder die Gruppe von Personen zu verstehen, die ein Mitgliedsland für die Teilnahme am Kongreß benannt hat. Die Delegation besteht aus einem Delegationschef sowie gegebenenfalls einem Stellvertreter des Delegationschefs, einem oder mehreren Delegierten und unter Umständen einem oder mehreren beigeordneten Beamten (einschließlich Fachleute, Sekretäre usw.).

2. Die Delegationschefs, ihre Stellvertreter und die Delegierten sind Vertreter der Mitgliedsländer im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 der Satzung, wenn sie mit Vollmachten ausgestattet sind, die den in Artikel 3 dieser Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen entsprechen.

3. Die beigeordneten Beamten sind zu den Sitzungen zugelassen und haben das Recht, an den Beratungen teilzunehmen, aber sie haben im Grundsatz kein Stimmrecht. Sie können jedoch durch ihren Delegationschef ermächtigt werden, in den Sitzungen der Ausschüsse im Namen ihres Landes abzustimmen. Solche Ermächtigungen müssen vor der Sitzung dem Präsidenten des betreffenden Ausschusses schriftlich mitgeteilt werden.

Artikel 3

Vollmachten der Delegierten

1. Die Vollmachten der Delegierten müssen vom Staatsoberhaupt, vom Regierungschef oder vom Außenminister des betreffenden Landes unterzeichnet sein. Sie müssen in gehöriger Form ausgestellt sein. Die Vollmachten der zur Unterzeichnung der Verträge ermächtigten Delegierten (Bevollmächtigte) müssen die Bedeutung dieser Unterzeichnung angeben (Unterzeichnung vorbehaltlich der Ratifikation oder Genehmigung, Unterzeichnung „ad referendum“, abschließende Unterzeichnung). Fehlt eine solche Präzisierung, so gilt die Unterzeichnung als der Ratifikation oder Genehmigung unterworfen. Die Vollmachten, die zur Unterzeichnung der Verträge ermächtigen, schließen das Recht ein, an den Beratungen teilzunehmen und abzustimmen. Delegierte, denen die zuständigen Behörden die Vollmachten übertragen haben, ohne deren Umfang zu präzisieren, sind ermächtigt, an den Beratungen teilzunehmen, abzustimmen und die Verträge zu unterzeichnen, es sei denn, das Gegenteil geht ausdrücklich aus dem Wortlaut der jeweiligen Vollmachten hervor.

2. Die Vollmachten müssen bei Eröffnung des Kongresses bei der hierfür bezeichneten Behörde hinterlegt werden.

3. Delegierte, die nicht mit Vollmachten ausgestattet sind oder ihre Vollmachten nicht hinterlegt haben, können mit Beginn ihrer Beteiligung an den Arbeiten des Kongresses an den Beratungen teilnehmen und abstimmen, wenn sie von ihrer Regierung der Regierung des gastgebenden Landes angekündigt sind. Das gleiche gilt für Delegierte, deren Vollmachten als mit Mängeln behaftet befunden worden sind. Diese Delegierten sind von dem Augenblick an nicht mehr zur Stimmabgabe berechtigt, in dem der Kongreß den letzten Bericht des Vollmachtenprüfungsausschusses genehmigt hat, der feststellt, daß ihre Vollmachten nicht vorliegen oder mit Mängeln behaftet sind; dies gilt solange, wie die Angelegenheit nicht bereinigt ist. Der Kongreß muß den letzten Bericht vor allen Wahlen, mit Ausnahme der Wahl des Kongreßpräsidenten, und vor der Annahme der Vertragsentwürfe genehmigen.

4. Les pouvoirs d'un Pays-membre qui se fait représenter au Congrès par la délégation d'un autre Pays-membre (procuration) doivent revêtir la même forme que ceux qui sont mentionnés au paragraphe 1.

5. Les pouvoirs et les procurations adressés par télégramme ne sont pas admis. En revanche, sont acceptés les télégrammes répondant à une demande d'information relative à une question de pouvoirs.

6. Une délégation qui, après avoir déposé ses pouvoirs, est empêchée d'assister à une ou plusieurs séances a la faculté de se faire représenter par la délégation d'un autre pays, à la condition d'en donner avis par écrit au Président de la réunion intéressée. Toutefois, une délégation ne peut représenter qu'un seul pays autre que le sien.

7. Les délégués des Pays-membres qui ne sont pas parties à un Arrangement peuvent prendre part, sans droit de vote, aux délibérations du Congrès concernant cet Arrangement.

Article 4

Ordre des places

1. Aux séances du Congrès et des Commissions, les délégations sont rangées d'après l'ordre alphabétique français des Pays-membres représentés.

2. Le Président du Conseil d'administration tire au sort, en temps opportun, le nom du pays qui prendra place en tête devant la tribune présidentielle, lors des séances du Congrès et des Commissions.

Article 5

Observateurs

1. Des représentants de l'Organisation des Nations Unies peuvent participer aux délibérations du Congrès.

2. Les observateurs des organisations intergouvernementales sont admis aux séances du Congrès ou de ses Commissions lorsque sont discutées des questions intéressant ces organisations. Dans les mêmes cas, les observateurs des organisations internationales non gouvernementales peuvent être admis aux séances des Commissions si la Commission concernée y consent.

3. Sont également admis comme observateurs les représentants qualifiés des Unions restreintes établies conformément à l'article 8, paragraphe 1, de la Constitution lorsqu'elles en expriment le désir.

4. Les observateurs dont il est question aux paragraphes 1 à 3 prennent part aux délibérations sans droit de vote.

Article 6

Doyen du Congrès

1. L'Administration postale du pays siège du Congrès suggère la désignation du Doyen du Congrès d'entente avec le Bureau international. Le Conseil d'administration procède, en temps opportun, à l'adoption de cette désignation.

2. A l'ouverture de la première séance plénière de chaque Congrès, le Doyen assume la présidence du Congrès jusqu'à ce que celui-ci ait élu son Président. Au surplus, il exerce les fonctions qui lui sont attribuées par le présent Règlement.

Article 7

Présidences et vice-présidences du Congrès et des Commissions

1. Dans sa première séance plénière, le Congrès élit, sur proposition du Doyen, le Président du Congrès, puis approuve, sur proposition du Conseil d'administration, la désignation des Pays-membres qui assumeront les vice-présidences du Congrès

4. Die Vollmacht eines Mitgliedslandes, das sich auf dem Kongreß von der Delegation eines anderen Mitgliedslandes vertreten läßt (Vollmachtsübertragung), muß dieselbe Form wie die in Absatz 1 genannten Vollmachten aufweisen.

5. Telegrafisch übermittelte Vollmachten und Vollmachtsübertragungen sind nicht zulässig. Telegrafische Antworten auf Rückfragen bezüglich einer Vollmacht sind jedoch zugelassen.

6. Eine Delegation, die nach Hinterlegung ihrer Vollmacht verhindert ist, an einer oder mehreren Sitzungen teilzunehmen, kann sich von der Delegation eines anderen Landes vertreten lassen, vorausgesetzt, daß sie dies dem Präsidenten der betreffenden Sitzung schriftlich mitteilt. Eine Delegation darf jedoch außer dem eigenen Land nur noch ein anderes Land vertreten.

7. Delegierte von Mitgliedsländern, die einem Übereinkommen nicht beigetreten sind, können an den Beratungen des Kongresses über dieses Übereinkommen ohne Stimmrecht teilnehmen.

Artikel 4

Sitzordnung

1. In den Sitzungen des Kongresses und der Ausschüsse richtet sich die Sitzordnung der Delegationen nach der alphabetischen Reihenfolge der französischen Namen der vertretenen Mitgliedsländer.

2. Der Präsident des Verwaltungsrats ermittelt zu gegebener Zeit durch Los den Namen des Landes, das während der Sitzungen des Kongresses und der Ausschüsse als erstes vor der Präsidententribüne Platz nimmt.

Artikel 5

Beobachter

1. Vertreter der Organisation der Vereinten Nationen können an den Beratungen des Kongresses teilnehmen.

2. Beobachter von zwischenstaatlichen Organisationen sind zu den Sitzungen des Kongresses oder seiner Ausschüsse zugelassen, wenn Fragen diskutiert werden, die diese Organisationen interessieren. In denselben Fällen können Beobachter von nicht-staatlichen internationalen Organisationen zu den Sitzungen der Ausschüsse zugelassen werden, wenn der betreffende Ausschuss zustimmt.

3. Auch qualifizierte Vertreter der nach Artikel 8 Absatz 1 der Satzung gebildeten Engeren Vereine sind auf ihren Wunsch als Beobachter zugelassen.

4. Die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Beobachter nehmen an den Beratungen ohne Stimmrecht teil.

Artikel 6

Doyen des Kongresses

1. Die Postverwaltung des Landes, in dem der Kongreß stattfindet, regt im Einverständnis mit dem Internationalen Büro die Benennung des Doyens des Kongresses an. Der Verwaltungsrat genehmigt zu gegebener Zeit diese Benennung.

2. Bei der Eröffnung der ersten Plenarsitzung jedes Kongresses nimmt der Doyen die Aufgabe des Präsidenten des Kongresses wahr, bis dieser seinen Präsidenten gewählt hat. Außerdem übt er die Funktionen aus, die ihm in dieser Geschäftsordnung übertragen sind.

Artikel 7

Präsidentschaften und Vizepräsidentschaften des Kongresses und der Ausschüsse

1. Auf seiner ersten Plenarsitzung wählt der Kongreß auf Vorschlag des Doyen den Präsidenten des Kongresses und genehmigt dann auf Vorschlag des Verwaltungsrats die Benennung der Mitgliedsländer, die die Vizepräsidentschaften des Kongresses

ainsi que les présidences et vice-présidences des Commissions. Ces fonctions sont attribuées en tenant compte autant que possible de la répartition géographique équitable des Pays-membres.

2. Les Présidents ouvrent et clôturent les séances qu'ils président, dirigent les discussions, donnent la parole aux orateurs, mettent aux voix les propositions et indiquent la majorité requise pour les votes, proclament les décisions et, sous réserve de l'approbation du Congrès, donnent éventuellement une interprétation de ces décisions.

3. Les Présidents veillent au respect du présent Règlement et au maintien de l'ordre au cours des séances.

4. Toute délégation peut en appeler, devant le Congrès ou la Commission, d'une décision prise par le Président de ceux-ci sur la base d'une disposition du Règlement ou d'une interprétation de celui-ci; la décision du Président reste toutefois valable si elle n'est pas annulée par la majorité des membres présents et votant.

5. Si le Pays-membre chargé de la présidence n'est plus en mesure d'assurer cette fonction, l'un des Vice-Présidents est désigné par le Congrès ou par la Commission pour le remplacer.

Article 8

Bureau du Congrès

1. Le Bureau est l'organe central chargé de diriger les travaux du Congrès. Il est composé du Président et des Vice-Présidents du Congrès ainsi que des Présidents des Commissions. Il se réunit périodiquement pour examiner le déroulement des travaux du Congrès et de ses Commissions et pour formuler des recommandations tendant à favoriser ce déroulement. Il aide le Président à élaborer l'ordre du jour de chaque séance plénière et à coordonner les travaux des Commissions. Il fait des recommandations relatives à la clôture du Congrès.

2. Le Secrétaire général du Congrès et le Secrétaire général adjoint mentionnés à l'article 11, paragraphe 1, assistent aux réunions du Bureau.

Article 9

Membres des Commissions

1. Les Pays-membres représentés au Congrès sont, de droit, membres des Commissions chargées de l'examen des propositions relatives à la Constitution, au Règlement général, à la Convention et au Règlement d'exécution de celle-ci.

2. Les Pays-membres représentés au Congrès qui sont parties à un ou plusieurs des Arrangements facultatifs sont de droit membres de la ou des Commissions chargées de la révision de ces Arrangements. Le droit de vote des membres de cette ou de ces Commissions est limité à l'Arrangement ou aux Arrangements auxquels ils sont parties.

3. Les délégations qui ne sont pas membres des Commissions traitant des Arrangements et de leurs Règlements d'exécution ont la faculté d'assister aux séances de celles-ci et de prendre part aux délibérations sans droit de vote.

Article 10

Groupes de travail

Le Congrès et chaque Commission peuvent constituer des Groupes de travail pour l'étude de questions spéciales.

sowie die Präsidenschaften und Vizepräsidenschaften der Ausschüsse wahrnehmen sollen. Bei der Zuteilung dieser Funktionen wird soweit wie möglich einer ausgewogenen geographischen Verteilung der Mitgliedsländer Rechnung getragen.

2. Die Präsidenten eröffnen und schließen die Sitzungen, in denen sie den Vorsitz führen, leiten die Diskussionen, erteilen den Rednern das Wort, stellen die Vorschläge zur Abstimmung und weisen auf die für die Annahme erforderliche Mehrheit hin, verkünden die Entscheidungen und geben vorbehaltlich der Genehmigung durch den Kongreß gegebenenfalls eine Auslegung dieser Entscheidungen.

3. Die Präsidenten sorgen für die Einhaltung dieser Geschäftsordnung und die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen.

4. Jede Delegation kann vor dem Kongreß oder dem Ausschuß gegen eine Entscheidung Einspruch erheben, die der jeweilige Präsident aufgrund einer Bestimmung der Geschäftsordnung oder in Auslegung der Geschäftsordnung getroffen hat; die Entscheidung des Präsidenten bleibt jedoch gültig, wenn sie nicht von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder für nichtig erklärt wird.

5. Ist das Mitgliedsland, dem die Präsidenschaft übertragen ist, nicht mehr in der Lage, diese Aufgabe wahrzunehmen, so wird einer der Vizepräsidenten vom Kongreß oder vom Ausschuß bestimmt, als Nachfolger einzutreten.

Artikel 8

Präsidium des Kongresses

1. Das Präsidium ist das zentrale Organ, dem die Leitung der Arbeiten des Kongresses obliegt. Es setzt sich aus dem Präsidenten und den Vizepräsidenten des Kongresses sowie den Präsidenten der Ausschüsse zusammen. Es tritt in regelmäßigen Zeitabständen zusammen, um den Ablauf der Arbeiten des Kongresses und seiner Ausschüsse zu prüfen und um Empfehlungen zur Förderung des Arbeitsablaufes auszusprechen. Es unterstützt den Präsidenten bei der Aufstellung der Tagesordnung jeder Plenarsitzung und bei der Koordinierung der Arbeiten der Ausschüsse. Es gibt Empfehlungen in bezug auf den Schluß des Kongresses.

2. Der Generalsekretär und der beigeordnete Generalsekretär des Kongresses, die in Artikel 11 Absatz 1 genannt sind, nehmen an den Sitzungen des Präsidiums teil.

Artikel 9

Mitglieder der Ausschüsse

1. Die auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer sind von Rechts wegen Mitglieder der Ausschüsse, die mit der Prüfung der Vorschläge zur Satzung, zur Allgemeinen Verfahrensordnung, zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung beauftragt sind.

2. Die auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer, die einem oder mehreren der fakultativen Übereinkommen beigetreten sind, sind von Rechts wegen Mitglieder des Ausschusses oder der Ausschüsse, die mit der Revision dieser Übereinkommen beauftragt sind. Das Stimmrecht der Mitglieder dieses Ausschusses oder dieser Ausschüsse ist auf das Übereinkommen oder die Übereinkommen beschränkt, dem oder denen sie beigetreten sind.

3. Delegationen, die nicht Mitglieder von Ausschüssen sind, in denen Übereinkommen und ihre Vollzugsordnungen behandelt werden, können an den Sitzungen dieser Ausschüsse teilnehmen und sich an den Beratungen ohne Stimmrecht beteiligen.

Artikel 10

Arbeitsgruppen

Der Kongreß und alle Ausschüsse können Arbeitsgruppen zur Untersuchung besonderer Fragen einsetzen.

Article 11**Secrétariat du Congrès et des Commissions**

1. Le Directeur général et le Vice-Directeur général du Bureau international assument respectivement les fonctions de Secrétaire général et de Secrétaire général adjoint du Congrès.

2. Le Secrétaire général et le Secrétaire général adjoint assistent aux séances du Congrès et du Bureau du Congrès, où ils prennent part aux délibérations sans droit de vote. Ils peuvent aussi, dans les mêmes conditions, assister aux séances des Commissions ou s'y faire représenter par un fonctionnaire supérieur du Bureau international.

3. Les travaux du Secrétariat du Congrès, du Bureau du Congrès et des Commissions sont assurés par le personnel du Bureau international en collaboration avec l'Administration du pays invitant.

4. Les fonctionnaires supérieurs du Bureau international assument les fonctions de Secrétaires du Congrès, du Bureau du Congrès et des Commissions. Ils assistent le Président pendant les séances et sont responsables de la rédaction des procès-verbaux ou des rapports.

5. Les Secrétaires du Congrès et des Commissions sont assistés par des Secrétaires adjoints.

6. Des rapporteurs possédant la langue française sont chargés de la rédaction des procès-verbaux du Congrès et des Commissions.

Article 12**Langues de délibération**

1. Sous réserve du paragraphe 2, les langues française, anglaise, espagnole et russe sont admises pour les délibérations moyennant un système d'interprétation simultanée ou consécutive.

2. Les délibérations de la Commission de rédaction ont lieu en langue française.

3. D'autres langues sont également autorisées pour les délibérations indiquées au paragraphe 1. La langue du pays hôte jouit d'un droit de priorité à cet égard. Les délégations qui emploient d'autres langues assurent l'interprétation simultanée en l'une des langues mentionnées au paragraphe 1, soit par le système d'interprétation simultanée, lorsque des modifications d'ordre technique peuvent y être apportées, soit par des interprètes particuliers.

4. Les frais d'installation et d'entretien de l'équipement technique sont à la charge de l'Union.

5. Les frais des services d'interprétation sont répartis entre les Pays-membres utilisant la même langue dans la proportion de leur contribution aux dépenses de l'Union.

Article 13**Langues de rédaction des documents du Congrès**

1. Les documents élaborés pendant le Congrès, y compris les projets de décisions soumis à l'approbation du Congrès, sont publiés en langue française par le Secrétariat du Congrès.

2. A cet effet, les documents provenant des délégations des Pays-membres doivent être présentés dans cette langue, soit directement, soit par l'intermédiaire des services de traduction adjoints au Secrétariat du Congrès.

3. Ces services, organisés à leurs frais par les groupes linguistiques constitués selon les dispositions correspondantes du Règlement général, peuvent aussi traduire des documents du Congrès dans leurs langues respectives.

Artikel 11**Sekretariat des Kongresses und der Ausschüsse**

1. Der Generaldirektor und der Vizegeneraldirektor des Internationalen Büros nehmen die Aufgaben des Generalsekretärs beziehungsweise des beigeordneten Generalsekretärs des Kongresses wahr.

2. Der Generalsekretär und der beigeordnete Generalsekretär nehmen an den Sitzungen des Kongresses und des Präsidiums des Kongresses teil und beteiligen sich ohne Stimmrecht an den Beratungen. Unter den gleichen Bedingungen können sie auch an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen oder sich dort durch einen höheren Beamten des Internationalen Büros vertreten lassen.

3. Die Arbeiten des Sekretariats des Kongresses, des Präsidiums des Kongresses und der Ausschüsse werden vom Personal des Internationalen Büros in Zusammenarbeit mit der Verwaltung des einladenden Landes ausgeführt.

4. Die höheren Beamten des Internationalen Büros nehmen die Aufgaben von Sekretären des Kongresses, des Präsidiums des Kongresses und der Ausschüsse wahr. Sie unterstützen den Präsidenten während der Sitzungen und sind für die Abfassung der Sitzungsprotokolle oder Berichte verantwortlich.

5. Die Sekretäre des Kongresses und der Ausschüsse werden von beigeordneten Sekretären unterstützt.

6. Berichterstatter, die die französische Sprache beherrschen, sind mit der Schlußfassung der Sitzungsprotokolle des Kongresses und der Ausschüsse beauftragt.

Artikel 12**Beratungssprachen**

1. Vorbehaltlich des Absatzes 2 sind für die Beratungen die französische, englische, spanische und russische Sprache mittels eines Simultan- oder Konsekutivdolmetschsystems zugelassen.

2. Die Beratungen des Redaktionsausschusses finden in französischer Sprache statt.

3. Für die in Absatz 1 genannten Beratungen sind auch andere Sprachen zugelassen. Die Sprache des Gastlandes genießt in dieser Hinsicht Vorrang. Die Delegationen, die andere Sprachen verwenden, sorgen für die Simultandolmetschung in eine der in Absatz 1 genannten Sprachen, und zwar entweder über die Simultandolmetschanlage, wenn Änderungen technischer Art daran vorgenommen werden können, oder durch besondere Dolmetscher.

4. Die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung der technischen Anlage werden vom Verein getragen.

5. Die Kosten für die Dolmetschdienste werden unter den Mitgliedsländern, die dieselbe Sprache verwenden, im Verhältnis ihres Beitrags zu den Kosten des Vereins aufgeteilt.

Artikel 13**Sprachen für die Abfassung der Dokumente des Kongresses**

1. Die während des Kongresses ausgearbeiteten Dokumente einschließlich der zur Annahme durch den Kongreß vorgelegten Entwürfe für Entscheidungen werden vom Sekretariat des Kongresses in französischer Sprache herausgegeben.

2. Hierfür müssen die von den Delegationen der Mitgliedsländer stammenden Dokumente in dieser Sprache vorgelegt werden, und zwar entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der dem Sekretariat des Kongresses angeschlossenen Übersetzungsdienste.

3. Diese Dienste, die von den nach den entsprechenden Bestimmungen der Allgemeinen Verfahrensordnung gebildeten Sprachgruppen auf ihre Kosten organisiert werden, können Kongreßdokumente auch in ihre jeweiligen Sprachen übersetzen.

Article 14 Propositions

1. Toutes les questions portées devant le Congrès font l'objet de propositions.
2. Toutes les propositions publiées par le Bureau international avant l'ouverture du Congrès sont considérées comme soumises au Congrès.
3. Deux mois avant l'ouverture du Congrès, aucune proposition ne sera prise en considération, sauf celles qui tendent à l'amendement de propositions antérieures.
4. Est considérée comme amendement toute proposition de modification qui, sans altérer le fond de la proposition, comporte une suppression, une addition à une partie de la proposition originale ou la révision d'une partie de cette proposition. Aucune proposition de modification ne sera considérée comme un amendement si elle est incompatible avec le sens ou l'intention de la proposition originale. Dans les cas douteux, il incombe au Congrès ou à la Commission de trancher la question.
5. Les amendements présentés en Congrès au sujet de propositions déjà faites doivent être remis par écrit en langue française au Secrétariat avant midi l'avant-veille du jour de leur mise en délibération de façon à pouvoir être distribués le même jour aux délégués. Ce délai ne s'applique pas aux amendements résultant directement des discussions en Congrès ou en Commission. Dans ce dernier cas, si cela est demandé, l'auteur de l'amendement doit présenter son texte par écrit en langue française ou, en cas de difficulté, en toute autre langue de débat. Le Président intéressé en donnera ou en fera donner lecture.
6. La procédure prévue au paragraphe 5 s'applique également à la présentation des propositions ne visant pas à modifier le texte des Actes (projets de résolution, de recommandation, de vœu, etc.).
7. Toute proposition ou amendement doit revêtir la forme définitive du texte à introduire dans les Actes de l'Union, sous réserve bien entendu de mise au point par la Commission de rédaction.

Article 15 Examen des propositions en Congrès et Commissions

1. Les propositions d'ordre rédactionnel (dont le numéro est suivi de la lettre R) sont attribuées à la Commission de rédaction soit directement si, de la part du Bureau international, il n'y a aucun doute quant à leur nature (une liste en est établie par le Bureau international à l'intention de la Commission de rédaction), soit si, de l'avis du Bureau international, il y a doute sur leur nature, après que les autres Commissions en ont confirmé la nature purement rédactionnelle (une liste en est aussi établie à l'intention des Commissions intéressées). Toutefois, si de telles propositions sont liées à d'autres propositions de fond à traiter par le Congrès ou par d'autres Commissions, la Commission de rédaction n'en aborde l'étude qu'après que le Congrès ou les autres Commissions se sont prononcés à l'égard des propositions de fond correspondantes. Les propositions dont le numéro n'est pas suivi de la lettre R, mais qui, de l'avis du Bureau international, sont des propositions d'ordre rédactionnel, sont déferées directement aux Commissions qui s'occupent des propositions de fond correspondantes. Ces Commissions décident, dès l'ouverture de leurs travaux, lesquelles de ces propositions seront attribuées directement à la Commission de rédaction. Une liste de ces propositions est établie par le Bureau international à l'intention des Commissions en cause.

2. En principe, les propositions de modification des Règlements d'exécution qui sont la conséquence de propositions de

Artikel 14 Vorschläge

1. Alle Fragen, die dem Kongreß vorgelegt werden, sind Gegenstand von Vorschlägen.
2. Alle Vorschläge, die vom Internationalen Büro vor Eröffnung des Kongresses veröffentlicht worden sind, gelten als dem Kongreß vorgelegt.
3. Zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses werden nur noch Änderungsvorschläge zu bereits vorliegenden Vorschlägen berücksichtigt.
4. Als Änderungsvorschlag gilt jeder Vorschlag, der, ohne daß der Vorschlag in materieller Hinsicht geändert wird, eine Streichung, eine Ergänzung zu einem Teil des ursprünglichen Vorschlags oder die Revision eines Teils dieses Vorschlags vorsieht. Ein Vorschlag gilt nicht als Änderungsvorschlag, wenn er mit dem Sinn oder Zweck des ursprünglichen Vorschlags unvereinbar ist. In Zweifelsfällen entscheidet der Kongreß oder der Ausschuß über die Frage.
5. Dem Kongreß vorgelegte Änderungsvorschläge zu bereits eingebrachten Vorschlägen müssen dem Sekretariat schriftlich in französischer Sprache zwei Tage vor dem Tag übergeben werden, an dem über sie beraten wird, und zwar vor 12 Uhr, damit sie noch am gleichen Tag an die Delegierten verteilt werden können. Diese Frist gilt nicht für Änderungsvorschläge, die sich unmittelbar aus den Diskussionen des Kongresses oder der Ausschüsse ergeben. In diesem Fall muß der Verfasser des Änderungsvorschlags auf Verlangen seinen Text schriftlich in französischer Sprache oder, wenn dies Schwierigkeiten bereitet, in einer anderen Verhandlungssprache vorlegen. Der zuständige Präsident verliest ihn oder läßt ihn verlesen.
6. Das in Absatz 5 vorgesehene Verfahren gilt auch für die Vorlage von Vorschlägen, die keine Änderung der Vertragstexte vorsehen (Entwürfe von Entschlüssen, Empfehlungen, Begehren usw.).
7. Jeder Vorschlag oder Änderungsvorschlag muß, vorbehaltlich der endgültigen Fassung durch den Redaktionsausschuß, die definitive Form des Textes aufweisen, der in die Verträge des Vereins aufgenommen werden soll.

Artikel 15 Prüfung der Vorschläge durch den Kongreß und die Ausschüsse

1. Vorschläge redaktioneller Art (deren Nummer mit dem Zusatz „R“ versehen ist) werden dem Redaktionsausschuß entweder unmittelbar zugewiesen, wenn von seiten des Internationalen Büros kein Zweifel hinsichtlich ihrer Art besteht (sie werden vom Internationalen Büro in einer Liste für den Redaktionsausschuß zusammengestellt), oder nachdem die anderen Ausschüsse bestätigt haben, daß sie rein redaktioneller Art sind, wenn nach Ansicht des Internationalen Büros Zweifel hinsichtlich ihrer Art bestanden haben (sie werden ebenfalls in einer Liste für die beteiligten Ausschüsse zusammengestellt). Sind solche Vorschläge jedoch mit anderen Vorschlägen materieller Art verbunden, die vom Kongreß oder von anderen Ausschüssen zu behandeln sind, so befaßt sich der Redaktionsausschuß erst dann mit ihrer Untersuchung, wenn der Kongreß oder die anderen Ausschüsse in bezug auf die entsprechenden Vorschläge materieller Art eine Entscheidung getroffen haben. Vorschläge, deren Nummer nicht mit dem Zusatz „R“ versehen ist, die aber nach Ansicht des Internationalen Büros Vorschläge redaktioneller Art sind, werden unmittelbar den Ausschüssen zugewiesen, die sich mit den entsprechenden Vorschlägen materieller Art befassen. Diese Ausschüsse entscheiden bei Beginn ihrer Arbeiten, welche dieser Vorschläge unmittelbar dem Redaktionsausschuß zugewiesen werden. Eine Liste dieser Vorschläge wird vom Internationalen Büro für die betreffenden Ausschüsse aufgestellt.

2. Vorschläge zur Änderung der Vollzugsordnungen, die eine Folge von Vorschlägen zur Änderung des Weltpostvertrags und

modification de la Convention et des Arrangements sont traitées par la Commission concernée, à moins que celle-ci ne décide de leur renvoi au Conseil d'exploitation postale sur proposition de son Président ou d'une délégation. Si ce renvoi fait l'objet d'une objection, le Président soumet immédiatement la question à un vote de procédure.

3. En revanche, les propositions de modification des Règlements d'exécution qui ne sont pas la conséquence de propositions de modification de la Convention et des Arrangements sont renvoyées au Conseil d'exploitation postale, à moins que la Commission ne décide de leur traitement en Congrès sur proposition de son Président ou d'une délégation. Si une telle proposition fait l'objet d'une objection, le Président soumet immédiatement la question à un vote de procédure.

4. Si une même question fait l'objet de plusieurs propositions, le Président décide de leur ordre de discussion en commençant, en principe, par la proposition qui s'éloigne le plus du texte de base et qui comporte le changement le plus profond par rapport au statu quo.

5. Si une proposition peut être subdivisée en plusieurs parties, chacune d'elles peut, avec l'accord de l'auteur de la proposition ou de l'assemblée, être examinée et mise aux voix séparément.

6. Toute proposition retirée en Congrès ou en Commission par son auteur peut être reprise par la délégation d'un autre Pays-membre. De même, si un amendement à une proposition est accepté par l'auteur de celle-ci, une autre délégation peut reprendre la proposition originale non amendée.

7. Tout amendement à une proposition, accepté par la délégation qui présente cette proposition, est aussitôt incorporé dans le texte de la proposition. Si l'auteur de la proposition originale n'accepte pas un amendement, le Président décide si l'on doit voter d'abord sur l'amendement ou sur la proposition, en partant du libellé qui s'écarte le plus du sens ou de l'intention du texte de base et qui entraîne le changement le plus profond par rapport au statu quo.

8. La procédure décrite au paragraphe 7 s'applique également lorsqu'il est présenté plusieurs amendements à une même proposition.

9. Le Président du Congrès et les Présidents des Commissions font remettre à la Commission de rédaction, après chaque séance, le texte écrit des propositions, amendements ou décisions adoptés.

10. Au terme de leurs travaux, les Commissions établissent, au sujet des Règlements d'exécution qui les concernent, une résolution en deux parties qui comportent:

- 1) les numéros des propositions renvoyées au Conseil d'exploitation postale pour examen;
- 2) les numéros des propositions renvoyées au Conseil d'exploitation postale pour examen avec des directives du Congrès.

Quant aux propositions de modification des Règlements d'exécution qui ont été adoptées par une Commission et transmises ensuite à la Commission de rédaction, elles font l'objet d'une résolution comprenant en annexe le texte définitif des propositions retenues.

Article 16 Délibérations

1. Les délégués ne peuvent prendre la parole qu'après avoir été autorisés par le Président de la réunion. Il leur est recommandé de parler sans hâte et distinctement. Le Président doit laisser aux délégués la possibilité d'exprimer librement et pleinement leur avis sur le sujet en discussion, pour autant que cela soit compatible avec le déroulement normal des délibérations.

der Übereinkommen sind, werden grundsätzlich vom zuständigen Ausschuß behandelt, sofern dieser nicht auf Vorschlag seines Präsidenten oder einer Delegation ihre Verweisung an den Rat für Postbetrieb beschließt. Wird gegen diese Verweisung Widerspruch eingelegt, so stellt der Präsident diese Frage unverzüglich zur Abstimmung über das einzuschlagende Verfahren.

3. Dagegen werden Vorschläge zur Änderung der Vollzugsordnungen, die keine Folge von Vorschlägen zur Änderung des Weltpostvertrags und der Übereinkommen sind, an den Rat für Postbetrieb verwiesen, sofern der Ausschuß nicht auf Vorschlag seines Präsidenten oder einer Delegation ihre Behandlung im Kongreß beschließt. Wird gegen einen solchen Vorschlag Widerspruch eingelegt, so stellt der Präsident die Frage unverzüglich zur Abstimmung über das einzuschlagende Verfahren.

4. Ist dieselbe Frage Gegenstand mehrerer Vorschläge, so entscheidet der Präsident über die Reihenfolge ihrer Erörterung, wobei er grundsätzlich mit dem Vorschlag beginnt, der sich am weitesten vom bestehenden Text entfernt und der die tiefstgreifende Änderung in bezug auf den Status quo bringt.

5. Kann ein Vorschlag unterteilt werden, so darf jeder Teil mit Einverständnis des Verfassers des Vorschlags oder der Versammlung getrennt beraten und zur Abstimmung gestellt werden.

6. Jeder Vorschlag, der im Kongreß oder in einem Ausschuß von seinem Verfasser zurückgezogen wird, darf von der Delegation eines anderen Mitgliedslandes wiederaufgenommen werden. Desgleichen darf ein Vorschlag, zu dem ein Änderungsvorschlag vom Verfasser des Vorschlags angenommen worden ist, in seiner ursprünglichen, nicht geänderten Form von einer anderen Delegation wiederaufgenommen werden.

7. Nimmt eine Delegation einen Änderungsvorschlag zu einem von ihr eingereichten Vorschlag an, so wird die Änderung sogleich in den Wortlaut des Vorschlags eingearbeitet. Nimmt der Verfasser des ursprünglichen Vorschlags einen Änderungsvorschlag nicht an, so entscheidet der Präsident, ob zuerst über den Änderungsvorschlag oder über den Vorschlag abgestimmt werden soll, wobei er mit dem Text beginnt, der sich am weitesten vom Sinn und Zweck des bestehenden Textes entfernt und der die tiefstgreifende Änderung in bezug auf den Status quo bringt.

8. Das in Absatz 7 beschriebene Verfahren ist auch anzuwenden, wenn mehrere Änderungsvorschläge zu ein und demselben Vorschlag vorgelegt worden sind.

9. Der Präsident des Kongresses und die Präsidenten der Ausschüsse sorgen dafür, daß der Text der angenommenen Vorschläge, Änderungsvorschläge oder Entscheidungen dem Redaktionsausschuß nach jeder Sitzung in schriftlicher Form zugeleitet wird.

10. Zum Abschluß ihrer Arbeiten erstellen die Ausschüsse zu den Vollzugsordnungen, die in ihre Zuständigkeit fallen, eine Entschliebung, die aus folgenden zwei Teilen besteht:

- 1) Nummern der Vorschläge, die an den Rat für Postbetrieb zur Prüfung verwiesen wurden;
- 2) Nummern der Vorschläge, die mit Leitlinien des Kongresses an den Rat für Postbetrieb zur Prüfung verwiesen wurden.

Vorschläge zur Änderung der Vollzugsordnungen, die von einem Ausschuß angenommen und anschließend an den Redaktionsausschuß weitergegeben wurden, werden in eine Entschliebung aufgenommen, der als Anlage der endgültige Text der angenommenen Vorschläge beigegeben ist.

Artikel 16 Beratungen

1. Die Delegierten dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen vom Präsidenten der Sitzung erteilt worden ist. Es wird ihnen empfohlen, langsam und deutlich zu sprechen. Der Präsident soll den Delegierten die Möglichkeit lassen, ihre Ansicht zum Gegenstand der Diskussion frei und erschöpfend zu äußern, soweit dies mit dem normalen Ablauf der Beratungen vereinbar ist.

2. Sauf décision contraire prise à la majorité des membres présents et votant, les discours ne peuvent excéder cinq minutes. Le Président est autorisé à interrompre tout orateur qui dépasse ledit temps de parole. Il peut aussi inviter le délégué à ne pas s'écarter du sujet.

3. Au cours d'un débat, le Président peut, avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, déclarer close la liste des orateurs après en avoir donné lecture. Lorsque la liste est épuisée, il prononce la clôture du débat, sous réserve d'accorder à l'auteur de la proposition en discussion, même après la clôture de la liste, le droit de répondre à tout discours prononcé.

4. Le Président peut aussi, avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, limiter le nombre des interventions d'une même délégation sur une proposition ou un groupe de propositions déterminé, la possibilité devant cependant être accordée à l'auteur de la proposition d'introduire celle-ci et d'intervenir ultérieurement, s'il le demande, pour apporter des éléments nouveaux en réponse aux interventions des autres délégations, de telle façon qu'il puisse avoir la parole en dernier lieu s'il la demande.

5. Avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, le Président peut limiter le nombre des interventions sur une proposition ou un groupe de propositions déterminé; cette limitation ne peut être inférieure à cinq pour et cinq contre la proposition en discussion.

Article 17

Motions d'ordre et motions de procédure

1. Au cours de la discussion de toute question et même, le cas échéant, après la clôture du débat, une délégation peut soulever une motion d'ordre à l'effet de demander:

- des éclaircissements sur le déroulement des débats;
- le respect du Règlement intérieur;
- la modification de l'ordre de discussion des propositions suggéré par le Président.

La motion d'ordre a la priorité sur toutes les questions, y compris les motions de procédure mentionnées au paragraphe 3.

2. Le Président donne immédiatement les précisions désirées ou prend la décision qu'il juge opportune au sujet de la motion d'ordre. En cas d'objection, la décision du Président est aussitôt mise aux voix.

3. En outre, au cours de la discussion d'une question, une délégation peut introduire une motion de procédure ayant pour objet de proposer:

- a) la suspension de la séance;
- b) la levée de la séance;
- c) l'ajournement du débat sur la question en discussion;
- d) la clôture du débat sur la question en discussion.

Les motions de procédure ont la priorité, dans l'ordre établi ci-dessus, sur toutes les autres propositions, hormis les motions d'ordre visées au paragraphe 1.

4. Les motions tendant à la suspension ou à la levée de la séance ne sont pas discutées, mais immédiatement mises aux voix.

5. Lorsqu'une délégation propose l'ajournement ou la clôture du débat sur une question en discussion, la parole n'est accordée qu'à deux orateurs opposés à l'ajournement ou à la clôture du débat, après quoi la motion est mise aux voix.

2. Sofern von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder keine gegenteilige Entscheidung getroffen wird, darf die Redezeit fünf Minuten nicht überschreiten. Der Präsident darf jeden Redner unterbrechen, der die genannte Redezeit überschreitet. Er kann den Delegierten auch auffordern, nicht von der Sache abzuweichen.

3. Im Laufe einer Debatte kann der Präsident mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder die Rednerliste für geschlossen erklären, nachdem er sie verlesen hat. Wenn die Liste erschöpft ist, erklärt er den Schluß der Debatte, unter dem Vorbehalt, selbst nach Schließung der Liste dem Verfasser des zur Diskussion stehenden Vorschlags das Recht zur Antwort auf jeden Redebeitrag zuzugestehen.

4. Der Präsident kann auch mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder die Zahl der Wortmeldungen ein und derselben Delegation zu einem Vorschlag oder einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen beschränken, wobei indessen dem Verfasser des Vorschlags die Möglichkeit gegeben werden muß, den Vorschlag einzuführen und später in die Debatte einzugreifen, wenn er dies verlangt, um in Beantwortung der Redebeiträge der anderen Delegationen neue Elemente einzubringen, so daß er auf Verlangen an letzter Stelle das Wort haben kann.

5. Mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder kann der Präsident die Zahl der Wortmeldungen zu einem Vorschlag oder einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen beschränken; diese Einschränkung darf nicht unter fünf für und fünf gegen den zur Diskussion stehenden Vorschlag gehen.

Artikel 17

Anträge zur Geschäftsordnung und Anträge zum Verfahren

1. Im Verlauf der Diskussion jeder beliebigen Frage und gegebenenfalls sogar nach Schließung der Debatte kann eine Delegation einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen und damit

- Aufklärung über den Ablauf der Debatten,
- die Beachtung der Geschäftsordnung,
- die Änderung der vom Präsidenten vorgeschlagenen Reihenfolge für die Diskussion der Vorschläge

verlangen.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung hat Vorrang vor allen anderen Fragen einschließlich der Anträge zum Verfahren nach Absatz 3.

2. Der Präsident gibt unverzüglich die gewünschten Erläuterungen oder fällt die Entscheidung, die er hinsichtlich des Antrags zur Geschäftsordnung für angebracht hält. Bei Widerspruch wird sogleich über die Entscheidung des Präsidenten abgestimmt.

3. Darüber hinaus kann eine Delegation im Verlauf der Diskussion über eine Frage einen Antrag zum Verfahren einbringen, der folgendes zum Ziel hat:

- a) die Unterbrechung der Sitzung;
- b) die Aufhebung der Sitzung;
- c) die Vertagung der Debatte über die zur Diskussion stehende Frage;
- d) die Schließung der Debatte über die zur Diskussion stehende Frage.

Die Anträge zum Verfahren haben – in der vorstehend aufgestellten Reihenfolge – Vorrang vor allen anderen Vorschlägen, abgesehen von den Anträgen zur Geschäftsordnung nach Absatz 1.

4. Die Anträge auf Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung werden nicht diskutiert, über sie wird vielmehr unverzüglich abgestimmt.

5. Wenn eine Delegation die Vertagung oder die Schließung der Debatte über eine zur Diskussion stehende Frage beantragt, wird das Wort nur zwei Rednern erteilt, die die Vertagung oder die Schließung der Debatte ablehnen; danach wird über den Antrag abgestimmt.

6. La délégation qui présente une motion d'ordre ou de procédure ne peut pas, dans son intervention, traiter du fond de la question en discussion. L'auteur d'une motion de procédure peut la retirer avant qu'elle soit mise aux voix et toute motion de l'espèce, amendée ou non, qui serait retirée peut être reprise par une autre délégation.

Article 18

Quorum

1. Sous réserve des paragraphes 2 et 3, le quorum nécessaire pour l'ouverture des séances et pour les votations est constitué par la moitié des Pays-membres représentés au Congrès et ayant droit de vote.

2. Au moment des votes sur la modification de la Constitution et du Règlement général, le quorum exigé est constitué par les deux tiers des Pays-membres de l'Union.

3. En ce qui concerne les Arrangements et leurs Règlements d'exécution, le quorum exigé pour l'ouverture des séances et pour les votations est constitué par la moitié des Pays-membres représentés au Congrès qui sont parties à l'Arrangement dont il s'agit et qui ont droit de vote.

4. Les délégations présentes qui ne participent pas à un vote déterminé ou qui déclarent ne pas vouloir y participer ne sont pas considérées comme absentes en vue de la détermination du quorum exigé aux paragraphes 1, 2 et 3.

Article 19

Principe et procédure de vote

1. Les questions qui ne peuvent être réglées d'un commun accord sont tranchées par votation.

2. Les votes ont lieu par le système traditionnel ou par le dispositif électronique de votation. Ils sont en principe effectués par le dispositif électronique lorsque celui-ci est à la disposition de l'assemblée. Toutefois, pour un vote secret, le recours au système traditionnel peut avoir lieu si la demande présentée dans ce sens par une délégation est appuyée par la majorité des délégations présentes et votant.

3. Pour le système traditionnel, les procédures de vote sont les suivantes:

- a) à main levée: si le résultat d'un tel vote donne lieu à des doutes, le Président peut, à son gré ou à la demande d'une délégation, faire procéder immédiatement à un vote par appel nominal sur la même question;
- b) par appel nominal: sur demande d'une délégation ou au gré du Président. L'appel se fait en suivant l'ordre alphabétique français des pays représentés en commençant par le pays dont le nom est tiré au sort par le Président. Le résultat du vote, avec la liste des pays par nature de vote, est consigné au procès-verbal de la séance;
- c) au scrutin secret: par bulletin de vote sur demande de deux délégations. Le Président de la réunion désigne en ce cas trois scrutateurs et prend les mesures nécessaires pour assurer le secret du vote.

4. Par le dispositif électronique, les procédures de vote sont les suivantes:

- a) vote non enregistré: il remplace un vote à main levée;
- b) vote enregistré: il remplace un vote par appel nominal; toutefois, il n'est pas procédé à l'appel des noms des pays, sauf si

6. Die Delegation, die einen Antrag zur Geschäftsordnung oder zum Verfahren stellt, darf dabei die zur Diskussion stehende Frage sachlich nicht behandeln. Der Verfasser eines Antrags zum Verfahren darf seinen Antrag zurückziehen, solange noch nicht über ihn abgestimmt worden ist, und jeder Antrag dieser Art, der, geändert oder nicht, zurückgezogen worden ist, darf von einer anderen Delegation wiederaufgenommen werden.

Artikel 18

Beschlußfähigkeit

1. Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 ist die für die Eröffnung der Sitzungen und die Abstimmungen erforderliche Beschlußfähigkeit erreicht, wenn die Hälfte der beim Kongreß vertretenen stimmberechtigten Mitgliedsländer anwesend ist.

2. Bei der Abstimmung über eine Änderung der Satzung und der Allgemeinen Verfahrensordnung ist die Beschlußfähigkeit erreicht, wenn zwei Drittel der Mitgliedsländer des Vereins anwesend sind.

3. Bei den Übereinkommen und ihren Vollzugsordnungen ist die für die Eröffnung der Sitzungen und die Abstimmungen erforderliche Beschlußfähigkeit erreicht, wenn die Hälfte der beim Kongreß vertretenen stimmberechtigten Mitgliedsländer, die dem Übereinkommen beigetreten sind, anwesend ist.

4. Die anwesenden Delegationen, die an einer bestimmten Abstimmung nicht teilnehmen oder erklären, nicht teilnehmen zu wollen, gelten nicht als abwesend im Hinblick auf die Feststellung der Beschlußfähigkeit im Sinne der Absätze 1, 2 und 3.

Artikel 19

Grundsatz und Verfahren der Abstimmung

1. Fragen, die nicht einvernehmlich geregelt werden können, werden durch Abstimmung entschieden.

2. Die Abstimmungen finden nach dem herkömmlichen System oder mit einer elektronischen Abstimmungsanlage statt. Sie werden grundsätzlich mit der elektronischen Anlage durchgeführt, wenn diese der Versammlung zur Verfügung steht. Bei einer geheimen Abstimmung kann jedoch auf das herkömmliche System zurückgegriffen werden, wenn der von einer Delegation gestellte diesbezügliche Antrag von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Delegationen unterstützt wird.

3. Beim herkömmlichen System werden folgende Abstimmungsverfahren angewandt:

- a) Abstimmung durch Handaufheben: Wenn das Ergebnis einer solchen Abstimmung zu Zweifeln Anlaß gibt, kann der Präsident nach seinem Ermessen oder auf Verlangen einer Delegation unverzüglich eine namentliche Abstimmung zu derselben Frage durchführen;
- b) namentliche Abstimmung: Sie findet auf Verlangen einer Delegation oder auf Beschluß des Präsidenten statt. Der Namensaufruf erfolgt in alphabetischer Reihenfolge der französischen Namen der vertretenen Länder und beginnt mit dem Land, dessen Name vom Präsidenten ausgelost wird. Das Ergebnis der Abstimmung mit der Liste der Länder nach Art ihrer Stimmabgabe wird in das Sitzungsprotokoll aufgenommen;
- c) geheime Abstimmung: Sie erfolgt mit Stimmzettel, auf Verlangen von zwei Delegationen. Der Präsident der Tagung bestimmt in diesem Fall drei Stimmzähler und trifft die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses.

4. Bei Verwendung der elektronischen Anlage werden folgende Abstimmungsverfahren angewandt:

- a) nichtaufgezeichnete Abstimmung: Sie tritt an die Stelle der Abstimmung durch Handaufheben;
- b) aufgezeichnete Abstimmung: Sie tritt an die Stelle der namentlichen Abstimmung; es erfolgt jedoch kein Aufruf der Länder-

une délégation le demande et si cette proposition est appuyée par la majorité des délégations présentes et votant;

- c) vote secret: il remplace un scrutin secret par bulletins de vote.

5. Quel que soit le système utilisé, le vote au scrutin secret a priorité sur toute autre procédure de vote.

6. Quand un vote est commencé, aucune délégation ne peut l'interrompre, sauf s'il s'agit d'une motion d'ordre relative à la manière suivant laquelle s'effectue le vote.

7. Après le vote, le Président peut autoriser les délégués à expliquer leur vote.

Article 20

Conditions d'approbation des propositions

1. Pour être adoptées, les propositions visant à la modification des Actes doivent être approuvées:

- a) pour la Constitution: par les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union;
- b) pour le Règlement général: par la majorité des Pays-membres représentés au Congrès;
- c) pour la Convention et son Règlement d'exécution: par la majorité des Pays-membres présents et votant;
- d) pour les Arrangements et leurs Règlements d'exécution: par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties aux Arrangements.

2. Les questions de procédure qui ne peuvent être résolues d'un commun accord sont décidées par la majorité des Pays-membres présents et votant. Il en est de même pour des décisions ne concernant pas la modification des Actes, à moins que le Congrès n'en décide autrement à la majorité des Pays-membres présents et votant.

3. Sous réserve du paragraphe 5, par Pays-membres présents et votant, il faut entendre les Pays-membres votant «pour» ou «contre», les abstentions n'étant pas prises en considération dans le décompte des voix nécessaires pour constituer la majorité, de même d'ailleurs que les bulletins blancs ou nuls en cas de vote au scrutin secret.

4. En cas d'égalité des suffrages, la proposition est considérée comme rejetée.

5. Lorsque le nombre d'abstentions et de bulletins blancs ou nuls dépasse la moitié du nombre des suffrages exprimés (pour, contre, abstentions), l'examen de la question est renvoyé à une séance ultérieure au cours de laquelle les abstentions ainsi que les bulletins blancs ou nuls n'entreront plus en ligne de compte.

Article 21

Election des membres du Conseil d'administration et du Conseil d'exploitation postale

En vue de départager les pays ayant obtenu le même nombre de voix aux élections des membres du Conseil d'administration ou du Conseil d'exploitation postale, le Président procède au tirage au sort.

Article 22

Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international

1. Les élections du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international ont lieu au scrutin secret successivement à une ou à plusieurs séances se tenant le même jour. Est élu le candidat qui obtient la majorité des suffrages exprimés

namen, es sei denn, daß eine Delegation dies verlangt und dieser Vorschlag von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Delegationen unterstützt wird;

- c) geheime Abstimmung: Sie tritt an die Stelle einer geheimen Abstimmung mit Stimmzetteln.

5. Unabhängig vom angewandten Verfahren hat die geheime Abstimmung immer Vorrang gegenüber jedem anderen Abstimmungsverfahren.

6. Eine bereits begonnene Abstimmung darf von keiner Delegation unterbrochen werden, es sei denn, daß es sich um einen Antrag zur Geschäftsordnung handelt, der sich auf die Abwicklung der Abstimmung bezieht.

7. Nach der Abstimmung kann der Präsident den Delegierten gestatten, ihre Stimmabgabe zu erklären.

Artikel 20

Bedingungen für die Annahme der Vorschläge

1. Vorschläge zur Änderung der Verträge müssen, um angenommen zu werden, wie folgt genehmigt werden:

- a) im Fall der Satzung von mindestens zwei Dritteln der Mitgliedsländer des Vereins;
- b) im Fall der Allgemeinen Verfahrensordnung von der Mehrheit der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer;
- c) im Fall des Weltpostvertrags und seiner Vollzugsordnung von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer;
- d) im Fall der Übereinkommen und ihrer Vollzugsordnungen von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die den Übereinkommen beigetreten sind.

2. Verfahrensfragen, die nicht einvernehmlich geregelt werden können, werden von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer entschieden. Das gleiche gilt für Entscheidungen, die nicht die Änderung der Verträge betreffen, es sei denn, daß der Kongreß mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer anders entscheidet.

3. Vorbehaltlich des Absatzes 5 gelten als „anwesende und abstimmende Mitgliedsländer“ die Mitgliedsländer, die „für“ oder „gegen“ stimmen, wobei Stimmenthaltungen bei der Auszählung der für die Mehrheit erforderlichen Stimmen nicht berücksichtigt werden; das gleiche gilt im übrigen im Fall der geheimen Abstimmung für leere oder ungültige Stimmzettel.

4. Bei Stimmgleichheit gilt der Vorschlag als abgelehnt.

5. Übersteigt die Zahl der Enthaltungen und der leeren oder ungültigen Stimmzettel die Hälfte der abgegebenen Stimmen (für, gegen, Enthaltungen), so wird die Prüfung der Frage auf eine spätere Sitzung verschoben, in der die Enthaltungen sowie leere oder ungültige Stimmzettel nicht mehr berücksichtigt werden.

Artikel 21

Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Rates für Postbetrieb

Haben bei den Wahlen zum Verwaltungsrat oder zum Rat für Postbetrieb mehrere Länder die gleiche Stimmenzahl erhalten, so entscheidet das Los, das vom Präsidenten gezogen wird.

Artikel 22

Wahl des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors des Internationalen Büros

1. Die Wahlen des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors des Internationalen Büros finden nacheinander in einer oder mehreren Sitzungen am selben Tag in geheimer Abstimmung statt. Gewählt ist der Kandidat, der die Mehrheit der von den

par les Pays-membres présents et votant. Il est procédé à autant de scrutins qu'il est nécessaire pour qu'un candidat obtienne cette majorité.

2. Sont considérés comme Pays-membres présents et votant ceux qui votent pour l'un des candidats régulièrement annoncés, les abstentions n'étant pas prises en considération dans le décompte des voix nécessaires pour constituer la majorité, de même que les bulletins blancs ou nuls.

3. Lorsque le nombre d'abstentions et de bulletins blancs ou nuls dépasse la moitié du nombre des suffrages exprimés conformément au paragraphe 2, l'élection est renvoyée à une séance ultérieure au cours de laquelle les abstentions ainsi que les bulletins blancs ou nuls n'entreront plus en ligne de compte.

4. Le candidat qui, à un tour de scrutin, a obtenu le moins de voix est éliminé.

5. En cas d'égalité des voix, il est procédé à un premier, voire à un second scrutin supplémentaire, pour tenter de départager les candidats ex aequo, le vote portant uniquement sur ces candidats. Si le résultat est négatif, le sort décide. Le tirage au sort est opéré par le Président.

Article 23

Procès-verbaux

1. Les procès-verbaux des séances du Congrès et des Commissions reproduisent la marche des séances, résumant brièvement les interventions, mentionnent les propositions et le résultat des délibérations. Des procès-verbaux sont établis pour les séances plénières et des procès-verbaux sommaires pour les séances de Commissions.

2. Les procès-verbaux des séances d'une Commission peuvent être remplacés par des rapports à l'intention du Congrès si le Conseil d'administration en décide ainsi. En règle générale, les Groupes de travail établissent un rapport à l'intention de l'organe qui les a créés.

3. Toutefois, chaque délégué a le droit de demander l'insertion analytique ou in extenso au procès-verbal ou au rapport de toute déclaration faite par lui, à la condition d'en remettre le texte français au Secrétariat deux heures au plus tard après la fin de la séance.

4. A partir du moment où l'épreuve du procès-verbal ou du rapport a été distribuée, les délégués disposent d'un délai de vingt-quatre heures pour présenter leurs observations au Secrétariat qui, le cas échéant, sert d'intermédiaire entre l'intéressé et le Président de la séance en question.

5. En règle générale et sous réserve du paragraphe 4, au début des séances du Congrès, le Président soumet à l'approbation le procès-verbal d'une séance précédente. Il en est de même pour les Commissions dont les délibérations font l'objet d'un procès-verbal ou d'un rapport. Les procès-verbaux ou les rapports des dernières séances qui n'auraient pu être approuvés en Congrès ou en Commission sont approuvés par les Présidents respectifs de ces réunions. Le Bureau international tiendra compte également des observations éventuelles que les délégués des Pays-membres lui communiqueront dans un délai de quarante jours après l'envoi desdits procès-verbaux.

6. Le Bureau international est autorisé à rectifier dans les procès-verbaux ou les rapports des séances du Congrès et des Commissions les erreurs matérielles qui n'auraient pas été relevées lors de leur approbation conformément au paragraphe 5.

Article 24

Approbation par le Congrès des projets de décisions (Actes, résolutions, etc.)

1. En règle générale, chaque projet d'Acte présenté par la Commission de rédaction est examiné article par article. Il ne peut

anwesenden und abstimmenden Ländern abgegebenen Stimmen erhält. Es finden so viele Abstimmungen statt, wie nötig sind, damit ein Kandidat diese Mehrheit erreicht.

2. Als „anwesende und abstimmende Mitgliedsländer“ gelten die Mitgliedsländer, die für einen der ordnungsgemäß angemeldeten Kandidaten stimmen, wobei Stimmenthaltungen ebenso wie leere oder ungültige Stimmzettel bei der Auszählung der für die Mehrheit erforderlichen Stimmen nicht berücksichtigt werden.

3. Übersteigt die Zahl der Enthaltungen und der leeren oder ungültigen Stimmzettel die Hälfte der nach Absatz 2 abgegebenen Stimmen, so wird die Wahl auf eine spätere Sitzung verschoben, in der die Enthaltungen sowie leere oder ungültige Stimmzettel nicht mehr berücksichtigt werden.

4. Der Kandidat, der in einem Wahlgang die wenigsten Stimmen erhalten hat, ist ausgeschieden.

5. Bei Stimmengleichheit wird ein zusätzlicher, gegebenenfalls ein zweiter zusätzlicher Wahlgang durchgeführt, um die Entscheidung zwischen den stimmengleichen Kandidaten herbeizuführen, wobei sich die Abstimmung nur auf diese Kandidaten erstreckt. Ist das Ergebnis negativ, so entscheidet das Los. Das Los wird vom Präsidenten gezogen.

Artikel 23

Sitzungsprotokolle

1. Die Sitzungsprotokolle des Kongresses und der Ausschüsse geben den Ablauf der Sitzungen wieder, fassen die Wortmeldungen kurz zusammen und vermerken die Vorschläge und das Ergebnis der Beratungen. Über die Sitzungen des Plenums werden Sitzungsprotokolle, über die Sitzungen der Ausschüsse summarische Sitzungsprotokolle erstellt.

2. Die Sitzungsprotokolle eines Ausschusses können durch Berichte an den Kongreß ersetzt werden, wenn der Verwaltungsrat dies beschließt. Die Arbeitsgruppen erstellen im allgemeinen einen Bericht an das Organ, das sie eingesetzt hat.

3. Jeder Delegierte darf jedoch verlangen, daß jegliche von ihm abgegebene Erklärung zusammengefaßt oder im vollen Wortlaut in das Sitzungsprotokoll oder in den Bericht aufgenommen wird, vorausgesetzt, daß er dem Sekretariat den französischen Wortlaut spätestens zwei Stunden nach Ende der Sitzung übergibt.

4. Sobald der Entwurf des Sitzungsprotokolls oder des Berichts verteilt ist, verfügen die Delegierten über eine Frist von vierundzwanzig Stunden, um ihre Bemerkungen dem Sekretariat vorzulegen, das gegebenenfalls zwischen dem beteiligten Delegierten und dem Präsidenten der betreffenden Sitzung vermittelt.

5. In der Regel und vorbehaltlich des Absatzes 4 legt der Präsident zu Beginn der Sitzungen des Kongresses das Sitzungsprotokoll einer vorausgegangenen Sitzung zur Genehmigung vor. Das gleiche gilt für die Ausschüsse, deren Beratungen Gegenstand eines Sitzungsprotokolls oder eines Berichts sind. Die Sitzungsprotokolle oder Berichte der letzten Sitzungen, die nicht mehr vom Kongreß oder den Ausschüssen genehmigt werden konnten, werden von den jeweiligen Präsidenten dieser Sitzungen genehmigt. Das Internationale Büro berücksichtigt auch die Bemerkungen, die ihm gegebenenfalls von den Delegierten der Mitgliedsländer innerhalb von vierzig Tagen nach Absendung der genannten Sitzungsprotokolle mitgeteilt werden.

6. Das Internationale Büro ist ermächtigt, in den Sitzungsprotokollen oder Berichten des Kongresses und der Ausschüsse materielle Fehler zu berichtigen, die bei der Genehmigung nach Absatz 5 nicht festgestellt worden sind.

Artikel 24

Genehmigung der Entscheidungsentwürfe durch den Kongreß (Verträge, Entschlüsse usw.)

1. Im allgemeinen wird jeder vom Redaktionsausschuß vorgelegte Vertragsentwurf Artikel für Artikel geprüft. Er kann erst dann

être considéré comme adopté qu'après un vote d'ensemble favorable. L'article 20, paragraphe 1, est applicable à ce vote.

2. Au cours de cet examen, chaque délégation peut reprendre une proposition qui a été adoptée ou rejetée en Commission. L'appel concernant de telles propositions est subordonné à la condition que la délégation en ait informé par écrit le Président du Congrès au moins un jour avant la séance où la disposition visée du projet d'Acte sera soumise à l'approbation du Congrès.

3. Toutefois, il est toujours possible, si le Président le juge opportun pour la suite des travaux du Congrès, de procéder à l'examen des appels avant l'examen des projets d'Actes présentés par la Commission de rédaction.

4. Lorsqu'une proposition a été adoptée ou rejetée par le Congrès, elle ne peut être examinée à nouveau par le même Congrès que si l'appel a été appuyé par au moins dix délégations et approuvé à la majorité des deux tiers des membres présents et votant. Cette faculté se limite aux propositions soumises directement aux séances plénières, étant entendu qu'une même question ne peut donner lieu à plus d'un appel.

5. Le Bureau international est autorisé à rectifier dans les Actes définitifs les erreurs matérielles qui n'auraient pas été relevées lors de l'examen des projets d'Actes, le numérotage des articles et des paragraphes ainsi que les références.

6. Les projets des décisions autres que celles modifiant les Actes, présentés par la Commission de rédaction, sont en règle générale examinés globalement. Les paragraphes 2 à 5 sont également applicables aux projets de ces décisions.

Article 25

Attribution des études au Conseil d'administration et au Conseil d'exploitation postale

Sur recommandation de son Bureau, le Congrès attribue les études au Conseil d'administration et au Conseil d'exploitation postale, suivant la composition et les compétences respectives de ces deux organes, telles qu'elles sont décrites aux articles 102 et 104 du Règlement général.

Article 26

Réserves aux Actes

Les réserves doivent être présentées par écrit en langue française (propositions relatives au Protocole final) de manière à pouvoir être examinées par le Congrès avant la signature des Actes.

Article 27

Signature des Actes

Les Actes définitivement approuvés par le Congrès sont soumis à la signature des Plénipotentiaires.

Article 28

Modifications au Règlement

1. Chaque Congrès peut modifier le Règlement intérieur. Pour être mises en délibération, les propositions de modification au présent Règlement, à moins qu'elles ne soient présentées par un organe de l'UPU habilité à introduire des propositions, doivent être appuyées en Congrès par au moins dix délégations.

2. Pour être adoptées, les propositions de modification au présent Règlement doivent être approuvées par les deux tiers au moins des Pays-membres représentés au Congrès.

als angenommen angesehen werden, wenn bei der Abstimmung über den Entwurf als Ganzes für ihn gestimmt worden ist. Für diese Abstimmung gilt Artikel 20 Absatz 1.

2. Im Laufe dieser Prüfung darf jede Delegation einen in einem Ausschuss angenommenen oder abgelehnten Vorschlag wieder aufnehmen. Die Wiederaufnahme solcher Vorschläge ist der Bedingung unterworfen, daß die Delegation den Präsidenten des Kongresses mindestens einen Tag vor der Sitzung, in der die betreffende Bestimmung des Vertragsentwurfs dem Kongreß zur Genehmigung vorgelegt werden soll, schriftlich entsprechend unterrichtet.

3. Wenn es der Präsident im Interesse des Fortgangs der Arbeiten des Kongresses für zweckmäßig hält, ist es jedoch jederzeit möglich, die Prüfung der Wiederaufnahmeanträge vor der Prüfung der vom Redaktionsausschuß vorgelegten Vertragsentwürfe vorzunehmen.

4. Wenn ein Vorschlag vom Kongreß angenommen oder abgelehnt worden ist, kann er von demselben Kongreß nur dann erneut geprüft werden, wenn der Wiederaufnahmeantrag von mindestens zehn Delegationen unterstützt und mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder genehmigt wird. Diese Möglichkeit ist auf Vorschläge beschränkt, die unmittelbar dem Plenum vorgelegt werden, wobei ein und dieselbe Frage Gegenstand nur eines Wiederaufnahmeantrags sein kann.

5. Das Internationale Büro ist ermächtigt, in den endgültigen Vertragstexten materielle Fehler, die bei der Prüfung der Vertragsentwürfe nicht festgestellt worden sind, die Numerierung von Artikeln und Absätzen sowie Verweisungen zu berichtigen.

6. Alle anderen, nicht die Verträge ändernden Entscheidungsentwürfe, die vom Redaktionsausschuß vorgelegt werden, werden im allgemeinen als Ganzes geprüft. Die Absätze 2 bis 5 gelten auch für diese Entscheidungsentwürfe.

Artikel 25

Zuweisung von Untersuchungen an den Verwaltungsrat und an den Rat für Postbetrieb

Auf Empfehlung seines Präsidiums weist der Kongreß dem Verwaltungsrat und dem Rat für Postbetrieb Untersuchungen zu, wobei er die in den Artikeln 102 und 104 der Allgemeinen Verfahrensordnung beschriebene Zusammensetzung der beiden Organe und ihre dort beschriebenen Zuständigkeiten berücksichtigt.

Artikel 26

Vorbehalte zu den Verträgen

Vorbehalte müssen schriftlich in französischer Sprache vorgelegt werden (Vorschläge für das Schlußprotokoll), damit sie vom Kongreß vor Unterzeichnung der Verträge geprüft werden können.

Artikel 27

Unterzeichnung der Verträge

Die vom Kongreß endgültig angenommenen Verträge werden den Bevollmächtigten zur Unterzeichnung vorgelegt.

Artikel 28

Änderung der Geschäftsordnung

1. Jeder Kongreß kann die Geschäftsordnung ändern. Vorschläge zur Änderung dieser Geschäftsordnung müssen, um zur Beratung gestellt zu werden, auf dem Kongreß von mindestens zehn Delegationen unterstützt werden, es sei denn, daß sie von einem zur Vorlage von Vorschlägen befugten Organ des Weltpostvereins vorgelegt werden.

2. Vorschläge zur Änderung dieser Geschäftsordnung müssen, um angenommen zu werden, von mindestens zwei Dritteln der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer genehmigt werden.

Weltpostvertrag

Convention postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Première partie
Règles communes applicables
au service postal international

Chapitre unique
Dispositions générales

Article

- 1 Liberté de transit
- 2 Appartenance des envois postaux
- 3 Création d'un nouveau service
- 4 Unité monétaire
- 5 Timbres-poste
- 6 Taxes
- 7 Franchise postale
- 7.1 Principe
- 7.2 Service postal
- 7.3 Prisonniers de guerre et internés civils
- 7.4 Cécogrammes

Deuxième partie
Dispositions concernant la poste aux lettres:
offre de prestations

Chapitre 1
Services de base

- 8 Envois de la poste aux lettres
- 9 Taxes d'affranchissement
- 10 Tarification selon le mode d'acheminement ou la vitesse
- 11 Tarifs préférentiels
- 12 Taxes spéciales
- 13 Affranchissement
- 14 Affranchissement des envois de la poste aux lettres à bord des navires
- 15 Coupons-réponse internationaux

Chapitre 2
Services spéciaux

- 16 Envois recommandés
- 17 Envois à livraison attestée
- 18 Envois avec valeur déclarée
- 19 Envois exprès

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil
Gemeinsame Vorschriften
für den internationalen Postdienst

Einziges Kapitel
Allgemeine Bestimmungen

Artikel

- 1 Freiheit des Durchgangs
- 2 Verfügungsrecht über Postsendungen
- 3 Einführung neuer Dienste
- 4 Währungseinheit
- 5 Postwertzeichen
- 6 Gebühren
- 7 Postgebührenfreiheit
- 7.1 Grundsätzliches
- 7.2 Postdienst
- 7.3 Kriegsgefangene und Zivilinternierte
- 7.4 Blindensendungen

Zweiter Teil
Bestimmungen über die Briefpost:
Leistungsangebot

Kapitel 1
Grunddienste

- 8 Briefsendungen
- 9 Freimachungsgebühren
- 10 Gebührenfestsetzung nach Beförderungsart oder Geschwindigkeit
- 11 Vorzugsgebühren
- 12 Besondere Gebühren
- 13 Freimachung
- 14 Freimachung von Briefsendungen auf Schiffen
- 15 Internationale Antwortscheine

Kapitel 2
Sonderdienste

- 16 Einschreibsendungen
- 17 Sendungen mit Auslieferungsnachweis
- 18 Wertsendungen
- 19 Sendungen mit Eilzustellung

Article	Artikel
20 Avis de réception	20 Rückschein
21 Remise en main propre	21 Eigenhändige Auslieferung
22 Envois francs de taxes et de droits	22 Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendungen
23 Service correspondance commerciale-réponse internationale	23 Internationaler Werbeantwortdienst
24 Matières biologiques périssables. Matières radioactives	24 Leichtverderbliche biologische Stoffe. Radioaktive Stoffe
Chapitre 3	
Dispositions particulières	
25 Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres	25 Einlieferung von Briefsendungen im Ausland
26 Envois non admis. Interdictions	26 Nichtzulässige Sendungen. Verbote
27 Réexpédition	27 Nachsendung
28 Envois non distribuables	28 Unzustellbare Sendungen
29 Retrait. Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur	29 Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders
30 Réclamations	30 Nachforschungsanträge
Chapitre 4	
Questions douanières	
31 Contrôle douanier	31 Zollkontrolle
32 Taxe de présentation à la douane	32 Gestellungsgebühr
33 Droits de douane et autres droits	33 Zölle und andere Abgaben
Chapitre 5	
Responsabilité	
34 Responsabilité des Administrations postales. Indemnités	34 Haftung der Postverwaltungen. Entschädigungen
34.1 Généralités	34.1 Allgemeines
34.2 Envois recommandés	34.2 Einschreibsendungen
34.3 Envois à livraison attestée	34.3 Sendungen mit Auslieferungsnachweis
34.4 Envois avec valeur déclarée	34.4 Wertsendungen
35 Non-responsabilité des Administrations postales	35 Haftungsausschluß seitens der Postverwaltungen
36 Responsabilité de l'expéditeur	36 Haftung des Absenders
37 Paiement de l'indemnité	37 Zahlung der Entschädigung
38 Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire	38 Eventuelle Zurückforderung der Entschädigung vom Absender beziehungsweise vom Empfänger
Chapitre 6	
Courrier électronique	
39 Dispositions générales	39 Allgemeine Bestimmungen
40 Services de télécopie	40 Fernkopierdienste
41 Services de téléimpression	41 Textbriefdienste
Troisième partie	
Dispositions concernant la poste aux lettres: relations entre les Administrations postales	
Chapitre 1	
Traitement des envois de la poste aux lettres	
42 Objectifs en matière de qualité de service	42 Ziele im Bereich der Dienstqualität
43 Echange des envois	43 Austausch der Sendungen
44 Echange de dépêches closes avec des unités militaires	44 Austausch von Kartenschlüssen mit Militäreinheiten
45 Suspension temporaire de services	45 Vorübergehende Einstellung von Diensten
Kapitel 3	
Besondere Bestimmungen	
Kapitel 4	
Zollangelegenheiten	
Kapitel 5	
Haftung	
Kapitel 6	
Elektronischer Briefdienst	
Dritter Teil	
Bestimmungen über die Briefpost: Beziehungen zwischen den Postverwaltungen	
Kapitel 1	
Behandlung von Briefsendungen	

Article	Artikel
Chapitre 2	Kapitel 2
Traitement des cas de responsabilité	Behandlung von Haftungsfällen
46 Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales	46 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen
Chapitre 3	Kapitel 3
Frais de transit et frais terminaux	Durchgangs- und Endvergütungen
47 Frais de transit	47 Durchgangsvergütungen
48 Barèmes des frais de transit	48 Durchgangsvergütungssätze
49 Frais terminaux	49 Endvergütungen
50 Exemption de frais de transit et de frais terminaux	50 Befreiung von Durchgangs- und Endvergütungen
51 Décompte des frais de transit et des frais terminaux	51 Abrechnung der Durchgangs- und Endvergütungen
51.1 Frais de transit	51.1 Durchgangsvergütungen
51.2 Frais terminaux	51.2 Endvergütungen
Chapitre 4	Kapitel 4
Frais de transport aérien	Luftbeförderungskosten
52 Principes généraux	52 Allgemeine Grundsätze
53 Taux de base et calcul des frais de transport aérien	53 Grundvergütungssätze und Berechnung der Luftbeförderungskosten
Chapitre 5	Kapitel 5
Liaisons télématiques	Datenverbindungen
54 Dispositions générales	54 Allgemeine Bestimmungen
Chapitre 6	Kapitel 6
Dispositions diverses	Verschiedene Bestimmungen
55 Règlement des comptes	55 Abrechnung
56 Fourniture de renseignements, publications du Bureau international, conservation des documents, formules	56 Erteilen von Auskünften, Veröffentlichungen des Internationalen Büros, Aufbewahrung der Unterlagen, Formblätter
Quatrième partie	Vierter Teil
Service EMS	EMS-Dienst
57 Service EMS	57 EMS-Dienst
Cinquième partie	Fünfter Teil
Dispositions finales	Schlußbestimmungen
58 Engagements relatifs aux mesures pénales	58 Verpflichtung zu strafrechtlichen Maßnahmen
59 Conditions d'approbation des propositions concernant la Convention et son Règlement d'exécution	59 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zum Weltpostvertrag und zu seiner Vollzugsordnung
60 Mise à exécution et durée de la Convention	60 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Weltpostvertrags

**Protocole final
de la Convention postale universelle****Article**

- I Appartenance des envois postaux
- II Taxes
- III Exception à la franchise postale en faveur des cécogrammes
- IV Petits paquets
- V Imprimés. Poids maximal
- VI Sacs M recommandés
- VII Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres
- VIII Interdictions
- IX Objets passibles de droits de douane
- X Retrait. Modification ou correction d'adresse
- XI Réclamations
- XII Taxe de présentation à la douane
- XIII Responsabilité des Administrations postales
- XIV Non-responsabilité des Administrations postales
- XV Paiement de l'indemnité
- XVI Frais de transit particuliers
- XVII Frais de transport aérien intérieur

**Schlußprotokoll
zum Weltpostvertrag****Artikel**

- I Verfügungsrecht über Postsendungen
- II Gebühren
- III Ausnahme von der Postgebührentreierheit für Blindensendungen
- IV Päckchen
- V Drucksachen. Höchstgewicht
- VI Eingeschriebene M-Beutel
- VII Einlieferung von Briefsendungen im Ausland
- VIII Verbote
- IX Zollpflichtige Gegenstände
- X Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift
- XI Nachforschungsanträge
- XII Gestellungsgebühr
- XIII Haftung der Postverwaltungen
- XIV Haftungsausschluß seitens der Postverwaltungen
- XV Zahlung der Entschädigung
- XVI Besondere Durchgangsvergütungen
- XVII Kosten für die Luftbeförderung im Inland

Convention postale universelle

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 3, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 4, de ladite Constitution, arrêté, dans la présente Convention, les règles communes applicables au service postal international et les dispositions concernant les services de la poste aux lettres.

Première partie

Règles communes applicables au service postal international

Chapitre unique

Dispositions générales

Article 1

Liberté de transit

1. Le principe de la liberté de transit est énoncé à l'article premier de la Constitution. Il entraîne l'obligation, pour chaque Administration postale, d'acheminer toujours par les voies les plus rapides et les moyens les plus sûrs qu'elle emploie pour ses propres envois les dépêches closes et les envois de la poste aux lettres à découvert qui lui sont livrés par une autre Administration.

2. Les Pays-membres qui ne participent pas à l'échange des lettres contenant des matières biologiques périssables ou des matières radioactives ont la faculté de ne pas admettre ces envois au transit à découvert à travers leur territoire. Il en est de même pour les envois de la poste aux lettres, autres que les lettres, les cartes postales et les cécogrammes, à l'égard desquels il n'a pas été satisfait aux dispositions légales qui règlent les conditions de leur publication ou de leur circulation dans le pays traversé.

3. La liberté de transit des colis postaux à acheminer par les voies terrestres et maritimes est limitée au territoire des pays participant à ce service.

4. La liberté de transit des colis-avion est garantie dans le territoire entier de l'Union. Toutefois, les Pays-membres qui ne sont pas parties à l'Arrangement concernant les colis postaux ne peuvent être obligés de participer à l'acheminement, par voie de surface, des colis-avion.

5. Si un Pays-membre n'observe pas les dispositions concernant la liberté de transit, les autres Pays-membres ont le droit de supprimer le service postal avec ce pays.

Article 2

Appartenance des envois postaux

Tout envoi postal appartient à l'expéditeur aussi longtemps qu'il n'a pas été délivré à l'ayant droit, sauf si ledit envoi a été saisi en application de la législation du pays de destination.

Weltpostvertrag

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 3 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung in diesem Vertrag die gemeinsamen Vorschriften für den internationalen Postdienst und die Bestimmungen über die Briefdienste festgelegt.

Erster Teil

Gemeinsame Vorschriften für den internationalen Postdienst

Einziges Kapitel

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Freiheit des Durchgangs

1. Die Freiheit des Durchgangs ist in Artikel 1 der Satzung als Grundsatz verankert. Danach ist jede Postverwaltung verpflichtet, die ihr von einer anderen Verwaltung übergebenen Kartenschlüsse und Briefsendungen des offenen Durchgangs stets auf den schnellsten Beförderungswegen und mit den sichersten Beförderungsmitteln weiterzuleiten, die sie für ihre eigenen Sendungen benutzt.

2. Mitgliedsländern, die sich am Austausch von Briefen mit leichtverderblichen biologischen Stoffen oder radioaktiven Stoffen nicht beteiligen, steht es frei, diese Sendungen nicht zur Beförderung im offenen Durchgang durch ihr Gebiet zuzulassen. Dasselbe gilt für Briefsendungen mit Ausnahme von Briefen, Postkarten und Blindensendungen, die nicht den Rechtsvorschriften entsprechen, die ihre Veröffentlichung oder ihre Verbreitung im Durchgangsland regeln.

3. Die Freiheit des Durchgangs für auf dem Land-/Seeweg zu befördernde Postpakete ist auf das Gebiet der Länder beschränkt, die sich an diesem Dienst beteiligen.

4. Die Freiheit des Durchgangs für Luftpostpakete wird im gesamten Gebiet des Weltpostvereins gewährleistet. Jedoch dürfen Mitgliedsländer, die nicht Vertragspartei des Postpaketübereinkommens sind, nicht gezwungen werden, sich an der Beförderung von Luftpostpaketen auf dem Land-/Seeweg zu beteiligen.

5. Wenn ein Mitgliedsland die Bestimmungen über die Freiheit des Durchgangs nicht beachtet, sind die anderen Mitgliedsländer berechtigt, den Postverkehr mit diesem Land einzustellen.

Artikel 2

Verfügungsrecht über Postsendungen

Eine Postsendung gehört so lange dem Absender, wie sie dem Empfänger noch nicht ausgeliefert worden ist, es sei denn, daß sie in Anwendung der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

Article 3**Création d'un nouveau service**

Les Administrations peuvent, d'un commun accord, créer un nouveau service non expressément prévu par les Actes de l'Union. Les taxes relatives au nouveau service sont fixées par chaque Administration intéressée, compte tenu des frais d'exploitation du service.

Article 4**Unité monétaire**

L'unité monétaire prévue à l'article 7 de la Constitution et utilisée dans la Convention et les Arrangements ainsi que leurs Règlements d'exécution est le Droit de tirage spécial (DTS).

Article 5**Timbres-poste**

1. Seules les Administrations postales émettent les timbres-poste attestant le paiement de l'affranchissement selon les Actes de l'Union. Les marques d'affranchissement postal, les empreintes de machines à affranchir et les empreintes à la presse d'imprimerie ou d'autres procédés d'impression ou de timbrage conformes aux dispositions du Règlement ne peuvent être utilisés que sur l'autorisation de l'Administration postale.

2. Les sujets et les motifs des timbres-poste doivent être conformes à l'esprit du préambule de la Constitution de l'UPU et des décisions prises par les organes de l'Union.

Article 6**Taxes**

1. Les taxes relatives aux différents services postaux internationaux sont fixées dans la Convention et les Arrangements. Cette fixation des taxes doit se faire en principe en relation avec les coûts afférents à la fourniture de ces prestations.

2. Les taxes appliquées, y compris celles mentionnées à titre indicatif dans les Actes, doivent être au moins égales à celles appliquées aux envois du régime intérieur présentant les mêmes caractéristiques (catégorie, quantité, délai de traitement, etc.).

3. Les Administrations postales sont autorisées à dépasser toutes les taxes figurant dans la Convention et les Arrangements, y compris celles qui ne sont pas mentionnées à titre indicatif:

3.1 si les taxes qu'elles appliquent pour les mêmes services dans leur régime intérieur sont plus élevées que celles fixées;

3.2 si cela est nécessaire pour couvrir les coûts d'exploitation de leurs services ou pour tout autre motif raisonnable.

4. Il est interdit de percevoir sur les clients des taxes postales de n'importe quelle nature autres que celles qui sont prévues dans la Convention et les Arrangements.

5. Sauf les cas prévus par la Convention et les Arrangements, chaque Administration postale garde les taxes qu'elle a perçues.

Article 7**Franchise postale****1. Principe**

1.1 Les cas de franchise postale sont expressément prévus par la Convention et les Arrangements.

2. Service postal

2.1 Les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal expédiés par les Administrations postales ou par leurs bureaux sont exonérés de toutes taxes postales.

Artikel 3**Einführung neuer Dienste**

Die Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen neue, in den Verträgen des Vereins nicht ausdrücklich vorgesehene Dienste einführen. Die Gebühren für einen neuen Dienst werden von jeder beteiligten Verwaltung unter Berücksichtigung der Betriebskosten des Dienstes festgelegt.

Artikel 4**Währungseinheit**

Die in Artikel 7 der Satzung vorgesehene und im Weltpostvertrag und in den Übereinkommen sowie in ihren Vollzugsordnungen verwendete Währungseinheit ist das Sonderziehungsrecht (SZR).

Artikel 5**Postwertzeichen**

1. Nur die Postverwaltungen geben die Postwertzeichen heraus, die nach den Verträgen des Vereins als Nachweis für die Entrichtung des Freimachungsbetrags gelten. Postfreimarken, Freistempelabdrucke und mittels Druckpresse oder anderer Druck- oder Stempelverfahren hergestellte Abdrucke, die den Bestimmungen der Vollzugsordnung entsprechen, dürfen nur mit Genehmigung der Postverwaltung verwendet werden.

2. Themen und Motive der Postwertzeichen müssen dem Geist der Präambel der Satzung des Weltpostvereins und den von den Organen des Vereins getroffenen Entscheidungen entsprechen.

Artikel 6**Gebühren**

1. Die Gebühren für die einzelnen internationalen Postdienste sind im Weltpostvertrag und in den Übereinkommen festgelegt. Die Festlegung dieser Gebühren soll sich grundsätzlich an den Kosten für die Bereitstellung dieser Leistungen orientieren.

2. Die angewandten Gebühren einschließlich derjenigen, die in den Verträgen als Richtwerte angegeben sind, müssen mindestens ebenso hoch sein wie die auf Inlandssendungen mit denselben Merkmalen (Sendungsart, Menge, Bearbeitungszeit usw.) angewandten Gebühren.

3. Die Postverwaltungen dürfen alle im Weltpostvertrag und in den Übereinkommen festgelegten Gebühren einschließlich der nicht als Richtwerte angegebenen Gebühren überschreiten,

3.1 wenn die Gebühren, die sie in ihrem Inlandsdienst für dieselben Leistungen anwenden, höher sind als die festgelegten;

3.2 wenn dies zur Deckung der Betriebskosten ihrer Dienste oder aus irgendeinem anderen vernünftigen Grund erforderlich ist.

4. Es ist verboten, von den Kunden andere als die im Weltpostvertrag und in den Übereinkommen vorgesehenen postalischen Gebühren irgendeiner Art zu erheben.

5. Außer in den im Weltpostvertrag und in den Übereinkommen vorgesehenen Fällen behält jede Postverwaltung die von ihr erhobenen Gebühren.

Artikel 7**Postgebührenfreiheit****1. Grundsätzliches**

1.1 Die Fälle, in denen Postgebührenfreiheit gewährt wird, sind im Weltpostvertrag und in den Übereinkommen ausdrücklich vorgesehen.

2. Postdienst

2.1 Postdienstliche Briefsendungen, die von Postverwaltungen oder deren Dienststellen abgesandt werden, sind von allen Postgebühren befreit.

2.2 Sont exonérés de toutes taxes postales, à l'exclusion des surtaxes aériennes, les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal:

2.2.1 échangés entre les organes de l'Union postale universelle et les organes des Unions restreintes;

2.2.2 échangés entre les organes de ces Unions;

2.2.3 envoyés par lesdits organes aux Administrations postales ou à leurs bureaux.

3. Prisonniers de guerre et internés civils

3.1 Sont exonérés de toutes taxes postales, à l'exclusion des surtaxes aériennes, les envois de la poste aux lettres, les colis postaux et les envois des services financiers postaux adressés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux soit directement, soit par l'entremise des bureaux mentionnés au Règlement. Les belligérants recueillis et internés dans un pays neutre sont assimilés aux prisonniers de guerre proprement dits en ce qui concerne l'application des dispositions qui précèdent.

3.2 Les dispositions prévues sous 3.1 s'appliquent également aux envois de la poste aux lettres, aux colis postaux et aux envois des services financiers postaux, en provenance d'autres pays, adressés aux personnes civiles internées visées par la Convention de Genève du 12 août 1949 relative à la protection des personnes civiles en temps de guerre, ou expédiés par elles soit directement, soit par l'entremise des bureaux mentionnés au Règlement.

3.3 Les bureaux mentionnés au Règlement bénéficient également de la franchise postale pour les envois de la poste aux lettres, les colis postaux et les envois des services financiers postaux concernant les personnes visées sous 3.1 et 3.2 qu'ils expédient ou qu'ils reçoivent, soit directement, soit à titre d'intermédiaire.

3.4 Les colis sont admis en franchise postale jusqu'au poids de 5 kilogrammes. La limite de poids est portée à 10 kilogrammes pour les envois dont le contenu est indivisible et pour ceux qui sont adressés à un camp ou à ses hommes de confiance pour être distribués aux prisonniers.

4. Cécogrammes

4.1 Les cécogrammes sont exonérés de toutes taxes postales, à l'exclusion des surtaxes aériennes.

Deuxième partie

Dispositions concernant la poste aux lettres: offre de prestations

Chapitre 1 Services de base

Article 8

Envois de la poste aux lettres

1. Les envois de la poste aux lettres sont classifiés selon l'un des deux systèmes suivants. Chaque Administration postale est libre de choisir le système qu'elle applique à son trafic sortant.

2. Le premier système est fondé sur la vitesse de traitement des envois. Ces derniers sont alors répartis en:

2.1 envois prioritaires: envois transportés par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) avec priorité; limites de poids: 2 kilogrammes en général, 5 kilogrammes pour les envois contenant des livres et brochures (service facultatif), 7 kilogrammes pour les cécogrammes;

2.2 Von allen Postgebühren mit Ausnahme der Luftpostzuschläge befreit sind postdienstliche Briefsendungen, die

2.2.1 zwischen Organen des Weltpostvereins und Organen der Engeren Vereine ausgetauscht werden;

2.2.2 zwischen Organen dieser Vereine ausgetauscht werden;

2.2.3 von diesen Organen an die Postverwaltungen oder deren Dienststellen gesandt werden.

3. Kriegsgefangene und Zivilinternierte

3.1 Briefsendungen, Postpakete und Sendungen der Postfinanzdienste, die entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der in der Vollzugsordnung genannten Stellen an Kriegsgefangene gerichtet sind oder von diesen abgesandt werden, sind von allen Postgebühren mit Ausnahme der Luftpostzuschläge befreit. In einem neutralen Land aufgenommene und internierte Kriegsteilnehmer werden bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen den eigentlichen Kriegsgefangenen gleichgestellt.

3.2 Die in Absatz 3.1 vorgesehenen Bestimmungen gelten auch für Briefsendungen, Postpakete und Sendungen der Postfinanzdienste, die entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der in der Vollzugsordnung genannten Stellen aus anderen Ländern an Zivilinternierte im Sinne der Genfer Konvention vom 12. August 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegzeiten gerichtet sind oder von diesen abgesandt werden.

3.3 Die in der Vollzugsordnung genannten Stellen genießen ebenfalls Postgebührenfreiheit für die Briefsendungen, Postpakete und Sendungen der Postfinanzdienste, welche die in den Absätzen 3.1 und 3.2 genannten Personen betreffen und die diese Stellen unmittelbar oder als Vermittler absenden oder erhalten.

3.4 Pakete werden bis zu einem Gewicht von 5 Kilogramm gebührenfrei befördert. Das Höchstgewicht wird für Sendungen, deren Inhalt unteilbar ist, und für Sendungen, die zwecks Verteilung an die Gefangenen an ein Lager oder dessen Vertrauensleute gerichtet sind, auf 10 Kilogramm heraufgesetzt.

4. Blindensendungen

4.1 Blindensendungen sind von allen Postgebühren mit Ausnahme der Luftpostzuschläge befreit.

Zweiter Teil

Bestimmungen über die Briefpost: Leistungsangebot

Kapitel 1 Grunddienste

Artikel 8

Briefsendungen

1. Briefsendungen werden auf der Grundlage eines der beiden folgenden Systeme klassifiziert. Es steht jeder Postverwaltung frei zu entscheiden, welches System sie bei ihrem abgehenden Verkehr anwendet.

2. Das erste System beruht auf der Geschwindigkeit, mit der die Sendungen bearbeitet werden. In diesem Fall werden sie folgendermaßen unterteilt:

2.1 Vorrangsendungen: Sendungen, die auf dem schnellsten Beförderungsweg (Luftweg oder Land-/Seeweg) mit Vorrang befördert werden; Höchstgewicht: allgemein 2 Kilogramm, 5 Kilogramm für Sendungen mit Büchern und Broschüren (fakultativer Dienst), 7 Kilogramm für Blindensendungen;

2.2 envois non prioritaires: envois pour lesquels l'expéditeur a choisi un tarif moins élevé qui implique un délai de distribution plus long; limites de poids: identiques à celles en 2.1.

3. Le second système est fondé sur le contenu des envois. Ces derniers sont alors répartis en:

3.1 lettres et cartes postales, collectivement dénommées «LC»; limite de poids: 2 kilogrammes;

3.2 imprimés, cécogrammes et petits paquets, collectivement dénommés «AO»; limites de poids: 2 kilogrammes pour les petits paquets, 5 kilogrammes pour les imprimés, 7 kilogrammes pour les cécogrammes.

4. Dans le système de classification basé sur le contenu:

4.1 les envois de la poste aux lettres transportés par la voie aérienne avec priorité sont dénommés «envois-avion»;

4.2 les envois de surface transportés par la voie aérienne avec priorité réduite sont dénommés «envois S.A.L.».

5. Chaque Administration a la faculté d'admettre que les envois prioritaires et les envois-avion soient constitués d'une feuille de papier, convenablement pliée et collée sur tous les côtés. De tels envois sont dénommés «aérogrammes».

6. Le courrier constitué par des envois de la poste aux lettres déposés en nombre par un même expéditeur, reçu dans la même dépêche ou dans des dépêches séparées, selon les conditions précisées dans le Règlement, est dénommé «courrier en nombre».

7. Les sacs spéciaux contenant des journaux, écrits périodiques, livres et autres objets imprimés, à l'adresse du même destinataire et de la même destination, sont dans les deux systèmes dénommés «sacs M»; limite de poids: 30 kilogrammes.

8. Les limites de dimensions et les conditions d'acceptation, de même que les particularités relatives aux limites de poids, ressortent du Règlement.

Article 9

Taxes d'affranchissement

1. L'Administration d'origine fixe les taxes d'affranchissement pour le transport des envois de la poste aux lettres dans toute l'étendue de l'Union. Les taxes d'affranchissement comprennent la remise des envois au domicile des destinataires, pour autant que le service de distribution soit organisé dans les pays de destination pour les envois dont il s'agit. Les conditions d'application ressortent du Règlement.

2. Des taxes d'affranchissement indicatives sont mentionnées dans le tableau ci-après:

2.2 Nichtvorrangsendungen: Sendungen, für die der Absender eine niedrigere Gebühr gewählt hat, die eine längere Laufzeit zur Folge hat; Höchstgewicht: wie in Absatz 2.1 angegeben.

3. Das zweite System beruht auf dem Inhalt der Sendungen. In diesem Fall werden sie folgendermaßen unterteilt:

3.1 Briefe und Postkarten, die zusammen als „LC“ bezeichnet werden; Höchstgewicht: 2 Kilogramm;

3.2 Drucksachen, Blindensendungen und Päckchen, die zusammen als „AO“ bezeichnet werden; Höchstgewicht: 2 Kilogramm für Päckchen, 5 Kilogramm für Drucksachen, 7 Kilogramm für Blindensendungen.

4. Bei dem auf dem Inhalt beruhenden System werden

4.1 mit Vorrang auf dem Luftweg beförderte Briefsendungen als „Luftpostsendungen“ bezeichnet;

4.2 Sendungen des Land-/Seewegs, die mit eingeschränktem Vorrang auf dem Luftweg befördert werden, als „SAL-Sendungen“ bezeichnet.

5. Jede Verwaltung kann Vorrangsendungen und Luftpostsendungen zulassen, die aus einem entsprechend gefalteten und an allen Seiten zusammengeklebten Blatt Papier bestehen. Diese Sendungen werden als „Aerogramme“ bezeichnet.

6. In großer Zahl von ein und demselben Absender eingelieferte Briefsendungen, die unter den in der Vollzugsordnung festgelegten Bedingungen in ein und demselben Kartenschluß oder verschiedenen Kartenschlüssen empfangen werden, werden als „Massensendungen“ bezeichnet.

7. Besondere Beutel mit Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und anderen Druckerzeugnissen für denselben Empfänger in demselben Bestimmungsort werden innerhalb der beiden Systeme als „M-Beutel“ bezeichnet; Höchstgewicht: 30 Kilogramm.

8. Höchst- und Mindestmaße und Annahmebedingungen sowie Besonderheiten zum Höchstgewicht sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Artikel 9

Freimachungsgebühren

1. Die Einlieferungsverwaltung legt die Freimachungsgebühren für die Beförderung von Briefsendungen im gesamten Gebiet des Weltpostvereins fest. Die Freimachungsgebühren umfassen die Zustellung der Sendungen an die Anschrift des Empfängers, sofern in den Bestimmungsländern für die betreffenden Sendungen ein Zustelldienst durchgeführt wird. Die Anwendungsbestimmungen sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

2. Die folgende Übersicht enthält Richtwerte für Freimachungsgebühren.

Envois 1	Echelons de poids 2	Taxes indicatives 3
DTS		
2.1 Taxes dans le système fondé sur la vitesse:		
Envois prioritaires	jusqu'à 20 g au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g par échelon supplémentaire de 1000 g	0,37 0,88 1,76 3,38 5,88 9,56 4,78 (facultatif)
Envois non prioritaires	jusqu'à 20 g au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g par échelon supplémentaire de 1000 g	0,18 0,40 0,74 1,32 2,21 3,09 1,54 (facultatif)

Envois 1	Echelons de poids 2	Taxes indicatives 3
		DTS
2.2 Taxes dans le système fondé sur le contenu:		
Lettres	jusqu'à 20 g	0,37
	au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g	0,88
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	1,76
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	3,38
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	5,88
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g	9,56
Cartes postales		0,26
Imprimés	jusqu'à 20 g	0,18
	au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g	0,40
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	0,74
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	1,32
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	2,21
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g	3,09
	par échelon supplémentaire de 1000 g	1,54
Petits paquets	au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g	0,40
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	0,74
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	1,32
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	2,21
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g	3,09

Sendungen 1	Gewichtsstufen 2	Richtgebühren 3
		SZR
2.1 Gebühren bei dem auf der Geschwindigkeit beruhenden System:		
Vorrangsendungen	bis 20 g	0,37
	über 20 g bis 100 g	0,88
	über 100 g bis 250 g	1,76
	über 250 g bis 500 g	3,38
	über 500 g bis 1000 g	5,88
	über 1000 g bis 2000 g	9,56
	je weitere 1000 g	4,78 (fakultativ)
Nichtvorrangsendungen	bis 20 g	0,18
	über 20 g bis 100 g	0,40
	über 100 g bis 250 g	0,74
	über 250 g bis 500 g	1,32
	über 500 g bis 1000 g	2,21
	über 1000 g bis 2000 g	3,09
	je weitere 1000 g	1,54 (fakultativ)

2.2 Gebühren bei dem auf dem Inhalt beruhenden System:

Briefe	bis 20 g	0,37
	über 20 g bis 100 g	0,88
	über 100 g bis 250 g	1,76
	über 250 g bis 500 g	3,38
	über 500 g bis 1000 g	5,88
	über 1000 g bis 2000 g	9,56
Postkarten		0,26
Drucksachen	bis 20 g	0,18
	über 20 g bis 100 g	0,40
	über 100 g bis 250 g	0,74
	über 250 g bis 500 g	1,32
	über 500 g bis 1000 g	2,21
	über 1000 g bis 2000 g	3,09
	je weitere 1000 g	1,54
Päckchen	über 20 g bis 100 g	0,40
	über 100 g bis 250 g	0,74
	über 250 g bis 500 g	1,32
	über 500 g bis 1000 g	2,21
	über 1000 g bis 2000 g	3,09

3. Le Conseil d'exploitation postale est autorisé à réviser et à modifier, sous réserve de l'approbation du Conseil d'administration, les taxes indicatives mentionnées sous 2 dans l'intervalle entre deux Congrès. Les taxes révisées auront pour base la médiane des taxes fixées par les membres de l'Union pour les envois internationaux déposés dans leur pays.

4. L'Administration d'origine a la faculté de concéder, pour les envois de la poste aux lettres contenant:

4.1 des journaux et écrits périodiques publiés dans son pays, une réduction qui ne peut dépasser 50 pour cent du tarif applicable à la catégorie d'envois utilisée;

4.2 des livres et brochures, partitions de musique et cartes géographiques qui ne contiennent aucune publicité ou réclame autre que celle qui figure sur la couverture ou les pages de garde de ces objets, la même réduction que celle prévue sous 4.1.

5. La taxe applicable aux sacs M est calculée par échelon de 1 kilogramme jusqu'à concurrence du poids total de chaque sac. L'Administration d'origine a la faculté de concéder pour de tels sacs une réduction de taxe pouvant aller jusqu'à 20 pour cent de la taxe applicable pour la catégorie d'envois utilisée. Cette réduction peut être indépendante des réductions visées sous 4.

6. L'Administration d'origine a la faculté d'appliquer aux envois non normalisés des taxes différentes de celles applicables aux envois normalisés. Les envois normalisés sont définis dans le Règlement.

7. Dans le système fondé sur le contenu, la réunion en un seul envoi d'objets passibles de taxes différentes est autorisée à condition que le poids total ne soit pas supérieur au poids maximal de la catégorie dont la limite de poids est la plus élevée. La taxe applicable à un tel envoi est au gré de l'Administration d'origine, celle de la catégorie dont le tarif est le plus élevé ou la somme des différentes taxes applicables à chaque élément de l'envoi. Ces envois portent la mention «Envois mixtes».

Article 10

Tarification

selon le mode d'acheminement ou la vitesse

1. Les taxes applicables aux envois prioritaires, qui sont toujours transportés par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface), comprennent les coûts supplémentaires éventuels de la transmission rapide.

2. Les Administrations qui appliquent le système fondé sur le contenu sont autorisées à:

2.1 percevoir des surtaxes pour les envois-avion. Les surtaxes doivent être en relation avec les frais de transport aérien et être uniformes pour au moins l'ensemble du territoire de chaque pays de destination, quel que soit l'acheminement utilisé. Pour le calcul de la surtaxe applicable à un envoi-avion, les Administrations sont autorisées à tenir compte du poids des formules à l'usage du public éventuellement jointes;

2.2 percevoir pour les envois S.A.L. des surtaxes inférieures à celles qu'elles perçoivent pour les envois-avion;

2.3 fixer des taxes combinées pour l'affranchissement des envois-avion et des envois S.A.L., en tenant compte du coût de leurs prestations postales et des frais à payer pour le transport aérien.

3. Les réductions des taxes selon les articles 9.4 et 9.5 s'appliquent également aux envois transportés par avion, mais aucune réduction n'est accordée sur la partie de la taxe destinée à couvrir les frais de ce transport.

3. Der Rat für Postbetrieb darf die in Absatz 2 genannten Richtgebühren in der Zeit zwischen zwei Kongressen vorbehaltlich der Zustimmung des Verwaltungsrats überprüfen und ändern. Den überprüften Gebühren liegt der Mittelwert der Gebühren zugrunde, welche die Mitglieder des Vereins für in ihrem Land eingelieferte Auslandssendungen festgelegt haben.

4. Die Einlieferungsverwaltung kann für Briefsendungen, die

4.1 in ihrem Land erscheinende Zeitungen und Zeitschriften enthalten, eine Gebührenermäßigung gewähren, die 50 Prozent der Gebühr für die gewählte Sendungsart nicht überschreiten darf;

4.2 Bücher und Broschüren, Noten und Landkarten enthalten, die abgesehen vom Aufdruck auf dem Umschlag oder den Schutzblättern keinerlei Werbung oder Reklame enthalten, dieselbe Gebührenermäßigung wie in Absatz 4.1 vorgesehen gewähren.

5. Die Gebühr für M-Beutel wird kilogrammweise nach dem Gewicht des einzelnen Beutels berechnet. Die Einlieferungsverwaltung kann für diese Beutel eine Gebührenermäßigung bis zu 20 Prozent der Gebühr für die gewählte Sendungsart gewähren. Diese Ermäßigung kann von den in Absatz 4 genannten Ermäßigungen unabhängig sein.

6. Die Einlieferungsverwaltung kann für Nichtstandardsendungen andere Gebühren anwenden als für Standardsendungen. Standardsendungen sind in der Vollzugsordnung definiert.

7. Bei dem auf dem Inhalt beruhenden System dürfen Gegenstände, für die unterschiedliche Gebühren gelten, zu einer Sendung zusammengefaßt werden, wenn das Gewicht insgesamt das Höchstgewicht der Sendungsart mit der höchsten Gewichtsgrenze nicht übersteigt. Als Gebühr für eine solche Sendung kann die Einlieferungsverwaltung nach ihrem Ermessen entweder die Gebühr für die Sendungsart mit der höchsten Gebühr oder die Summe der Gebühren für die einzelnen Bestandteile der Sendung festlegen. Diese Sendungen tragen den Vermerk „Mischsendungen“.

Artikel 10

Gebührenfestsetzung

nach Beförderungsart oder Geschwindigkeit

1. Die Gebühren für Vorrangsendungen, die immer auf dem schnellsten Beförderungsweg (Luftweg oder Land-/Seeweg) befördert werden, umfassen mögliche zusätzliche Kosten für die schnelle Beförderung.

2. Die Verwaltungen, die das auf dem Inhalt beruhende System anwenden, dürfen

2.1 Zuschläge für Luftpostsendungen erheben. Die Zuschläge müssen mit den Luftbeförderungskosten in Beziehung stehen und unabhängig vom benutzten Leitweg zumindest für das gesamte Gebiet eines Bestimmungslandes einheitlich sein. Bei der Berechnung des Zuschlags für eine Luftpostsendung dürfen die Verwaltungen das Gewicht der eventuell beigefügten Formblätter für Postkunden berücksichtigen;

2.2 für SAL-Sendungen Zuschläge erheben, die niedriger sind als die Zuschläge, die sie für Luftpostsendungen erheben;

2.3 für die Freimachung von Luftpostsendungen und SAL-Sendungen auch Gesamtgebühren festlegen, die die Kosten ihrer postalischen Leistungen und die Luftbeförderungskosten berücksichtigen.

3. Die Gebührenermäßigungen nach Artikel 9 Absätze 4 und 5 gelten auch für auf dem Luftweg beförderte Sendungen; jedoch wird auf den Teil der Gebühr, der zur Deckung der Kosten dieser Beförderung bestimmt ist, keine Ermäßigung gewährt.

Article 11**Tarifs préférentiels**

Au-dessus de la limite minimale des taxes fixée à l'article 6.2, les Administrations postales ont la faculté de concéder des taxes réduites basées sur leur législation intérieure pour les envois de la poste aux lettres déposés dans leur pays. Elles ont notamment la possibilité d'accorder des tarifs préférentiels à leurs clients ayant un important trafic postal.

Article 12**Taxes spéciales**

1. Aucune taxe de remise ne peut être perçue sur le destinataire pour les petits paquets d'un poids inférieur à 500 grammes.

2. Lorsque les petits paquets de plus de 500 grammes sont frappés d'une taxe de remise en régime intérieur, la même taxe peut être perçue pour les petits paquets provenant de l'étranger.

3. Les Administrations sont autorisées à percevoir, dans les cas mentionnés ci-après, les mêmes taxes que dans le régime intérieur.

3.1 Taxe de dépôt en dernière limite d'heure perçue sur l'expéditeur.

3.2 Taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets perçue sur l'expéditeur.

3.3 Taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur perçue sur ce dernier.

3.4 Taxe de retrait en dehors des heures normales d'ouverture des guichets perçue sur le destinataire.

3.5 Taxe de poste restante perçue sur le destinataire.

3.6 Taxe de magasinage pour tout envoi de la poste aux lettres dépassant 500 grammes dont le destinataire n'a pas pris livraison dans le délai pendant lequel l'envoi est tenu sans frais à sa disposition. Cette taxe ne s'applique pas aux cécogrammes.

Article 13**Affranchissement**

1. En règle générale, les envois de la poste aux lettres doivent être complètement affranchis par l'expéditeur. Les modalités d'affranchissement sont définies dans le Règlement.

2. L'Administration d'origine a la faculté de rendre les envois de la poste aux lettres non ou insuffisamment affranchis aux expéditeurs pour que ceux-ci en complètent eux-mêmes l'affranchissement.

3. L'Administration d'origine peut aussi se charger d'affranchir les envois de la poste aux lettres non affranchis ou de compléter l'affranchissement des envois insuffisamment affranchis et d'encaisser le montant manquant auprès de l'expéditeur. Dans ce cas, elle est autorisée à percevoir également une taxe de traitement de 0,33 DTS au maximum. L'affranchissement manquant est représenté par l'une des modalités définies dans le Règlement.

4. Dans les cas où les facultés décrites sous 2 et 3 ne sont pas appliquées, les envois non ou insuffisamment affranchis sont passibles, à la charge du destinataire, ou de l'expéditeur lorsqu'il s'agit d'envois renvoyés, d'une taxe spéciale dont le calcul est défini dans le Règlement.

Article 14**Affranchissement des envois de la poste aux lettres à bord des navires**

1. Les envois déposés à bord d'un navire pendant le stationnement aux deux points extrêmes du parcours ou dans l'une des

Artikel 11**Vorzugsgebühren**

Die Postverwaltungen können auf der Grundlage ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften für in ihrem Land eingelieferte Briefsendungen ermäßigte Gebühren gewähren, die jedoch über der in Artikel 6 Absatz 2 festgelegten Mindestgebühr liegen müssen. Insbesondere können sie ihren Kunden mit hohem Verkehrsaufkommen Vorzugsgebühren gewähren.

Artikel 12**Besondere Gebühren**

1. Für Päckchen mit einem Gewicht von weniger als 500 Gramm darf vom Empfänger keine Zustellgebühr erhoben werden.

2. Wird für Päckchen mit einem Gewicht von mehr als 500 Gramm im Inlandsdienst eine Zustellgebühr erhoben, so darf diese Gebühr auch für Päckchen aus dem Ausland erhoben werden.

3. In den nachstehend genannten Fällen dürfen die Verwaltungen dieselben Gebühren erheben wie im Inlandsdienst.

3.1 Vom Absender erhobene Gebühr für die Einlieferung nach Postschluß.

3.2 Vom Absender erhobene Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalteröffnungszeiten.

3.3 Vom Absender erhobene Gebühr für die Abholung unter seiner Anschrift.

3.4 Vom Empfänger erhobene Gebühr für die Abholung außerhalb der allgemeinen Schalteröffnungszeiten.

3.5 Vom Empfänger erhobene Gebühr für postlagernde Sendungen.

3.6 Lagergebühr für jede Briefsendung mit einem Gewicht von mehr als 500 Gramm, die der Empfänger nicht innerhalb der Frist abgeholt hat, innerhalb deren die Sendung unentgeltlich für ihn bereitgehalten wird. Für Blindensendungen wird diese Gebühr nicht erhoben.

Artikel 13**Freimachung**

1. Grundsätzlich müssen Briefsendungen vom Absender vollständig freigemacht werden. Die einzelnen Freimachungsarten sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

2. Die Einlieferungsverwaltung kann nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen an die Absender zurückgeben, damit diese die Freimachung selbst vervollständigen.

3. Die Einlieferungsverwaltung kann auch selbst die Freimachung nicht freigemachter Briefsendungen übernehmen oder die Freimachung unzureichend freigemachter Sendungen selbst vervollständigen und den fehlenden Betrag vom Absender einziehen. In diesem Fall darf sie auch eine Behandlungsgebühr von höchstens 0,33 SZR erheben. Die fehlende Freimachung wird nach einem der in der Vollzugsordnung festgelegten Verfahren vermerkt.

4. Wird von den in den Absätzen 2 und 3 beschriebenen Möglichkeiten kein Gebrauch gemacht, so hat der Empfänger oder bei zurückgesandten Sendungen der Absender für nicht oder unzureichend freigemachte Sendungen eine besondere Gebühr zu entrichten, die wie in der Vollzugsordnung festgelegt berechnet wird.

Artikel 14**Freimachung von Briefsendungen auf Schiffen**

1. Sendungen, die auf einem Schiff während des Aufenthalts am Anfangs- oder Endpunkt der Strecke oder in einem der unter-

escales intermédiaires doivent être affranchis au moyen de timbres-poste et d'après le tarif du pays dans les eaux duquel se trouve le navire.

2. Si le dépôt à bord a lieu en pleine mer, les envois peuvent être affranchis, sauf entente spéciale entre les Administrations intéressées, au moyen de timbres-poste et d'après le tarif du pays auquel appartient ou dont dépend ledit navire. Les envois affranchis dans ces conditions doivent être remis au bureau de poste de l'escale aussitôt que possible après l'arrivée du navire.

Article 15

Coupons-réponse internationaux

1. Les Administrations postales ont la faculté de vendre des coupons-réponse internationaux émis par le Bureau international et d'en limiter la vente conformément à leur législation intérieure.

2. La valeur du coupon-réponse est de 0,74 DTS. Le prix de vente fixé par les Administrations intéressées ne peut être inférieur à cette valeur.

3. Les coupons-réponse sont échangeables dans tout Pays-membre contre un ou plusieurs timbres-poste représentant l'affranchissement minimal d'un envoi prioritaire ordinaire ou d'une lettre-avion ordinaire expédié à l'étranger. Si la législation intérieure du pays d'échange n'y fait pas obstacle, les coupons-réponse sont également échangeables contre des entiers postaux ou contre d'autres marques ou empreintes d'affranchissement postal.

4. L'Administration d'un Pays-membre a, en outre, la faculté d'exiger le dépôt simultané des coupons-réponse et des envois à affranchir en échange de ces coupons-réponse.

Chapitre 2

Services spéciaux

Article 16

Envois recommandés

1. Les envois de la poste aux lettres peuvent être expédiés sous recommandation.

2. La taxe des envois recommandés doit être acquittée à l'avance. Elle se compose de la taxe d'affranchissement de l'envoi, selon son système de classification et sa catégorie, et d'une taxe fixe de recommandation de 1,31 DTS au maximum. Pour chaque sac M, les Administrations perçoivent, au lieu de la taxe unitaire, une taxe globale ne dépassant pas cinq fois la taxe unitaire.

3. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les Administrations peuvent percevoir sur les expéditeurs ou sur les destinataires, en plus de la taxe mentionnée sous 2, les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure.

4. Les Administrations postales disposées à se charger des risques pouvant résulter du cas de force majeure sont autorisées à percevoir une taxe spéciale de 0,13 DTS au maximum pour chaque envoi recommandé.

Article 17

Envois à livraison attestée

1. Les envois de la poste aux lettres peuvent être expédiés par le service des envois à livraison attestée dans les relations entre les Administrations qui se chargent de ce service.

2. La taxe des envois à livraison attestée doit être acquittée à l'avance. Elle se compose de la taxe d'affranchissement de l'envoi, selon son système de classification et sa catégorie, et de

wegs angelaufenen Häfen eingeliefert werden, müssen mit Postwertzeichen und nach dem Tarif des Landes freigemacht werden, in dessen Gewässern sich das Schiff befindet.

2. Wenn die beteiligten Verwaltungen nichts anderes vereinbart haben, können Sendungen, die auf hoher See eingeliefert werden, mit Postwertzeichen und nach dem Tarif des Landes freigemacht werden, dem dieses Schiff gehört oder untersteht. Die so freigemachten Sendungen müssen so bald wie möglich nach der Ankunft des Schiffes im Hafen dem dortigen Postamt übergeben werden.

Artikel 15

Internationale Antwortscheine

1. Die Postverwaltungen können vom Internationalen Büro ausgegebene Internationale Antwortscheine verkaufen und deren Verkauf nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften beschränken.

2. Der Wert eines Antwortscheins beträgt 0,74 SZR. Der von den betreffenden Verwaltungen festgesetzte Verkaufspreis darf diesen Wert nicht unterschreiten.

3. Antwortscheine können in jedem Mitgliedsland gegen ein oder mehrere Postwertzeichen im Gegenwert der Mindestgebühr für eine gewöhnliche Vorrangsendung oder einen gewöhnlichen Luftpostbrief nach dem Ausland eingetauscht werden. Antwortscheine können auch gegen Postganzsachen oder sonstige Postfreimarken oder Freimachungsvermerke der Post eingetauscht werden, wenn die innerstaatlichen Rechtsvorschriften des eintauschenden Landes dem nicht entgegenstehen.

4. Die Verwaltung eines Mitgliedslandes kann außerdem verlangen, daß die Antwortscheine und die Sendungen, zu deren Freimachung diese Antwortscheine eingetauscht werden sollen, gleichzeitig vorgelegt werden.

Kapitel 2

Sonderdienste

Artikel 16

Einschreibsendungen

1. Briefsendungen können eingeschrieben versandt werden.

2. Die Gebühr für Einschreibsendungen ist im voraus zu entrichten. Sie setzt sich zusammen aus der dem Klassifizierungssystem und der Sendungsart entsprechenden Freimachungsgebühr und einer festen Einschreibgebühr von höchstens 1,31 SZR. Für jeden M-Beutel erheben die Verwaltungen anstelle der Einzelgebühr eine Gesamtgebühr, die das Fünffache der Einzelgebühr nicht überschreiten darf.

3. Sind außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich, so können die Verwaltungen vom Absender oder vom Empfänger zusätzlich zu der in Absatz 2 genannten Gebühr die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

4. Postverwaltungen, die bereit sind, die Risiken im Falle höherer Gewalt zu übernehmen, dürfen für jede Einschreibsendung eine besondere Gebühr von höchstens 0,13 SZR erheben.

Artikel 17

Sendungen mit Auslieferungsnachweis

1. Im Verkehr zwischen Verwaltungen, die diesen Dienst ausführen, können Briefsendungen als Sendungen mit Auslieferungsnachweis versandt werden.

2. Die Gebühr für Sendungen mit Auslieferungsnachweis ist im voraus zu entrichten. Sie setzt sich zusammen aus der dem Klassifizierungssystem und der Sendungsart entsprechenden

la taxe de livraison attestée fixée par l'Administration d'origine. Cette taxe doit être inférieure à la taxe de recommandation.

Article 18

Envois avec valeur déclarée

1. Les envois prioritaires et non prioritaires et les lettres contenant des valeurs-papier, des documents ou des objets de valeur sont dénommés «envois avec valeur déclarée» et peuvent être échangés avec assurance du contenu pour la valeur déclarée par l'expéditeur. Cet échange est limité aux relations entre les Administrations postales qui se sont déclarées d'accord pour accepter ces envois, soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens.

2. Le montant de la déclaration de valeur est en principe illimité. Chaque Administration a la faculté de limiter la déclaration de valeur, en ce qui la concerne, à un montant qui ne peut être inférieur à 4000 DTS. Toutefois, la limite de valeur déclarée adoptée dans le service intérieur est applicable si elle est inférieure à ce montant.

3. La taxe des envois avec valeur déclarée doit être acquittée à l'avance. Elle se compose de la taxe d'affranchissement ordinaire, de la taxe fixe de recommandation prévue à l'article 16.2 et d'une taxe d'assurance.

4. Au lieu de la taxe fixe de recommandation, les Administrations postales ont la faculté de percevoir la taxe correspondante de leur service intérieur ou, exceptionnellement, une taxe de 3,27 DTS au maximum.

5. La taxe d'assurance est de 0,33 DTS au maximum par 65,34 DTS ou fraction de 65,34 DTS déclarés, ou de 0,5 pour cent de l'échelon de valeur déclarée. Cette taxe est applicable quel que soit le pays de destination, même dans les pays qui se chargent des risques pouvant résulter d'un cas de force majeure.

6. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les Administrations peuvent percevoir sur les expéditeurs ou les destinataires, en plus des taxes mentionnées sous 3, 4 et 5, les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure.

Article 19

Envois exprès

1. A la demande des expéditeurs, et à destination des pays dont les Administrations se chargent de ce service, les envois de la poste aux lettres sont distribués par porteur spécial aussitôt que possible après leur arrivée au bureau de distribution. Toute Administration a le droit de limiter ce service aux envois prioritaires, aux envois-avion ou, s'il s'agit de la seule voie utilisée entre deux Administrations, aux envois LC de surface. Les envois exprès peuvent être traités de manière différente tant que le niveau de qualité général du service offert au destinataire est au moins aussi élevé que celui obtenu en faisant appel à un porteur spécial.

2. Si les envois arrivent au bureau de distribution après la dernière distribution habituelle du jour, ils sont distribués par porteur spécial le même jour et dans les mêmes conditions que celles appliquées au régime intérieur dans les pays qui offrent cette prestation.

3. Les Administrations qui ont plusieurs filières de transmission du courrier de la poste aux lettres doivent faire passer les envois exprès par la filière de transmission interne la plus rapide, à l'arrivée de ceux-ci au bureau d'échange du courrier arrivant, et traiter ensuite ces envois le plus rapidement possible.

4. Les envois exprès sont soumis, en sus de la taxe d'affranchissement, à une taxe s'élevant au minimum au montant de l'affranchissement d'un envoi ordinaire prioritaire/non prioritaire, selon le cas, ou d'une lettre ordinaire de port simple et au maximum à 1,63 DTS. Pour chaque sac M, les Administrations perçoivent, au lieu de la taxe unitaire, une taxe globale ne dépassant

Freimachungsgebühr und der von der Einlieferungsverwaltung festgelegten Gebühr für den Auslieferungsnachweis. Diese Gebühr muß niedriger sein als die Einschreibgebühr.

Artikel 18

Wertsendungen

1. Vorrangsendungen, Nichtvorrangsendungen und Briefe, die Wertpapiere, Dokumente oder Wertgegenstände enthalten, werden als „Wertsendungen“ bezeichnet und können unter Versicherung des Inhalts zu dem vom Absender angegebenen Wert ausgetauscht werden. Dieser Austausch ist auf den Verkehr zwischen solchen Postverwaltungen beschränkt, die sich bereit erklärt haben, diese Sendungen im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung entgegenzunehmen.

2. Die Höhe der Wertangabe ist grundsätzlich unbegrenzt. Jede Verwaltung kann für ihren Bereich die Wertangabe auf einen Betrag begrenzen, der 4000 SZR nicht unterschreiten darf. Jedoch ist der im Inlandsdienst geltende Höchstbetrag der Wertangabe anzuwenden, wenn er niedriger als dieser Betrag ist.

3. Die Gebühr für Wertsendungen ist im voraus zu entrichten. Sie setzt sich zusammen aus der gewöhnlichen Freimachungsgebühr, der in Artikel 16 Absatz 2 vorgesehenen festen Einschreibgebühr und einer Wertgebühr.

4. Anstelle der festen Einschreibgebühr können die Postverwaltungen auch die entsprechende Gebühr ihres Inlandsdienstes oder ausnahmsweise eine Gebühr von höchstens 3,27 SZR erheben.

5. Die Wertgebühr beträgt höchstens 0,33 SZR für jede volle oder angefangene Einheit von 65,34 SZR Wertangabe oder 0,5 Prozent der Wertangabestufe. Diese Gebühr gilt unabhängig vom Bestimmungsland und sogar in Ländern, welche die Risiken im Falle höherer Gewalt übernehmen.

6. Sind außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich, so können die Verwaltungen vom Absender oder vom Empfänger zusätzlich zu den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Gebühren die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

Artikel 19

Sendungen mit Eilzustellung

1. Auf Verlangen des Absenders werden Briefsendungen nach Ländern, deren Verwaltungen diesen Dienst ausführen, so bald wie möglich nach ihrem Eingang beim Zustellamt durch besonderen Boten zugestellt. Jede Verwaltung darf diesen Dienst auf Vorrangsendungen oder Luftpostsendungen beschränken, oder auch auf LC-Sendungen des Land-/Seewegs, wenn es zwischen zwei Verwaltungen nur diesen Beförderungsweg gibt. Sendungen mit Eilzustellung können auch anders behandelt werden, sofern dabei die dem Empfänger gebotene allgemeine Dienstqualität mindestens ebenso gut ist wie beim Einsatz eines besonderen Boten.

2. Gehen die Sendungen beim Zustellamt nach der letzten gewöhnlichen Zustellung des Tages ein, so werden sie noch am selben Tag durch besonderen Boten und unter den gleichen Bedingungen zugestellt, wie sie im Inlandsdienst der Länder gelten, die diese Leistung anbieten.

3. Verwaltungen, die mehrere Beförderungsnetze für Briefpost haben, müssen Sendungen mit Eilzustellung bei deren Eingang beim Eingangs-Auswechslungsamt über das schnellste Inlandsbeförderungsnetz weiterbefördern und sie anschließend so schnell wie möglich bearbeiten.

4. Für Sendungen mit Eilzustellung ist zusätzlich zur Freimachungsgebühr eine Gebühr zu zahlen, die mindestens dem Freimachungsbetrag für eine gewöhnliche Vorrang-/Nichtvorrangsendung beziehungsweise einen einfachen gewöhnlichen Brief entspricht und höchstens 1,63 SZR beträgt. Für jeden M-Beutel erheben die Verwaltungen anstelle der Einzelgebühr eine Ge-

pas cinq fois la taxe unitaire. Cette taxe doit être acquittée complètement à l'avance.

5. Lorsque la remise par exprès entraîne des sujétions spéciales, une taxe complémentaire peut être perçue selon les dispositions relatives aux envois de même nature du régime intérieur.

6. Si la réglementation de l'Administration de destination le permet, les destinataires peuvent demander au bureau de distribution la livraison par exprès dès leur arrivée des envois qui leur sont destinés. Dans ce cas, l'Administration de destination est autorisée à percevoir, au moment de la distribution, la taxe applicable dans son service intérieur.

Article 20

Avis de réception

1. L'expéditeur d'un envoi recommandé, d'un envoi à livraison attestée ou d'un envoi avec valeur déclarée peut demander un avis de réception au moment du dépôt en payant une taxe de 0,98 DTS au maximum. L'avis de réception est renvoyé à l'expéditeur par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface).

2. Lorsque l'expéditeur réclame un avis de réception qui ne lui est pas parvenu dans les délais normaux, il n'est pas perçu une deuxième taxe.

Article 21

Remise en main propre

A la demande de l'expéditeur et dans les relations entre les Administrations qui ont donné leur consentement, les envois recommandés, les envois à livraison attestée et les envois avec valeur déclarée sont remis en main propre. Les Administrations peuvent convenir de n'admettre cette faculté que pour les envois de l'espèce accompagnés d'un avis de réception. Dans tous les cas, l'expéditeur paie une taxe de remise en main propre de 0,16 DTS au maximum.

Article 22

Envois francs de taxes et de droits

1. Dans les relations entre les Administrations postales qui se sont déclarées d'accord à cet égard, les expéditeurs peuvent prendre à leur charge, moyennant déclaration préalable au bureau d'origine, la totalité des taxes et des droits dont les envois sont grevés à la livraison. Tant qu'un envoi n'a pas été remis au destinataire, l'expéditeur peut, postérieurement au dépôt, demander que l'envoi soit remis franc de taxes et de droits.

2. Dans les cas prévus sous 1, les expéditeurs doivent s'engager à payer les sommes qui pourraient être réclamées par le bureau de destination. Le cas échéant, ils doivent effectuer un paiement provisoire.

3. L'Administration d'origine perçoit sur l'expéditeur une taxe de 0,98 DTS au maximum qu'elle garde comme rémunération pour les services fournis dans le pays d'origine.

4. En cas de demande formulée postérieurement au dépôt, l'Administration d'origine perçoit en outre une taxe additionnelle de 1,31 DTS au maximum par demande. Si la demande doit être transmise par voie des télécommunications, l'expéditeur doit payer également la taxe correspondante.

5. L'Administration de destination est autorisée à percevoir, par envoi, une taxe de commission de 0,98 DTS au maximum. Cette taxe est indépendante de la taxe de présentation à la douane. Elle est perçue sur l'expéditeur au profit de l'Administration de destination.

6. Toute Administration a le droit de limiter le service des envois francs de taxes et de droits aux envois recommandés et aux envois avec valeur déclarée.

samtgebühr, die das Fünffache der Einzelgebühr nicht überschreiten darf. Diese Gebühr ist in voller Höhe im voraus zu entrichten.

5. Ist die Eilzustellung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, so kann entsprechend den Bestimmungen über gleichartige Inlandssendungen eine zusätzliche Gebühr erhoben werden.

6. Wenn es die Vorschriften der Bestimmungsverwaltung zulassen, können die Empfänger beim Zustellamt beantragen, daß ihnen die für sie bestimmten Sendungen sofort nach ihrem Eingang durch Eilboten zugestellt werden. In diesem Fall darf die Bestimmungsverwaltung bei der Zustellung die in ihrem Inlandsdienst geltende Gebühr erheben.

Artikel 20

Rückschein

1. Der Absender einer Einschreibsendung, einer Sendung mit Auslieferungsnachweis oder einer Wertsendung kann gegen Zahlung einer Gebühr von höchstens 0,98 SZR bei der Einlieferung einen Rückschein verlangen. Der Rückschein wird auf dem schnellsten Beförderungsweg (Luftweg oder Land-/Seeweg) an den Absender zurückgesandt.

2. Wenn der Absender nach einem Rückschein nachforscht, der nicht innerhalb der üblichen Frist zu ihm zurückgelangt ist, wird keine zweite Gebühr erhoben.

Artikel 21

Eigenhändige Auslieferung

Im Verkehr zwischen Verwaltungen, die sich damit einverstanden erklärt haben, werden Einschreibsendungen, Sendungen mit Auslieferungsnachweis und Wertsendungen auf Verlangen des Absenders eigenhändig ausgeliefert. Die Verwaltungen können vereinbaren, diese Möglichkeit nur für Einschreibsendungen, Sendungen mit Auslieferungsnachweis und Wertsendungen mit Rückschein zuzulassen. In allen Fällen zahlt der Absender für die eigenhändige Auslieferung eine Gebühr von höchstens 0,16 SZR.

Artikel 22

Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendungen

1. Im Verkehr zwischen Postverwaltungen, die sich damit einverstanden erklärt haben, können die Absender mittels einer vorher beim Einlieferungsamt abgegebenen Erklärung sämtliche Gebühren und Abgaben übernehmen, mit denen die Sendungen bei der Auslieferung belastet werden. Solange eine Sendung dem Empfänger noch nicht ausgeliefert worden ist, kann der Absender ihre gebühren- und abgabenfreie Auslieferung auch noch nach der Einlieferung verlangen.

2. In den in Absatz 1 vorgesehenen Fällen müssen die Absender sich zur Zahlung aller eventuell vom Bestimmungsamt geforderten Beträge verpflichten. Gegebenenfalls müssen sie eine Vorauszahlung leisten.

3. Die Einlieferungsverwaltung erhebt vom Absender eine Gebühr von höchstens 0,98 SZR, die sie als Vergütung für die im Einlieferungsland geleisteten Dienste behält.

4. Wird der Antrag erst nach der Einlieferung gestellt, so erhebt die Einlieferungsverwaltung darüber hinaus eine zusätzliche Gebühr von höchstens 1,31 SZR pro Antrag. Soll der Antrag auf dem Telekommunikationsweg übermittelt werden, so muß der Absender auch die entsprechende Gebühr hierfür zahlen.

5. Die Bestimmungsverwaltung darf für jede Sendung eine Vermittlungsgebühr von höchstens 0,98 SZR erheben. Diese Gebühr ist unabhängig von der Gestellungsgebühr. Sie wird vom Absender zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben.

6. Jede Verwaltung darf den Dienst der gebühren- und abgabenfreien Auslieferung auf Einschreibsendungen und Wertsendungen beschränken.

Article 23**Service correspondance
commerciale-réponse internationale**

1. Les Administrations peuvent convenir entre elles de participer à un service facultatif «correspondance commerciale-réponse internationale» (CCRI).
2. Les Administrations qui assurent ce service doivent respecter les dispositions définies dans le Règlement.
3. Les Administrations peuvent, néanmoins, convenir bilatéralement d'établir un autre système entre elles.
4. Les Administrations peuvent mettre en place un système de compensation qui tient compte des coûts supportés.

Article 24**Matières biologiques périssables.
Matières radioactives**

1. Les matières biologiques périssables et les matières radioactives, conditionnées et emballées selon les dispositions respectives du Règlement, sont soumises au tarif des envois prioritaires ou au tarif des lettres et à la recommandation. Leur admission est limitée aux relations entre les Administrations postales qui se sont déclarées d'accord pour accepter ces envois soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens. De telles matières sont acheminées par la voie la plus rapide, normalement par la voie aérienne, sous réserve de l'acquiescement des surtaxes aériennes correspondantes.
2. Les matières biologiques périssables ne peuvent être échangées qu'entre laboratoires qualifiés officiellement reconnus, tandis que les matières radioactives ne peuvent être déposées que par des expéditeurs dûment autorisés.

Chapitre 3**Dispositions particulières****Article 25****Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres**

1. Aucun Pays-membre n'est tenu d'acheminer ni de distribuer aux destinataires les envois de la poste aux lettres que des expéditeurs résidant sur son territoire déposent ou font déposer dans un pays étranger, en vue de bénéficier des conditions tarifaires plus favorables qui y sont appliquées.
2. Les dispositions prévues sous 1 s'appliquent sans distinction soit aux envois de la poste aux lettres préparés dans le pays de résidence de l'expéditeur et transportés ensuite à travers la frontière, soit aux envois de la poste aux lettres confectionnés dans un pays étranger.
3. L'Administration de destination a le droit d'exiger de l'expéditeur et, à défaut, de l'Administration de dépôt le paiement des tarifs intérieurs. Si ni l'expéditeur, ni l'Administration de dépôt n'acceptent de payer ces tarifs dans un délai fixé par l'Administration de destination, celle-ci peut soit renvoyer les envois à l'Administration de dépôt en ayant le droit d'être remboursée des frais de renvoi, soit les traiter conformément à sa propre législation.
4. Aucun Pays-membre n'est tenu d'acheminer ni de distribuer aux destinataires les envois de la poste aux lettres que des expéditeurs ont déposés ou fait déposer en grande quantité dans un pays autre que celui où ils résident sans recevoir une rémunération adéquate. Les Administrations de destination ont le droit d'exiger de l'Administration de dépôt une rémunération en rapport

Article 23**Internationaler Werbeantwortdienst**

1. Die Verwaltungen können miteinander vereinbaren, an einem fakultativen „Internationalen Werbeantwortdienst“ (CCRI) teilzunehmen.
2. Die Verwaltungen, die diesen Dienst ausführen, müssen sich an die in der Vollzugsordnung festgelegten Bestimmungen halten.
3. Die Verwaltungen können jedoch bilateral vereinbaren, untereinander ein anderes System einzurichten.
4. Die Verwaltungen können ein Vergütungssystem einführen, das sich an den entstandenen Kosten orientiert.

Article 24**Leichtverderbliche biologische Stoffe.
Radioaktive Stoffe**

1. Für leichtverderbliche biologische Stoffe und radioaktive Stoffe, die in Beschaffenheit und Verpackung den einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsordnung entsprechen, wird die Gebühr für Vorrangsendungen oder Briefe erhoben; sie sind eingeschrieben zu versenden. Sie sind nur im Verkehr zwischen solchen Postverwaltungen zugelassen, die sich bereit erklärt haben, diese Sendungen entweder im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung entgegenzunehmen. Derartige Stoffe werden auf dem schnellsten Beförderungsweg, normalerweise auf dem Luftweg, befördert, sofern die entsprechenden Luftpostzuschläge entrichtet worden sind.
2. Leichtverderbliche biologische Stoffe dürfen nur zwischen amtlich anerkannten einschlägigen Laboratorien ausgetauscht werden, während radioaktive Stoffe nur von dazu ordnungsgemäß befugten Absendern eingeliefert werden dürfen.

Kapitel 3**Besondere Bestimmungen****Article 25****Einlieferung von Briefsendungen im Ausland**

1. Kein Mitgliedsland ist verpflichtet, Briefsendungen zu befördern oder den Empfängern auszuliefern, die in seinem Gebiet ansässige Absender im Ausland einliefern oder einliefern lassen, um aus den dort geltenden günstigeren Gebührenverhältnissen Nutzen zu ziehen.
2. Die in Absatz 1 vorgesehenen Bestimmungen gelten ohne Unterschied sowohl für Briefsendungen, die in dem Land, in dem der Absender ansässig ist, vorbereitet und anschließend über die Grenze gebracht werden, als auch für Briefsendungen, die in einem anderen Land versandfertig gemacht worden sind.
3. Die Bestimmungsverwaltung ist berechtigt, vom Absender oder, wenn dies nicht möglich ist, von der Einlieferungsverwaltung die Zahlung der Inlandsgebühren zu verlangen. Sind weder der Absender noch die Einlieferungsverwaltung bereit, diese Gebühren innerhalb einer von der Bestimmungsverwaltung festgesetzten Frist zu zahlen, so kann diese entweder die Sendungen an die Einlieferungsverwaltung zurückschicken – in diesem Fall hat sie Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Rücksendung – oder nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit ihnen verfahren.
4. Kein Mitgliedsland ist verpflichtet, Briefsendungen zu befördern oder den Empfängern auszuliefern, die Absender in einem anderen Land als demjenigen, in dem sie ansässig sind, in großen Mengen eingeliefert haben oder haben einliefern lassen, es sei denn, daß das betreffende Land dafür eine angemessene Vergütung erhält. Die Bestimmungsverwaltungen sind berechtigt, von

avec les coûts supportés, qui ne pourra être supérieure au montant le plus élevé des deux formules suivantes: soit 80 pour cent du tarif intérieur applicable à des envois équivalents, soit 0,14 DTS par envoi plus 1 DTS par kilogramme. Si l'Administration de dépôt n'accepte pas de payer le montant réclamé dans un délai fixé par l'Administration de destination, celle-ci peut soit retourner les envois à l'Administration de dépôt en ayant le droit d'être remboursée des frais de renvoi, soit les traiter conformément à sa propre législation.

Article 26

Envois non admis. Interdictions

1. Les envois qui ne remplissent pas les conditions requises par la Convention et le Règlement ne sont pas admis.

2. Les envois autres que les envois avec valeur déclarée ne peuvent contenir des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux. Cependant, si la législation intérieure des pays d'origine et de destination le permet, ces objets peuvent être expédiés sous enveloppe close comme envois recommandés.

3. Les lettres ne peuvent pas contenir de documents ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle échangés entre personnes autres que l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux. Si elle en constate la présence, l'Administration du pays d'origine ou de destination les traite selon sa législation.

4. Sauf les exceptions prévues au Règlement, les imprimés et les cécogrammes:

4.1 ne peuvent porter aucune annotation ni contenir aucun document ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle;

4.2 ne peuvent contenir aucun timbre-poste, aucune formule d'affranchissement, oblitérés ou non, ni aucun papier représentatif d'une valeur.

5. L'insertion dans les envois de la poste aux lettres des objets visés ci-après est interdite:

5.1 les stupéfiants et les substances psychotropes;

5.2 les matières explosibles, inflammables ou autres matières dangereuses; toutefois, les matières biologiques périssables et les matières radioactives visées à l'article 24 ne tombent pas sous le coup de cette interdiction;

5.3 les objets obscènes ou immoraux;

5.4 les objets dont l'importation ou la circulation est interdite dans le pays de destination.

6. L'insertion d'animaux vivants dans les envois de la poste aux lettres est interdite.

6.1 Sont toutefois admis dans les envois de la poste aux lettres autres que les envois avec valeur déclarée:

6.1.1 les abeilles, les sangsues et les vers à soie;

6.1.2 les parasites et les destructeurs d'insectes nocifs destinés au contrôle de ces insectes et échangés entre les institutions officiellement reconnues.

7. Le traitement des envois admis à tort ressort du Règlement. Toutefois, les envois qui contiennent les objets visés sous 5.1, 5.2 et 5.3 ne sont en aucun cas acheminés à destination, ni livrés aux destinataires, ni renvoyés à l'origine.

der Einlieferungsverwaltung eine mit den entstandenen Kosten in Beziehung stehende Vergütung zu verlangen, die jedoch den höheren der beiden nach folgenden Verfahren berechneten Beträge nicht übersteigen darf: entweder 80 Prozent der Inlandsgebühr für vergleichbare Sendungen oder 0,14 SZR je Sendung zuzüglich 1 SZR je Kilogramm. Ist die Einlieferungsverwaltung nicht bereit, den geforderten Betrag innerhalb einer von der Bestimmungsverwaltung festgesetzten Frist zu zahlen, so kann diese entweder die Sendungen an die Einlieferungsverwaltung zurückschicken – in diesem Fall hat sie Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Rücksendung – oder nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit ihnen verfahren.

Artikel 26

Nichtzulässige Sendungen. Verbote

1. Sendungen, die den im Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung festgelegten Bedingungen nicht entsprechen, sind nicht zulässig.

2. Münzen, Banknoten, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nichtverarbeiteter Form sowie Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände dürfen nur in Wertsendungen versandt werden. Wenn die innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Einlieferungs- und Bestimmungslandes es zulassen, können diese Gegenstände jedoch auch in verschlossenem Umschlag als Einschreibsendungen versandt werden.

3. Briefe dürfen keine Schriftstücke enthalten, die den Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung haben und zwischen anderen Personen als dem Absender und dem Empfänger oder bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden. Stellt die Verwaltung des Einlieferungs- oder des Bestimmungslandes solche Briefe fest, so verfährt sie mit ihnen nach ihren Rechtsvorschriften.

4. Abgesehen von den in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmen dürfen Drucksachen und Blindensendungen

4.1 weder Vermerke tragen noch Schriftstücke mit dem Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung enthalten;

4.2 weder entwertete noch nichtentwertete Postwertzeichen oder Formblätter mit eingedruckter Freimachung noch Papiere mit Wertegenschaft enthalten.

5. Die Aufnahme nachstehend genannter Gegenstände in Briefsendungen ist verboten:

5.1 Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe;

5.2 explosionsgefährliche, leichtentzündliche oder andere gefährliche Stoffe; jedoch fallen die in Artikel 24 genannten leichtverderblichen biologischen Stoffe und radioaktiven Stoffe nicht unter dieses Verbot;

5.3 obszöne oder gegen die guten Sitten verstoßende Gegenstände;

5.4 Gegenstände, deren Einfuhr oder Verbreitung im Bestimmungsland verboten ist.

6. Die Aufnahme lebender Tiere in Briefsendungen ist verboten.

6.1 In Briefsendungen außer Wertsendungen dürfen jedoch versandt werden:

6.1.1 Bienen, Blutegel und Seidenraupen;

6.1.2 Parasiten und Vertilger schädlicher Insekten, die zur Bekämpfung solcher Insekten bestimmt sind und die zwischen amtlich anerkannten Stellen ausgetauscht werden.

7. Die Behandlung zu Unrecht zur Beförderung angenommener Sendungen ist in der Vollzugsordnung geregelt. Jedoch werden Sendungen, die in den Absätzen 5.1, 5.2 und 5.3 genannte Gegenstände enthalten, auf keinen Fall zum Bestimmungsort befördert, den Empfängern ausgeliefert oder zum Einlieferungsort zurückgesandt.

Article 27

Réexpédition

1. En cas de changement d'adresse du destinataire, les envois de la poste aux lettres lui sont réexpédiés immédiatement aux conditions prescrites dans le service intérieur.
2. Les envois ne sont cependant pas réexpédiés:
 - 2.1 si l'expéditeur en a interdit la réexpédition par une annotation portée sur la suscription en une langue connue dans le pays de destination;
 - 2.2 s'ils portent, en sus de l'adresse du destinataire, la mention «ou à l'occupant des lieux».
3. Les Administrations qui perçoivent une taxe pour les demandes de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe dans le service international.
4. Aucun supplément de taxe n'est perçu pour les envois de la poste aux lettres réexpédiés de pays à pays, sauf les exceptions prévues au Règlement. Toutefois, les Administrations qui perçoivent une taxe de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe pour les envois de la poste aux lettres du régime international réexpédiés dans leur propre service.
5. Les conditions de réexpédition ressortent du Règlement.

Article 28

Envois non distribuables

1. Sont considérés comme envois non distribuables ceux qui n'ont pu être remis aux destinataires pour une cause quelconque.
2. Le renvoi des envois non distribuables ainsi que leur délai de garde relèvent du Règlement.
3. Aucun supplément de taxe n'est perçu pour les envois non distribuables renvoyés au pays d'origine, sauf les exceptions prévues au Règlement. Toutefois, les Administrations qui perçoivent une taxe de renvoi dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe pour les envois du régime international qui leur sont renvoyés.

Article 29

Retrait. Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un envoi de la poste aux lettres peut le faire retirer du service, en faire modifier ou corriger l'adresse tant que cet envoi:
 - 1.1 n'a pas été livré au destinataire;
 - 1.2 n'a pas été confisqué ou détruit par l'autorité compétente pour infraction à l'article 26;
 - 1.3 n'a pas été saisi en vertu de la législation du pays de destination.
2. Chaque Administration est tenue d'accepter les demandes de retrait, de modification ou de correction d'adresse concernant tout envoi de la poste aux lettres déposé dans les services des autres Administrations, si sa législation le permet.
3. L'expéditeur doit payer, pour chaque demande, une taxe spéciale de 1,31 DTS au maximum.
4. La demande est transmise par voie postale ou par voie des télécommunications aux frais de l'expéditeur. Les conditions de transmission et les dispositions relatives à l'emploi de la voie des télécommunications ressortent du Règlement.
5. Pour chaque demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse concernant plusieurs envois remis simulta-

Artikel 27

Nachsendung

1. Hat sich die Anschrift des Empfängers geändert, so werden ihm Briefsendungen unverzüglich zu den im Inlandsdienst vorgeschriebenen Bedingungen nachgesandt.
2. Die Sendungen werden jedoch nicht nachgesandt,
 - 2.1 wenn der Absender dies durch einen Vermerk auf der Aufschriftseite in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache ausgeschlossen hat;
 - 2.2 wenn sie außer der Anschrift des Empfängers den Vermerk „ou à l'occupant des lieux“ (oder an den unter der Anschrift angetroffenen Nachfolger) tragen.
3. Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst für Nachsendungsanträge eine Gebühr erheben, dürfen dieselbe Gebühr auch im Auslandsdienst erheben.
4. Für die Nachsendung von Briefsendungen von Land zu Land wird, abgesehen von den in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmefällen, keine zusätzliche Gebühr erhoben. Jedoch dürfen Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst eine Nachsendungsgebühr erheben, dieselbe Gebühr auch für innerhalb ihres Dienstbereichs nachgesandte Auslandsbriefsendungen erheben.
5. Die Nachsendungsbedingungen sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Artikel 28

Unzustellbare Sendungen

1. Als unzustellbar gelten Sendungen, die aus irgendeinem Grund dem Empfänger nicht ausgeliefert werden konnten.
2. Die Rücksendung unzustellbarer Sendungen und ihre Aufbewahrungsfrist sind in der Vollzugsordnung geregelt.
3. Für die Rücksendung von unzustellbaren Sendungen in das Einlieferungsland wird, abgesehen von den in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmefällen, keine zusätzliche Gebühr erhoben. Jedoch dürfen Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst eine Rücksendegebühr erheben, dieselbe Gebühr auch für Auslandsendungen erheben, die an sie zurückgesandt werden.

Artikel 29

Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders

1. Der Absender einer Briefsendung kann diese zurückziehen oder ihre Aufschrift ändern oder berichtigen lassen, solange sie
 - 1.1 dem Empfänger noch nicht ausgeliefert worden ist;
 - 1.2 nicht von der zuständigen Behörde wegen Verstoßes gegen Artikel 26 eingezogen oder vernichtet worden ist;
 - 1.3 nicht nach den Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.
2. Wenn ihre Rechtsvorschriften es zulassen, muß jede Verwaltung Anträge auf Zurückziehung oder auf Änderung oder Berichtigung der Aufschrift im Dienstbereich der anderen Verwaltungen eingelieferter Briefsendungen entgegennehmen.
3. Der Absender muß für jeden Antrag eine besondere Gebühr in Höhe von höchstens 1,31 SZR entrichten.
4. Der Antrag wird auf dem Postweg oder, auf Kosten des Absenders, auf dem Telekommunikationsweg übermittelt. Die Bedingungen für die Übermittlung und die Bestimmungen über die Inanspruchnahme des Telekommunikationswegs sind in der Vollzugsordnung festgelegt.
5. Für einen Antrag auf Zurückziehung oder auf Änderung oder Berichtigung der Aufschrift, der mehrere von demselben Absen-

nément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire, il n'est perçu qu'une seule fois les taxes prévues sous 3 et 4.

Article 30

Réclamations

1. Les réclamations sont admises dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour du dépôt d'un envoi.

2. Pendant cette période, les réclamations sont acceptées dès que le problème est signalé par l'expéditeur ou par le destinataire. Cependant, lorsque la réclamation d'un expéditeur concerne un envoi non distribué et que le délai d'acheminement prévu n'est pas encore expiré, il convient d'informer l'expéditeur de ce délai.

3. Chaque Administration est tenue d'accepter les réclamations concernant tout envoi déposé dans les services des autres Administrations.

4. Le traitement des réclamations est gratuit. Toutefois, si l'emploi de la voie des télécommunications ou du service EMS est demandé, les frais supplémentaires sont en principe à la charge du demandeur. Les dispositions y relatives ressortent du Règlement.

Chapitre 4

Questions douanières

Article 31

Contrôle douanier

L'Administration postale du pays d'origine et celle du pays de destination sont autorisées à soumettre les envois de la poste aux lettres au contrôle douanier, selon la législation de ces pays.

Article 32

Taxe de présentation à la douane

Les envois soumis au contrôle douanier dans le pays d'origine ou de destination, selon le cas, peuvent être frappés au titre postal d'une taxe spéciale de 2,61 DTS au maximum. Pour chaque sac M, la taxe spéciale peut aller jusqu'à 3,27 DTS au maximum. Cette taxe n'est perçue qu'au titre de la présentation à la douane et du dédouanement des envois qui ont été frappés de droits de douane ou tout autre droit de même nature.

Article 33

Droits de douane et autres droits

Les Administrations postales sont autorisées à percevoir sur les expéditeurs ou sur les destinataires des envois, selon le cas, les droits de douane et tous autres droits éventuels.

Chapitre 5

Responsabilité

Article 34

Responsabilité des Administrations postales. Indemnités

1. Généralités

1.1 Sauf dans les cas prévus à l'article 35, les Administrations postales répondent:

1.1.1 de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des envois recommandés et des envois avec valeur déclarée;

der gleichzeitig bei demselben Postamt für denselben Empfänger eingelieferte Sendungen betrifft, werden die in den Absätzen 3 und 4 vorgesehenen Gebühren nur einmal erhoben.

Artikel 30

Nachforschungsanträge

1. Nachforschungsanträge sind innerhalb eines Jahres, vom Tag nach der Einlieferung einer Sendung an gerechnet, zulässig.

2. Während dieser Zeit werden Nachforschungsanträge entgegen genommen, sobald der Fall vom Absender oder vom Empfänger gemeldet wird. Bezieht sich jedoch der Nachforschungsantrag eines Absenders auf eine nichtausgelieferte Sendung und ist die vorgegebene Laufzeit noch nicht abgelaufen, so ist der Absender von dieser Laufzeit zu unterrichten.

3. Jede Verwaltung ist verpflichtet, Nachforschungsanträge entgegenzunehmen, die im Dienstbereich der anderen Verwaltungen eingelieferte Sendungen betreffen.

4. Nachforschungsanträge werden gebührenfrei bearbeitet. Wird jedoch die Inanspruchnahme des Telekommunikationswegs oder des EMS-Dienstes verlangt, so gehen die zusätzlichen Kosten grundsätzlich zu Lasten des Antragstellers. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Kapitel 4

Zollangelegenheiten

Artikel 31

Zollkontrolle

Die Postverwaltungen des Einlieferungs- und des Bestimmungslandes dürfen Briefsendungen nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Zollkontrolle unterziehen.

Artikel 32

Gestellungsgebühr

Die im Einlieferungs- oder Bestimmungsland der Zollkontrolle unterliegenden Sendungen darf die Post mit einer besonderen Gebühr von höchstens 2,61 SZR belegen. Für einen M-Beutel darf die besondere Gebühr höchstens 3,27 SZR betragen. Diese Gebühr wird nur für die Zollgestellung und die Verzollung von Sendungen erhoben, die mit Zöllen oder vergleichbaren Abgaben belegt worden sind.

Artikel 33

Zölle und andere Abgaben

Die Postverwaltungen dürfen von den Absendern oder den Empfängern der Sendungen Zölle und alle anderen gegebenenfalls anfallenden Abgaben einziehen.

Kapitel 5

Haftung

Artikel 34

Haftung der Postverwaltungen. Entschädigungen

1. Allgemeines

1.1 Außer in den in Artikel 35 vorgesehenen Fällen haften die Postverwaltungen

1.1.1 bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen und Wertsendungen;

- 1.1.2 de la perte des envois à livraison attestée.
- 1.2 Les Administrations postales peuvent s'engager à couvrir les risques découlant d'un cas de force majeure.
2. Envois recommandés
- 2.1 L'expéditeur d'un envoi recommandé a droit à une indemnité en cas de perte de son envoi.
- 2.1.1 L'indemnité pour la perte d'un envoi recommandé s'élève à 30 DTS, y inclus la valeur des taxes payées lors du dépôt de l'envoi;
- 2.1.2 L'indemnité pour la perte d'un sac M recommandé s'élève à 150 DTS, y inclus la valeur des taxes payées lors du dépôt du sac M.
- 2.2 L'expéditeur d'un envoi recommandé a droit à une indemnité si le contenu de son envoi est spolié ou avarié. L'emballage doit cependant avoir été reconnu suffisant pour garantir efficacement le contenu contre les risques accidentels de spoliation ou d'avarie.
- 2.2.1 L'indemnité pour un envoi recommandé spolié ou avarié correspond, en principe, au montant réel du dommage. Elle ne peut toutefois en aucun cas dépasser les montants fixés sous 2.1.1 et 2.1.2. Les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération.
3. Envois à livraison attestée
- 3.1 En cas de perte d'un envoi à livraison attestée, l'expéditeur a droit à la restitution des taxes acquittées.
- 3.2 L'expéditeur a également droit au remboursement des taxes acquittées si le contenu a été entièrement spolié ou avarié. L'emballage doit cependant avoir été reconnu suffisant pour garantir efficacement le contenu contre les risques accidentels de spoliation ou d'avarie.
4. Envois avec valeur déclarée
- 4.1 En cas de perte, de spoliation ou d'avarie d'un envoi avec valeur déclarée, l'expéditeur a droit à une indemnité correspondant, en principe, au montant réel du dommage. Les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération. Cependant, cette indemnité ne peut en aucun cas dépasser le montant, en DTS, de la valeur déclarée.
- 4.2 L'indemnité est calculée d'après le prix courant, converti en DTS, des objets de valeur de même nature, au lieu et à l'époque où ils ont été acceptés au transport. A défaut de prix courant, l'indemnité est calculée d'après la valeur ordinaire des objets évalués sur les mêmes bases.
- 4.3 Lorsqu'une indemnité est due pour la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale d'un envoi avec valeur déclarée, l'expéditeur ou, selon le cas, le destinataire a droit, en outre, à la restitution des taxes et droits acquittés. Toutefois, la taxe d'assurance n'est en aucun cas remboursée; elle reste acquise à l'Administration d'origine.
5. Par dérogation aux dispositions prévues sous 2.2 et 4.1, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'un envoi recommandé ou d'un envoi avec valeur déclarée spolié ou avarié.
6. L'Administration d'origine a la faculté de verser aux expéditeurs dans son pays les indemnités prévues par sa législation intérieure pour les envois recommandés, à condition qu'elles ne soient pas inférieures à celles qui sont fixées sous 2.1. Il en est de même pour l'Administration de destination lorsque l'indemnité est payée au destinataire. Les montants fixés sous 2.1 restent cependant applicables:
- 6.1 en cas de recours contre l'Administration responsable;

- 1.1.2 bei Verlust von Sendungen mit Auslieferungsnachweis.
- 1.2 Die Postverwaltungen können sich verpflichten, die Risiken im Falle höherer Gewalt zu übernehmen.
2. Einschreibsendungen
- 2.1 Bei Verlust einer Einschreibsendung hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung.
- 2.1.1 Bei Verlust einer Einschreibsendung beträgt die Entschädigung 30 SZR einschließlich der bei Einlieferung der Sendung gezahlten Gebühren.
- 2.1.2 Bei Verlust eines eingeschriebenen M-Beutels beträgt die Entschädigung 150 SZR einschließlich der bei Einlieferung des M-Beutels gezahlten Gebühren.
- 2.2 Der Absender einer Einschreibsendung hat Anspruch auf eine Entschädigung, wenn der Inhalt seiner Sendung beraubt oder beschädigt wurde. Die Verpackung muß jedoch als ausreichend geeignet anerkannt worden sein, den Inhalt wirksam vor möglichen Beraubungen oder Beschädigungen zu schützen.
- 2.2.1 Die Entschädigung für eine beraubte oder beschädigte Einschreibsendung entspricht grundsätzlich der tatsächlichen Höhe des Schadens. Sie darf jedoch in keinem Fall die in den Absätzen 2.1.1 und 2.1.2 festgelegten Beträge überschreiten. Mittelbarer Schaden oder entgangener Gewinn werden nicht berücksichtigt.
3. Sendungen mit Auslieferungsnachweis
- 3.1 Bei Verlust einer Sendung mit Auslieferungsnachweis hat der Absender Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren.
- 3.2 Der Absender hat ebenfalls Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren, wenn der Inhalt vollständig geraubt oder beschädigt wurde. Die Verpackung muß jedoch als ausreichend geeignet anerkannt worden sein, den Inhalt wirksam vor möglichen Beraubungen oder Beschädigungen zu schützen.
4. Wertsendungen
- 4.1 Bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung einer Wertsendung hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich der tatsächlichen Höhe des Schadens entspricht. Mittelbarer Schaden oder entgangener Gewinn werden nicht berücksichtigt. Jedoch darf diese Entschädigung auf keinen Fall den angegebenen Wert in SZR überschreiten.
- 4.2 Die Entschädigung wird nach dem in SZR umgerechneten handelsüblichen Preis berechnet, den gleichartige Wertgegenstände am Einlieferungsort zu der Zeit haben, zu der die Sendung zur Beförderung angenommen wurde. Mangels eines handelsüblichen Preises wird die Entschädigung nach dem auf derselben Grundlage geschätzten gewöhnlichen Wert der Gegenstände berechnet.
- 4.3 Ist für den Verlust, die vollständige Beraubung oder die vollständige Beschädigung einer Wertsendung eine Entschädigung zu zahlen, so hat der Absender oder, je nach Lage des Falles, der Empfänger darüber hinaus Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren und Abgaben. Die Wertgebühr wird jedoch in keinem Fall erstattet; sie verbleibt der Einlieferungsverwaltung.
5. Abweichend von den in den Absätzen 2.2 und 4.1 vorgesehenen Bestimmungen hat der Empfänger Anspruch auf die Entschädigung, nachdem er eine beraubte oder beschädigte Einschreib- oder Wertsendung bereits in Empfang genommen hat.
6. Die Einlieferungsverwaltung kann den Absendem in ihrem Land die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften für Einschreibsendungen vorgesehenen Entschädigungen zahlen, sofern sie nicht niedriger sind als die in Absatz 2.1 festgelegten Entschädigungen. Dasselbe gilt für die Bestimmungsverwaltung, wenn die Entschädigung an den Empfänger gezahlt wird. Die in Absatz 2.1 festgelegten Beträge gelten jedoch weiterhin
- 6.1 im Fall des Rückgriffs gegen die haftende Verwaltung;

6.2 si l'expéditeur se désiste de ses droits en faveur du destinataire ou inversement.

6.2 wenn der Absender seine Ansprüche an den Empfänger abtritt oder umgekehrt.

Article 35

Non-responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales cessent d'être responsables des envois recommandés, des envois à livraison attestée et des envois avec valeur déclarée dont elles ont effectué la remise dans les conditions prescrites par leur réglementation pour les envois de même nature. La responsabilité est toutefois maintenue:

1.1 lorsqu'une spoliation ou une avarie est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison de l'envoi;

1.2 lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur s'il y a renvoi à l'origine, formule des réserves en prenant livraison d'un envoi spolié ou avarié;

1.3 lorsque, la réglementation intérieure le permettant, l'envoi recommandé a été distribué dans une boîte aux lettres et que le destinataire déclare ne pas l'avoir reçu lors de la procédure de réclamation;

1.4 lorsque le destinataire ou, en cas de renvoi à l'origine, l'expéditeur d'un envoi avec valeur déclarée, nonobstant décharge donnée régulièrement, déclare sans délai à l'Administration qui lui a livré l'envoi avoir constaté un dommage. Il doit administrer la preuve que la spoliation ou l'avarie ne s'est pas produite après la livraison.

2. Les Administrations postales ne sont pas responsables:

2.1 en cas de force majeure, sous réserve de l'article 34.1.2;

2.2 lorsque, la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement, elles ne peuvent rendre compte des envois par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;

2.3 lorsque le dommage a été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur ou provient de la nature du contenu;

2.4 lorsqu'il s'agit d'envois dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 26, et pour autant que ces envois aient été confisqués ou détruits par l'autorité compétente en raison de leur contenu;

2.5 en cas de saisie, en vertu de la législation du pays de destination, selon notification de l'Administration de ce pays;

2.6 lorsqu'il s'agit d'envois avec valeur déclarée ayant fait l'objet d'une déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du contenu;

2.7 lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour de dépôt de l'envoi.

3. Les Administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane lors de la vérification des envois soumis au contrôle douanier.

Article 36

Responsabilité de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un envoi de la poste aux lettres est responsable de tous les dommages causés aux autres envois postaux par suite de l'expédition d'objets non admis au transport ou de la non-observation des conditions d'admission.

2. L'expéditeur est responsable dans les mêmes limites que les Administrations postales.

3. L'expéditeur demeure responsable même si le bureau de dépôt accepte un tel envoi.

Artikel 35

Haftungsausschluß seitens der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen haften nicht für Einschreibsendungen, Sendungen mit Auslieferungsnachweis und Wertsendungen, die sie unter den in ihren Vorschriften für gleichartige Sendungen vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert haben. Die Haftung bleibt jedoch bestehen,

1.1 wenn eine Beraubung oder Beschädigung vor oder bei der Auslieferung der Sendung festgestellt wird;

1.2 wenn, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist, der Empfänger oder im Fall der Rücksendung an den Einlieferungsort der Absender bei der Entgegennahme einer beraubten oder beschädigten Sendung Vorbehalte macht;

1.3 wenn, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist, die Einschreibsendung über einen Briefkasten zugestellt wurde und der Empfänger beim Nachforschungsverfahren erklärt, daß er sie nicht erhalten hat;

1.4 wenn der Empfänger oder im Fall der Rücksendung an den Einlieferungsort der Absender eine Wertsendung zwar unbeanstandet angenommen hat, danach aber gegenüber der Verwaltung, die ihm die Sendung ausgeliefert hat, unverzüglich erklärt, daß er einen Schaden festgestellt hat. Er muß beweisen, daß die Sendung nicht erst nach der Auslieferung beraubt oder beschädigt wurde.

2. Die Postverwaltungen haften nicht

2.1 bei höherer Gewalt vorbehaltlich des Artikels 34 Absatz 1.2;

2.2 wenn sie über den Verbleib der Sendungen deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet wurden und ihre Haftpflicht nicht anderweitig nachgewiesen wurde;

2.3 wenn der Schaden auf ein schuldhaftes oder nachlässiges Verhalten des Absenders oder die Beschaffenheit des Inhalts zurückzuführen ist;

2.4 wenn der Inhalt der Sendungen unter die in Artikel 26 vorgesehenen Verbote fällt und diese Sendungen wegen ihres Inhalts von der zuständigen Behörde eingezogen oder vernichtet worden sind;

2.5 wenn die Sendung laut Mitteilung der Verwaltung des Bestimmungslandes nach den Rechtsvorschriften dieses Landes beschlagnahmt worden ist;

2.6 wenn bei Wertsendungen in betrügerischer Weise ein höherer als der tatsächliche Wert des Inhalts angegeben worden ist;

2.7 wenn der Absender innerhalb eines Jahres, vom Tag nach Einlieferung der Sendung an gerechnet, keinen Nachforschungsantrag gestellt hat.

3. Die Postverwaltungen übernehmen für Zollinhaltserklärungen, in welcher Form diese auch immer abgegeben werden, sowie für Entscheidungen, die Zolldienststellen bei der Prüfung der Zollkontrolle unterworfenen Sendungen treffen, keinerlei Verantwortung.

Artikel 36

Haftung des Absenders

1. Der Absender einer Briefsendung haftet für alle Schäden, die infolge der Versendung nicht zur Beförderung zugelassener Gegenstände oder der Nichtbeachtung der Zulassungsbedingungen an anderen Postsendungen verursacht werden.

2. Der Absender haftet im gleichen Umfang wie die Postverwaltungen.

3. Der Absender haftet auch dann, wenn das Einlieferungsamt eine solche Sendung zur Beförderung annimmt.

4. L'expéditeur n'est pas responsable s'il y a eu faute ou négligence des Administrations ou des transporteurs.

Article 37

Paiement de l'indemnité

1. Sous réserve du droit de recours contre l'Administration responsable, l'obligation de payer l'indemnité incombe, selon le cas, à l'Administration d'origine ou à l'Administration de destination. L'obligation de restituer les taxes pour les envois à livraison attestée incombe à l'Administration d'origine.

2. L'expéditeur a la faculté de se désister de ses droits à l'indemnité en faveur du destinataire. Inversement, le destinataire a la faculté de se désister de ses droits en faveur de l'expéditeur. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité si la législation intérieure le permet.

3. L'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, est autorisée à désintéresser l'ayant droit pour le compte de l'Administration qui, ayant participé au transport et régulièrement saisie, a laissé s'écouler deux mois sans donner de solution définitive à l'affaire ou sans avoir signalé:

3.1 que le dommage paraissait dû à un cas de force majeure;

3.2 que l'envoi avait été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu ou saisi en vertu de la législation du pays de destination.

4. L'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, est aussi autorisée à désintéresser l'ayant droit dans le cas où la formule de réclamation est insuffisamment remplie et a dû être retournée pour complément d'information, entraînant le dépassement du délai prévu sous 3.

Article 38

Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

1. Si, après paiement de l'indemnité, un envoi recommandé ou un envoi avec valeur déclarée ou une partie du contenu antérieurement considéré comme perdu est retrouvé, l'expéditeur ou, selon le cas, le destinataire est avisé que l'envoi est tenu à sa disposition pendant une période de trois mois, contre remboursement du montant de l'indemnité payée. Il lui est demandé, en même temps, à qui l'envoi doit être remis. En cas de refus ou de non-réponse dans le délai imparti, la même démarche est effectuée auprès du destinataire ou de l'expéditeur, selon le cas.

2. Si l'expéditeur et le destinataire renoncent à prendre livraison de l'envoi, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou, s'il y a lieu, des Administrations qui ont supporté le dommage.

3. En cas de découverte ultérieure d'un envoi avec valeur déclarée dont le contenu est reconnu comme étant de valeur inférieure au montant de l'indemnité payée, l'expéditeur doit rembourser le montant de cette indemnité contre remise de l'envoi, sans préjudice des conséquences découlant de la déclaration frauduleuse de valeur.

Chapitre 6

Courrier électronique

Article 39

Dispositions générales

1. Les Administrations postales peuvent convenir entre elles de participer aux services de courrier électronique.

4. Der Absender haftet nicht, wenn ein schuldhaftes oder nachlässiges Verhalten der Verwaltungen oder der Beförderungsunternehmen vorliegt.

Artikel 37

Zahlung der Entschädigung

1. Vorbehaltlich des Rückgriffsrechts gegen die haftende Verwaltung ist die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung zur Zahlung der Entschädigung verpflichtet. Bei Sendungen mit Auslieferungsnachweis muß die Einlieferungsverwaltung die Gebühren erstatten.

2. Der Absender kann seine Entschädigungsansprüche an den Empfänger abtreten. Umgekehrt kann auch der Empfänger seine Ansprüche an den Absender abtreten. Der Absender beziehungsweise der Empfänger kann einen Dritten bevollmächtigen, die Entschädigung in Empfang zu nehmen, sofern dies nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften möglich ist.

3. Die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung darf den Anspruchsberechtigten für Rechnung der an der Beförderung beteiligten und ordnungsgemäß mit der Angelegenheit befaßten Verwaltung entschädigen, wenn diese zwei Monate hat verstreichen lassen, ohne die Angelegenheit abschließend zu erledigen oder ohne mitgeteilt zu haben,

3.1 daß der Schaden offenbar auf höhere Gewalt zurückzuführen ist;

3.2 daß die Sendung von der zuständigen Behörde aufgrund ihres Inhalts zurückgehalten, eingezogen oder vernichtet oder nach den Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

4. Die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung darf den Anspruchsberechtigten auch entschädigen, wenn der Nachforschungsantrag unvollständig ausgefüllt ist und zwecks Vervollständigung der Angaben zurückgeschickt werden muß und dadurch die in Absatz 3 vorgesehene Frist überschritten wird.

Artikel 38

Eventuelle Zurückforderung der Entschädigung vom Absender beziehungsweise vom Empfänger

1. Wird eine ursprünglich als in Verlust geraten angesehenene Einschreib- oder Wertsendung oder ein Teil ihres Inhalts nach Zahlung der Entschädigung wieder aufgefunden, so wird dem Absender beziehungsweise dem Empfänger mitgeteilt, daß die Sendung gegen Zurückzahlung der gezahlten Entschädigung drei Monate lang für ihn bereitgehalten wird. Gleichzeitig wird er gefragt, wem die Sendung ausgehändigt werden soll. Erteilt er eine abschlägige Antwort oder antwortet er nicht fristgerecht, so wird der gleiche Schritt beim Empfänger beziehungsweise beim Absender unternommen.

2. Verzichten Absender und Empfänger auf die Übernahme der Sendung, so geht diese in das Eigentum der Verwaltung beziehungsweise der Verwaltungen über, die den Schaden getragen haben.

3. Wird eine Wertsendung nachträglich wieder aufgefunden und wird festgestellt, daß ihr Inhalt einen geringeren Wert hat als die gezahlte Entschädigung, so muß der Absender diese Entschädigung unbeschadet der sich aus der betrügerischen Wertangabe ergebenden Konsequenzen bei Aushändigung der Sendung zurückzahlen.

Kapitel 6

Elektronischer Briefdienst

Artikel 39

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Postverwaltungen können miteinander vereinbaren, am elektronischen Briefdienst teilzunehmen.

2. Le courrier électronique est un service postal qui utilise la voie des télécommunications pour transmettre, conformes à l'original et en quelques secondes, des messages reçus de l'expéditeur sous forme physique ou électronique et qui doivent être remis au destinataire sous forme physique ou électronique. Dans le cas de la remise sous forme physique, les informations sont en général transmises par voie électronique sur la plus grande distance possible et reproduites sous forme physique aussi près que possible du destinataire. Les messages sous forme physique sont remis sous pli au destinataire comme envoi de la poste aux lettres.

3. Les tarifs relatifs au courrier électronique sont fixés par les Administrations en considération des coûts et des exigences du marché.

Article 40

Services de télécopie

La gamme de services du type bureaufax permet de transmettre des textes et illustrations conformes à l'original, par télécopie.

Article 41

Services de téléimpression

La gamme de services permet la transmission de textes et d'illustrations générés par des installations d'informatique (PC, ordinateur central).

Troisième partie

Dispositions concernant la poste aux lettres: relations entre les Administrations postales

Chapitre 1

Traitement des envois de la poste aux lettres

Article 42

Objectifs en matière de qualité de service

1. Les Administrations doivent fixer un délai pour le traitement des envois prioritaires et envois-avion ainsi que pour celui des envois non prioritaires et de surface à destination ou en provenance de leur pays. Ce délai ne doit pas être moins favorable que celui appliqué aux envois comparables de leur service intérieur.

2. Les Administrations d'origine doivent publier les objectifs en matière de qualité de service pour les envois prioritaires et envois-avion à destination de l'étranger en prenant comme point de repère les délais fixés par les Administrations d'origine et de destination et comprenant le temps de transport.

3. Les Administrations postales entreprennent de vérifier périodiquement le respect des délais établis soit dans le cadre des enquêtes organisées par le Bureau international ou par les Unions restreintes, soit sur la base d'accords bilatéraux.

4. Il est également souhaitable que les Administrations postales vérifient périodiquement le respect des délais établis par le moyen d'autres systèmes de contrôle, notamment des contrôles externes.

5. Autant que possible, les Administrations appliquent des systèmes de contrôle de la qualité de service pour les dépêches de courrier international (aussi bien arrivant que partant); il s'agit d'une évaluation effectuée, dans la mesure du possible, à partir du dépôt jusqu'à la distribution (de bout en bout).

2. Der elektronische Briefdienst ist ein Postdienst; er benutzt Telekommunikationswege für die originalgetreue und sekundenschnelle Übermittlung von Nachrichten, die vom Absender körperlich oder elektronisch eingeliefert werden und dem Empfänger körperlich oder elektronisch ausgeliefert werden sollen. Bei der körperlichen Auslieferung werden die Informationen im allgemeinen möglichst weit elektronisch übermittelt und möglichst empfangernah körperlich wiedergegeben. Körperliche Mitteilungen werden dem Empfänger unter Umschlag als Briefsendung ausgeliefert.

3. Die Gebühren des elektronischen Briefdienstes werden von den Verwaltungen unter Berücksichtigung der Kosten und der Markterfordernisse festgesetzt.

Artikel 40

Fernkopierdienste

Das Leistungsangebot vom Typ Bureaufax ermöglicht die originalgetreue Übermittlung von Texten und Abbildungen als Fernkopie.

Artikel 41

Textbriefdienste

Das Leistungsangebot ermöglicht die Übermittlung mittels Datenverarbeitungsanlagen (PC, Großrechner) hergestellter Texte und Abbildungen.

Dritter Teil

Bestimmungen über die Briefpost: Beziehungen zwischen den Postverwaltungen

Kapitel 1

Behandlung von Briefsendungen

Artikel 42

Ziele im Bereich der Dienstqualität

1. Die Verwaltungen müssen eine Frist für die Bearbeitung von Vorrang- und Luftpostsendungen sowie von Nichtvorrangsendungen und Sendungen des Land-/Seewegs nach oder aus ihrem Land festlegen. Diese Frist darf nicht ungünstiger ausfallen als die für vergleichbare Sendungen ihres Inlandsdienstes geltende Frist.

2. Die Einlieferungsverwaltungen müssen die Ziele im Bereich der Dienstqualität für Vorrangsendungen und Luftpostsendungen nach dem Ausland veröffentlichen und dabei von den Fristen ausgehen, die die Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltungen festgelegt haben und die die Beförderungszeiten mit einschließen.

3. Die Postverwaltungen prüfen in regelmäßigen Abständen nach, ob die vorgegebenen Fristen eingehalten werden, und zwar entweder im Rahmen der vom Internationalen Büro oder von den Engeren Vereinen durchgeführten Ermittlungen oder auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen.

4. Es ist ebenfalls anzustreben, daß die Postverwaltungen in regelmäßigen Abständen die Einhaltung der vorgegebenen Fristen mittels anderer Kontrollsysteme prüfen, insbesondere durch externe Kontrollen.

5. Nach Möglichkeit setzen die Verwaltungen Systeme zur Kontrolle der Dienstqualität für Kartenschlüsse mit Auslandspost (beim Eingang und Abgang) ein; hierbei soll möglichst die Laufzeit von der Einlieferung bis zur Zustellung (von Ende zu Ende) gemessen werden.

6. Tous les Pays-membres fournissent au Bureau international des informations actualisées sur les derniers délais d'admission (heures limites de dépôt), qui leur servent de référence dans l'exploitation de leur service postal international.

7. Autant que possible, des informations doivent être fournies séparément pour les flux de courrier prioritaire et non prioritaire.

Article 43

Echange des envois

1. Les Administrations peuvent s'expédier réciproquement, par l'intermédiaire d'une ou de plusieurs d'entre elles, aussi bien des dépêches closes que des envois à découvert, suivant les besoins et les convenances du service.

2. Lorsque le transport en transit de courrier à travers un pays a lieu sans participation de l'Administration postale de ce pays, cette dernière doit en être informée d'avance. Cette forme de transit n'engage pas la responsabilité de l'Administration postale du pays de transit.

3. Les Administrations ont la faculté d'expédier par avion, avec priorité réduite, les dépêches de courrier de surface, sous réserve de l'accord des Administrations qui reçoivent ces dépêches dans les aéroports de leur pays.

4. Les échanges se déroulent sur la base des dispositions du Règlement.

Article 44

Echange de dépêches closes avec des unités militaires

1. Des dépêches closes peuvent être échangées par l'intermédiaire des services territoriaux, maritimes ou aériens d'autres pays:

1.1 entre les bureaux de poste de l'un des Pays-membres et les commandants des unités militaires mises à la disposition de l'Organisation des Nations Unies;

1.2 entre les commandants de ces unités militaires;

1.3 entre les bureaux de poste de l'un des Pays-membres et les commandants de divisions navales ou aériennes, de navires de guerre ou avions militaires de ce même pays en station à l'étranger;

1.4 entre les commandants de divisions navales ou aériennes, de navires de guerre ou avions militaires du même pays.

2. Les envois de la poste aux lettres compris dans les dépêches visées sous 1 doivent être exclusivement à l'adresse ou en provenance des membres des unités militaires ou des états-majors et des équipages des navires ou avions de destination ou expéditeurs des dépêches. Les tarifs et les conditions d'envoi qui leur sont applicables sont déterminés, d'après sa réglementation, par l'Administration postale du pays qui a mis à disposition l'unité militaire ou auquel appartiennent les navires ou les avions.

3. Sauf entente spéciale, l'Administration du pays qui a mis à disposition l'unité militaire ou dont relèvent les navires de guerre ou avions militaires est redevable, envers les Administrations concernées, des frais de transit des dépêches, des frais terminaux et des frais de transport aérien.

Article 45

Suspension temporaire de services

Lorsque des circonstances extraordinaires obligent une Administration postale à suspendre temporairement et d'une manière générale ou partielle l'exécution de services, elle doit informer immédiatement les Administrations intéressées.

6. Alle Mitgliedsländer liefern dem Internationalen Büro aktualisierte Informationen über die Annahmeschlusszeiten (Einlieferungsschlusszeiten), auf die sie sich beim Betrieb ihres Auslands-postdienstes beziehen.

7. Nach Möglichkeit sind getrennte Informationen für Vorrangsendungs- und Nichtvorrangsendungsströme zu liefern.

Artikel 43

Austausch der Sendungen

1. Die Verwaltungen können je nach Bedarf und dienstlichen Erfordernissen sowohl Kartenschlüsse als auch Sendungen des offenen Durchgangs durch Vermittlung einer oder mehrerer anderer Verwaltungen miteinander austauschen.

2. Wird Post durch ein Land befördert, ohne daß die Postverwaltung dieses Landes daran beteiligt ist, so ist diese vorher davon zu unterrichten. Für diese Art des Durchgangs übernimmt die Postverwaltung des Durchgangslandes keine Haftung.

3. Die Verwaltungen können Kartenschlüsse mit Post des Land-/Seewegs vorbehaltlich der Zustimmung der Verwaltungen, die diese Kartenschlüsse auf den Flughäfen ihres Landes übernehmen, mit eingeschränktem Vorrang auf dem Luftweg versenden.

4. Der Austausch erfolgt auf der Grundlage der Bestimmungen der Vollzugsordnung.

Artikel 44

Austausch von Kartenschlüssen mit Militäreinheiten

1. Kartenschlüsse können über die Land-, See- oder Luftverbindungen anderer Länder ausgetauscht werden

1.1 zwischen den Postämtern eines Mitgliedslandes und den Befehlshabern der der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheiten;

1.2 zwischen den Befehlshabern dieser Militäreinheiten;

1.3 zwischen den Postämtern eines Mitgliedslandes und den Befehlshabern im Ausland stationierter See- oder Luftgeschwader, Kriegsschiffe oder Militärflugzeuge desselben Landes;

1.4 zwischen den Befehlshabern von See- oder Luftgeschwadern, Kriegsschiffen oder Militärflugzeugen desselben Landes.

2. Die in den Kartenschlüssen nach Absatz 1 enthaltenen Briefsendungen dürfen ausschließlich an Angehörige der Militäreinheiten oder an die Stäbe und Besatzungen der die Kartenschlüsse empfangenden oder absendenden Schiffe beziehungsweise Flugzeuge gerichtet sein oder von ihnen stammen. Die hierfür geltenden Gebühren und Versandbedingungen werden von der Postverwaltung des Landes, das die Militäreinheit zur Verfügung gestellt hat oder dem die Schiffe oder Flugzeuge gehören, nach ihren Vorschriften festgesetzt.

3. Wenn nichts anderes vereinbart worden ist, schuldet die Verwaltung des Landes, das die Militäreinheit zur Verfügung gestellt hat oder dem die Kriegsschiffe oder Militärflugzeuge gehören, den betreffenden Verwaltungen für die Kartenschlüsse Durchgangvergütungen, Endvergütungen und Luftbeförderungskosten.

Artikel 45

Vorübergehende Einstellung von Diensten

Ist eine Postverwaltung durch außergewöhnliche Umstände gezwungen, die Ausführung von Diensten vorübergehend ganz oder teilweise einzustellen, so muß sie die beteiligten Verwaltungen unverzüglich hiervon unterrichten.

Chapitre 2**Traitement des cas de responsabilité****Article 46****Détermination de la responsabilité
entre les Administrations postales**

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration postale qui, ayant reçu l'envoi sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens réglementaires d'investigation, ne peut établir ni la remise au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre Administration.

2. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite en cours de transport sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage à parts égales.

3. La responsabilité d'une Administration à l'égard des autres Administrations n'est en aucun cas engagée au-delà du maximum de déclaration de valeur qu'elle a adopté.

4. Les Administrations postales qui n'assurent pas le service des envois avec valeur déclarée assument, pour de tels envois transportés en dépêches closes, la responsabilité prévue pour les envois recommandés. Cette disposition s'applique également lorsque les Administrations postales n'acceptent pas la responsabilité des valeurs pour les transports effectués à bord des navires ou des avions qu'elles utilisent.

5. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite sur le territoire ou dans le service d'une Administration intermédiaire qui n'assure pas le service des envois avec valeur déclarée, l'Administration d'origine supporte le dommage non couvert par l'Administration intermédiaire. La même règle est applicable si le montant du dommage est supérieur au maximum de valeur déclarée adopté par l'Administration intermédiaire.

6. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des Administrations responsables de la perte, de la spoliation ou de l'avarie.

7. L'Administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, dans les droits de la personne qui l'a reçue pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

Chapitre 3**Frais de transit et frais terminaux****Article 47****Frais de transit**

1. Sous réserve de l'article 50, les dépêches closes échangées entre deux Administrations ou entre deux bureaux du même pays au moyen des services d'une ou de plusieurs autres Administrations (services tiers) sont soumises au paiement des frais de transit. Ceux-ci constituent une rétribution pour les prestations concernant le transit territorial et le transit maritime.

2. Les envois à découvert peuvent également être soumis à des frais de transit. Les modalités d'application ressortent du Règlement.

Article 48**Barèmes des frais de transit**

1. Les frais de transit sont calculés d'après les barèmes indiqués dans le tableau ci-après:

Kapitel 2**Behandlung von Haftungsfällen****Artikel 46****Feststellung der Haftung
zwischen den Postverwaltungen**

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet diejenige Postverwaltung, welche die Sendung unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorgeschriebenen Nachforschungsunterlagen gelangt ist, aber weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsgemäße Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Ist der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung während der Beförderung eingetreten, ohne daß das Land festgestellt werden kann, in dessen Hoheitsgebiet oder Dienstbereich sich der Vorfall ereignet hat, so tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen.

3. Die Haftung einer Verwaltung gegenüber den anderen Verwaltungen geht keinesfalls über den von ihr festgesetzten Höchstbetrag der Wertangabe hinaus.

4. Postverwaltungen, die keinen Wertdienst ausführen, haften für in Kartenschlüssen beförderte Wertsendungen in demselben Umfang wie für Einschreibsendungen. Diese Bestimmung gilt auch, wenn die Postverwaltungen keine Haftung für Wertsendungen übernehmen, die mit den von ihnen benutzten Schiffen oder Flugzeugen befördert werden.

5. Ist der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung im Hoheitsgebiet oder Dienstbereich einer Durchgangsverwaltung eingetreten, die keinen Wertdienst ausführt, so trägt die Einlieferungsverwaltung den von der Durchgangsverwaltung nicht gedeckten Schaden. Diese Regelung gilt auch, wenn der Schaden über den von der Durchgangsverwaltung festgesetzten Höchstbetrag der Wertangabe hinausgeht.

6. Zölle und andere Abgaben, die nicht niedergeschlagen werden konnten, gehen zu Lasten der Verwaltungen, die für den Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung haften.

7. Die Verwaltung, die die Entschädigung gezahlt hat, tritt hinsichtlich aller möglichen Ansprüche gegen Empfänger, Absender oder Dritte bis zur Höhe dieser Entschädigung in die Rechte desjenigen ein, der die Entschädigung erhalten hat.

Kapitel 3**Durchgangs- und Endvergütungen****Artikel 47****Durchgangsvergütungen**

1. Vorbehaltlich des Artikels 50 sind für Kartenschlüsse, die zwischen zwei Verwaltungen oder zwischen zwei Ämtern desselben Landes durch Vermittlung einer oder mehrerer anderer Verwaltungen (Dienste Dritter) ausgetauscht werden, Durchgangsvergütungen zu zahlen. Hierbei handelt es sich um ein Entgelt für die im Zusammenhang mit dem Land- und Seedurchgang erbrachten Leistungen.

2. Auch Sendungen des offenen Durchgangs können Durchgangsvergütungen unterworfen werden. Einzelheiten dazu sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Artikel 48**Durchgangsvergütungssätze**

1. Die Durchgangsvergütungen werden nach den in der folgenden Übersicht angegebenen Sätzen berechnet.

Parcours		Frais par kg brut	
1		2	
		DTS	
1.1 Parcours territoriaux exprimés en kilomètres			
Jusqu'à	100	0,14	
Au-delà de	100 jusqu'à 200	0,17	
Au-delà de	200 jusqu'à 300	0,20	
Au-delà de	300 jusqu'à 400	0,22	
Au-delà de	400 jusqu'à 500	0,24	
Au-delà de	500 jusqu'à 600	0,26	
Au-delà de	600 jusqu'à 700	0,27	
Au-delà de	700 jusqu'à 800	0,29	
Au-delà de	800 jusqu'à 900	0,31	
Au-delà de	900 jusqu'à 1000	0,32	
Au-delà de	1000 jusqu'à 1100	0,34	
Au-delà de	1100 jusqu'à 1200	0,35	
Au-delà de	1200 jusqu'à 1300	0,37	
Au-delà de	1300 jusqu'à 1500	0,39	
Au-delà de	1500 jusqu'à 2000	0,43	
Au-delà de	2000 jusqu'à 2500	0,49	
Au-delà de	2500 jusqu'à 2750	0,53	
Au-delà de	2750 jusqu'à 3000	0,56	
Au-delà de	3000 jusqu'à 4000	0,62	
Au-delà de	4000 jusqu'à 5000	0,72	
Au-delà de	5000 jusqu'à 6000	0,81	
Au-delà de	6000 jusqu'à 7000	0,89	
Au-delà de	7000 jusqu'à 8000	0,97	
Au-delà de	8000 jusqu'à 9000	1,05	
Au-delà de	9000 jusqu'à 10000	1,12	
Au-delà de	10000 jusqu'à 11000	1,19	
Au-delà de	11000 jusqu'à 12000	1,26	
Au-delà de	12000 jusqu'à 13000	1,32	
Au-delà de	13000 jusqu'à 14000	1,39	
Au-delà de	14000	1,45	
1.2 Parcours maritimes			
exprimés en milles marins		exprimés en kilomètres	
		après conversion sur la base de	
		1 mille marin = 1,852 km	
Jusqu'à	100	185	0,17
Au-delà de	100 jusqu'à 200	Au-delà de 185 jusqu'à 370	0,19
Au-delà de	200 jusqu'à 300	Au-delà de 370 jusqu'à 556	0,21
Au-delà de	300 jusqu'à 400	Au-delà de 556 jusqu'à 741	0,22
Au-delà de	400 jusqu'à 500	Au-delà de 741 jusqu'à 926	0,23
Au-delà de	500 jusqu'à 600	Au-delà de 926 jusqu'à 1111	0,24
Au-delà de	600 jusqu'à 700	Au-delà de 1111 jusqu'à 1296	0,24
Au-delà de	700 jusqu'à 800	Au-delà de 1296 jusqu'à 1482	0,25
Au-delà de	800 jusqu'à 900	Au-delà de 1482 jusqu'à 1667	0,25
Au-delà de	900 jusqu'à 1000	Au-delà de 1667 jusqu'à 1852	0,26
Au-delà de	1000 jusqu'à 1100	Au-delà de 1852 jusqu'à 2037	0,26
Au-delà de	1100 jusqu'à 1200	Au-delà de 2037 jusqu'à 2222	0,27
Au-delà de	1200 jusqu'à 1300	Au-delà de 2222 jusqu'à 2408	0,27
Au-delà de	1300 jusqu'à 1500	Au-delà de 2408 jusqu'à 2778	0,28
Au-delà de	1500 jusqu'à 2000	Au-delà de 2778 jusqu'à 3704	0,29
Au-delà de	2000 jusqu'à 2500	Au-delà de 3704 jusqu'à 4630	0,31
Au-delà de	2500 jusqu'à 2750	Au-delà de 4630 jusqu'à 5093	0,32
Au-delà de	2750 jusqu'à 3000	Au-delà de 5093 jusqu'à 5556	0,32
Au-delà de	3000 jusqu'à 4000	Au-delà de 5556 jusqu'à 7408	0,34
Au-delà de	4000 jusqu'à 5000	Au-delà de 7408 jusqu'à 9260	0,36
Au-delà de	5000 jusqu'à 6000	Au-delà de 9260 jusqu'à 11112	0,38
Au-delà de	6000 jusqu'à 7000	Au-delà de 11112 jusqu'à 12964	0,40
Au-delà de	7000 jusqu'à 8000	Au-delà de 12964 jusqu'à 14816	0,41
Au-delà de	8000 jusqu'à 9000	Au-delà de 14816 jusqu'à 16668	0,42
Au-delà de	9000 jusqu'à 10000	Au-delà de 16668 jusqu'à 18520	0,43
Au-delà de	10000 jusqu'à 11000	Au-delà de 18520 jusqu'à 20372	0,45
Au-delà de	11000 jusqu'à 12000	Au-delà de 20372 jusqu'à 22224	0,46
Au-delà de	12000 jusqu'à 13000	Au-delà de 22224 jusqu'à 24076	0,47
Au-delà de	13000 jusqu'à 14000	Au-delà de 24076 jusqu'à 25928	0,48
Au-delà de	14000	Au-delà de 25928	0,49

Beförderungsstrecke	Vergütung je kg Bruttogewicht
1	2

1.1 Landbeförderungsstrecken in Kilometern	SZR
bis 100	0,14
über 100 bis 200	0,17
über 200 bis 300	0,20
über 300 bis 400	0,22
über 400 bis 500	0,24
über 500 bis 600	0,26
über 600 bis 700	0,27
über 700 bis 800	0,29
über 800 bis 900	0,31
über 900 bis 1000	0,32
über 1000 bis 1100	0,34
über 1100 bis 1200	0,35
über 1200 bis 1300	0,37
über 1300 bis 1500	0,39
über 1500 bis 2000	0,43
über 2000 bis 2500	0,49
über 2500 bis 2750	0,53
über 2750 bis 3000	0,56
über 3000 bis 4000	0,62
über 4000 bis 5000	0,72
über 5000 bis 6000	0,81
über 6000 bis 7000	0,89
über 7000 bis 8000	0,97
über 8000 bis 9000	1,05
über 9000 bis 10000	1,12
über 10000 bis 11000	1,19
über 11000 bis 12000	1,26
über 12000 bis 13000	1,32
über 13000 bis 14000	1,39
über 14000	1,45

1.2 Seebeförderungsstrecken in Seemeilen

in Kilometern nach Umrechnung
auf der Grundlage von
1 Seemeile = 1,852 km

bis 100	bis 185	0,17
über 100 bis 200	über 185 bis 370	0,19
über 200 bis 300	über 370 bis 556	0,21
über 300 bis 400	über 556 bis 741	0,22
über 400 bis 500	über 741 bis 926	0,23
über 500 bis 600	über 926 bis 1111	0,24
über 600 bis 700	über 1111 bis 1296	0,24
über 700 bis 800	über 1296 bis 1482	0,25
über 800 bis 900	über 1482 bis 1667	0,25
über 900 bis 1000	über 1667 bis 1852	0,26
über 1000 bis 1100	über 1852 bis 2037	0,26
über 1100 bis 1200	über 2037 bis 2222	0,27
über 1200 bis 1300	über 2222 bis 2408	0,27
über 1300 bis 1500	über 2408 bis 2778	0,28
über 1500 bis 2000	über 2778 bis 3704	0,29
über 2000 bis 2500	über 3704 bis 4630	0,31
über 2500 bis 2750	über 4630 bis 5093	0,32
über 2750 bis 3000	über 5093 bis 5556	0,32
über 3000 bis 4000	über 5556 bis 7408	0,34
über 4000 bis 5000	über 7408 bis 9260	0,36
über 5000 bis 6000	über 9260 bis 11112	0,38
über 6000 bis 7000	über 11112 bis 12964	0,40
über 7000 bis 8000	über 12964 bis 14816	0,41
über 8000 bis 9000	über 14816 bis 16668	0,42
über 9000 bis 10000	über 16668 bis 18520	0,43
über 10000 bis 11000	über 18520 bis 20372	0,45
über 11000 bis 12000	über 20372 bis 22224	0,46
über 12000 bis 13000	über 22224 bis 24076	0,47
über 13000 bis 14000	über 24076 bis 25928	0,48
über 14000	über 25928	0,49

2. Le Conseil d'exploitation postale est autorisé à réviser et à modifier les barèmes mentionnés sous 1 dans l'intervalle entre deux Congrès. La révision, qui pourra être faite grâce à une méthodologie qui assure une rémunération équitable aux Administrations effectuant des opérations de transit, devra s'appuyer sur des données économiques et financières fiables et représentatives. La modification éventuelle qui pourra être décidée entrera en vigueur à une date fixée par le Conseil d'exploitation postale.

Article 49

Frais terminaux

1. Sous réserve de l'article 50, chaque Administration qui reçoit d'une autre Administration des envois de la poste aux lettres a le droit de percevoir de l'Administration expéditrice une rémunération pour les frais occasionnés par le courrier international reçu.

2. Rémunération

2.1 La rémunération pour les envois de la poste aux lettres, à l'exclusion des sacs M, est de 3,427 DTS par kilogramme.

2.2 Pour les sacs M, le taux à appliquer est de 0,653 DTS par kilogramme.

2.2.1 Les sacs M de moins de 5 kilogrammes sont considérés comme pesant 5 kilogrammes pour la rémunération des frais terminaux.

3. Mécanisme de révision

3.1 Lorsque, dans une relation donnée, une Administration expéditrice ou destinataire d'un flux de courrier de plus de 150 tonnes par an (sacs M exclus) constate que le nombre moyen d'envois contenus dans un kilogramme de courrier expédié ou reçu s'écarte de la moyenne mondiale de 17,26 envois, elle peut obtenir la révision du taux si, par rapport à cette moyenne mondiale:

3.1.1 le nombre d'envois est supérieur à 21 ou

3.1.2 le nombre d'envois est inférieur à 14.

3.1.3 Dans le cas prévu sous 3.1.2, la révision n'est pas applicable si le flux en question est destiné à un pays en développement figurant dans la liste retenue à cet effet par le Congrès.

3.1.4 Lorsqu'une Administration demande l'application de la révision prévue sous 3.1, l'Administration correspondante peut également le faire, même si le flux dans l'autre sens est inférieur à 150 tonnes par an.

3.1.4.1 Les dispositions prévues sous 3.1.4 ne s'appliquent pas aux pays en développement figurant dans la liste retenue à cet effet par le Congrès.

3.2 La révision est effectuée selon les conditions précisées au Règlement.

4. Courrier en nombre

4.1 Pour le courrier en nombre, l'Administration de destination peut demander une rémunération spécifique selon l'une des formules suivantes:

4.1.1 application des taux moyens mondiaux de 0,14 DTS par envoi et de 1 DTS par kilogramme;

4.1.2 application des taux par envoi et par kilogramme reflétant les coûts de traitement dans le pays de destination. Ces coûts doivent être en relation avec les tarifs intérieurs selon les conditions précisées au Règlement.

4.2 Sous réserve des dispositions mentionnées sous 3.1.3, lorsqu'une Administration de destination demande la rémunération spécifique pour le courrier en nombre, l'Administration expéditrice est habilitée à demander que le reste du flux soit soumis à la révision prévue sous 3.1.

2. Der Rat für Postbetrieb darf die in Absatz 1 genannten Sätze in der Zeit zwischen zwei Kongressen überprüfen und ändern. Die Überprüfung kann nach einem Verfahren erfolgen, das den Verwaltungen, die Durchgangsleistungen erbringen, eine angemessene Vergütung sichert; sie muß sich auf zuverlässige und aussagefähige wirtschaftliche und finanzielle Daten stützen. Eine möglicherweise beschlossene Änderung tritt zu einem vom Rat für Postbetrieb festgesetzten Zeitpunkt in Kraft.

Artikel 49

Endvergütungen

1. Vorbehaltlich des Artikels 50 ist jede Verwaltung, die von einer anderen Verwaltung Briefsendungen erhält, berechtigt, von der Absenderverwaltung eine Vergütung für die Kosten zu verlangen, die ihr durch die eingegangene Auslandspost entstehen.

2. Vergütung

2.1 Die Vergütung für Briefsendungen mit Ausnahme von M-Beuteln beträgt 3,427 SZR je Kilogramm.

2.2 Für M-Beutel gilt ein Vergütungssatz von 0,653 SZR je Kilogramm.

2.2.1 Im Hinblick auf die Abgeltung der Endvergütungen wird bei M-Beuteln unter 5 Kilogramm ein Gewicht von 5 Kilogramm unterstellt.

3. Überprüfungsverfahren

3.1 Stellt in einer gegebenen Verkehrsbeziehung eine Verwaltung, die jährlich mehr als 150 Tonnen Briefpost (ausgenommen M-Beutel) absendet oder erhält, fest, daß die durchschnittliche Anzahl der in einem Kilogramm abgesandter oder erhaltener Briefpost enthaltenen Sendungen von dem weltweiten Durchschnitt von 17,26 Sendungen abweicht, so kann sie die Überprüfung des Vergütungssatzes herbeiführen, wenn gegenüber diesem weltweiten Durchschnitt

3.1.1 die Anzahl der Sendungen über 21 liegt oder

3.1.2 die Anzahl der Sendungen unter 14 liegt.

3.1.3 In dem in Absatz 3.1.2 vorgesehenen Fall findet keine Überprüfung statt, wenn es sich um einen Verkehrsstrom nach einem Entwicklungsland handelt, das in der vom Kongreß zu diesem Zweck aufgestellten Liste aufgeführt ist.

3.1.4 Verlangt eine Verwaltung die in Absatz 3.1 vorgesehene Überprüfung, so kann die Partnerverwaltung dasselbe verlangen, auch wenn der Verkehrsstrom in der anderen Richtung unter 150 Tonnen pro Jahr liegt.

3.1.4.1 Die in Absatz 3.1.4 vorgesehenen Bestimmungen gelten nicht für die Entwicklungsländer, die in der vom Kongreß zu diesem Zweck aufgestellten Liste aufgeführt sind.

3.2 Die Überprüfung erfolgt unter den in der Vollzugsordnung im einzelnen festgelegten Bedingungen.

4. Massensendungen

4.1 Für Massensendungen kann die Bestimmungsverwaltung eine besondere Vergütung nach einem der folgenden Verfahren verlangen:

4.1.1 Anwendung der weltweiten Durchschnittsvergütungssätze von 0,14 SZR je Sendung und 1 SZR je Kilogramm;

4.1.2 Anwendung der Vergütungssätze je Sendung und je Kilogramm, die sich an den Bearbeitungskosten im Bestimmungsland orientieren. Diese Kosten müssen nach den in der Vollzugsordnung festgelegten Bedingungen mit den Inlandsgebühren in Beziehung stehen.

4.2 Vorbehaltlich der in Absatz 3.1.3 genannten Bestimmungen ist in dem Fall, in dem eine Bestimmungsverwaltung die besondere Vergütung für Massensendungen verlangt, die Absenderverwaltung berechtigt zu verlangen, daß der verbleibende Verkehrsstrom der in Absatz 3.1 vorgesehenen Überprüfung unterzogen wird.

5. Le Conseil d'exploitation postale est autorisé à modifier les rémunérations mentionnées sous 2 et 4.1.1 dans l'intervalle entre deux Congrès. La révision qui pourrait être faite devra s'appuyer sur des données économiques et financières fiables et représentatives. La modification éventuelle qui pourrait être décidée entrera en vigueur à une date fixée par le Conseil d'exploitation postale. Ce dernier est également autorisé à définir les modalités de mise en œuvre du système de rémunération mentionné sous 4.1.2.

6. Toute Administration peut renoncer totalement ou partiellement à la rémunération prévue sous 1.

7. Les Administrations intéressées peuvent, par accord bilatéral ou multilatéral, appliquer d'autres systèmes de rémunération pour le règlement des comptes au titre des frais terminaux.

Article 50

Exemption de frais de transit et de frais terminaux

Sont exempts des frais de transit territorial ou maritime et des frais terminaux les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal mentionnés à l'article 7.2.2, les envois postaux non distribués retournés à l'origine dans des dépêches closes, ainsi que les envois de sacs postaux vides.

Article 51

Décompte des frais de transit et des frais terminaux

1. Frais de transit

1.1 Le décompte des frais de transit du courrier de surface est établi annuellement par l'Administration de transit pour chaque Administration d'origine. Il se fonde sur le poids des dépêches reçues en transit expédiées pendant l'année considérée. Les barèmes fixés à l'article 48 sont appliqués.

1.2 Les frais de transit sont à la charge de l'Administration d'origine des dépêches. Ils sont payables, sous réserve de l'exception prévue sous 1.4, aux Administrations des pays traversés ou dont les services participent au transport territorial ou maritime des dépêches.

1.3 Lorsque l'Administration du pays traversé ne participe pas au transport territorial ou maritime des dépêches, les frais de transit correspondants sont payables à l'Administration de destination si celle-ci supporte les coûts afférents à ce transit.

1.4 Les frais de transport maritime des dépêches en transit peuvent être réglés directement entre les Administrations postales d'origine des dépêches et les compagnies de navigation maritime ou leurs agents. L'Administration postale du port d'embarquement concerné doit donner son accord préalable.

1.5 L'Administration débitrice est exonérée du paiement des frais de transit lorsque le solde annuel ne dépasse pas 163,35 DTS.

2. Frais terminaux

2.1 Pour les envois de la poste aux lettres, à l'exception des sacs M, le décompte des frais terminaux est établi annuellement par l'Administration créancière d'après le poids réel des dépêches reçues de l'année considérée. Les taux fixés à l'article 49 sont appliqués.

2.2 Pour les sacs M, le décompte des frais terminaux est établi annuellement par l'Administration créancière d'après le poids soumis aux frais terminaux selon les conditions fixées à l'article 49.

2.3 Pour permettre de déterminer le poids annuel, les Administrations d'origine des dépêches doivent indiquer en permanence pour chaque dépêche:

– le poids du courrier (sacs M exclus);

5. Der Rat für Postbetrieb darf die in den Absätzen 2 und 4.1.1 genannten Vergütungen in der Zeit zwischen zwei Kongressen ändern. Die eventuell durchgeführte Überprüfung muß sich auf zuverlässige und aussagefähige wirtschaftliche und finanzielle Daten stützen. Eine möglicherweise beschlossene Änderung tritt zu einem vom Rat für Postbetrieb festgesetzten Zeitpunkt in Kraft. Dieser darf auch das Verfahren für die Anwendung des in Absatz 4.1.2 genannten Vergütungssystems im einzelnen festlegen.

6. Jede Verwaltung kann ganz oder teilweise auf die in Absatz 1 vorgesehene Vergütung verzichten.

7. Die beteiligten Verwaltungen können auf der Grundlage zwei- oder mehrseitiger Vereinbarungen bei der Abrechnung der Endvergütungen andere Vergütungssysteme anwenden.

Artikel 50

Befreiung von Durchgangs- und Endvergütungen

Postdienstliche Briefsendungen nach Artikel 7 Absatz 2.2, in Kartenschlüssen an den Eintiefungsort zurückgesandte nicht zugestellte Postsendungen sowie Versande mit leeren Postbeuteln sind von Land- und Seedurchgangsvergütungen sowie Endvergütungen befreit.

Artikel 51

Abrechnung der Durchgangs- und Endvergütungen

1. Durchgangsvergütungen

1.1 Die Abrechnung der Durchgangsvergütungen für Briefpost des Land-/Seewegs wird jährlich von der Durchgangsverwaltung für jede einzelne Absenderverwaltung erstellt. Sie gründet sich auf das Gewicht der während des gesamten Jahres abgesandten Kartenschlüsse, die ihr im Durchgang zugegangen sind. Es gelten die in Artikel 48 festgelegten Vergütungssätze.

1.2 Die Durchgangsvergütungen gehen zu Lasten der Absenderverwaltung der Kartenschlüsse. Vorbehaltlich der in Absatz 1.4 vorgesehenen Ausnahme sind sie an die Verwaltungen der Durchgangsländer beziehungsweise der Länder zu zahlen, deren Dienste an der Land- oder Seebeförderung der Kartenschlüsse beteiligt sind.

1.3 Ist die Verwaltung des Durchgangslandes an der Land- oder Seebeförderung der Kartenschlüsse nicht beteiligt, so sind die entsprechenden Durchgangsvergütungen an die Bestimmungsverwaltung zu zahlen, wenn diese die mit diesem Durchgang verbundenen Kosten trägt.

1.4 Die Seebeförderungskosten für Durchgangskartenschlüsse können unmittelbar zwischen den Absenderpostverwaltungen der Kartenschlüsse und den Reedereien oder deren Agenten abgerechnet werden. Die für den betreffenden Verschiffungshafen zuständige Postverwaltung muß dazu vorher ihre Zustimmung gegeben haben.

1.5 Die Schuldnerverwaltung braucht keine Durchgangsvergütungen zu zahlen, wenn der jährliche Saldo 163,35 SZR nicht übersteigt.

2. Endvergütungen

2.1 Die Abrechnung der Endvergütungen für Briefsendungen mit Ausnahme von M-Beuteln wird jährlich von der Gläubigerverwaltung anhand des tatsächlichen Gewichts der während des betreffenden Jahres eingegangenen Kartenschlüsse erstellt. Es gelten die in Artikel 49 festgelegten Vergütungssätze.

2.2 Die Abrechnung der Endvergütungen für M-Beutel wird jährlich von der Gläubigerverwaltung anhand des endvergütungspflichtigen Gewichts nach den in Artikel 49 festgelegten Bedingungen erstellt.

2.3 Damit das jährliche Gewicht ermittelt werden kann, müssen die Absenderverwaltungen der Kartenschlüsse laufend für jeden Kartenschluß

– das Gewicht der Briefpost (ausgenommen M-Beutel),

- le poids des sacs M de plus de 5 kilogrammes;
- le nombre de sacs M jusqu'à 5 kilogrammes.

2.4 Lorsqu'il s'avère nécessaire de déterminer le nombre et le poids des envois en nombre, les modalités indiquées dans le Règlement pour cette catégorie de courrier sont appliquées.

2.5 Les Administrations intéressées peuvent convenir de décompter les frais terminaux dans leurs relations réciproques par des méthodes statistiques différentes. Elles peuvent également convenir d'une périodicité autre que celles prévues dans le Règlement pour la période de statistique.

2.6 L'Administration débitrice est exonérée du paiement des frais terminaux lorsque le solde annuel ne dépasse pas 326,70 DTS.

3. Toute Administration est autorisée à soumettre à l'appréciation d'une commission d'arbitres les résultats annuels qui, d'après elle, diffèreraient trop de la réalité. Cet arbitrage est constitué ainsi qu'il est prévu à l'article 128 du Règlement général. Les arbitres ont le droit de fixer en bonne justice le montant des frais de transit ou des frais terminaux à payer.

Chapitre 4 Frais de transport aérien

Article 52 Principes généraux

1. Les frais de transport pour tout le parcours aérien sont:

1.1 lorsqu'il s'agit de dépêches closes, à la charge de l'Administration du pays d'origine;

1.2 lorsqu'il s'agit d'envois prioritaires et d'envois-avion en transit à découvert, y compris ceux qui sont mal acheminés, à la charge de l'Administration qui remet les envois à une autre Administration.

2. Ces mêmes règles sont applicables aux dépêches-avion, aux envois prioritaires et aux envois-avion en transit à découvert exempts de frais de transit.

3. Chaque Administration de destination qui assure le transport aérien du courrier international à l'intérieur de son pays a droit au remboursement des coûts supplémentaires occasionnés par ce transport, pourvu que la distance moyenne pondérée des parcours effectués dépasse 300 kilomètres. Sauf accord prévoyant la gratuité, les frais doivent être uniformes pour toutes les dépêches prioritaires et les dépêches-avion provenant de l'étranger, que ce courrier soit réacheminé ou non par voie aérienne.

4. Cependant, lorsque la compensation des frais terminaux perçue par l'Administration de destination est fondée spécifiquement sur les coûts ou sur les tarifs intérieurs, aucun remboursement supplémentaire au titre des frais de transport aérien intérieur n'est effectué.

5. L'Administration de destination exclut, en vue du calcul de la distance moyenne pondérée, le poids de toutes les dépêches pour lesquelles le calcul de la compensation des frais terminaux est spécifiquement fondé sur les coûts ou sur les tarifs intérieurs de l'Administration de destination.

6. Sauf entente spéciale entre les Administrations intéressées, l'article 48 s'applique aux dépêches-avion pour leurs parcours territoriaux ou maritimes éventuels. Toutefois, ne donnent lieu à aucun paiement de frais de transit:

6.1 le transbordement des dépêches-avion entre deux aéroports desservant une même ville;

- das Gewicht der M-Beutel über 5 Kilogramm,
- die Anzahl der M-Beutel bis 5 Kilogramm angeben.

2.4 Erweist es sich als erforderlich, Anzahl und Gewicht von Massensendungen zu ermitteln, so wird das in der Vollzugsordnung für diese Sendungsart vorgesehene Verfahren angewandt.

2.5 Die beteiligten Verwaltungen können vereinbaren, die Endvergütungen im gegenseitigen Verkehr nach anderen statistischen Verfahren abzurechnen. Sie können für die Statistikzeiträume auch andere als die in der Vollzugsordnung festgelegten zeitlichen Abstände vereinbaren.

2.6 Die Schuldnerverwaltung braucht keine Endvergütungen zu zahlen, wenn der jährliche Saldo 326,70 SZR nicht übersteigt.

3. Jede Verwaltung darf Jahresergebnisse, die ihrer Ansicht nach zu stark von der Realität abweichen, einer Schiedskommission zur Beurteilung vorlegen. Diese Schiedskommission wird wie in Artikel 128 der Allgemeinen Verfahrensordnung vorgesehen gebildet. Die Schiedsrichter dürfen die Höhe der zu zahlenden Durchgangs- oder Endvergütungen nach billigem Ermessen festlegen.

Kapitel 4 Luftbeförderungskosten

Artikel 52 Allgemeine Grundsätze

1. Die Beförderungskosten für die gesamte Luftbeförderungsstrecke trägt

1.1 bei Kartenschlüssen die Verwaltung des Absendelandes;

1.2 bei Vorrangsendungen und Luftpostsendungen des offenen Durchgangs, einschließlich der fehlgeleiteten, die Verwaltung, die die Sendungen einer anderen Verwaltung übergibt.

2. Die gleiche Regelung gilt für Luftpostkartenschlüsse, Vorrangsendungen und Luftpostsendungen des offenen Durchgangs, die von Durchgangsvergütungen befreit sind.

3. Jede Bestimmungsverwaltung, die Auslandsbriefpost innerhalb ihres Landes auf dem Luftweg befördert, hat Anspruch auf Erstattung der durch diese Beförderung verursachten zusätzlichen Kosten, sofern die gewichtete Durchschnittslänge der tatsächlich zurückgelegten Beförderungsstrecken 300 Kilometer überschreitet. Sofern keine Unentgeltlichkeit vereinbart worden ist, müssen die Kosten für alle aus dem Ausland eingehenden Vorrangkartenschlüsse und Luftpostkartenschlüsse einheitlich sein, und zwar unabhängig davon, ob diese Post auf dem Luftweg weitergeleitet wird oder nicht.

4. Orientiert sich der von der Bestimmungsverwaltung vereinbarte Endvergütungsausgleich spezifisch an den Kosten oder den Inlandsgebühren, so erfolgen keinerlei weitere Vergütungen im Zusammenhang mit den im Inland anfallenden Luftbeförderungskosten.

5. Bei der Berechnung der gewichteten Durchschnittsentfernung läßt die Bestimmungsverwaltung das Gewicht aller Kartenschlüsse außer Betracht, bei denen sich die Berechnung des Endvergütungsausgleichs spezifisch an den Kosten oder den Inlandsgebühren der Bestimmungsverwaltung orientiert.

6. Wenn die beteiligten Verwaltungen nichts anderes vereinbart haben, gilt für die möglichen Land- oder Seebeförderungsstrecken von Luftpostkartenschlüssen der Artikel 48. Durchgangsvergütungen sind jedoch nicht zu zahlen für

6.1 das Umladen von Luftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flughäfen, die dieselbe Stadt versorgen;

6.2 le transport de ces dépêches entre un aéroport desservant une ville et un entrepôt situé dans cette même ville et le retour de ces dépêches en vue de leur réacheminement.

Article 53

Taux de base et calcul des frais de transport aérien

1. Le taux de base à appliquer au règlement des comptes entre Administrations au titre des transports aériens est approuvé par le Conseil d'exploitation postale. Il est calculé par le Bureau international d'après la formule spécifiée dans le Règlement.

2. Le calcul des frais de transport aérien des dépêches closes, des envois prioritaires et des envois-avion en transit à découvert, de même que les modes de décomptes y relatifs, ressortent du Règlement.

Chapitre 5

Liaisons télématiques

Article 54

Dispositions générales

1. Les Administrations postales peuvent convenir d'établir des liaisons télématiques entre elles et avec d'autres partenaires.

2. Les Administrations postales concernées sont libres de choisir les fournisseurs et les supports techniques (matériel et logiciel informatiques) servant à la réalisation des échanges de données.

3. En concertation avec le fournisseur de services de réseau, les Administrations postales conviennent bilatéralement du mode de paiement de ces services.

4. Les Administrations postales ne sont ni financièrement ni juridiquement responsables si une autre Administration ne s'acquitte pas des paiements dus au titre des services liés à l'exécution d'échanges télématiques.

Chapitre 6

Dispositions diverses

Article 55

Règlement des comptes

Les règlements, entre les Administrations postales, des comptes internationaux provenant du trafic postal peuvent être considérés comme transactions courantes et effectués conformément aux obligations internationales usuelles des Pays-membres intéressés, lorsqu'il existe des accords à ce sujet. En l'absence d'accords de ce genre, ces règlements de comptes sont effectués conformément aux dispositions du Règlement.

Article 56

Fourniture de renseignements, publications du Bureau international, conservation des documents, formules

Les dispositions relatives à la fourniture de renseignements concernant l'exécution du service postal, aux publications du Bureau international, à la conservation des documents et aux formules à utiliser ressortent du Règlement.

6.2 die Beförderung dieser Kartenschlüsse von einem Flughafen, der eine Stadt versorgt, zu einem in derselben Stadt gelegenen Lager und den Rücktransport derselben Kartenschlüsse zwecks Weiterleitung.

Artikel 53

Grundvergütungssätze und Berechnung der Luftbeförderungskosten

1. Der bei der Abrechnung zwischen den Verwaltungen anzuwendende Grundvergütungssatz für die Luftbeförderung wird vom Rat für Postbetrieb genehmigt. Er wird vom Internationalen Büro nach dem in der Vollzugsordnung im einzelnen festgelegten Verfahren berechnet.

2. Die Berechnung der Luftbeförderungskosten für Kartenschlüsse, Vorrangsendungen und Luftpostsendungen des offenen Durchgangs sowie die entsprechenden Abrechnungsverfahren sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Kapitel 5

Datenverbindungen

Artikel 54

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Postverwaltungen können die Einrichtung von Datenverbindungen im Verkehr miteinander und mit anderen Partnern vereinbaren.

2. Die betreffenden Postverwaltungen können die Anbieter und die technischen Mittel (Hardware und Software) für die Durchführung des Datenaustauschs frei wählen.

3. In Absprache mit dem Anbieter von Netzdienstleistungen treffen die Postverwaltungen zweiseitige Vereinbarungen über die Art der Bezahlung dieser Dienstleistungen.

4. Die Postverwaltungen haften weder finanziell noch rechtlich, wenn eine andere Verwaltung für Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Datenaustausch fällige Zahlungen nicht leistet.

Kapitel 6

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 55

Abrechnung

Die zwischen den Postverwaltungen erfolgende Begleichung der Auslandsrechnungen aus dem Postverkehr kann als laufendes Geschäft betrachtet und in Übereinstimmung mit den üblichen internationalen Verpflichtungen der beteiligten Mitgliedsländer vorgenommen werden, wenn entsprechende Vereinbarungen bestehen. Fehlen solche Vereinbarungen, so erfolgt diese Abrechnung nach den Bestimmungen der Vollzugsordnung.

Artikel 56

Erteilen von Auskünften, Veröffentlichungen des Internationalen Büros, Aufbewahrung der Unterlagen, Formblätter

Die Bestimmungen über das Erteilen von Auskünften zur Ausführung des Postdienstes, die Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die Aufbewahrung der Unterlagen und die zu verwendenden Formblätter sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Quatrième partie Service EMS

Article 57 Service EMS

1. Le service EMS constitue le plus rapide des services postaux par moyens physiques. Il consiste à collecter, à transmettre et à distribuer dans des délais très courts des correspondances, des documents ou des marchandises.

2. Le service EMS est réglementé sur la base d'accords bilatéraux. Les aspects qui ne sont pas expressément régis par ces derniers sont soumis aux dispositions appropriées des Actes de l'Union.

3. Ce service est, dans la mesure du possible, identifié par un logotype du modèle ci-après composé des éléments suivants:

- une aile orange;
- des lettres EMS en bleu;
- trois bandes horizontales orange.

Le logotype peut être complété par le nom du service national.



4. Les tarifs inhérents au service sont fixés par l'Administration d'origine compte tenu des coûts et des exigences du marché.

Cinquième partie Dispositions finales

Article 58

Engagements relatifs aux mesures pénales

1. Les Gouvernements des Pays-membres s'engagent à prendre, ou à proposer aux pouvoirs législatifs de leur pays, les mesures nécessaires:

1.1 pour punir la contrefaçon des timbres-poste, même retirés de la circulation, et des coupons-réponse internationaux;

1.2 pour punir l'usage ou la mise en circulation:

1.2.1 de timbres-poste contrefaits (même retirés de la circulation) ou ayant déjà servi, ainsi que d'empreintes contrefaites ou ayant déjà servi de machines à affranchir ou de presses d'imprimerie;

1.2.2 de coupons-réponse internationaux contrefaits;

1.3 pour interdire et réprimer toutes opérations frauduleuses de fabrication et de mise en circulation de vignettes et timbres en usage dans le service postal, contrefaits ou imités de telle manière qu'ils pourraient être confondus avec les vignettes et timbres émis par l'Administration postale d'un des Pays-membres;

1.4 pour empêcher et, le cas échéant, punir l'insertion de stupéfiants et de substances psychotropes, de même que de matières explosibles, inflammables ou d'autres matières dangereuses, dans des envois postaux en faveur desquels cette insertion ne serait pas expressément autorisée par la Convention et les Arrangements.

Vierter Teil EMS-Dienst

Artikel 57 EMS-Dienst

1. Der EMS-Dienst ist der schnellste Postdienst mit körperlicher Übermittlung. Er bietet eine besonders schnelle Abholung, Übermittlung und Auslieferung von Briefsendungen, Dokumenten oder Waren.

2. Die Vorschriften für den EMS-Dienst werden auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen festgelegt. In diesen Vereinbarungen nicht ausdrücklich geregelte Aspekte fallen unter die einschlägigen Bestimmungen der Verträge des Vereins.

3. Dieser Dienst wird nach Möglichkeit durch ein Logo nach folgendem Muster gekennzeichnet, das aus folgenden Teilen besteht:

- einem orangefarbenen Flügel;
- den Buchstaben EMS in blauer Farbe;
- drei orangefarbenen Querstreifen.

Dem Logo kann die im Inlandsdienst verwendete Bezeichnung des Dienstes hinzugefügt werden.



4. Die Gebühren für diesen Dienst werden von der Einlieferungsverwaltung unter Berücksichtigung der Kosten und der Markterfordernisse festgesetzt.

Fünfter Teil Schlußbestimmungen

Artikel 58

Verpflichtung zu strafrechtlichen Maßnahmen

1. Die Regierungen der Mitgliedsländer verpflichten sich, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen oder ihren gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen, um

1.1 die Fälschung von Postwertzeichen, auch bereits aus dem Verkehr gezogenen, und von internationalen Antwortscheinen zu bestrafen;

1.2 die Verwendung oder Verbreitung

1.2.1 gefälschter (auch bereits aus dem Verkehr gezogener) oder bereits verwendeter Postwertzeichen wie auch gefälschter oder bereits benutzter Freistempelabdrucke oder gedruckter Freimachungsvermerke zu bestrafen;

1.2.2 gefälschter internationaler Antwortscheine zu bestrafen;

1.3 betrügerische Handlungen im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung im Postverkehr verwendeter Klebezettel und Stempel, die so gefälscht oder nachgeahmt sind, daß sie mit den von der Postverwaltung eines Mitgliedslandes ausgegebenen Klebezetteln und Stempeln verwechselt werden könnten, zu verbieten und unter Strafe zu stellen;

1.4 die Aufnahme von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen sowie von explosionsgefährlichen, leichtentzündlichen oder anderen gefährlichen Stoffen in Postsendungen, für die der Weltpostvertrag und die Übereinkommen diese Aufnahme nicht ausdrücklich zulassen, zu verhindern und gegebenenfalls zu bestrafen.

Article 59**Conditions d'approbation des propositions concernant la Convention et son Règlement d'exécution**

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives à la présente Convention et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant. La moitié au moins des Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil d'exploitation postale pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil d'exploitation postale.

3. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives à la présente Convention doivent réunir:

3.1 les deux tiers des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres de l'Union ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de modifications aux articles premier à 7 (première partie), 8 à 11, 13, 16 à 18, 20, 24 à 26, 34 à 38 (deuxième partie), 43.2, 44 à 51, 55 (troisième partie), 58 à 60 (cinquième partie) de la Convention, et à tous les articles de son Protocole final;

3.2 la majorité des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres de l'Union ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de modifications de fond à des dispositions autres que celles qui sont mentionnées sous 3.1;

3.3 la majorité des suffrages s'il s'agit:

3.3.1 de modifications d'ordre rédactionnel aux dispositions de la Convention autres que celles qui sont mentionnées sous 3.1;

3.3.2 de l'interprétation des dispositions de la Convention et de son Protocole final.

4. Nonobstant les dispositions prévues sous 3.1, tout Pays-membre dont la législation nationale est encore incompatible avec la modification proposée a la faculté de faire une déclaration écrite au Directeur général du Bureau international indiquant qu'il ne lui est pas possible d'accepter cette modification, dans les quatre-vingt-dix jours à compter de la date de notification de celle-ci.

Article 60**Mise à exécution et durée de la Convention**

La présente Convention sera mise à exécution le 1^{er} janvier 1996 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont signé la présente Convention en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

Artikel 59**Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zum Weltpostvertrag und zu seiner Vollzugsordnung**

1. Dem Kongreß vorgelegte Vorschläge zu diesem Vertrag und seiner Vollzugsordnung müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer angenommen werden. Mindestens die Hälfte der beim Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Vorschläge zur Vollzugsordnung, die der Kongreß zur Entscheidung an den Rat für Postbetrieb verwiesen hat oder die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht werden, müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Rates für Postbetrieb angenommen werden.

3. In der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachte Vorschläge zu diesem Vertrag müssen, um wirksam zu werden, erhalten

3.1 zwei Drittel der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer des Weltpostvereins auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um Änderungen der Artikel 1 bis 7 (erster Teil), 8 bis 11, 13, 16 bis 18, 20, 24 bis 26, 34 bis 38 (zweiter Teil), 43 Absatz 2, 44 bis 51, 55 (dritter Teil), 58 bis 60 (fünfter Teil) des Weltpostvertrags und aller Artikel seines Schlußprotokolls handelt;

3.2 die Mehrheit der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer des Weltpostvereins auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um materielle Änderungen anderer als der in Absatz 3.1 genannten Bestimmungen handelt;

3.3 die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich handelt

3.3.1 um redaktionelle Änderungen anderer als der in Absatz 3.1 genannten Bestimmungen des Weltpostvertrags;

3.3.2 um die Auslegung von Bestimmungen des Weltpostvertrags und seines Schlußprotokolls.

4. Ungeachtet der in Absatz 3.1 vorgesehenen Bestimmungen kann jedes Mitgliedsland, dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften mit der vorgeschlagenen Änderung noch unvereinbar sind, innerhalb von neunzig Tagen, vom Tag ihrer Notifizierung an gerechnet, gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Büros eine schriftliche Erklärung abgeben, in der es darlegt, daß es ihm nicht möglich ist, dieser Änderung zuzustimmen.

Artikel 60**Inkrafttreten und Geltungsdauer des Weltpostvertrags**

Dieser Weltpostvertrag tritt am 1. Januar 1996 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer diesen Weltpostvertrag in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Protocole final de la Convention postale universelle

Au moment de procéder à la signature de la Convention postale universelle conclue à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article I

Appartenance des envois postaux

1. L'article 2 ne s'applique pas à Antigua-et-Barbuda, à l'Australie, à Bahrein, à la Barbade, au Belize, au Botswana, au Brunei Darussalam, au Canada, à la Dominique, à l'Égypte, aux Fidji, à la Gambie, au Ghana, au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, aux Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, à Grenade, à la Guyane, à l'Irlande, à la Jamaïque, au Kenya, à Kiribati, à Kuwait, au Lesotho, à la Malaisie, au Malawi, à Maurice, à Nauru, au Nigéria, à la Nouvelle-Zélande, à l'Ouganda, à la Papouasie - Nouvelle-Guinée, à Saint-Christophe-et-Nevis, à Sainte-Lucie, à Saint-Vincent-et-Grenadines, à Salomon (îles), au Samoa occidental, aux Seychelles, à la Sierra Leone, à Singapour, au Swaziland, à la Tanzanie (Rép. unie), à la Trinité-et-Tobago, à Tuvalu, à Vanuatu, au Yémen, à la Zambie et au Zimbabwe.

2. L'article 2 ne s'applique pas non plus au Danemark, dont la législation ne permet pas le retrait ou la modification d'adresse des envois de la poste aux lettres à la demande de l'expéditeur à partir du moment où le destinataire a été informé de l'arrivée d'un envoi à son adresse.

Article II

Taxes

Par dérogation à l'article 6.4, l'Administration du Canada est autorisée à percevoir des taxes postales autres que celles prévues dans la Convention et les Arrangements, lorsque les taxes en question sont admissibles selon la législation de son pays.

Article III

Exception à la franchise postale en faveur des cécogrammes

1. Par dérogation à l'article 7.4, les Administrations postales de Saint-Vincent-et-Grenadines et de la Turquie, qui n'accordent pas la franchise postale aux cécogrammes dans leur service intérieur, ont la faculté de percevoir les taxes d'affranchissement et les taxes pour services spéciaux, qui ne peuvent toutefois être supérieures à celles de leur service intérieur.

2. Par dérogation à l'article 7.4, les Administrations de l'Allemagne, de l'Amérique (États-Unis), du Canada, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Japon ont la faculté de percevoir les taxes pour services spéciaux qui sont appliquées aux cécogrammes dans leur service intérieur.

Article IV

Petits paquets

L'obligation de participer à l'échange des petits paquets dépassant le poids de 500 grammes ne s'applique pas aux Administrations de Myanmar et de la Papouasie - Nouvelle-Guinée, qui sont dans l'impossibilité d'assurer cet échange.

Article V

Imprimés. Poids maximal

Par dérogation à l'article 8.3.2, les Administrations du Canada et de l'Irlande sont autorisées à limiter à 2 kilogrammes le poids maximal des imprimés à l'arrivée et à l'expédition.

Schlußprotokoll zum Weltpostvertrag

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage geschlossenen Weltpostvertrags haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Artikel I

Verfügungsrecht über Postsendungen

1. Artikel 2 gilt nicht für Antigua und Barbuda, Australien, Bahrain, Barbados, Belize, Botsuana, Brunei Darussalam, Kanada, Dominica, Ägypten, Fidschi, Gambia, Ghana, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Grenada, Guyana, Irland, Jamaika, Kenia, Kiribati, Kuwait, Lesotho, Malaysia, Malawi, Mauritius, Nauru, Nigeria, Neuseeland, Uganda, Papua-Neuguinea, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, Westsamoa, die Seychellen, Sierra Leone, Singapur, Swasiland, Tansania (Vereinigte Republik), Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu, Jemen, Sambia und Simbabwe.

2. Artikel 2 gilt auch nicht für Dänemark, dessen Rechtsvorschriften die Zurückziehung oder die Änderung der Aufschrift von Briefsendungen auf Verlangen des Absenders von dem Zeitpunkt an nicht mehr zulassen, zu dem der Empfänger vom Eingang einer für ihn bestimmten Sendung unterrichtet worden ist.

Artikel II

Gebühren

Abweichend von Artikel 6 Absatz 4 darf die Verwaltung von Kanada andere als die im Weltpostvertrag und in den Übereinkommen vorgesehenen Postgebühren erheben, wenn diese Gebühren nach den Rechtsvorschriften ihres Landes zulässig sind.

Artikel III

Ausnahme von der Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

1. Abweichend von Artikel 7 Absatz 4 können die Postverwaltungen von St. Vincent und den Grenadinen und der Türkei, die in ihrem Inlandsdienst keine Postgebührenfreiheit für Blindensendungen gewähren, Freimachungsgebühren und Gebühren für Sonderdienste erheben, die jedoch nicht höher als ihre Inlandsgebühren sein dürfen.

2. Abweichend von Artikel 7 Absatz 4 können die Verwaltungen von Deutschland, Amerika (Vereinigte Staaten), Kanada, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und von Japan die Gebühren für Sonderdienste erheben, die in ihrem Inlandsdienst für Blindensendungen gelten.

Artikel IV

Päckchen

Die Verpflichtung, sich am Austausch von Päckchen über 500 Gramm zu beteiligen, gilt nicht für die Verwaltungen von Myanmar und Papua-Neuguinea, die nicht in der Lage sind, diesen Austausch durchzuführen.

Artikel V

Drucksachen. Höchstgewicht

Abweichend von Artikel 8 Absatz 3.2 dürfen die Verwaltungen von Kanada und Irland das Höchstgewicht für ankommende und abgehende Drucksachen auf 2 Kilogramm begrenzen.

Article VI**Sacs M recommandés**

Les Administrations postales de l'Amérique (Etats-Unis) et du Canada sont autorisées à ne pas accepter les sacs M recommandés et à ne pas assurer le service réservé aux envois recommandés aux sacs de l'espèce en provenance d'autres pays.

Article VII**Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres**

1. Les Administrations postales de l'Amérique (Etats-Unis), du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de la Grèce se réservent le droit de percevoir une taxe, en rapport avec le coût des travaux occasionnés, sur toute Administration postale qui, en vertu de l'article 25.4, lui renvoie des objets qui n'ont pas, à l'origine, été expédiés comme envois postaux par leurs services.

2. Par dérogation à l'article 25.4, l'Administration postale du Canada se réserve le droit de percevoir de l'Administration d'origine une rémunération lui permettant de récupérer au minimum les coûts lui ayant été occasionnés par le traitement de tels envois.

3. L'article 25.4 autorise l'Administration de destination à réclamer à l'Administration de dépôt une rémunération appropriée au titre de la distribution d'envois de la poste aux lettres postés à l'étranger en grande quantité. Le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord se réserve le droit de limiter ce paiement au montant correspondant au tarif intérieur du pays de destination applicable à des envois équivalents.

4. L'article 25.4 autorise l'Administration de destination à réclamer à l'Administration de dépôt une rémunération appropriée au titre de la distribution d'envois de la poste aux lettres postés à l'étranger en grande quantité. Les pays suivants se réservent le droit de limiter ce paiement aux limites autorisées dans la Convention et le Règlement pour le courrier en nombre: Amérique (Etats-Unis), Australie, Bahamas, Barbade, Brunei Darussalam, Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, Grenade, Guyane, Inde, Malaisie, Népal, Nouvelle-Zélande, Pays-Bas, Antilles néerlandaises et Aruba, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Singapour, Sri Lanka, Suriname, Thaïlande.

5. Nonobstant les réserves sous 4, les pays suivants se réservent le droit d'appliquer dans leur intégralité les dispositions de l'article 25 de la Convention au courrier reçu des Pays-membres de l'Union: Allemagne, Argentine, Bénin, Brésil, Burkina Faso, Cameroun, Chypre, Côte d'Ivoire (Rép.), Egypte, France, Grèce, Guinée, Israël, Italie, Japon, Jordanie, Liban, Mali, Mauritanie, Monaco, Portugal, Sénégal, Syrienne (Rép. arabe), Togo.

Article VIII**Interdictions**

1. A titre exceptionnel, l'Administration postale du Liban n'accepte pas les envois recommandés qui contiennent des pièces de monnaie ou des billets de monnaie ou toute valeur au porteur ou des chèques de voyage ou du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres précieuses, des bijoux et d'autres objets précieux. Elle n'est pas tenue par les dispositions de l'article 35.1 d'une façon rigoureuse en ce qui concerne sa responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie des envois recommandés, de même qu'en ce qui concerne les envois contenant des objets en verre ou fragiles.

2. A titre exceptionnel, les Administrations postales de la Bolivie, de la Chine (Rép. pop.), de l'Iraq, du Népal et du Viet Nam

Artikel VI**Eingeschriebene M-Beutel**

Die Postverwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten) und Kanada brauchen eingeschriebene M-Beutel nicht entgegenzunehmen und aus anderen Ländern eingehende Beutel dieser Art nicht wie Einschreibsendungen zu behandeln.

Artikel VII**Einlieferung von Briefsendungen im Ausland**

1. Die Postverwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten), des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und von Griechenland behalten sich das Recht vor, von jeder Postverwaltung, die in Anwendung des Artikels 25 Absatz 4 Sendungen an sie zurückschickt, die ursprünglich nicht von ihrem Dienst als Postsendungen abgesandt worden sind, eine Gebühr zu erheben, die sich an den Kosten für die verursachte Arbeit orientiert.

2. Abweichend von Artikel 25 Absatz 4 behält die Postverwaltung von Kanada sich das Recht vor, von der Einlieferungsverwaltung eine Vergütung zu verlangen, die es ihr ermöglicht, zumindest die Kosten zu decken, die ihr durch die Bearbeitung solcher Sendungen entstehen.

3. Nach Artikel 25 Absatz 4 ist die Bestimmungsverwaltung berechtigt, von der Einlieferungsverwaltung für die Auslieferung von Briefsendungen, die in großen Mengen im Ausland eingeliefert worden sind, eine angemessene Vergütung zu verlangen. Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland behält sich das Recht vor, diese Zahlung auf den Betrag zu begrenzen, der der Inlandsgebühr des Bestimmungslandes für vergleichbare Sendungen entspricht.

4. Nach Artikel 25 Absatz 4 ist die Bestimmungsverwaltung berechtigt, von der Einlieferungsverwaltung für die Auslieferung von Briefsendungen, die in großen Mengen im Ausland eingeliefert worden sind, eine angemessene Vergütung zu verlangen. Folgende Länder behalten sich das Recht vor, diese Zahlung auf die nach dem Weltpostvertrag und der Vollzugsordnung für Massensendungen zugelassenen Beträge zu begrenzen: Amerika (Vereinigte Staaten), Australien, die Bahamas, Barbados, Brunei Darussalam, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Grenada, Guyana, Indien, Malaysia, Nepal, Neuseeland, die Niederlande, die Niederländischen Antillen und Aruba, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Singapur, Sri Lanka, Suriname, Thailand.

5. Ungeachtet der in Absatz 4 zum Ausdruck gebrachten Vorbehalte behalten die folgenden Länder sich das Recht vor, die Bestimmungen des Artikels 25 des Weltpostvertrags in ihrer Gesamtheit auf die aus Mitgliedsländern des Weltpostvereins eingehende Briefpost anzuwenden: Deutschland, Argentinien, Benin, Brasilien, Burkina Faso, Kamerun, Zypern, Côte d'Ivoire (Republik), Ägypten, Frankreich, Griechenland, Guinea, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Libanon, Mali, Mauretanien, Monaco, Portugal, Senegal, Syrien (Arabische Republik), Togo.

Artikel VIII**Verbote**

1. Die Postverwaltung Libanons nimmt ausnahmsweise keine Einschreibsendungen entgegen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nichtverarbeiteter Form, Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände enthalten. In bezug auf ihre Haftung bei Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen sowie im Hinblick auf Sendungen mit Gegenständen aus Glas oder zerbrechlichen Gegenständen ist sie nicht unbedingt an die Bestimmungen des Artikels 35 Absatz 1 des Weltpostvertrags gebunden.

2. Die Postverwaltungen von Bolivien, China (Volksrepublik), Irak, Nepal und Vietnam nehmen ausnahmsweise keine Ein-

n'acceptent pas les envois recommandés contenant des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres, des bijoux et autres objets précieux.

3. L'Administration postale de Myanmar se réserve le droit de ne pas accepter les envois avec valeur déclarée contenant les objets précieux mentionnés à l'article 26.2, car sa législation interne s'oppose à l'admission de ce genre d'envois.

4. L'Administration postale du Népal n'accepte pas les envois recommandés ou avec valeur déclarée contenant des coupures ou des pièces de monnaie, sauf accord spécial conclu à cet effet.

Article IX

Objets passibles de droits de douane

1. Par référence à l'article 26, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les envois avec valeur déclarée contenant des objets passibles de droits de douane: Bangladesh, El Salvador.

2. Par référence à l'article 26, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres ordinaires et recommandées contenant des objets passibles de droits de douane: Afghanistan, Albanie, Arabie saoudite, Azerbaïdjan, Bélarus, Cambodge, Centrafrique, Chili, Colombie, Cuba, El Salvador, Estonie, Ethiopie, Italie, Népal, Ouzbékistan, Panama (Rép.), Pérou, Rép. pop. dém. de Corée, Saint-Marin, Tadjikistan, Turkménistan, Ukraine, Venezuela.

3. Par référence à l'article 26, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres ordinaires contenant des objets passibles de droits de douane: Bénin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire (Rép.), Djibouti, Mali, Mauritanie, Niger, Oman, Sénégal, Viet Nam, Yémen.

4. Nonobstant les dispositions prévues sous 1 à 3, les envois de sérums, de vaccins ainsi que les envois de médicaments d'urgence nécessitent qu'il est difficile de se procurer sont admis dans tous les cas.

Article X

Retrait.

Modification ou correction d'adresse

1. L'article 29 ne s'applique pas à Antigua-et-Barbuda, aux Bahamas, à Bahrein, à la Barbade, au Belize, au Botswana, au Brunei Darussalam, au Canada, à la Dominique, aux Fidji, à la Gambie, au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, aux Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, à Grenade, à la Guyane, à l'Iraq, à l'Irlande, à la Jamaïque, au Kenya, à Kiribati, à Kuwait, au Lesotho, à la Malaisie, au Malawi, à Myanmar, à Nauru, au Nigéria, à la Nouvelle-Zélande, à l'Ouganda, à la Papouasie - Nouvelle-Guinée, à la Rép. pop. dém. de Corée, à Saint-Christophe-et-Nevis, à Sainte-Lucie, à Saint-Vincent-et-Grenadines, à Salomon (Iles), au Samoa occidental, aux Seychelles, à la Sierra Leone, à Singapour, au Swaziland, à la Tanzanie (Rép. unie), à la Trinité-et-Tobago, à Tuvalu, à Vanuatu et à la Zambie, dont la législation ne permet pas le retrait ou la modification d'adresse d'envois de la poste aux lettres à la demande de l'expéditeur.

2. L'article 29 s'applique à l'Australie dans la mesure où il est compatible avec la législation intérieure de ce pays.

Article XI

Réclamations

1. Par dérogation à l'article 30.4, les Administrations postales de l'Arabie saoudite, du Cap-Vert, du Gabon, des Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, de la Grèce, de l'Iran (Rép. islamique), de la Mongolie, de Myanmar, de la Syrienne

schreibsendungen entgegen, die Münzen, Banknoten, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nichtverarbeiteter Form, Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände enthalten.

3. Die Postverwaltung von Myanmar behält sich das Recht vor, Wertsendungen, die die in Artikel 26 Absatz 2 angesprochenen Wertgegenstände enthalten, nicht entgegenzunehmen, weil ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Zulassung derartiger Sendungen entgegenstehen.

4. Die Postverwaltung von Nepal nimmt Einschreib- oder Wertsendungen, die Banknoten oder Münzen enthalten, nur im Rahmen einer besonderen Vereinbarung entgegen.

Artikel IX

Zollpflichtige Gegenstände

1. Unter Bezugnahme auf Artikel 26 nehmen die Postverwaltungen folgender Länder keine Wertsendungen, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, entgegen: Bangladesch, El Salvador.

2. Unter Bezugnahme auf Artikel 26 nehmen die Postverwaltungen folgender Länder keine gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, entgegen: Afghanistan, Albanien, Saudi-Arabien, Aserbaidschan, Belarus, Kambodscha, die Zentralafrikanische Republik, Chile, Kolumbien, Kuba, El Salvador, Estland, Äthiopien, Italien, Nepal, Usbekistan, Panama (Republik), Peru, die Demokratische Volksrepublik Korea, San Marino, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine, Venezuela.

3. Unter Bezugnahme auf Artikel 26 nehmen die Postverwaltungen folgender Länder keine gewöhnlichen Briefe, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, entgegen: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire (Republik), Dschibuti, Mali, Mauretanien, Niger, Oman, Senegal, Vietnam, Jemen.

4. Ungeachtet der in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehenen Bestimmungen sind Sendungen mit Seren und Impfstoffen sowie Sendungen mit dringend benötigten Medikamenten, die schwierig zu beschaffen sind, in allen Fällen zugelassen.

Artikel X

Zurückziehung.

Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

1. Artikel 29 gilt nicht für Antigua und Barbuda, die Bahamas, Bahrain, Barbados, Belize, Botswana, Brunei Darussalam, Kanada, Dominica, Fidschi, Gambia, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Grenada, Guyana, Irak, Irland, Jamaika, Kenia, Kiribati, Kuwait, Lesotho, Malaysia, Malawi, Myanmar, Nauru, Nigéria, Neuseeland, Uganda, Papua-Neuguinea, die Demokratische Volksrepublik Korea, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, Westsamoa, die Seychellen, Sierra Leone, Singapur, Swasiland, Tansania (Vereinigte Republik), Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu und Sambia, deren Rechtsvorschriften die Zurückziehung oder die Änderung der Aufschrift von Briefsendungen auf Verlangen des Absenders nicht zulassen.

2. Artikel 29 gilt für Australien nur insoweit, als er mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften dieses Landes vereinbar ist.

Artikel XI

Nachforschungsanträge

1. Abweichend von Artikel 30 Absatz 4 behalten die Postverwaltungen von Saudi-Arabien, Kap Verde, Gabun, der vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, von Griechenland, Iran (Islamische Republik), der Mongolei, von Myanmar,

(Rép. arabe), du Tchad et de la Zambie se réservent le droit de percevoir une taxe de réclamation sur leurs clients.

2. Par dérogation à l'article 30.4, les Administrations postales de l'Argentine, de la Slovaquie et de la Tchéquie (Rép.) se réservent le droit de percevoir une taxe spéciale lorsque, à l'issue des démarches entreprises suite à la réclamation, il se révèle que celle-ci est injustifiée.

Article XII

Taxe de présentation à la douane

L'Administration postale du Gabon se réserve le droit de percevoir une taxe de présentation à la douane sur ses clients.

Article XIII

Responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales du Bangladesh, du Bénin, du Burkina Faso, du Congo (Rép.), de la Côte d'Ivoire (Rép.), de Djibouti, de l'Inde, du Liban, de Madagascar, du Mali, de la Mauritanie, du Népal, du Niger, du Sénégal, du Togo et de la Turquie sont autorisées à ne pas appliquer l'article 34.1.1.1, en ce qui concerne la responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie des envois recommandés.

2. Par dérogation aux articles 34.1.1.1 et 35.1, les Administrations postales du Chili, de la Chine (Rép. pop.) et de la Colombie ne répondent que de la perte et de la spoliation totale ou de l'avarie totale du contenu des envois recommandés.

3. Par dérogation à l'article 34, l'Administration postale de l'Arabie saoudite n'assume aucune responsabilité en cas de perte ou d'avarie des envois contenant les objets visés à l'article 26.2.

Article XIV

Non-responsabilité des Administrations postales

L'Administration postale de la Bolivie n'est pas tenue d'observer l'article 35.1 pour ce qui concerne le maintien de la responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie des envois recommandés.

Article XV

Paiement de l'indemnité

1. Les Administrations postales du Bangladesh, de la Bolivie, de la Guinée, du Mexique, du Népal et du Nigéria ne sont pas tenues d'observer l'article 37.3, pour ce qui est de donner une solution définitive dans un délai de deux mois ou de porter à la connaissance de l'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, qu'un envoi postal a été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu, ou a été saisi en vertu de sa législation intérieure.

2. Les Administrations postales du Congo (Rép.), de Djibouti, de la Guinée, du Liban et de Madagascar ne sont pas tenues d'observer l'article 37.3, pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de deux mois. Elles n'acceptent pas, en outre, que l'ayant droit soit désintéressé, pour leur compte, par une autre Administration à l'expiration du délai précité.

Article XVI

Frais de transit particuliers

1. L'Administration postale de la Grèce se réserve le droit de majorer, d'une part, de 30 pour cent les frais de transit territoriaux et, d'autre part, de 50 pour cent les frais de transit maritimes prévus à l'article 48.1.

2. L'Administration postale de la Russie (Fédération de) est autorisée à percevoir un supplément de 0,65 DTS en plus des

Syrien (Arabische Republik), Tschad und Sambia sich das Recht vor, von ihren Kunden eine Nachforschungsgebühr zu erheben.

2. Abweichend von Artikel 30 Absatz 4 behalten die Postverwaltungen von Argentinien, Slowakei und der Tschechischen Republik sich das Recht vor, eine besondere Gebühr zu erheben, wenn sich am Ende der auf den Nachforschungsantrag hin unternommenen Maßnahmen herausstellt, daß dieser nicht gerechtfertigt war.

Artikel XII

Gestellungsgebühr

Die Postverwaltung von Gabun behält sich das Recht vor, von ihren Kunden eine Gestellungsgebühr einzuziehen.

Artikel XIII

Haftung der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen von Bangladesch, Benin, Burkina Faso, Kongo (Republik), Côte d'Ivoire (Republik), Dschibuti, Indien, Libanon, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Nepal, Niger, Senegal, Togo und der Türkei brauchen Artikel 34 Absatz 1.1.1 in bezug auf die Haftung bei Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen nicht anzuwenden.

2. Abweichend von Artikel 34 Absatz 1.1.1 und Artikel 35 Absatz 1 haften die Postverwaltungen von Chile, China (Volksrepublik) und Kolumbien nur bei Verlust und vollständiger Beraubung oder vollständiger Beschädigung des Inhalts von Einschreibsendungen.

3. Abweichend von Artikel 34 übernimmt die Postverwaltung von Saudi-Arabien keinerlei Haftung bei Verlust oder Beschädigung von Sendungen, die in Artikel 26 Absatz 2 genannte Gegenstände enthalten.

Artikel XIV

Haftungsausschluß seitens der Postverwaltungen

Die Postverwaltung von Bolivien braucht Artikel 35 Absatz 1 bezüglich der Aufrechterhaltung der Haftung bei Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen nicht zu beachten.

Artikel XV

Zahlung der Entschädigung

1. Die Postverwaltungen von Bangladesch, Bolivien, Guinea, Mexiko, Nepal und Nigeria brauchen Artikel 37 Absatz 3 nicht zu beachten, in dem es darum geht, die Angelegenheit innerhalb von zwei Monaten abschließend zu erledigen oder der Einlieferungsbeziehungsweise der Bestimmungsverwaltung mitzuteilen, daß eine Postsendung wegen ihres Inhalts von der zuständigen Behörde zurückgehalten, eingezogen oder vernichtet oder aber aufgrund ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften beschlagnahmt worden ist.

2. Die Postverwaltungen von Kongo (Republik), Dschibuti, Guinea, Libanon und Madagaskar brauchen Artikel 37 Absatz 3 nicht zu beachten, in dem es darum geht, eine Nachforschungsangelegenheit innerhalb von zwei Monaten abschließend zu erledigen. Sie sind auch nicht damit einverstanden, daß der Anspruchsberechtigte bei Ablauf der obengenannten Frist von einer anderen Verwaltung für ihre Rechnung entschädigt wird.

Artikel XVI

Besondere Durchgangsvergütungen

1. Die Postverwaltung von Griechenland behält sich das Recht vor, einerseits die in Artikel 48 Absatz 1 vorgesehenen Landdurchgangsvergütungen um 30 Prozent und andererseits die ebenfalls in Artikel 48 Absatz 1 vorgesehenen Seedurchgangsvergütungen um 50 Prozent zu erhöhen.

2. Die Postverwaltung der Russischen Föderation darf zusätzlich zu den in Artikel 48 Absatz 1.1 genannten Durchgangsvergü-

frais de transit mentionnés à l'article 48.1.1 pour chaque kilogramme d'envois de la poste aux lettres transporté en transit par le Transsibérien.

3. Les Administrations postales de l'Égypte et du Soudan sont autorisées à percevoir un supplément de 0,16 DTS sur les frais de transit mentionnés à l'article 48.1 pour chaque sac de la poste aux lettres en transit par le lac Nasser entre le Shallal (Égypte) et Wadi Halfa (Soudan).

4. L'Administration postale du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir un supplément de 0,98 DTS sur les frais de transit mentionnés à l'article 48.1 pour chaque sac de la poste aux lettres en transit par l'isthme de Panama entre les ports de Balboa dans l'océan Pacifique et de Cristobal dans l'océan Atlantique.

5. A titre exceptionnel, l'Administration postale du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir une taxe de 0,65 DTS par sac pour toutes les dépêches entreposées ou transbordées dans le port de Balboa ou de Cristobal, pourvu que cette Administration ne reçoive aucune rémunération au titre du transit territorial ou maritime pour ces dépêches.

6. Par dérogation à l'article 48.1, l'Administration postale de l'Afghanistan est autorisée provisoirement, en raison des difficultés particulières qu'elle rencontre en matière de moyens de transport et de communication, à effectuer le transit des dépêches closes et des correspondances à découvert à travers son pays à des conditions spécialement convenues entre elle et les Administrations postales intéressées.

7. Par dérogation à l'article 48.1, les services automobiles Syrie-Irak sont considérés comme services extraordinaires donnant lieu à la perception de frais de transit spéciaux.

tungen für jedes Kilogramm Briefpost, das im Durchgang mit der Transsibirischen Eisenbahn befördert wird, einen Zuschlag von 0,65 SZR erheben.

3. Die Postverwaltungen von Ägypten und Sudan dürfen zusätzlich zu den in Artikel 48 Absatz 1 genannten Durchgangsvergütungen für jeden Beutel mit Briefpost, der im Durchgang zwischen El Shallal (Ägypten) und Wadi Halfa (Sudan) über den Nasser-See befördert wird, einen Zuschlag von 0,16 SZR erheben.

4. Die Postverwaltung von Panama (Republik) darf zusätzlich zu den in Artikel 48 Absatz 1 genannten Durchgangsvergütungen für jeden Beutel mit Briefpost, der im Durchgang durch die Landenge von Panama zwischen den Häfen Balboa am Pazifischen Ozean und Cristobal am Atlantischen Ozean befördert wird, einen Zuschlag von 0,98 SZR erheben.

5. Die Postverwaltung von Panama (Republik) darf ausnahmsweise für alle in den Häfen Balboa oder Cristobal gelagerten oder umgeladenen Kartenschlüsse eine Gebühr von 0,65 SZR je Beutel erheben, sofern sie für diese Kartenschlüsse keine Land- oder Seedurchgangsvergütungen erhält.

6. Abweichend von Artikel 48 Absatz 1 darf die Postverwaltung von Afghanistan angesichts ihrer besonders erschwerten Beförderungs- und Kommunikationsmöglichkeiten vorübergehend Kartenschlüsse und Briefsendungen des offenen Durchgangs zu Bedingungen durch ihr Land befördern, die zwischen ihr und den beteiligten Postverwaltungen besonders vereinbart werden.

7. Abweichend von Artikel 48 Absatz 1 gelten die Kraftpostverbindungen Syrien-Irak als außergewöhnliche Verbindungen, für die besondere Durchgangsvergütungen erhoben werden.

Article XVII

Frais de transport aérien intérieur

1. Par dérogation à l'article 52.3, les Administrations postales de l'Arabie saoudite, des Bahamas, du Cap-Vert, du Congo (Rép.), de Cuba, de la Dominique (Rép.), d'El Salvador, de l'Équateur, du Gabon, de la Grèce, du Guatemala, de la Guyane, du Honduras (Rép.), de la Mongolie, de la Papouasie - Nouvelle-Guinée, de Salomon (îles) et de Vanuatu se réservent le droit de percevoir les paiements dus au titre de l'acheminement des dépêches internationales à l'intérieur du pays par voie aérienne.

2. Par dérogation à l'article 52.3, l'Administration postale de Myanmar se réserve le droit de percevoir les paiements dus au titre de l'acheminement des dépêches internationales à l'intérieur du pays, qu'elles soient ou non réacheminées par avion.

3. Par dérogation aux articles 52.4 et 52.5, les Administrations postales de l'Amérique (États-Unis), du Canada, de l'Iran (Rép. islamique) et de la Turquie sont autorisées à recouvrer, sous forme de taux uniformes, des Administrations postales en cause leurs frais de transport aérien intérieur occasionnés par le courrier d'arrivée en provenance de toute Administration pour laquelle elles appliquent la compensation pour frais terminaux fondée spécifiquement sur les coûts ou sur les tarifs intérieurs.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Convention, et ils l'ont signé en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

Artikel XVII

Kosten für die Luftbeförderung im Inland

1. Abweichend von Artikel 52 Absatz 3 behalten die Postverwaltungen von Saudi-Arabien, der Bahamas, von Kap Verde, Kongo (Republik), Kuba, der Dominikanischen Republik, von El Salvador, Ecuador, Gabun, Griechenland, Guatemala, Guyana, Honduras (Republik), der Mongolei, von Papua-Neuguinea, der Salomonen und von Vanuatu sich das Recht vor, die Zahlungen zu verlangen, die für die Beförderung von Auslandskartenschlüssen im Inland auf dem Luftweg geschuldet werden.

2. Abweichend von Artikel 52 Absatz 3 behält die Postverwaltung von Myanmar sich das Recht vor, die Zahlungen zu verlangen, die für die Beförderung von Auslandskartenschlüssen innerhalb des Landes geschuldet werden, und zwar unabhängig davon, ob sie auf dem Luftweg weitergeleitet werden oder nicht.

3. Abweichend von Artikel 52 Absätze 4 und 5 dürfen die Postverwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten), Kanada, Iran (Islamische Republik) und der Türkei von den betreffenden anderen Postverwaltungen in Form einheitlicher Vergütungssätze die Kosten einfordern, die ihnen im Rahmen der Luftbeförderung von Briefpost im Inneren ihres Landes entstehen, die ihnen von allen Verwaltungen zugeht, mit denen sie einen spezifisch an den Kosten oder den Inlandsgebühren orientierten Endvergütungsausgleich vornehmen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll gefertigt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut des Weltpostvertrags selbst enthalten wären; sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generalsekretär des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongress stattgefunden hat.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Postpaketübereinkommen
Arrangement concernant les colis postaux

(Übersetzung)

Table des matières

Première partie

Dispositions préliminaires

Article

- 1 Objet de l'Arrangement
- 2 Exploitation du service par les entreprises de transport

Deuxième partie

Offre de prestations

Chapitre 1

Dispositions générales

- 3 Principes
- 4 Système de poids
- 5 Taxes principales
- 6 Surtaxes aériennes
- 7 Taxes spéciales
- 8 Affranchissement
- 9 Franchises postales

Chapitre 2

Services spéciaux

- 10 Colis exprès
- 11 Colis avec valeur déclarée
- 12 Colis remboursement
- 13 Colis fragiles. Colis encombrants
- 14 Service de groupage «Consignment»
- 15 Avis de réception
- 16 Colis francs de taxes et de droits
- 17 Avis d'embarquement

Chapitre 3

Dispositions particulières

- 18 Interdictions
- 19 Réexpédition
- 20 Livraison. Colis non distribuables

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Einleitende Bestimmungen

Artikel

- 1 Gegenstand des Übereinkommens
- 2 Ausführung des Dienstes durch Beförderungsunternehmen

Zweiter Teil

Leistungsangebot

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

- 3 Grundsätzliches
- 4 Gewichtssystem
- 5 Grundgebühren
- 6 Luftpostzuschläge
- 7 Besondere Gebühren
- 8 Freimachung
- 9 Postgebührenfreiheit

Kapitel 2

Sonderdienste

- 10 Pakete mit Eilzustellung
- 11 Wertpakete
- 12 Nachnahmepakete
- 13 Pakete mit zerbrechlichem Inhalt. Sperrige Pakete
- 14 Sammelsendungsdienst „Consignment“
- 15 Rückschein
- 16 Gebühren- und abgabefrei auszuliefernde Pakete
- 17 Verschiffungsbescheinigung

Kapitel 3

Besondere Bestimmungen

- 18 Verbote
- 19 Nachsendung
- 20 Auslieferung. Unzustellbare Pakete

Article

- 21 Retrait, Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur
- 22 Réclamations

Chapitre 4

Questions douanières

- 23 Contrôle douanier
- 24 Taxe de présentation à la douane
- 25 Droits de douane et autres droits

Chapitre 5

Responsabilité

- 26 Responsabilité des Administrations postales. Indemnités
- 27 Non-responsabilité des Administrations postales
- 28 Responsabilité de l'expéditeur
- 29 Paiement de l'indemnité
- 30 Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

Troisième partie

Relations entre les Administrations postales

Chapitre 1

Traitement des colis

- 31 Objectifs en matière de qualité de service
- 32 Echange des colis

Chapitre 2

Traitement des cas de responsabilité

- 33 Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales

Chapitre 3

Quotes-parts et frais de transport aérien

- 34 Quote-part territoriale d'arrivée
- 35 Quote-part territoriale de transit
- 36 Quote-part maritime
- 37 Attribution des quotes-parts
- 38 Frais de transport aérien

Chapitre 4

Dispositions diverses

- 39 Fourniture de renseignements, conservation des documents, formules
- 40 Colis à destination ou en provenance de pays ne participant pas à l'Arrangement
- 41 Application de la Convention

Quatrième partie

Dispositions finales

- 42 Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution
- 43 Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Artikel

- 21 Zurückziehung, Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders
- 22 Nachforschungsanträge

Kapitel 4

Zollangelegenheiten

- 23 Zollkontrolle
- 24 Gestellungsgebühr
- 25 Zölle und andere Abgaben

Kapitel 5

Haftung

- 26 Haftung der Postverwaltungen. Entschädigungen
- 27 Haftungsausschluß seitens der Postverwaltungen
- 28 Haftung des Absenders
- 29 Zahlung der Entschädigung
- 30 Eventuelle Zurückforderung der Entschädigung vom Absender beziehungsweise vom Empfänger

Dritter Teil

Beziehungen zwischen den Postverwaltungen

Kapitel 1

Behandlung von Paketen

- 31 Ziele im Bereich der Dienstqualität
- 32 Austausch der Pakete

Kapitel 2

Behandlung von Haftungsfällen

- 33 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen

Kapitel 3

Vergütungsanteile und Luftbeförderungskosten

- 34 Endvergütungsanteil
- 35 Durchgangsvergütungsanteil
- 36 Seevergütungsanteil
- 37 Zuteilung der Vergütungsanteile
- 38 Luftbeförderungskosten

Kapitel 4

Verschiedene Bestimmungen

- 39 Erteilen von Auskünften, Aufbewahrung der Unterlagen, Formblätter
- 40 Pakete nach oder aus Ländern, die an dem Übereinkommen nicht teilnehmen
- 41 Anwendung des Weltpostvertrags

Vierter Teil

Schlußbestimmungen

- 42 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Übereinkommen und seiner Vollzugsordnung
- 43 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Übereinkommens

Article

**Protocole final
de l'Arrangement concernant les colis postaux**

- I Principes
- II Colis avec valeur déclarée
- III Avis de réception
- IV Interdictions
- V Retrait, Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur
- VI Réclamations
- VII Taxe de présentation à la douane
- VIII Dédommagement
- IX Exceptions au principe de la responsabilité
- X Non-responsabilité de l'Administration postale
- XI Paiement de l'indemnité
- XII Quotes-parts territoriales d'arrivée exceptionnelles
- XIII Quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles
- XIV Quotes-parts maritimes
- XV Quotes-parts supplémentaires
- XVI Frais de transport aérien
- XVII Tarifs spéciaux

Artikel

**Schlußprotokoll
zum Postpaketübereinkommen**

- I Grundsätzliches
- II Wertpakete
- III Rückschein
- IV Verbote
- V Zurückziehung, Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders
- VI Nachforschungsanträge
- VII Gestellungsgebühr
- VIII Entschädigung
- IX Ausnahmen vom Grundsatz der Haftung
- X Haftungsausschluß seitens der Postverwaltung
- XI Zahlung der Entschädigung
- XII Außergewöhnliche Endvergütungsanteile
- XIII Außergewöhnliche Durchgangsvergütungsanteile
- XIV Seevergütungsanteile
- XV Zusätzliche Vergütungsanteile
- XVI Luftbeförderungskosten
- XVII Besondere Tarife

Arrangement concernant les colis postaux

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 4, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant.

Première partie Dispositions préliminaires

Article 1

Objet de l'Arrangement

1. Le présent Arrangement régit le service des colis postaux entre les pays contractants.

2. Dans le présent Arrangement, dans son Protocole final et dans son Règlement d'exécution, l'abréviation «colis» s'applique à tous les colis.

Article 2

Exploitation du service par les entreprises de transport

Tout pays dont l'Administration postale ne se charge pas du transport des colis et qui adhère à l'Arrangement a la faculté d'en faire exécuter les clauses par les entreprises de transport. Il peut, en même temps, limiter ce service aux colis en provenance ou à destination de localités desservies par ces entreprises. L'Administration postale demeure responsable de l'exécution de l'Arrangement.

Deuxième partie Offre de prestations

Chapitre 1

Dispositions générales

Article 3

Principes

1. Les colis peuvent être échangés soit directement, soit par l'intermédiaire d'un ou de plusieurs pays. L'échange des colis dont le poids unitaire dépasse 10 kilogrammes est facultatif, avec un maximum de poids unitaire ne dépassant pas 31,5 kilogrammes.

2. Les colis transportés par la voie aérienne avec priorité sont dénommés «colis-avion».

3. Les particularités relatives aux limites de poids, les limites de dimensions et les conditions d'acceptation ressortent du Règlement.

Article 4

Système de poids

Le poids des colis s'exprime en kilogrammes.

Article 5

Taxes principales

1. Les Administrations établissent les taxes principales à percevoir sur les expéditeurs.

2. Les taxes principales doivent être en relation avec les quoteparts. En règle générale, leur produit ne doit pas dépasser,

Postpaketübereinkommen

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitglieds-länder des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung folgendes Übereinkommen geschlossen.

Erster Teil

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand des Übereinkommens

1. Dieses Übereinkommen regelt den Postpaketdienst zwischen den vertragschließenden Ländern.

2. In diesem Übereinkommen, seinem Schlußprotokoll und seiner Vollzugsordnung bezieht sich die Kurzform „Paket“ auf alle Pakete.

Artikel 2

Ausführung des Dienstes durch Beförderungsunternehmen

Jedes Land, dessen Postverwaltung keine Pakete befördert, das aber diesem Übereinkommen beigetreten ist, kann die Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens Beförderungsunternehmen übertragen. Dabei darf es diesen Dienst auf Pakete aus oder nach Orten beschränken, die von diesen Unternehmen versorgt werden. Die Postverwaltung bleibt für die Durchführung des Übereinkommens verantwortlich.

Zweiter Teil

Leistungsangebot

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 3

Grundsätzliches

1. Pakete können entweder unmittelbar oder durch Vermittlung eines oder mehrerer Länder ausgetauscht werden. Der Austausch von Paketen, deren Stückgewicht 10 Kilogramm überschreitet, ist fakultativ; das Stückgewicht darf 31,5 Kilogramm nicht überschreiten.

2. Auf dem Luftweg mit Vorrang beförderte Pakete werden als „Luftpostpakete“ bezeichnet.

3. Einzelheiten zum Höchstgewicht, die Höchst- und Mindestmaße und die Annahmebedingungen sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Artikel 4

Gewichtssystem

Das Gewicht der Pakete wird in Kilogramm angegeben.

Artikel 5

Grundgebühren

1. Die Verwaltungen legen die von den Absendern zu erhebenden Grundgebühren fest.

2. Die Grundgebühren müssen mit den Vergütungsanteilen in Beziehung stehen. Im allgemeinen dürfen sie insgesamt nicht

dans l'ensemble, les quotes-parts fixées par les Administrations en vertu des articles 34 à 36.

Article 6

Surtaxes aériennes

1. Les Administrations établissent les surtaxes aériennes à percevoir pour les colis-avion.
2. Les surtaxes doivent être en relation avec les frais de transport aérien. En règle générale, leur produit ne doit pas dépasser, dans l'ensemble, les frais de ce transport.
3. Les surtaxes doivent être uniformes pour tout le territoire d'un même pays de destination, quel que soit l'acheminement utilisé.

Article 7

Taxes spéciales

1. Les Administrations sont autorisées à percevoir, dans les cas mentionnés ci-après, les mêmes taxes que dans le régime intérieur.

1.1 Taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets, perçue sur l'expéditeur.

1.2 Taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur, perçue sur ce dernier.

1.3 Taxe de poste restante, perçue par l'Administration de destination, au moment de la livraison, sur tout colis adressé poste restante. En cas de renvoi à l'expéditeur ou de réexpédition, le montant de la reprise ne peut dépasser 0,49 DTS.

1.4 Taxe de magasinage sur tout colis qui n'a pas été retiré dans les délais prescrits, que ce colis soit adressé poste restante ou à domicile. Cette taxe est perçue par l'Administration qui effectue la livraison, au profit des Administrations dans les services desquelles le colis a été gardé au-delà des délais admis. En cas de renvoi à l'expéditeur ou de réexpédition, le montant de la reprise ne peut dépasser 6,53 DTS.

2. Lorsqu'un colis est normalement livré au domicile du destinataire, aucune taxe de livraison ne peut être perçue sur ce dernier. Lorsque la livraison au domicile du destinataire n'est normalement pas assurée, l'avis d'arrivée du colis doit être remis gratuitement. Dans ce cas, si la livraison au domicile du destinataire est offerte à titre facultatif en réponse à l'avis d'arrivée, une taxe de livraison peut être perçue sur le destinataire. Cette taxe doit être la même que celle appliquée au service intérieur.

3. Les Administrations acceptant de couvrir les risques pouvant découler d'un cas de force majeure peuvent percevoir, pour les colis sans valeur déclarée, une taxe pour risque de force majeure de 0,20 DTS par colis au maximum. Pour les colis avec valeur déclarée, le montant est prévu à l'article 11.4.

Article 8

Affranchissement

Les colis doivent être affranchis au moyen de timbres-poste ou de tout autre procédé autorisé par la réglementation de l'Administration d'origine.

Article 9

Franchises postales

1. Colis de service

1.1 Sont exonérés de toutes taxes postales les colis relatifs au service postal, dénommés «colis de service», et échangés entre:

höher sein als die von den Verwaltungen nach den Artikeln 34 bis 36 festgelegten Vergütungsanteile.

Artikel 6

Luftpostzuschläge

1. Die Verwaltungen legen die für Luftpostpakete zu erhebenden Luftpostzuschläge fest.
2. Die Zuschläge müssen mit den Luftbeförderungskosten in Beziehung stehen. Im allgemeinen dürfen sie insgesamt nicht höher sein als die Kosten für diese Beförderung.
3. Die Zuschläge müssen unabhängig vom benutzten Beförderungsweg für das gesamte Gebiet eines Bestimmungslandes einheitlich sein.

Artikel 7

Besondere Gebühren

1. In den nachstehend genannten Fällen dürfen die Verwaltungen dieselben Gebühren erheben wie im Inlandsdienst.

1.1 Vom Absender erhobene Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalteröffnungszeiten.

1.2 Vom Absender erhobene Gebühr für die Abholung unter seiner Anschrift.

1.3 Gebühr für postlagernde Sendungen, die die Bestimmungsverwaltung für jedes postlagernde Paket bei der Auslieferung einzieht. Im Falle der Rücksendung an den Absender oder der Nachsendung darf der in Rechnung gestellte Betrag 0,49 SZR nicht überschreiten.

1.4 Lagergebühr für jedes Paket, das nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgeholt wird, unabhängig davon, ob es sich um ein postlagerndes oder an die Anschrift des Empfängers zuzustellendes Paket handelt. Diese Gebühr zieht die ausliefernde Verwaltung zugunsten der Verwaltungen ein, bei deren Dienststellen das Paket über die zulässigen Fristen hinaus gelagert hat. Im Falle der Rücksendung an den Absender oder der Nachsendung darf der in Rechnung gestellte Betrag 6,53 SZR nicht überschreiten.

2. Werden Pakete normalerweise an die Anschrift des Empfängers zugestellt, so darf von diesem keine Zustellgebühr erhoben werden. Findet normalerweise keine Zustellung an die Anschrift des Empfängers statt, so ist die Benachrichtigung über den Eingang eines Pakets unentgeltlich zuzustellen. Wird in diesem Fall die Zustellung an die Anschrift des Empfängers auf die Benachrichtigung hin fakultativ angeboten, so darf eine Zustellgebühr vom Empfänger erhoben werden. Diese Gebühr muß gleich hoch sein wie die des Inlandsdienstes.

3. Verwaltungen, die bereit sind, die Risiken im Falle höherer Gewalt zu übernehmen, dürfen für Pakete ohne Wertangabe eine Gebühr für Risiken im Falle höherer Gewalt von höchstens 0,20 SZR je Paket erheben. Für Pakete mit Wertangabe ist die Höhe dieser Gebühr in Artikel 11 Absatz 4 festgelegt.

Artikel 8

Freimachung

Pakete sind mit Postwertzeichen oder nach jedem anderen nach den Vorschriften der Einlieferungsverwaltung zulässigen Verfahren freizumachen.

Artikel 9

Postgebührenfreiheit

1. Dienstpakete

1.1 Von allen Postgebühren befreit sind als „Dienstpakete“ bezeichnete postdienstliche Pakete, die ausgetauscht werden zwischen

- 1.1.1 les Administrations postales;
- 1.1.2 les Administrations postales et le Bureau international;
- 1.1.3 les bureaux de poste des Pays-membres;
- 1.1.4 les bureaux de poste et les Administrations postales.

1.2 Les colis-avion, à l'exception de ceux qui émanent du Bureau international, n'acquittent pas les surtaxes aériennes.

2. Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils

2.1 Sont dénommés «colis de prisonniers de guerre et d'internés civils» les colis destinés aux prisonniers et aux organismes mentionnés dans la Convention ou expédiés par eux. Ces colis sont exonérés de toutes taxes, à l'exception des surtaxes aériennes.

Chapitre 2 Services spéciaux

Article 10 Colis exprès

1. A la demande des expéditeurs et à destination des pays dont les Administrations se chargent de ce service, les colis sont livrés à domicile par porteur spécial aussitôt que possible après leur arrivée au bureau de distribution. Ils sont alors dénommés «colis exprès».

2. Les colis exprès sont passibles d'une taxe supplémentaire de 1,63 DTS au maximum. Cette taxe doit être acquittée complètement à l'avance. Elle est due même si le colis ne peut être distribué par exprès, mais seulement l'avis d'arrivée.

3. Lorsque la remise par exprès entraîne des sujétions spéciales, une taxe complémentaire peut être perçue par l'Administration de destination, selon les dispositions relatives aux envois de même nature du régime intérieur. Cette taxe complémentaire reste exigible même si le colis est renvoyé à l'expéditeur ou réexpédié. Dans ces cas, le montant de la reprise ne peut toutefois dépasser 1,63 DTS.

4. Si la réglementation de l'Administration de destination le permet, les destinataires peuvent demander au bureau de distribution la livraison par exprès dès leur arrivée des colis qui leur sont destinés. Dans ce cas, l'Administration de destination est autorisée à percevoir, au moment de la distribution, la taxe applicable dans son service intérieur.

Article 11 Colis avec valeur déclarée

1. Est dénommé «colis avec valeur déclarée» tout colis qui comporte une déclaration de valeur. L'échange est limité aux relations entre les Administrations postales qui acceptent les colis avec valeur déclarée.

2. Chaque Administration a la faculté de limiter la déclaration de valeur, en ce qui la concerne, à un montant qui ne peut être inférieur à 4000 DTS. Toutefois, la limite de valeur déclarée adoptée dans le service intérieur peut être appliquée si elle est inférieure à ce montant.

3. La taxe des colis avec valeur déclarée doit être acquittée à l'avance. Elle se compose de la taxe principale, d'une taxe d'expédition perçue à titre facultatif et d'une taxe ordinaire d'assurance.

3.1 Les surtaxes aériennes et les taxes pour services spéciaux s'ajoutent éventuellement à la taxe principale.

3.2 La taxe d'expédition ne doit pas dépasser la taxe de recommandation prévue dans la Convention. Au lieu de la taxe fixe de recommandation, les Administrations postales ont la faculté de

- 1.1.1 Postverwaltungen;
 - 1.1.2 Postverwaltungen und dem Internationalen Büro;
 - 1.1.3 Postämtern der Mitgliedsländer;
 - 1.1.4 Postämtern und Postverwaltungen.
- 1.2 Für Luftpostpakete mit Ausnahme der vom Internationalen Büro versandt sind keine Luftpostzuschläge zu zahlen.

2. Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete

2.1 Als „Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete“ werden die Pakete bezeichnet, die für die im Weltpostvertrag genannten Gefangenen und Stellen bestimmt sind oder von diesen abgesandt werden. Diese Pakete sind von allen Gebühren mit Ausnahme der Luftpostzuschläge befreit.

Kapitel 2 Sonderdienste

Artikel 10 Pakete mit Eilzustellung

1. Auf Verlangen des Absenders werden Pakete nach Ländern, deren Verwaltungen diesen Dienst ausführen, so bald wie möglich nach ihrem Eingang beim Zustellamt durch besonderen Boten an die Anschrift des Empfängers zugestellt. Diese Pakete werden als „Pakete mit Eilzustellung“ bezeichnet.

2. Für Pakete mit Eilzustellung ist eine zusätzliche Gebühr von höchstens 1,63 SZR zu entrichten. Diese Gebühr ist in voller Höhe im voraus zu entrichten. Sie wird auch dann erhoben, wenn nicht das Paket, sondern nur die Benachrichtigung über seinen Eingang durch Eilboten zugestellt werden kann.

3. Ist die Eilzustellung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, so kann die Bestimmungsverwaltung nach ihren Bestimmungen über gleichartige Inlandssendungen eine zusätzliche Gebühr erheben. Diese zusätzliche Gebühr wird auch dann erhoben, wenn das Paket an den Absender zurückgeschickt oder nachgesandt wird. In diesen Fällen darf der in Rechnung gestellte Betrag jedoch 1,63 SZR nicht übersteigen.

4. Wenn es die Vorschriften der Bestimmungsverwaltung zulassen, können die Empfänger beim Zustellamt beantragen, daß ihnen die für sie bestimmten Pakete sofort nach ihrem Eingang durch Eilboten zugestellt werden. In diesem Fall darf die Bestimmungsverwaltung bei der Zustellung die in ihrem Inlandsdienst geltende Gebühr erheben.

Artikel 11 Wertpakete

1. Pakete mit Wertangabe werden als „Wertpakete“ bezeichnet. Der Austausch dieser Pakete ist auf den Verkehr zwischen Postverwaltungen beschränkt, die Wertpakete entgegennehmen.

2. Jede Verwaltung kann für ihren Bereich die Wertangabe auf einen Betrag begrenzen, der 4000 SZR nicht unterschreiten darf. Jedoch kann der im Inlandsdienst geltende Höchstbetrag der Wertangabe angewendet werden, wenn er niedriger als dieser Betrag ist.

3. Die Gebühr für Wertpakete ist im voraus zu entrichten. Sie setzt sich zusammen aus der Grundgebühr, einer fakultativen Abfertigungsgebühr und einer gewöhnlichen Wertgebühr.

3.1 Zur Grundgebühr kommen gegebenenfalls die Luftpostzuschläge und die Gebühren für Sonderdienste hinzu.

3.2 Die Abfertigungsgebühr darf nicht höher sein als die im Weltpostvertrag vorgesehene Einschreibgebühr. Anstelle der festen Einschreibgebühr können die Postverwaltungen auch die

percevoir la taxe correspondante de leur service intérieur ou, exceptionnellement, une taxe de 3,27 DTS au maximum.

3.3 La taxe ordinaire d'assurance est de 0,33 DTS au maximum par 65,34 DTS ou fraction de 65,34 DTS déclarés, ou de 0,5 pour cent de l'échelon de valeur déclarée.

4. Les Administrations qui acceptent de couvrir les risques pouvant découler d'un cas de force majeure sont autorisées à percevoir une «taxe pour risques de force majeure». Celle-ci sera fixée de manière que la somme totale formée par cette taxe et la taxe ordinaire d'assurance ne dépasse pas le maximum prévu sous 3.3.

5. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les Administrations peuvent en outre percevoir, sur les expéditeurs ou les destinataires, les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure.

Article 12

Colis remboursement

Est dénommé «colis remboursement» tout colis grevé de remboursement et visé par l'Arrangement concernant les envois contre remboursement. L'échange des colis remboursement exige l'accord préalable des Administrations d'origine et de destination.

Article 13

Colis fragiles. Colis encombrants

1. Tout colis contenant des objets pouvant se briser facilement et dont la manipulation doit être effectuée avec un soin particulier est dénommé «colis fragile».

2. Est dénommé «colis encombrant» tout colis dont les dimensions dépassent les limites fixées au Règlement ou celles que les Administrations peuvent fixer entre elles.

3. Tout colis qui, par sa forme ou sa structure, ne se prête pas facilement au chargement avec d'autres colis ou qui exige des précautions spéciales est également dénommé «colis encombrant».

4. Les colis fragiles et les colis encombrants sont passibles d'une taxe supplémentaire égale, au maximum, à 50 pour cent de la taxe principale. Si le colis est fragile et encombrant, la taxe supplémentaire n'est perçue qu'une seule fois. Toutefois, les surtaxes aériennes relatives à ces colis ne subissent aucune majoration.

5. L'échange des colis fragiles et des colis encombrants est limité aux relations entre les Administrations qui acceptent ces envois.

Article 14

Service de groupage «Consignment»

1. Les Administrations peuvent convenir entre elles de participer à un service facultatif de groupage dénommé «Consignment» pour les envois groupés d'un seul expéditeur destinés à l'étranger.

2. Dans la mesure du possible, ce service est identifié par un logo composé des éléments suivants:

- le mot «CONSIGNMENT» en bleu;
- trois bandes horizontales (une rouge, une bleue et une verte).

CONSIGNMENT

3. Les détails de ce service seront fixés bilatéralement entre l'Administration d'origine et celle de destination sur la base des

entsprechende Gebühr ihres Inlandsdienstes oder ausnahmsweise eine Gebühr von höchstens 3,27 SZR erheben.

3.3 Die gewöhnliche Wertgebühr beträgt höchstens 0,33 SZR für jede volle oder angefangene Einheit von 65,34 SZR Wertangabe oder 0,5 Prozent der Wertangabestufe.

4. Verwaltungen, die bereit sind, die Risiken im Falle höherer Gewalt zu übernehmen, dürfen eine „Gebühr für Risiken im Falle höherer Gewalt“ erheben. Diese wird so bemessen, daß die Summe aus dieser Gebühr und der gewöhnlichen Wertgebühr nicht den in Absatz 3.3 vorgesehenen Höchstbetrag überschreitet.

5. Sind außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich, so können die Verwaltungen darüber hinaus vom Absender oder vom Empfänger die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

Artikel 12

Nachnahmepakete

Mit einer Nachnahme belastete Pakete im Sinne des Postnachnahmeübereinkommens werden als „Nachnahmepakete“ bezeichnet. Der Austausch von Nachnahmepaketen erfordert die vorherige Zustimmung der Einlieferungs- und der Bestimmungsverwaltung.

Artikel 13

Pakete mit zerbrechlichem Inhalt. Sperrige Pakete

1. Pakete, die leichtzerbrechliche Gegenstände enthalten und mit besonderer Sorgfalt behandelt werden müssen, werden als „Pakete mit zerbrechlichem Inhalt“ bezeichnet.

2. Als „sperrige Pakete“ werden Pakete bezeichnet, deren Maße die Höchstmaße überschreiten, die in der Vollzugsordnung festgelegt sind oder die die Verwaltungen miteinander vereinbaren können.

3. Als „sperrige Pakete“ werden auch Pakete bezeichnet, die wegen ihrer Form oder ihrer äußeren Beschaffenheit nur schwer mit anderen Paketen zusammen verladen werden können oder die besondere Vorsichtsmaßnahmen erforderlich machen.

4. Für Pakete mit zerbrechlichem Inhalt und sperrige Pakete wird eine zusätzliche Gebühr von höchstens 50 Prozent der Grundgebühr erhoben. Für Pakete mit zerbrechlichem Inhalt, die gleichzeitig sperrig sind, wird die zusätzliche Gebühr nur einmal erhoben. Die Luftpostzuschläge für diese Pakete werden jedoch nicht erhöht.

5. Der Austausch von Paketen mit zerbrechlichem Inhalt und sperrigen Paketen ist auf den Verkehr zwischen Verwaltungen beschränkt, die diese Sendungen entgegennehmen.

Artikel 14

Sammelsendungsdienst „Consignment“

1. Die Verwaltungen können miteinander vereinbaren, an einem fakultativen Sammelsendungsdienst teilzunehmen, der als „Consignment“ bezeichnet wird und Sammelsendungen ein und desselben Absenders nach dem Ausland zum Gegenstand hat.

2. Dieser Dienst wird nach Möglichkeit durch ein Logo gekennzeichnet, das aus folgenden Teilen besteht:

- dem Wort „CONSIGNMENT“ in blauer Farbe;
- drei Querstreifen (einem roten, einem blauen und einem grünen).

CONSIGNMENT

3. Einzelheiten zu diesem Dienst werden in zweiseitigen Vereinbarungen zwischen der Einlieferungs- und der Bestimmungsverwaltung festgelegt.

dispositions définies par le Conseil d'exploitation postale.

Article 15

Avis de réception

1. L'expéditeur d'un colis peut demander un avis de réception dans les conditions fixées dans la Convention. Toutefois, les Administrations peuvent limiter ce service aux colis avec valeur déclarée si cette limitation est prévue dans leur régime intérieur.

2. La taxe d'avis de réception est de 0,98 DTS au maximum.

Article 16

Colis francs de taxes et de droits

1. Dans les relations entre les Administrations postales qui se sont déclarées d'accord à cet égard, les expéditeurs peuvent prendre à leur charge, moyennant déclaration préalable au bureau d'origine, la totalité des taxes et des droits dont un colis est grevé à la livraison. Il s'agit d'un «colis franc de taxes et de droits».

2. L'expéditeur doit s'engager à payer les sommes qui pourraient être réclamées par le bureau de destination. Le cas échéant, il doit effectuer un paiement provisoire.

3. L'Administration d'origine perçoit sur l'expéditeur une taxe de 0,98 DTS au maximum par colis, qu'elle garde comme rémunération pour les services fournis dans le pays d'origine.

4. L'Administration de destination est autorisée à percevoir une taxe de commission de 0,98 DTS par colis au maximum. Cette taxe est indépendante de la taxe de présentation à la douane. Elle est perçue sur l'expéditeur au profit de l'Administration de destination.

Article 17

Avis d'embarquement

1. Dans les relations entre les Administrations qui acceptent d'assurer ce service, l'expéditeur peut demander qu'un avis d'embarquement lui soit adressé.

2. La taxe d'avis d'embarquement est de 0,36 DTS par colis au maximum.

Chapitre 3

Dispositions particulières

Article 18

Interdictions

1. L'insertion des objets ci-dessous est interdite dans toutes les catégories de colis:

1.1 les objets qui, par leur nature ou leur emballage, peuvent présenter du danger pour les agents, salir ou détériorer les autres colis ou l'équipement postal;

1.2 les stupéfiants et les substances psychotropes;

1.3 les documents ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle ainsi que les correspondances de toute nature échangés entre des personnes autres que l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux;

1.4 les animaux vivants, à moins que leur transport par la poste ne soit autorisé par la réglementation postale des pays intéressés;

1.5 les matières explosibles, inflammables ou autres matières dangereuses;

1.6 les matières radioactives;

verwaltung auf der Grundlage der vom Rat für Postbetrieb festgelegten Bestimmungen geregelt.

Artikel 15

Rückschein

1. Der Absender eines Pakets kann unter den im Weitpostvertrag festgelegten Bedingungen einen Rückschein verlangen. Die Verwaltungen können diesen Dienst jedoch auf Wertpakete beschränken, wenn diese Beschränkung in ihrem Inlandsdienst vorgesehen ist.

2. Die Rückscheingebühr beträgt höchstens 0,98 SZR.

Artikel 16

Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete

1. Im Verkehr zwischen Postverwaltungen, die sich damit einverstanden erklärt haben, können die Absender mittels einer vorher beim Einlieferungsamt abgegebenen Erklärung sämtliche Gebühren und Abgaben übernehmen, mit denen ein Paket bei der Auslieferung belastet wird. Es handelt sich hierbei um gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete.

2. Der Absender muß sich verpflichten, alle eventuell vom Bestimmungsamt geforderten Beträge zu zahlen. Gegebenenfalls muß er eine Vorauszahlung leisten.

3. Die Einlieferungsverwaltung erhebt vom Absender eine Gebühr von höchstens 0,98 SZR je Paket, die sie als Vergütung für die im Einlieferungsland geleisteten Dienste behält.

4. Die Bestimmungsverwaltung darf eine Vermittlungsgebühr von höchstens 0,98 SZR je Paket erheben. Diese Gebühr ist unabhängig von der Gestellungsgebühr. Sie wird vom Absender zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben.

Artikel 17

Verschiffungsbescheinigung

1. Im Verkehr zwischen Verwaltungen, die diesen Dienst anbieten, kann der Absender verlangen, daß ihm eine Verschiffungsbescheinigung zugesandt wird.

2. Die Gebühr für die Verschiffungsbescheinigung beträgt höchstens 0,36 SZR je Paket.

Kapitel 3

Besondere Bestimmungen

Artikel 18

Verbote

1. Die Aufnahme nachstehend genannter Gegenstände in Pakete aller Art ist verboten:

1.1 Gegenstände, die wegen ihrer Beschaffenheit oder Verpackung eine Gefahr für die Mitarbeiter der Post darstellen, die anderen Pakete oder die Einrichtungen der Post beschmutzen oder beschädigen können;

1.2 Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe;

1.3 Schriftstücke mit dem Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung sowie Schriftstücke aller Art, die zwischen anderen Personen als dem Absender und dem Empfänger oder bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden;

1.4 lebende Tiere, es sei denn, daß sie nach den Postvorschriften der beteiligten Länder zum Postversand zugelassen sind;

1.5 explosionsgefährliche, leichtentzündliche oder andere gefährliche Stoffe;

1.6 radioaktive Stoffe;

1.7 les objets obscènes ou immoraux;

1.8 les objets dont l'importation ou la circulation est interdite dans le pays de destination.

2. Il est interdit d'insérer dans les colis sans valeur déclarée échangés entre deux pays qui admettent la déclaration de valeur: des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres, des bijoux et autres objets précieux. De plus, chaque Administration a la faculté d'interdire l'insertion de l'or en lingots dans les envois avec ou sans valeur déclarée en provenance ou à destination de son territoire ou transmis en transit par son territoire. Elle peut limiter la valeur réelle de ces envois.

3. Les exceptions aux interdictions et le traitement des colis acceptés à tort ressortent du Règlement. Toutefois, les colis contenant des objets visés sous 1.2, 1.5, 1.6 et 1.7 ne sont en aucun cas acheminés à destination, ni livrés aux destinataires, ni renvoyés à l'origine.

Article 19

Réexpédition

1. La réexpédition d'un colis en cas de changement de résidence du destinataire peut avoir lieu soit à l'intérieur du pays de destination, soit hors de ce pays. Il en est de même en cas de réexpédition par suite de modification ou de correction d'adresse en application de l'article 21.

2. L'expéditeur peut interdire toute réexpédition.

3. Les Administrations qui perçoivent une taxe pour les demandes de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe dans le service international.

4. Les conditions de réexpédition ressortent du Règlement.

Article 20

Livraison. Colis non distribuables

1. D'une façon générale, les colis sont livrés aux destinataires dans le plus bref délai et conformément aux dispositions en vigueur dans le pays de destination. Les délais de garde sont fixés dans le Règlement. Lorsque les colis ne sont pas livrés à domicile, les destinataires doivent, sauf impossibilité, être avisés sans retard de leur arrivée.

2. Tout colis qui ne peut être livré au destinataire ou qui est retenu d'office est traité selon les instructions données par l'expéditeur dans les limites fixées par le Règlement.

3. Dans le cas de l'établissement d'un avis de non-livraison, la réponse à un tel avis peut donner lieu à la perception d'une taxe de 0,65 DTS au maximum. Quand l'avis concerne plusieurs colis déposés simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire, cette taxe n'est perçue qu'une fois. En cas de transmission par voie des télécommunications, la taxe correspondante s'y ajoute.

4. Tout colis non distribuable est renvoyé au pays du domicile de l'expéditeur. Les conditions de renvoi ressortent du Règlement.

5. Si l'expéditeur a fait abandon d'un colis qui n'a pu être livré au destinataire, ce colis est traité par l'Administration de destination selon sa propre législation.

6. Les objets contenus dans un colis et dont la détérioration ou la corruption prochaines sont à craindre peuvent seuls être vendus immédiatement, sans avis préalable et sans formalité judiciaire. La vente a lieu au profit de qui de droit, même en route, à

1.7 obscènes ou contre les bonnes mœurs; 1.8 Gegenstände, deren Einfuhr oder Verbreitung im Bestimmungsland verboten ist.

2. Im Verkehr zwischen zwei Ländern, die die Wertangabe zulassen, dürfen folgende Gegenstände nicht in Pakete ohne Wertangabe aufgenommen werden: Münzen, Banknoten, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nichtverarbeiteter Form, Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände. Darüber hinaus kann jede Verwaltung den Versand von Goldbarren in Wertsendungen oder Sendungen ohne Wertangabe aus oder nach ihrem Gebiet oder im Durchgang durch ihr Gebiet verbieten. Sie kann den tatsächlichen Wert dieser Sendungen beschränken.

3. Die Ausnahmen von den Verboten und die Behandlung zu Unrecht zur Beförderung angenommener Pakete sind in der Vollzugsordnung festgelegt. Jedoch werden Pakete, die in den Absätzen 1.2, 1.5, 1.6 und 1.7 genannte Gegenstände enthalten, in keinem Fall zum Bestimmungsort befördert, den Empfängern ausgeliefert oder zum Einlieferungsort zurückgesandt.

Artikel 19

Nachsendung

1. Bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers kann ihm ein Paket sowohl innerhalb des Bestimmungslandes als auch in das Ausland nachgesandt werden. Dasselbe gilt im Falle der Nachsendung infolge der Änderung oder Berichtigung der Aufschrift in Anwendung des Artikels 21.

2. Der Absender kann jegliche Nachsendung ausschließen.

3. Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst für Nachsendungsanträge eine Gebühr erheben, dürfen dieselbe Gebühr auch im Auslandsdienst erheben.

4. Die Nachsendungsbedingungen sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Artikel 20

Auslieferung. Unzustellbare Pakete

1. Im allgemeinen werden Pakete den Empfängern so schnell wie möglich nach den im Bestimmungsland geltenden Vorschriften ausgeliefert. Die Aufbewahrungsfristen sind in der Vollzugsordnung festgelegt. Werden Pakete nicht an die Anschrift des Empfängers zugestellt, so müssen die Empfänger unverzüglich von ihrem Eingang unterrichtet werden, es sei denn, daß dies nicht möglich ist.

2. Pakete, die dem Empfänger nicht ausgeliefert werden können oder die von Amts wegen zurückgehalten werden, sind innerhalb der in der Vollzugsordnung festgelegten Grenzen entsprechend den vom Absender getroffenen Voraussetzungen zu behandeln.

3. Wird eine Unzustellbarkeitsanzeige ausgefertigt, so kann für die Antwort auf diese Anzeige eine Gebühr von höchstens 0,65 SZR erhoben werden. Betrifft die Unzustellbarkeitsanzeige mehrere gleichzeitig von demselben Absender bei demselben Postamt für denselben Empfänger eingelebte Pakete, so wird diese Gebühr nur einmal erhoben. Bei Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg kommt die entsprechende Gebühr dafür hinzu.

4. Unzustellbare Pakete werden in das Land zurückgesandt, in dem der Absender seinen Wohnsitz hat. Die Rücksendungsbedingungen sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

5. Hat der Absender ein Paket preisgegeben, das dem Empfänger nicht ausgeliefert werden konnte, so behandelt die Bestimmungsverwaltung es nach ihren eigenen Rechtsvorschriften.

6. Lediglich in einem Paket enthaltene Gegenstände, die zu verderben oder zu verfaulen drohen, dürfen ohne Vorankündigung und ohne besondere rechtliche Formalitäten sofort verkauft werden. Der Verkauf erfolgt zugunsten des Berechtigten, auch

l'aller et au retour. Si la vente est impossible, les objets détériorés ou corrompus sont détruits.

während der Beförderung auf dem Hin- und Rückweg. Ist ein Verkauf nicht möglich, so werden die verdorbenen oder verfaulten Gegenstände vernichtet.

Article 21

Retrait. Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un colis peut, dans les conditions fixées dans la Convention, en demander le retour ou en faire modifier l'adresse. Il doit garantir le paiement des sommes exigibles pour toutes nouvelles transmissions.

2. Toutefois, les Administrations ont la faculté de ne pas admettre les demandes visées sous 1 lorsqu'elles ne les acceptent pas dans leur régime intérieur.

3. L'expéditeur doit payer, pour chaque demande, une taxe de demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse de 1,31 DTS au maximum. A cette taxe s'ajoute la taxe appropriée, si la demande doit être transmise par voie des télécommunications.

Article 22

Réclamations

1. Les réclamations sont admises dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour du dépôt d'un colis. Pendant cette période, les réclamations sont acceptées dès que le problème est signalé par l'expéditeur ou par le destinataire. Cependant, lorsque la réclamation d'un expéditeur concerne un colis non distribué et que le délai d'acheminement prévu n'est pas encore expiré, il convient d'informer l'expéditeur de ce délai.

2. Le traitement des réclamations est gratuit. Toutefois, si, à la demande du client, les réclamations sont transmises par des moyens de télécommunication ou par EMS, elles peuvent donner lieu à la perception d'une taxe d'un montant équivalant au prix du service demandé.

3. Chaque Administration est tenue d'accepter les réclamations concernant tout colis déposé dans les services des autres Administrations.

4. Les colis ordinaires et les colis avec valeur déclarée doivent faire l'objet de réclamations distinctes.

Chapitre 4

Questions douanières

Article 23

Contrôle douanier

L'Administration postale du pays d'origine et celle du pays de destination sont autorisées à soumettre les colis au contrôle douanier, selon la législation de ces pays.

Article 24

Taxe de présentation à la douane

1. Les colis soumis au contrôle douanier dans le pays d'origine peuvent être frappés d'une taxe de présentation à la douane de 0,65 DTS par colis au maximum. En règle générale, la perception s'opère au moment du dépôt du colis.

2. Les colis soumis au contrôle douanier dans le pays de destination peuvent être frappés d'une taxe de 3,27 DTS par colis au maximum. Cette taxe n'est perçue qu'au titre de la présentation à la douane et de dédouanement des envois qui ont été frappés de droits de douane ou tout autre droit de même nature. Sauf entente spéciale, la perception s'opère au moment de la livraison du colis au destinataire. Toutefois, lorsqu'il s'agit de colis francs de taxes et de droits, la taxe de présentation à la douane est

Artikel 21

Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders

1. Der Absender eines Pakets kann unter den im Weltpostvertrag festgelegten Bedingungen die Rückgabe des Pakets oder die Änderung seiner Aufschrift verlangen. Er muß die Zahlung der für alle weiteren Beförderungen anfallenden Beträge gewährleisten.

2. Die Verwaltungen können die in Absatz 1 erwähnten Anträge jedoch ablehnen, wenn sie diese in ihrem Inlandsdienst nicht zulassen.

3. Der Absender muß für jeden Antrag auf Zurückziehung, auf Änderung oder Berichtigung der Aufschrift eine Gebühr von höchstens 1,31 SZR zahlen. Soll der Antrag auf dem Telekommunikationsweg übermittelt werden, so kommt die entsprechende Gebühr hinzu.

Artikel 22

Nachforschungsanträge

1. Nachforschungsanträge sind innerhalb eines Jahres, vom Tag nach der Einlieferung eines Pakets an gerechnet, zulässig. Während dieser Zeit werden Nachforschungsanträge entgegengenommen, sobald der Fall vom Absender oder vom Empfänger gemeldet wird. Bezieht sich jedoch der Nachforschungsantrag eines Absenders auf ein nichtausgeliefertes Paket und ist die vorgegebene Laufzeit noch nicht abgelaufen, so ist der Absender von dieser Laufzeit zu unterrichten.

2. Nachforschungsanträge werden gebührenfrei bearbeitet. Werden sie jedoch auf Verlangen des Absenders mit Telekommunikationsmitteln oder über den EMS-Dienst übermittelt, so kann eine Gebühr in Höhe des Preises für die verlangte Dienstleistung erhoben werden.

3. Jede Verwaltung ist verpflichtet, Nachforschungsanträge entgegenzunehmen, die im Dienstbereich der anderen Verwaltungen eingelieferte Pakete betreffen.

4. Für gewöhnliche Pakete und Wertpakete sind unterschiedliche Nachforschungsanträge zu stellen.

Kapitel 4

Zollangelegenheiten

Artikel 23

Zollkontrolle

Die Postverwaltungen des Einlieferungs- und des Bestimmungslandes dürfen Pakete nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Zollkontrolle unterziehen.

Artikel 24

Gestellungsgebühr

1. Die im Einlieferungsland der Zollkontrolle unterliegenden Pakete dürfen mit einer Gestellungsgebühr von höchstens 0,65 SZR je Paket belegt werden. Im allgemeinen wird diese Gebühr bei der Einlieferung des Pakets erhoben.

2. Die im Bestimmungsland der Zollkontrolle unterliegenden Pakete dürfen mit einer Gebühr von höchstens 3,27 SZR je Paket belegt werden. Diese Gebühr wird nur für die Zollgestellung und die Verzollung von Sendungen erhoben, die mit Zöllen oder vergleichbaren Abgaben belegt worden sind. Wenn nichts anderes vereinbart ist, wird diese Gebühr bei der Auslieferung des Pakets an den Empfänger erhoben. Bei gebühren- und abgabenfrei auszuliefernden Paketen wird die Gestellungsgebühr jedoch von der

perçue par l'Administration d'origine au profit de l'Administration de destination.

Article 25

Droits de douane et autres droits

Les Administrations de destination sont autorisées à percevoir sur les destinataires tous droits, notamment les droits de douane, dont les envois sont grevés dans le pays de destination.

Chapitre 5 Responsabilité

Article 26

Responsabilité des Administrations postales. Indemnités

1. Sauf dans les cas prévus à l'article 27, les Administrations postales répondent de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des colis.

2. Les Administrations postales peuvent s'engager à couvrir les risques découlant d'un cas de force majeure.

3. L'expéditeur a droit à une indemnité correspondant, en principe, au montant réel de la perte, de la spoliation ou de l'avarie. Les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération. Cependant, cette indemnité ne peut en aucun cas dépasser:

3.1 pour les colis avec valeur déclarée, le montant en DTS de la valeur déclarée;

3.2 pour les autres colis, des montants calculés en combinant le taux de 40 DTS par colis et le taux par kilogramme de 4,50 DTS.

4. Les Administrations peuvent convenir d'appliquer dans leurs relations réciproques le montant de 130 DTS par colis, sans égard à son poids.

5. L'indemnité est calculée d'après le prix courant, converti en DTS, des marchandises de même nature, au lieu et à l'époque où le colis a été accepté au transport. A défaut de prix courant, l'indemnité est calculée d'après la valeur ordinaire de la marchandise évaluée sur les mêmes bases.

6. Lorsqu'une indemnité est due pour la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale d'un colis, l'expéditeur ou, selon le cas, le destinataire a droit, en outre, à la restitution des taxes acquittées, à l'exception de la taxe d'assurance. Il en est de même des envois refusés par les destinataires à cause de leur mauvais état, si celui-ci est imputable au service postal et engage sa responsabilité.

7. Lorsque la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale résulte d'un cas de force majeure ne donnant pas lieu à indemnisation, l'expéditeur a droit à la restitution des taxes acquittées, à l'exception de la taxe d'assurance.

8. Par dérogation aux dispositions prévues sous 3, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'un colis spolié ou avarié.

9. L'Administration d'origine a la faculté de verser aux expéditeurs dans son pays les indemnités prévues par sa législation intérieure pour les colis sans valeur déclarée, à condition qu'elles ne soient pas inférieures à celles qui sont fixées sous 3.2. Il en est de même pour l'Administration de destination lorsque l'indemnité est payée au destinataire. Les montants fixés sous 3.2 restent cependant applicables:

9.1 en cas de recours contre l'Administration responsable;

Einlieferungsverwaltung zugunsten der Bestimmungsverwaltung eingezogen.

Artikel 25

Zölle und andere Abgaben

Die Bestimmungsverwaltungen dürfen alle Abgaben, insbesondere Zölle, mit denen die Sendungen im Bestimmungsland belastet werden, von den Empfängern einziehen.

Kapitel 5 Haftung

Artikel 26

Haftung der Postverwaltungen. Entschädigungen

1. Die Postverwaltungen haften bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Paketen, außer in den in Artikel 27 vorgesehenen Fällen.

2. Die Postverwaltungen können sich verpflichten, die Risiken im Falle höherer Gewalt zu übernehmen.

3. Der Absender hat Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich der tatsächlichen Höhe des Verlusts, der Beraubung oder der Beschädigung entspricht. Mittelbarer Schaden oder entgangener Gewinn werden nicht berücksichtigt. Jedoch darf diese Entschädigung in keinem Fall überschreiten

3.1 bei Wertpaketen die Wertangabe in SZR;

3.2 bei den übrigen Paketen Beträge, die durch Kombination der Sätze von 40 SZR je Paket und 4,50 SZR je Kilogramm berechnet werden.

4. Die Verwaltungen können miteinander vereinbaren, im gegenseitigen Verkehr den Betrag von 130 SZR je Paket unabhängig von dessen Gewicht anzuwenden.

5. Die Entschädigung wird nach dem in SZR umgerechneten handelsüblichen Preis berechnet, den gleichartige Waren am Einlieferungsort zu der Zeit haben, zu der das Paket zur Beförderung angenommen wurde. Mangels eines handelsüblichen Preises wird die Entschädigung nach dem auf derselben Grundlage geschätzten gewöhnlichen Wert der Waren berechnet.

6. Ist für den Verlust, die vollständige Beraubung oder die vollständige Beschädigung eines Pakets eine Entschädigung zu zahlen, so hat der Absender oder, je nach Lage des Falles, der Empfänger darüber hinaus Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren mit Ausnahme der Wertgebühr. Dasselbe gilt bei Sendungen, deren Annahme der Empfänger wegen ihres schlechten Zustands verweigert hat, wenn dieser vom Postdienst zu verantworten ist und dessen Haftung begründet.

7. Ist der Verlust, die vollständige Beraubung oder die vollständige Beschädigung auf höhere Gewalt zurückzuführen und ist daher keine Entschädigung zu zahlen, so hat der Absender Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren mit Ausnahme der Wertgebühr.

8. Abweichend von den in Absatz 3 vorgesehenen Bestimmungen hat der Empfänger Anspruch auf die Entschädigung, nachdem er ein beraubtes oder beschädigtes Paket bereits in Empfang genommen hat.

9. Die Einlieferungsverwaltung kann den Absendern in ihrem Land die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften für Pakete ohne Wertangabe vorgesehenen Entschädigungen zahlen, sofern sie nicht niedriger sind als die in Absatz 3.2 festgelegten Entschädigungen. Dasselbe gilt für die Bestimmungsverwaltung, wenn die Entschädigung an den Empfänger gezahlt wird. Die in Absatz 3.2 festgelegten Beträge gelten jedoch weiterhin

9.1 im Falle des Rückgriffs gegen die haftende Verwaltung;

9.2 si l'expéditeur se désiste de ses droits en faveur du destinataire ou inversement.

9.2 wenn der Absender seine Ansprüche an den Empfänger abtritt oder umgekehrt.

Article 27

Non-responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales cessent d'être responsables des colis dont elles ont effectué la livraison dans les conditions prescrites par leur réglementation pour les envois de même nature. La responsabilité est toutefois maintenue:

1.1 lorsqu'une spoliation ou une avarie est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison du colis;

1.2 lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur s'il y a renvoi, formule des réserves en prenant livraison d'un colis spolié ou avarié;

1.3 lorsque le destinataire ou, en cas de renvoi, l'expéditeur, nonobstant décharge donnée régulièrement, déclare sans délai à l'Administration qui lui a livré le colis avoir constaté un dommage; il doit administrer la preuve que la spoliation ou l'avarie ne s'est pas produite après la livraison.

2. Dans les cas énumérés ci-après, les Administrations postales ne sont pas responsables:

2.1 en cas de force majeure, sous réserve de l'article 26.2;

2.2 lorsque, la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement, elles ne peuvent rendre compte des colis par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;

2.3 lorsque le dommage a été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur ou provient de la nature du contenu;

2.4 lorsqu'il s'agit de colis dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 18, et pour autant que ces colis aient été confisqués ou détruits par l'autorité compétente en raison de leur contenu;

2.5 en cas de saisie, en vertu de la législation du pays de destination, selon notification de l'Administration de ce pays;

2.6 lorsqu'il s'agit de colis avec valeur déclarée ayant fait l'objet d'une déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du contenu;

2.7 lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour de dépôt de l'envoi;

2.8 lorsqu'il s'agit de colis de prisonniers de guerre et d'internés civils.

3. Les Administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane lors de la vérification des envois soumis au contrôle douanier.

Article 28

Responsabilité de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un colis est responsable de tous les dommages causés aux autres envois postaux par suite de l'expédition d'objets non admis au transport ou de la non-observation des conditions d'admission.

2. L'expéditeur est responsable dans les mêmes limites que les Administrations postales.

3. Il demeure responsable même si le bureau de dépôt accepte un tel colis.

4. En revanche, la responsabilité de l'expéditeur n'est pas engagée s'il y a eu faute ou négligence des Administrations ou des transporteurs.

Artikel 27

Haftungsausschluß seitens der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen haften nicht für Pakete, die sie unter den in ihren Vorschriften für gleichartige Sendungen vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert haben. Die Haftung bleibt jedoch bestehen,

1.1 wenn eine Beraubung oder Beschädigung vor oder bei der Auslieferung des Pakets festgestellt wird;

1.2 wenn, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist, der Empfänger oder im Fall der Rücksendung der Absender bei der Entgegennahme eines beraubten oder beschädigten Pakets Vorbehalte macht;

1.3 wenn der Empfänger oder im Fall der Rücksendung der Absender ein Paket zwar unbeanstandet angenommen hat, danach aber gegenüber der Verwaltung, die ihm das Paket ausgeliefert hat, unverzüglich erklärt, daß er einen Schaden festgestellt hat; er muß beweisen, daß das Paket nicht erst nach der Auslieferung beraubt oder beschädigt wurde.

2. Die Postverwaltungen haften nicht in den nachfolgend aufgeführten Fällen:

2.1 bei höherer Gewalt vorbehaltlich des Artikels 26 Absatz 2;

2.2 wenn sie über den Verbleib der Pakete deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet wurden und ihre Haftpflicht nicht anderweitig nachgewiesen wurde;

2.3 wenn der Schaden auf ein schuldhaftes oder nachlässiges Verhalten des Absenders oder die Beschaffenheit des Inhalts zurückzuführen ist;

2.4 wenn der Inhalt der Pakete unter die in Artikel 18 vorgesehenen Verbote fällt und diese Pakete wegen ihres Inhalts von der zuständigen Behörde eingezogen oder vernichtet worden sind;

2.5 wenn das Paket laut Mitteilung der Verwaltung des Bestimmungslandes nach den Rechtsvorschriften dieses Landes beschlagnahmt worden ist;

2.6 wenn bei Wertpaketen in betrügerischer Weise ein höherer als der tatsächliche Wert des Inhalts angegeben worden ist;

2.7 wenn der Absender innerhalb eines Jahres, vom Tag nach Einlieferung des Pakets an gerechnet, keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

2.8 bei Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpaketen.

3. Die Postverwaltungen übernehmen für Zollinhalteerklärungen, in welcher Form diese auch immer abgegeben werden, sowie für Entscheidungen, die Zolldienststellen bei der Prüfung der Zollkontrolle unterworfenen Sendungen treffen, keinerlei Verantwortung.

Artikel 28

Haftung des Absenders

1. Der Absender eines Pakets haftet für alle Schäden, die infolge der Versendung nicht zur Beförderung zugelassener Gegenstände oder der Nichtbeachtung der Zulassungsbedingungen an anderen Postsendungen verursacht werden.

2. Der Absender haftet im gleichen Umfang wie die Postverwaltungen.

3. Er haftet auch dann, wenn das Einlieferungsamt ein solches Paket zur Beförderung annimmt.

4. Hingegen haftet der Absender nicht, wenn ein schuldhaftes oder nachlässiges Verhalten der Verwaltungen oder der Beförderungsunternehmen vorliegt.

Article 29**Paiement de l'indemnité**

1. Sous réserve du droit de recours contre l'Administration responsable, l'obligation de payer l'indemnité et de restituer les taxes et droits incombe, selon le cas, à l'Administration d'origine ou à l'Administration de destination.

2. L'expéditeur a la faculté de se désister de ses droits à l'indemnité en faveur du destinataire. Inversement, le destinataire a la faculté de se désister de ses droits en faveur de l'expéditeur. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité si la législation intérieure le permet.

3. L'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, est autorisée à désintéresser l'ayant droit pour le compte de l'Administration qui, ayant participé au transport et régulièrement saisie, a laissé s'écouler deux mois sans donner de solution définitive à l'affaire ou sans avoir signalé:

3.1 que le dommage paraissait dû à un cas de force majeure;

3.2 que l'envoi avait été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu ou saisi en vertu de la législation du pays de destination.

4. L'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, est aussi autorisée à désintéresser l'ayant droit dans le cas où la formule de réclamation est insuffisamment remplie et a dû être retournée pour complément d'information, entraînant le dépassement du délai prévu au paragraphe 3.

Article 30**Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire**

1. Si, après le paiement de l'indemnité, un colis ou une partie de colis, antérieurement considéré comme perdu, est retrouvé, l'expéditeur ou le destinataire, selon le cas, est informé qu'il peut en prendre livraison pendant une période de trois mois, contre remboursement du montant de l'indemnité reçue. Si, dans ce délai, l'expéditeur ou, le cas échéant, le destinataire ne réclame pas le colis, la même démarche est effectuée auprès de l'autre intéressé.

2. Si l'expéditeur et le destinataire renoncent à prendre livraison du colis, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou, s'il y a lieu, des Administrations qui ont supporté le dommage.

3. En cas de découverte ultérieure d'un colis avec valeur déclarée dont le contenu est reconnu comme étant de valeur inférieure au montant de l'indemnité payée, l'expéditeur ou, selon le cas, le destinataire doit rembourser le montant de cette indemnité. Le colis avec valeur déclarée lui est remis, sans préjudice des conséquences découlant de la déclaration frauduleuse de valeur.

Troisième partie**Relations entre les Administrations postales****Chapitre 1****Traitement des colis****Article 31****Objectifs en matière de qualité de service**

1. Les Administrations de destination doivent fixer un délai pour le traitement des colis-avion à destination de leur pays. Ce délai, augmenté du temps normalement requis pour le dédouanement,

Artikel 29**Zahlung der Entschädigung**

1. Vorbehaltlich des Rückgriffsrechts gegen die haftende Verwaltung ist die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung zur Zahlung der Entschädigung und Erstattung der Gebühren und Abgaben verpflichtet.

2. Der Absender kann seine Entschädigungsansprüche an den Empfänger abtreten. Umgekehrt kann auch der Empfänger seine Ansprüche an den Absender abtreten. Der Absender beziehungsweise der Empfänger kann einen Dritten bevollmächtigen, die Entschädigung in Empfang zu nehmen, sofern dies nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften möglich ist.

3. Die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung darf den Anspruchsberechtigten für Rechnung der an der Beförderung beteiligten und ordnungsgemäß mit der Angelegenheit befaßten Verwaltung entschädigen, wenn diese zwei Monate hat verstreichen lassen, ohne die Angelegenheit abschließend zu erledigen oder ohne mitgeteilt zu haben,

3.1 daß der Schaden offenbar auf höhere Gewalt zurückzuführen ist;

3.2 daß die Sendung von der zuständigen Behörde aufgrund ihres Inhalts zurückgehalten, eingezogen oder vernichtet oder nach den Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

4. Die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung darf den Anspruchsberechtigten auch entschädigen, wenn der Nachforschungsantrag unvollständig ausgefüllt ist und zwecks Vervollständigung der Angaben zurückgeschickt werden muß und dadurch die in Absatz 3 vorgesehene Frist überschritten wird.

Artikel 30**Eventuelle Zurückforderung der Entschädigung vom Absender beziehungsweise vom Empfänger**

1. Wird ein ursprünglich als in Verlust geraten angesehenes Paket oder ein Teil desselben nach Zahlung der Entschädigung wieder aufgefunden, so wird dem Absender beziehungsweise dem Empfänger mitgeteilt, daß er das Paket gegen Zurückzahlung der erhaltenen Entschädigung innerhalb von drei Monaten in Empfang nehmen kann. Fordert der Absender beziehungsweise der Empfänger das Paket innerhalb dieser Frist nicht ab, so wird der gleiche Schritt beim anderen Beteiligten unternommen.

2. Verzichten Absender und Empfänger auf die Übernahme des Pakets, so geht dieses in das Eigentum der Verwaltung beziehungsweise der Verwaltungen über, die den Schaden getragen haben.

3. Wird ein Wertpaket nachträglich wieder aufgefunden und wird festgestellt, daß sein Inhalt einen geringeren Wert hat als die gezahlte Entschädigung, so muß der Absender beziehungsweise der Empfänger diese Entschädigung zurückzahlen. Das Wertpaket wird ihm unbeschadet der sich aus der betrügerischen Wertangabe ergebenden Konsequenzen ausgehändigt.

Dritter Teil**Beziehungen zwischen den Postverwaltungen****Kapitel 1****Behandlung von Paketen****Artikel 31****Ziele im Bereich der Dienstqualität**

1. Die Bestimmungsverwaltungen müssen eine Frist für die Bearbeitung von Luftpostpaketen nach ihrem Land festlegen. Diese Frist, der die normalerweise für die Verzollung erforderliche

ne doit pas être moins favorable que celui appliqué aux envois comparables de leur service intérieur.

2. Les Administrations de destination doivent également, autant que possible, fixer un délai pour le traitement des colis de surface à destination de leur pays.

3. Les Administrations d'origine fixent des objectifs en matière de qualité pour les colis-avion et les colis de surface à destination de l'étranger en prenant comme point de repère les délais fixés par les Administrations de destination.

4. Les Administrations vérifient les résultats effectifs par rapport aux objectifs qu'elles ont fixés en matière de qualité de service.

Article 32

Echange des colis

L'échange des colis se déroule sur la base des dispositions du Règlement.

Chapitre 2

Traitement des cas de responsabilité

Article 33

Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration postale qui, ayant reçu le colis sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens réglementaires d'investigation, ne peut établir ni la livraison au destinataire, ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre Administration.

2. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite en cours de transport, sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales. Toutefois, lorsqu'il s'agit d'un colis ordinaire et que le montant de l'indemnité ne dépasse pas le montant calculé à l'article 26.3.2, pour un colis de 1 kilogramme, cette somme est supportée, à parts égales, par les Administrations d'origine et de destination, à l'exclusion des Administrations intermédiaires.

3. En ce qui concerne les colis avec valeur déclarée, la responsabilité d'une Administration à l'égard des autres Administrations n'est en aucun cas engagée au-delà du maximum de déclaration de valeur qu'elle a adopté.

4. Si la perte, la spoliation ou l'avarie d'un colis avec valeur déclarée s'est produite sur le territoire ou dans le service d'une Administration intermédiaire qui n'admet pas les colis avec valeur déclarée ou qui a adopté un maximum de déclaration de valeur inférieur au montant de la perte, l'Administration d'origine supporte le dommage non couvert par l'Administration intermédiaire. La même règle est applicable si le montant du dommage est supérieur au maximum de valeur déclarée adopté par l'Administration intermédiaire.

5. La règle prévue sous 4 est également appliquée en cas de transport maritime ou aérien si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une Administration relevant d'un pays contractant qui n'accepte pas la responsabilité prévue pour les colis avec valeur déclarée. Cette Administration assume néanmoins, pour le transit de colis avec valeur déclarée en dépêches closes, la responsabilité prévue pour les colis sans valeur déclarée.

6. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des Administrations responsables de la perte, de la spoliation ou de l'avarie.

Zeit hinzugerechnet wird, darf nicht ungünstiger ausfallen als die für vergleichbare Sendungen ihres Inlandsdienstes geltende Frist.

2. Die Bestimmungsverwaltungen müssen nach Möglichkeit ebenfalls eine Frist für die Bearbeitung von Paketen des Land-/Seewegs nach ihrem Land festlegen.

3. Die Einlieferungsverwaltungen legen Ziele im Bereich der Dienstqualität für Luftpostpakete und Land-/Seewegpakete nach dem Ausland fest und gehen dabei von den Fristen aus, die die Bestimmungsverwaltungen festgelegt haben.

4. Die Verwaltungen prüfen die tatsächlichen Ergebnisse nach und vergleichen sie mit den von ihnen im Bereich der Dienstqualität festgelegten Zielen.

Artikel 32

Austausch der Pakete

Der Paketaustausch erfolgt auf der Grundlage der Bestimmungen der Vollzugsordnung.

Kapitel 2

Behandlung von Haftungsfällen

Artikel 33

Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet diejenige Postverwaltung, die das Paket unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorgeschriebenen Nachforschungsunterlagen gelangt ist, aber weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsgemäße Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Ist der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung während der Beförderung eingetreten, ohne daß das Land festgestellt werden kann, in dessen Hoheitsgebiet oder Dienstbereich sich der Vorfall ereignet hat, so tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen. Handelt es sich jedoch um ein gewöhnliches Paket und übersteigt die Entschädigung nicht den in Artikel 26 Absatz 3.2 für Pakete von 1 Kilogramm errechneten Betrag, so wird dieser Betrag zu gleichen Teilen von der Einlieferungsverwaltung und der Bestimmungsverwaltung unter Ausschluß der Durchgangsverwaltungen getragen.

3. Bei Wertpaketen geht die Haftung einer Verwaltung gegenüber den anderen Verwaltungen keinesfalls über den von ihr festgesetzten Höchstbetrag der Wertangabe hinaus.

4. Ist der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung eines Wertpakets im Hoheitsgebiet oder Dienstbereich einer Durchgangsverwaltung eingetreten, die keinen Wertpaketsdienst ausführt oder die einen Höchstbetrag der Wertangabe festgelegt hat, der niedriger ist als der Verlust, so trägt die Einlieferungsverwaltung den von der Durchgangsverwaltung nicht gedeckten Schaden. Diese Regelung gilt auch, wenn der Schaden über den von der Durchgangsverwaltung festgesetzten Höchstbetrag der Wertangabe hinausgeht.

5. Die in Absatz 4 vorgesehene Regelung gilt auch bei einer Beförderung auf dem See- oder Luftweg, wenn der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung im Dienstbereich der Verwaltung eines Vertragslandes eingetreten ist, das die für Wertpakete vorgesehene Haftung nicht übernimmt. Diese Verwaltung haftet jedoch in Bezug auf die Durchgangsbeförderung von Wertpaketen in Kartenschlüssen im gleichen Umfang wie für Pakete ohne Wertangabe.

6. Zölle und andere Abgaben, die nicht niedergeschlagen werden konnten, gehen zu Lasten der Verwaltungen, die für den Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung haften.

7. L'Administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, dans les droits de la personne qui l'a reçue pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

7. Die Verwaltung, die die Entschädigung gezahlt hat, tritt hinsichtlich aller möglichen Ansprüche gegen Empfänger, Absender oder Dritte bis zur Höhe dieser Entschädigung in die Rechte desjenigen ein, der die Entschädigung erhalten hat.

Chapitre 3

Quotes-parts et frais de transport aérien

Article 34

Quote-part territoriale d'arrivée

1. Les colis échangés entre deux Administrations sont soumis aux quotes-parts territoriales d'arrivée pour chaque pays et pour chaque colis calculées en combinant le taux indicatif par colis et le taux indicatif par kilogramme ci-après:

Taux indicatif:

- par colis: 2,85 DTS;
- par kilogramme de poids brut de la dépêche: 0,28 DTS.

2. Tenant compte des taux indicatifs ci-dessus, les Administrations fixent leurs quotes-parts territoriales d'arrivée afin que celles-ci soient en relation avec les frais de leur service.

3. Les quotes-parts visées sous 1 et 2 sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arrangement ne prévoie des dérogations à ce principe.

4. Les quotes-parts territoriales d'arrivée doivent être uniformes pour l'ensemble du territoire de chaque pays.

Article 35

Quote-part territoriale de transit

1. Les colis échangés entre deux Administrations ou entre deux bureaux du même pays au moyen des services terrestres d'une ou de plusieurs autres Administrations sont soumis, au profit des pays dont les services participent à l'acheminement territorial, aux quotes-parts territoriales de transit calculées en combinant le taux par colis et le taux par kilogramme ci-après, selon l'échelon de distance qui s'applique:

Echelons de distance 1	Taux par colis 2	Taux par kg de poids brut de la dépêche 3
	DTS	DTS
Jusqu'à 600 km	0,77	0,10
Au-delà de 600 jusqu'à 1000 km	0,77	0,19
Au-delà de 1000 jusqu'à 2000 km	0,77	0,29
Au-delà de 2000 km	0,77	0,29 + 0,08 par 1000 km supplémentaires

Entfernungsstufen 1	Satz je Paket 2	Satz je kg Bruttogewicht des Kartenschlusses 3
	SZR	SZR
bis 600 km	0,77	0,10
über 600 bis 1000 km	0,77	0,19
über 1000 bis 2000 km	0,77	0,29
über 2000 km	0,77	0,29 + 0,08 je weitere 1000 km

2. Pour les colis en transit à découvert, les Administrations intermédiaires sont autorisées à réclamer une quote-part forfaitaire de 0,40 DTS par envoi.

3. Les quotes-parts visées sous 1 et 2 sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arran-

Kapitel 3

Vergütungsanteile und Luftbeförderungskosten

Artikel 34

Endvergütungsanteil

1. Die zwischen zwei Verwaltungen ausgetauschten Pakete unterliegen für jedes Land und jedes Paket den Endvergütungsanteilen, die durch Kombination folgender Richtsätze je Paket und je Kilogramm berechnet werden:

Richtsatz

- je Paket: 2,85 SZR;
- je Kilogramm Bruttogewicht des Kartenschlusses: 0,28 SZR.

2. Die Verwaltungen setzen ihre Endvergütungsanteile unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Richtsätze so fest, daß sie mit den Kosten ihres Dienstes in Beziehung stehen.

3. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Vergütungsanteile gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern in diesem Übereinkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

4. Die Endvergütungsanteile müssen für das gesamte Gebiet eines Landes einheitlich sein.

Artikel 35

Durchgangsvergütungsanteil

1. Pakete, die zwischen zwei Verwaltungen oder zwischen zwei Ämtern desselben Landes über die Landverbindungen einer oder mehrerer anderer Verwaltungen ausgetauscht werden, unterliegen zugunsten der Länder, deren Dienste an der Landbeförderung beteiligt sind, Durchgangsvergütungsanteilen, die durch Kombination folgender Sätze je Paket und je Kilogramm für die jeweilige Entfernungsstufe berechnet werden:

2. Für Pakete des offenen Durchgangs dürfen die Durchgangsverwaltungen einen pauschalen Vergütungsanteil von 0,40 SZR je Sendung verlangen.

3. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Vergütungsanteile gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern

gement ne prévoio des dérogations à ce principe.

4. Le Conseil d'exploitation postale est autorisé à réviser et à modifier le tableau mentionné sous 1 dans l'intervalle entre deux Congrès. La révision, qui pourra être faite grâce à une méthodologie qui assure une rémunération équitable aux Administrations effectuant des opérations de transit, devra s'appuyer sur des données économiques et financières fiables et représentatives. La modification éventuelle qui pourra être décidée entrera en vigueur à une date fixée par le Conseil d'exploitation postale.

5. Aucune quote-part territoriale de transit n'est due pour:

5.1 le transbordement des dépêches-avion entre deux aéroports desservant une même ville;

5.2 le transport de ces dépêches entre un aéroport desservant une ville et un entrepôt situé dans cette même ville et le retour de ces mêmes dépêches en vue de leur réacheminement.

Article 36

Quote-part maritime

1. Chacun des pays dont les services participent au transport maritime de colis est autorisé à réclamer les quotes-parts maritimes visées sous 2. Ces quotes-parts sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arrangement ne prévoio des dérogations à ce principe.

2. Pour chaque service maritime emprunté, la quote-part maritime est calculée en combinant le taux par colis et le taux par kilogramme ci-après, selon l'échelon de distance qui s'applique:

in diesem Übereinkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

4. Der Rat für Postbetrieb darf die in Absatz 1 aufgeführte Übersicht in der Zeit zwischen zwei Kongressen überprüfen und ändern. Die Überprüfung kann nach einem Verfahren erfolgen, das den Verwaltungen, die Durchgangsleistungen erbringen, eine angemessene Vergütung sichert; sie muß sich auf zuverlässige und aussagefähige wirtschaftliche und finanzielle Daten stützen. Eine möglicherweise beschlossene Änderung tritt zu einem vom Rat für Postbetrieb festgesetzten Zeitpunkt in Kraft.

5. Kein Durchgangsvergütungsanteil ist zu zahlen für

5.1 das Umladen von Luftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flughäfen, die dieselbe Stadt versorgen;

5.2 die Beförderung dieser Kartenschlüsse von einem Flughafen, der eine Stadt versorgt, zu einem in derselben Stadt gelegenen Lager und den Rücktransport derselben Kartenschlüsse zwecks Weiterleitung.

Artikel 36

Seevergütungsanteil

1. Jedes der Länder, deren Dienste an der Seebeförderung von Paketen beteiligt sind, darf die in Absatz 2 genannten Seevergütungsanteile beanspruchen. Diese Vergütungsanteile gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern in diesem Übereinkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

2. Für jede in Anspruch genommene See Verbindung wird der Seevergütungsanteil durch Kombination folgender Sätze je Paket und je Kilogramm für die jeweilige Entfernungsstufe berechnet:

Echelons de distance		Taux par colis	Taux par kg de poids brut de la dépêche
a) exprimés en milles marins	b) exprimés en km après conversion sur la base de 1 mille marin = 1,852 km		
Jusqu'à 500	Jusqu'à 926	0,58	0,06
Au-delà de 500 jusqu'à 1000	Au-delà de 926 jusqu'à 1852	0,58	0,09
Au-delà de 1000 jusqu'à 2000	Au-delà de 1852 jusqu'à 3704	0,58	0,12
Au-delà de 2000 jusqu'à 3000	Au-delà de 3704 jusqu'à 5556	0,58	0,14
Au-delà de 3000 jusqu'à 4000	Au-delà de 5556 jusqu'à 7408	0,58	0,16
Au-delà de 4000 jusqu'à 5000	Au-delà de 7408 jusqu'à 9260	0,58	0,17
Au-delà de 5000 jusqu'à 6000	Au-delà de 9260 jusqu'à 11112	0,58	0,19
Au-delà de 6000 jusqu'à 7000	Au-delà de 11112 jusqu'à 12964	0,58	0,20
Au-delà de 7000 jusqu'à 8000	Au-delà de 12964 jusqu'à 14816	0,58	0,21
Au-delà de 8000	Au-delà de 14816	0,58	0,21 + 0,01 par 1000 milles marins (1852 km) supplémentaires

Entfernungsstufen		Satz je Paket	Satz je kg Bruttogewicht des Kartenschlusses
a) in Seemeilen	b) in Kilometern nach Umrechnung auf der Grundlage von 1 Seemeile = 1,852 km		
bis 500	bis 926	0,58	0,06
über 500 bis 1000	über 926 bis 1852	0,58	0,09
über 1000 bis 2000	über 1852 bis 3704	0,58	0,12
über 2000 bis 3000	über 3704 bis 5556	0,58	0,14
über 3000 bis 4000	über 5556 bis 7408	0,58	0,16
über 4000 bis 5000	über 7408 bis 9260	0,58	0,17
über 5000 bis 6000	über 9260 bis 11112	0,58	0,19
über 6000 bis 7000	über 11112 bis 12964	0,58	0,20
über 7000 bis 8000	über 12964 bis 14816	0,58	0,21
über 8000	über 14816	0,58	0,21 + 0,01 je weitere 1000 Seemeilen (1852 km)

3. Les Administrations ont la faculté de majorer de 50 pour cent au maximum la quote-part maritime calculée conformément à l'article 36.2. Par contre, elles peuvent la réduire à leur gré.

4. Le Conseil d'exploitation postale est autorisé à reviser et à modifier le tableau mentionné sous 2 dans l'intervalle entre deux Congrès. La révision, qui pourra être faite grâce à une méthodologie qui assure une rémunération équitable aux Administrations effectuant des opérations de transit, devra s'appuyer sur des données économiques et financières fiables et représentatives. La modification éventuelle qui pourra être décidée entrera en vigueur à une date fixée par le Conseil d'exploitation postale.

Article 37

Attribution des quotes-parts

1. L'attribution des quotes-parts aux Administrations intéressées est effectuée, en principe, par colis.

2. Les colis de service et les colis de prisonniers de guerre et d'internés civils ne donnent lieu à l'attribution d'aucune quote-part, exception faite des frais de transport aérien applicables aux colis-avion.

Article 38

Frais de transport aérien

1. Le taux de base à appliquer au règlement des comptes entre Administrations au titre des transports aériens est approuvé par le Conseil d'exploitation postale. Il est calculé par le Bureau international d'après la formule spécifiée dans le Règlement d'exécution de la Convention.

2. Le transbordement en cours de route, dans un même aéroport, des colis-avion qui empruntent successivement plusieurs services aériens distincts se fait sans rémunération.

3. Le calcul des frais de transport aérien des dépêches closes et des colis-avion en transit à découvert ressort du Règlement.

Chapitre 4

Dispositions diverses

Article 39

Fourniture de renseignements, conservation des documents, formules

Les dispositions relatives à la fourniture de renseignements concernant l'exécution du service postal, à la conservation des documents et aux formules à utiliser ressortent du Règlement.

Article 40

Colis à destination ou en provenance de pays ne participant pas à l'Arrangement

Les Administrations des pays parties au présent Arrangement qui entretiennent un échange de colis avec les Administrations de pays non participants admettent, sauf opposition de ces dernières, les Administrations de tous les pays parties à l'Arrangement à profiter de ces relations.

Article 41

Application de la Convention

La Convention est applicable, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément régi par le présent Arrangement.

3. Die Verwaltungen können die nach Absatz 2 berechneten Seevergütungsanteile um höchstens 50 Prozent erhöhen. Senken können sie sie hingegen nach eigenem Ermessen.

4. Der Rat für Postbetrieb darf die in Absatz 2 aufgeführte Übersicht in der Zeit zwischen zwei Kongressen überprüfen und ändern. Die Überprüfung kann nach einem Verfahren erfolgen, das den Verwaltungen, die Durchgangsleistungen erbringen, eine angemessene Vergütung sichert; sie muß sich auf zuverlässige und aussagefähige wirtschaftliche und finanzielle Daten stützen. Eine möglicherweise beschlossene Änderung tritt zu einem vom Rat für Postbetrieb festgesetzten Zeitpunkt in Kraft.

Artikel 37

Zuteilung der Vergütungsanteile

1. Die Vergütungsanteile werden den betreffenden Verwaltungen grundsätzlich je Paket zugeteilt.

2. Für Dienstpakete sowie für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete werden keinerlei Vergütungsanteile zugeteilt; eine Ausnahme bilden jedoch die Luftbeförderungskosten für Luftpostpakete.

Artikel 38

Luftbeförderungskosten

1. Der bei der Abrechnung zwischen den Verwaltungen anzuwendende Grundvergütungssatz für die Luftbeförderung wird vom Rat für Postbetrieb genehmigt. Er wird vom Internationalen Büro nach dem in der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag im einzelnen festgelegten Verfahren berechnet.

2. Werden Luftpostpakete, die nacheinander von verschiedenen Fluggesellschaften befördert werden, unterwegs innerhalb ein und desselben Flughafens umgeladen, so fallen hierfür keine Vergütungen an.

3. Die Berechnung der Luftbeförderungskosten für Kartenschlüsse und Luftpostpakete des offenen Durchgangs ist in der Vollzugsordnung festgelegt.

Kapitel 4

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 39

Erteilen von Auskünften, Aufbewahrung der Unterlagen, Formblätter

Die Bestimmungen über das Erteilen von Auskünften zur Ausführung des Postdienstes, die Aufbewahrung der Unterlagen und die zu verwendenden Formblätter sind in der Vollzugsordnung festgelegt.

Artikel 40

Pakete nach oder aus Ländern, die an dem Übereinkommen nicht teilnehmen

Die Verwaltungen der Länder, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind und die mit Verwaltungen von Nichtteilnehmerländern im Paketaustausch stehen, lassen, sofern die letztgenannten Verwaltungen nichts dagegen einzuwenden haben, die Verwaltungen aller Länder, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, von diesen Verkehrsbeziehungen profitieren.

Artikel 41

Anwendung des Weltpostvertrags

Der Weltpostvertrag ist gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend anzuwenden, die in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich geregelt sind.

Quatrième partie Dispositions finales

Article 42

Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement d'exécution du présent Arrangement qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil d'exploitation postale pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil d'exploitation postale qui sont parties à cet Arrangement.

3. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

3.1 les deux tiers des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres qui sont parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, si elles ont pour objet soit l'addition de nouvelles dispositions, soit la modification de fond des articles du présent Arrangement et de son Protocole final;

3.2 la majorité des suffrages, si elles ont pour objet:

3.2.1 l'interprétation des dispositions du présent Arrangement et de son Protocole final;

3.2.2 des modifications d'ordre rédactionnel à apporter aux Actes énumérés sous 3.2.1.

4. Nonobstant les dispositions prévues sous 3.1, tout Pays-membre dont la législation nationale est encore incompatible avec la modification ou l'adjonction proposée a la faculté de faire une déclaration écrite au Directeur général du Bureau international indiquant qu'il ne lui est pas possible d'accepter cette modification ou cette adjonction, dans les quatre-vingt-dix jours à compter de la date de notification de ladite modification ou adjonction.

Article 43

Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1996 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

Vierter Teil Schlußbestimmungen

Artikel 42

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Übereinkommen und seiner Vollzugsordnung

1. Dem Kongreß vorgelegte Vorschläge zu diesem Übereinkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden. Mindestens die Hälfte dieser beim Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Vorschläge zur Vollzugsordnung zu diesem Übereinkommen, die der Kongreß zur Entscheidung an den Rat für Postbetrieb verwiesen hat oder die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht werden, müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Rates für Postbetrieb, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden.

3. In der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachte Vorschläge zu diesem Übereinkommen müssen, um wirksam zu werden, erhalten

3.1 zwei Drittel der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen oder materielle Änderungen von Artikeln dieses Übereinkommens und seines Schlußprotokolls handelt;

3.2 die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich handelt

3.2.1 um die Auslegung von Bestimmungen dieses Übereinkommens und seines Schlußprotokolls;

3.2.2 um redaktionelle Änderungen der in Absatz 3.2.1 genannten Verträge.

4. Ungeachtet der in Absatz 3.1 vorgesehenen Bestimmungen kann jedes Mitgliedsland, dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften mit der vorgeschlagenen Änderung oder Hinzufügung noch unvereinbar sind, innerhalb von neunzig Tagen, vom Tag der Notifizierung dieser Änderung oder Hinzufügung an gerechnet, gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Büros eine schriftliche Erklärung abgeben, in der es darlegt, daß es ihm nicht möglich ist, dieser Änderung oder Hinzufügung zuzustimmen.

Artikel 43

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Übereinkommens

Dieses Übereinkommen tritt am 1. Januar 1996 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der vertragschließenden Länder dieses Übereinkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Protocole final de l'Arrangement concernant les colis postaux

Au moment de procéder à la signature de l'Arrangement concernant les colis postaux conclu à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article I

Principes

Par dérogation à l'article 3, paragraphe 1, l'Administration postale du Canada est autorisée à limiter à 30 kilogrammes le poids maximal des colis à l'arrivée et à l'expédition.

Article II

Colis avec valeur déclarée

L'Administration postale de la Suède se réserve le droit de fournir aux clients le service de colis avec valeur déclarée décrit à l'article 11, conformément à d'autres spécifications que celles définies dans cet article et dans les articles pertinents du Règlement.

Article III

Avis de réception

L'Administration postale du Canada est autorisée à ne pas appliquer l'article 15, étant donné qu'elle n'offre pas le service d'avis de réception pour les colis dans son régime intérieur.

Article IV

Interdictions

1. Les Administrations postales du Canada, de Myanmar et de la Zambie sont autorisées à ne pas accepter de colis avec valeur déclarée contenant les objets précieux visés à l'article 18.2, étant donné que leur réglementation intérieure s'y oppose.

2. A titre exceptionnel, l'Administration postale du Liban n'accepte pas les colis contenant des pièces de monnaie, des billets de monnaie ou toute valeur au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres précieuses et d'autres objets précieux, ou qui contiennent des liquides et des éléments facilement liquéfiables ou des objets en verre ou assimilés ou fragiles. Elle n'est pas tenue par les dispositions de l'article 26, y compris pour les cas énoncés dans les articles 27 et 33.

3. L'Administration postale du Brésil est autorisée à ne pas accepter de colis avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie et des billets de monnaie en circulation, ainsi que toute valeur au porteur, étant donné que sa réglementation intérieure s'y oppose.

4. L'Administration postale du Ghana est autorisée à ne pas accepter de colis avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie et des billets de monnaie en circulation, étant donné que sa réglementation intérieure s'y oppose.

5. Outre les objets cités à l'article 18, l'Administration postale de l'Arabie saoudite n'accepte pas les colis contenant:

5.1 des médicaments de toute sorte, à moins qu'ils ne soient accompagnés d'une ordonnance médicale émanant d'une autorité officielle compétente;

5.2 des produits destinés à l'extinction du feu et des liquides chimiques;

5.3 des objets contraires aux principes de la religion islamique.

Schlußprotokoll zum Postpaketübereinkommen

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage geschlossenen Postpaketübereinkommens haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Artikel I

Grundsätzliches

Abweichend von Artikel 3 Absatz 1 darf die Postverwaltung von Kanada das Höchstgewicht für ankommende und abgehende Pakete auf 30 Kilogramm begrenzen.

Artikel II

Wertpakete

Die Postverwaltung von Schweden behält sich das Recht vor, ihren Kunden den in Artikel 11 beschriebenen Wertpaketsdienst nach anderen Spezifikationen als denen anzubieten, die in diesem Artikel und in den einschlägigen Artikeln der Vollzugsordnung festgelegt sind.

Artikel III

Rückschein

Die Postverwaltung von Kanada braucht Artikel 15 nicht anzuwenden, weil sie in ihrem Inlandsdienst keinen Rückscheindienst für Pakete anbietet.

Artikel IV

Verbote

1. Die Postverwaltungen von Kanada, Myanmar und Sambia brauchen Wertpakete nicht entgegenzunehmen, die Wertgegenstände nach Artikel 18 Absatz 2 enthalten, weil ihre Inlandsvorschriften dem entgegenstehen.

2. Die Postverwaltung von Libanon nimmt ausnahmsweise keine Pakete entgegen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nichtverarbeiteter Form, Edelsteine und andere Wertgegenstände oder aber Flüssigkeiten und leicht verflüssigbare Stoffe oder Gegenstände aus Glas oder vergleichbarem oder zerbrechlichem Material enthalten. Sie ist nicht an die Bestimmungen des Artikels 26 gebunden, einschließlich der in den Artikeln 27 und 33 aufgeführten Fälle.

3. Die Postverwaltung von Brasilien braucht Wertpakete nicht entgegenzunehmen, die gültige Münzen oder Geldscheine sowie Inhaberpapiere jeglicher Art enthalten, weil ihre Inlandsvorschriften dem entgegenstehen.

4. Die Postverwaltung von Ghana braucht Wertpakete nicht entgegenzunehmen, die gültige Münzen oder Geldscheine enthalten, weil ihre Inlandsvorschriften dem entgegenstehen.

5. Über die in Artikel 18 genannten Gegenstände hinaus nimmt die Postverwaltung von Saudi-Arabien keine Pakete entgegen, die enthalten:

5.1 Medikamente jeglicher Art, sofern ihnen nicht eine von einer zuständigen amtlichen Stelle ausgestellte ärztliche Verordnung beigelegt ist;

5.2 zum Löschen von Feuer bestimmte Erzeugnisse und chemische Flüssigkeiten;

5.3 Gegenstände, die den Grundsätzen der islamischen Religion zuwiderlaufen.

Article V**Retrait, Modification ou correction
d'adresse à la demande de l'expéditeur**

Par dérogation à l'article 21, El Salvador, le Panama (Rép.) et le Venezuela sont autorisés à ne pas renvoyer les colis après que le destinataire en a demandé le dédouanement, étant donné que leur législation douanière s'y oppose.

Article VI**Réclamations**

1. Les Administrations postales de l'Afghanistan, de l'Arabie saoudite, du Cap-Vert, du Congo (Rép.), du Gabon, de l'Iran (Rép. islamique), de la Mongolie, de Myanmar, du Suriname, de la Syrienne (Rép. arabe) et de la Zambie se réservent le droit de percevoir une taxe de réclamation sur leurs clients.

2. Les Administrations postales de l'Argentine, de la Slovaquie et de la Tchéquie (Rép.) se réservent le droit de percevoir une taxe spéciale quand, après l'enquête effectuée à la suite d'une réclamation, on constate que celle-ci est injustifiée.

Article VII**Taxe de présentation à la douane**

Les Administrations postales du Congo (Rép.), du Gabon et de la Zambie se réservent le droit de percevoir une taxe de présentation à la douane sur leurs clients.

Article VIII**Dédommagement**

1. Par dérogation à l'article 26, les Administrations ci-après ont la faculté de ne pas payer une indemnité de dédommagement pour les colis sans valeur déclarée perdus, spoliés ou avariés dans leur service: Amérique (Etats-Unis), Angola, Antigua-et-Barbuda, Australie, Bahamas, Barbade, Belize, Bolivie, Botswana, Brunei Darussalam, Canada, Dominicaine (Rép.), Dominique, El Salvador, Fidji, Gambie, ceux des Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni de Grande-Bretagne, et d'Irlande du Nord dont la réglementation intérieure s'y oppose, Grenade, Guatemala, Guyane, Kiribati, Lesotho, Malawi, Malte, Maurice, Nauru, Nigéria, Ouganda, Papouasie - Nouvelle-Guinée, Saint-Christophe-et-Nevis, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Salomon (îles), Seychelles, Sierra Leone, Swaziland, Trinité-et-Tobago, Zambie, Zimbabwe.

2. Par dérogation à l'article 26, les Administrations de l'Argentine et de la Grèce ont la faculté de ne pas payer une indemnité de dédommagement pour les colis sans valeur déclarée perdus, spoliés ou avariés dans leur service aux pays qui ne paient pas une telle indemnité conformément au paragraphe 1 du présent article.

3. Par dérogation à l'article 26.8, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à maintenir le droit de l'expéditeur à un dédommagement pour les colis avec valeur déclarée après livraison au destinataire, sauf si l'expéditeur renonce à son droit en faveur du destinataire.

4. Lorsqu'elle agit à titre d'Administration intermédiaire, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à ne pas payer d'indemnité de dédommagement aux autres Administrations en cas de perte, de spoliation ou d'avarie des colis avec valeur déclarée transmis à découvert ou expédiés dans des dépêches closes.

Article IX**Exceptions au principe de la responsabilité**

1. Par dérogation à l'article 26, l'Arabie saoudite, la Bolivie, l'Iraq, le Soudan, le Yémen et le Zaïre sont autorisés à ne payer

Artikel V**Zurückziehung, Änderung oder Berichtigung
der Aufschrift auf Verlangen des Absenders**

Abweichend von Artikel 21 brauchen El Salvador, Panama (Republik) und Venezuela Pakete nicht zurückzusenden, wenn der Empfänger bereits deren Verzollung verlangt hat, weil ihr Zollrecht dem entgegensteht.

Artikel VI**Nachforschungsanträge**

1. Die Postverwaltungen von Afghanistan, Saudi-Arabien, Kap Verde, Kongo (Republik), Gabun, Iran (Islamische Republik), der Mongolei, von Myanmar, Suriname, Syrien (Arabische Republik) und Sambia behalten sich das Recht vor, von ihren Kunden eine Nachforschungsgebühr zu erheben.

2. Die Postverwaltungen von Argentinien, Slowakei und der Tschechischen Republik behalten sich das Recht vor, eine besondere Gebühr zu erheben, wenn die auf einen Nachforschungsantrag hin durchgeführte Untersuchung ergibt, daß dieser nicht gerechtfertigt war.

Artikel VII**Gestellungsgebühr**

Die Postverwaltungen von Kongo (Republik), Gabun und Sambia behalten sich das Recht vor, von ihren Kunden eine Gestellungsgebühr einzuziehen.

Artikel VIII**Entschädigung**

1. Abweichend von Artikel 26 brauchen folgende Verwaltungen keine Entschädigung für in ihrem Dienstbereich in Verlust geratene, beraubte oder beschädigte Pakete ohne Wertangabe zu zahlen: Amerika (Vereinigte Staaten), Angola, Antigua und Barbuda, Australien, die Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Botswana, Brunei Darussalam, Kanada, die Dominikanische Republik, Dominica, El Salvador, Fidschi, Gambia, diejenigen der vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland abhängigen Überseegebiete, deren Inlandsvorschriften dem entgegenstehen, Grenada, Guatemala, Guyana, Kiribati, Lesotho, Malawi, Malta, Mauritius, Nauru, Nigeria, Uganda, Papua-Neuguinea, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, die Seychellen, Sierra Leone, Swasiland, Trinidad und Tobago, Sambia und Simbabwe.

2. Abweichend von Artikel 26 brauchen die Verwaltungen von Argentinien und Griechenland für in ihrem Dienstbereich in Verlust geratene, beraubte oder beschädigte Pakete ohne Wertangabe keine Entschädigung an Länder zu zahlen, die nach Absatz 1 dieses Artikels eine solche Entschädigung nicht zahlen.

3. Abweichend von Artikel 26 Absatz 8 darf Amerika (Vereinigte Staaten) den Anspruch des Absenders auf eine Entschädigung für Wertpakete nach Auslieferung an den Empfänger aufrechterhalten, es sei denn, der Absender verzichtet zugunsten des Empfängers auf seinen Anspruch.

4. Als Durchgangsverwaltung braucht Amerika (Vereinigte Staaten) den anderen Verwaltungen keine Entschädigung bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Wertpaketen zu zahlen, die im offenen Durchgang übergeben oder in Kartenschlüssen befördert werden.

Artikel IX**Ausnahmen vom Grundsatz der Haftung**

1. Abweichend von Artikel 26 brauchen Saudi-Arabien, Bolivien, Irak, Sudan, Jemen und Zaïre keine Entschädigung für die

aucune indemnité pour l'avarie des colis originaires de tous les pays et qui leur sont destinés contenant des liquides et des corps facilement liquéfiables, des objets en verre et des articles de même nature fragile ou périssable.

2. Par dérogation à l'article 26, l'Arabie saoudite a la faculté de ne pas payer une indemnité de dédommagement pour les colis contenant des objets interdits visés à l'article 18 de l'Arrangement concernant les colis postaux.

Article X

Non-responsabilité de l'Administration postale

L'Administration postale du Népal est autorisée à ne pas appliquer l'article 27.1.3.

Article XI

Paiement de l'indemnité

Les Administrations postales de l'Angola, de la Guinée et du Liban ne sont pas tenues d'observer l'article 29.3 pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de deux mois. Elles n'acceptent pas, en outre, que l'ayant droit soit désintéressé, pour leur compte, par une autre Administration à l'expiration du délai précité.

Article XII

Quotes-parts territoriales d'arrivée exceptionnelles

Par dérogation à l'article 34, l'Administration de l'Afghanistan se réserve le droit de percevoir 7,50 DTS de quote-part territoriale d'arrivée exceptionnelle supplémentaire par colis.

Article XIII

Quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles

A titre provisoire, les Administrations figurant au tableau ci-après sont autorisées à percevoir les quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles indiquées dans ce tableau et qui s'ajoutent aux quotes-parts de transit visées à l'article 35.1:

Beschädigung von Paketen aus allen Ländern nach ihrem Land zu zahlen, wenn diese Pakete Flüssigkeiten und leicht verflüssigbare Stoffe, Gegenstände aus Glas und vergleichbare zerbrechliche oder leichtverderbliche Gegenstände enthalten.

2. Abweichend von Artikel 26 braucht Saudi-Arabien keine Entschädigung für Pakete zu zahlen, die verbotene Gegenstände nach Artikel 18 des Postpaketübereinkommens enthalten.

Artikel X

Haftungsausschluß seitens der Postverwaltung

Die Postverwaltung von Nepal braucht Artikel 27 Absatz 1.3 nicht anzuwenden.

Artikel XI

Zahlung der Entschädigung

Die Postverwaltungen von Angola, Guinea und Libanon brauchen Artikel 29 Absatz 3 nicht zu beachten, in dem es darum geht, eine Nachforschungsangelegenheit innerhalb von zwei Monaten abschließend zu erledigen. Sie sind auch nicht damit einverstanden, daß der Anspruchsberechtigte bei Ablauf der obengenannten Frist von einer anderen Verwaltung für ihre Rechnung entschädigt wird.

Artikel XII

Außergewöhnliche Endvergütungsanteile

Abweichend von Artikel 34 behält sich die Verwaltung von Afghanistan das Recht vor, je Paket zusätzlich einen außergewöhnlichen Endvergütungsanteil von 7,50 SZR zu erheben.

Artikel XIII

Außergewöhnliche Durchgangsvergütungsanteile

Die in der folgenden Übersicht aufgeführten Verwaltungen dürfen vorläufig die in dieser Übersicht angegebenen außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteile erheben, die den in Artikel 35 Absatz 1 genannten Durchgangsvergütungsanteilen zugeschlagen werden:

N° d'ordre	Administrations autorisées	Montant de la quote-part territoriale de transit exceptionnelle	
		Taux par colis	Taux par kilogramme de poids brut de la dépêche
1	2	3	4
		DTS	DTS
1	Afghanistan	0,48	0,45
2	Amérique (Etats-Unis)		Selon l'échelon de distance:
			Jusqu'à 600 km 0,10
			Au-delà de 600 jusqu'à 1000 km 0,18
			Au-delà de 1000 jusqu'à 2000 km 0,25
			Au-delà de 2000 km par 1000 km en sus 0,10
3	Bahrain	0,85	0,55
4	Chili		0,21
5	Egypte	1,00	0,25
6	France	1,00	0,20
7	Grèce	1,16	0,29
8	Inde	0,40	0,51
9	Malaisie	0,39	0,05
10	Russie (Fédération de)	0,77	Deux fois le montant par kg indiqué à la colonne 3 du tableau de l'article 35.1 pour la distance en question
11	Singapour	0,39	0,05
12	Soudan	1,61	0,65
13	Syrienne (Rép. arabe)		0,65
14	Thaïlande	0,58	0,14

Lfd. Nr.	Berechtigte Verwaltung	Höhe des außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteils Satz je Paket	Satz je Kilogramm Bruttogewicht des Kartenschlusses
1	2	3	4
		SZR	SZR
1	Afghanistan	0,48	0,45
2	Amerika (Vereinigte Staaten)		Nach Entfernungsstufe: bis 600 km 0,10 über 600 bis 1000 km 0,18 über 1000 bis 2000 km 0,25 über 2000 je weitere 1000 km 0,10
3	Bahrain	0,85	0,55
4	Chile		0,21
5	Ägypten	1,00	0,25
6	Frankreich	1,00	0,20
7	Griechenland	1,16	0,29
8	Indien	0,40	0,51
9	Malaysia	0,39	0,05
10	Russische Föderation	0,77	Das Doppelte des in der Spalte 3 der Übersicht in Artikel 35 Absatz 1 für die betreffende Entfernung angegebenen Betrages je kg
11	Singapur	0,39	0,05
12	Sudan	1,61	0,65
13	Syrien (Arabische Republik)		0,65
14	Thailand	0,58	0,14

Article XIV**Quotes-parts maritimes**

Les Administrations ci-après se réservent le droit de majorer de 50 pour cent au maximum les quotes-parts maritimes prévues à l'article 36: Allemagne, Amérique (Etats-Unis), Argentine, Antigua-et-Barbuda, Bahamas, Bahrain, Bangladesh, Barbade, Belgique, Belize, Brésil, Brunei Darussalam, Canada, Chili, Chypre, Comores, Congo (Rép.), Djibouti, Dominique, Emirats arabes unis, Espagne, Finlande, France, Gabon, Gambie, Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, Grèce, Grenade, Guyane, Inde, Italie, Jamaïque, Japon, Kenya, Kiribati, Madagascar, Malaisie, Malte, Maurice, Nigéria, Norvège, Oman, Ouganda, Pakistan, Papouasie – Nouvelle-Guinée, Portugal, Qatar, Saint-Christophe-et-Nevis, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Salomon (îles), Seychelles, Sierra Leone, Singapour, Suède, Tanzanie (Rép. unie), Thaïlande, Trinité-et-Tobago, Tuvalu, Vanuatu, Yémen, Zambie.

Article XV**Quotes-parts supplémentaires**

1. Tout colis acheminé par voie de surface ou par voie aérienne à destination des départements français d'outre-mer, des territoires français d'outre-mer et des collectivités de Mayotte et Saint-Pierre et Miquelon est assujéti à une quote-part territoriale d'arrivée égale, au maximum, à la quote-part française correspondante. Lorsqu'un tel colis est acheminé en transit par la France continentale, il donne lieu, en outre, à la perception des quotes-parts et frais supplémentaires suivants:

1.1 colis «voie de surface»**1.1.1 la quote-part territoriale de transit française;**

1.1.2 la quote-part maritime française correspondant à l'échelon de distance séparant la France continentale de chacun des départements, territoires et collectivités en cause;

1.2 colis-avion

1.2.1 la quote-part territoriale de transit française pour les colis en transit à découvert;

Artikel XIV**Seevergütungsanteile**

Folgende Verwaltungen behalten sich das Recht vor, die in Artikel 36 vorgesehenen Seevergütungsanteile um höchstens 50 Prozent zu erhöhen: Deutschland, Amerika (Vereinigte Staaten), Argentinien, Antigua und Barbuda, die Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Belgien, Belize, Brasilien, Brunei Darussalam, Kanada, Chile, Zypern, die Komoren, Kongo (Republik), Dschibuti, Dominica, die Vereinigten Arabischen Emirate, Spanien, Finnland, Frankreich, Gabun, Gambia, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Griechenland, Grenada, Guyana, Indien, Italien, Jamaika, Japan, Kenia, Kiribati, Madagaskar, Malaysia, Malta, Mauritius, Nigeria, Norwegen, Oman, Uganda, Pakistan, Papua-Neuguinea, Portugal, Katar, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, die Seychellen, Sierra Leone, Singapur, Schweden, Tansania (Vereinigte Republik), Thailand, Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu, Jemen und Sambia.

Artikel XV**Zusätzliche Vergütungsanteile**

1. Jedes auf dem Land-/Seeweg oder Luftweg nach den Französischen Übersee-Departements, den Französischen Übersee-Territorien und den Gebietskörperschaften Mayotte und St. Pierre und Miquelon beförderte Paket ist einem Endvergütungsanteil unterworfen, der nicht höher sein darf als der entsprechende französische Vergütungsanteil. Wird ein solches Paket im Durchgang über das französische Festland befördert, so werden außerdem folgende zusätzliche Vergütungsanteile und Kosten berechnet:

1.1 Land-/Seewegpakete**1.1.1 der französische Durchgangsvergütungsanteil;**

1.1.2 der der Entfernungsstufe zwischen dem französischen Festland und den jeweiligen Departements, Territorien und Gebietskörperschaften entsprechende französische Seevergütungsanteil;

1.2 Luftpostpakete

1.2.1 der französische Durchgangsvergütungsanteil für Pakete des offenen Durchgangs;

1.2.2 les frais de transport aérien correspondant à la distance aéro postale séparant la France continentale de chacun des départements, territoires et collectivités en cause.

2. Les Administrations postales de l'Égypte et du Soudan sont autorisées à percevoir une quote-part supplémentaire de 1 DTS en sus des quotes-parts territoriales de transit prévues à l'article 35.1 pour tout colis en transit par le lac Nasser entre le Shallal (Égypte) et Wadi Halfa (Soudan).

3. Tout colis acheminé en transit entre le Danemark et les îles Féroé ou entre le Danemark et le Groenland donne lieu à la perception des quotes-parts supplémentaires suivantes:

3.1 colis «voie de surface»

3.1.1 la quote-part territoriale de transit danoise;

3.1.2 la quote-part maritime danoise correspondant à l'échelon de distance séparant le Danemark des îles Féroé ou le Danemark et le Groenland, respectivement;

3.2 colis-avion

3.2.1 les frais de transport aérien correspondant à la distance aéro postale séparant le Danemark des îles Féroé ou le Danemark et le Groenland, respectivement.

4. L'Administration postale du Chili est autorisée à percevoir une quote-part supplémentaire de 2,61 DTS par kilogramme au maximum pour le transport des colis destinés à l'île de Pâques.

5. Tout colis acheminé par voie de surface ou par voie aérienne, en transit entre le Portugal continental et les régions autonomes de Madère et Açores, donne lieu à la perception des quotes-parts et des frais supplémentaires suivants:

5.1 colis «voie de surface»

5.1.1 la quote-part territoriale de transit portugaise;

5.1.2 la quote-part maritime portugaise correspondant à l'échelon de distance séparant le Portugal continental de chacune des régions autonomes en cause;

5.2 colis-avion

5.2.1 la quote-part territoriale de transit portugaise;

5.2.2 les frais de transport aérien correspondant à la distance aéro postale entre le Portugal continental et chacune des régions autonomes en question.

6. Les colis adressés aux provinces insulaires de Grande Canarie et Tenerife, acheminés en transit par l'Espagne continentale, donnent lieu à la perception, outre la quote-part territoriale d'arrivée correspondante, aux quotes-parts supplémentaires suivantes:

6.1 colis «voie de surface»

6.1.1 la quote-part territoriale de transit espagnole;

6.1.2 la quote-part maritime espagnole correspondant à la distance de 1000 à 2000 milles marins;

6.2 colis-avion

6.2.1 les frais de transport aérien correspondant à la distance aéro postale entre l'Espagne continentale et chacune des provinces insulaires considérées.

Article XVI

Frais de transport aérien

1. L'Afghanistan, l'Arabie saoudite, l'Argentine, l'Australie, les Bahamas, le Brésil, la Bolivie, le Canada, le Cap-Vert, le Chili, la Chine (Rép. pop.), la Colombie, le Congo (Rép.), Cuba, El Salvador, l'Équateur, le Gabon, la Guyane, le Honduras (Rép.), l'Inde, l'Indonésie, l'Iran (Rép. islamique), le Kazakhstan, le Mexique, la Mongolie, Myanmar, la Nouvelle-Zélande, le Pakistan, le Paraguay, le Pérou, la Russie (Fédération de), le Soudan, le Tchad, la Turquie, le Vénézuéla, le Viet Nam, le Yémen et la Zambie ont droit au remboursement des coûts supplémentaires occasionnés

1.2.2 die der Luftpostentfernung zwischen dem französischen Festland und den jeweiligen Departements, Territorien und Gebietskörperschaften entsprechenden Luftbeförderungskosten.

2. Die Postverwaltungen von Ägypten und Sudan dürfen für jedes im Durchgang zwischen El Shallal (Ägypten) und Wadi Halfa (Sudan) über den Nasser-See beförderte Paket außer den in Artikel 35 Absatz 1 vorgesehenen Durchgangsvergütungsanteilen einen zusätzlichen Vergütungsanteil von 1 SZR erheben.

3. Für jedes Paket, das im Durchgang zwischen Dänemark und den Färöern oder zwischen Dänemark und Grönland befördert wird, werden folgende zusätzliche Vergütungsanteile erhoben:

3.1 Land-/Seewegpakete

3.1.1 der dänische Durchgangsvergütungsanteil;

3.1.2 der der Entfernungsstufe zwischen Dänemark und den Färöern beziehungsweise Dänemark und Grönland entsprechenden dänische Seevergütungsanteil;

3.2 Luftpostpakete

3.2.1 die der Luftpostentfernung zwischen Dänemark und den Färöern beziehungsweise Dänemark und Grönland entsprechenden Luftbeförderungskosten.

4. Die Postverwaltung von Chile darf für die Beförderung von Paketen nach den Osterinseln einen zusätzlichen Vergütungsanteil von höchstens 2,61 SZR je Kilogramm erheben.

5. Für jedes Paket, das auf dem Land-/Seeweg oder Luftweg im Durchgang zwischen dem portugiesischen Festland und den Autonomen Regionen Madeira und Azoren befördert wird, werden folgende zusätzliche Vergütungsanteile und Kosten erhoben:

5.1 Land-/Seewegpakete

5.1.1 der portugiesische Durchgangsvergütungsanteil;

5.1.2 der der Entfernungsstufe zwischen dem portugiesischen Festland und den jeweiligen Autonomen Regionen entsprechende portugiesische Seevergütungsanteil;

5.2 Luftpostpakete

5.2.1 der portugiesische Durchgangsvergütungsanteil;

5.2.2 die der Luftpostentfernung zwischen dem portugiesischen Festland und der jeweiligen Autonomen Region entsprechenden Luftbeförderungskosten.

6. Für Pakete nach den Inselprovinzen Gran Canaria und Teneriffa, die im Durchgang über das spanische Festland befördert werden, werden außer dem entsprechenden Endvergütungsanteil folgende zusätzliche Vergütungsanteile erhoben:

6.1 Land-/Seewegpakete

6.1.1 der spanische Durchgangsvergütungsanteil;

6.1.2 der der Entfernung von 1000 bis 2000 Seemeilen entsprechende spanische Seevergütungsanteil;

6.2 Luftpostpakete

6.2.1 die der Luftpostentfernung zwischen dem spanischen Festland und der jeweiligen Inselprovinz entsprechenden Luftbeförderungskosten.

Artikel XVI

Luftbeförderungskosten

1. Afghanistan, Saudi-Arabien, Argentinien, Australien, die Bahamas, Brasilien, Bolivien, Kanada, Kap Verde, Chile, China (Volksrepublik), Kolumbien, Kongo (Republik), Kuba, El Salvador, Ecuador, Gabun, Guyana, Honduras (Republik), Indien, Indonesien, Iran (Islamische Republik), Kasachstan, Mexiko, die Mongolei, Myanmar, Neuseeland, Pakistan, Paraguay, Peru, die Russische Föderation, Sudan, Tschad, die Türkei, Venezuela, Vietnam, Jemen und Sambia haben Anspruch auf Erstattung der zusätzlichen Kosten, die ihnen durch die Luftbeförderung von Luftpost-

par le transport aérien des colis-avion provenant de l'étranger à l'intérieur de leur pays. Ces frais de transport aérien seront uniformes pour toutes les dépêches provenant de l'étranger, que les colis-avion soient réacheminés ou non par voie aérienne.

2. A titre de réciprocité, l'Espagne a droit au remboursement des coûts supplémentaires occasionnés par le transport aérien des colis-avion à l'intérieur de son pays qui sont reçus des Administrations figurant au paragraphe 1 du présent article. Ces frais de transport aérien seront uniformes pour toutes les dépêches reçues, qu'elles soient acheminées ou non par la voie aérienne.

Article XVII

Tarifs spéciaux

1. Les Administrations d'Amérique (Etats-Unis), de Belgique, de France et de Norvège ont la faculté de percevoir pour les colis-avion des quotes-parts territoriales plus élevées que pour les colis de surface.

2. L'Administration du Liban est autorisée à percevoir pour les colis jusqu'à 1 kilogramme la taxe applicable aux colis au-dessus de 1 jusqu'à 3 kilogrammes.

3. L'Administration du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir 0,20 DTS par kilogramme pour les colis de surface transportés par voie aérienne (S.A.L.) en transit.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de l'Arrangement auquel il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

paketen aus dem Ausland innerhalb ihres Landes entstehen. Diese Luftbeförderungskosten müssen für alle Kartenschlüsse aus dem Ausland gleich hoch sein, unabhängig davon, ob die Luftpostpakete auf dem Luftweg weitergeleitet werden oder nicht.

2. Spanien hat, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, Anspruch auf Erstattung der zusätzlichen Kosten, die ihm durch die Luftbeförderung von Luftpostpaketen im Inneren des Landes entstehen, die ihm von den in Absatz 1 dieses Artikels aufgeführten Verwaltungen zugehen. Diese Luftbeförderungskosten müssen für alle übernommenen Kartenschlüsse gleich hoch sein, unabhängig davon, ob sie auf dem Luftweg weitergeleitet werden oder nicht.

Artikel XVII

Besondere Tarife

1. Die Verwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten), Belgien, Frankreich und Norwegen können für Luftpostpakete höhere Vergütungsanteile erheben als für Land-/Seewegpakete.

2. Die Verwaltung von Libanon darf für Pakete bis 1 Kilogramm dieselbe Gebühr erheben wie für Pakete über 1 bis 3 Kilogramm.

3. Die Verwaltung von Panama (Republik) darf für Land-/Seewegpakete, die im Durchgang auf dem Luftweg befördert werden (SAL), 0,20 SZR je Kilogramm erheben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll gefertigt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut des Übereinkommens, auf das es sich bezieht, selbst enthalten wären; sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generalsekretär des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Postanweisungsübereinkommen**Arrangement concernant les mandats de poste***(Übersetzung)*

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Article

- 1 Objet de l'Arrangement
- 2 Différentes catégories de mandats de poste
- 3 Emission des mandats (monnaie, conversion, montant)
- 4 Taxes
- 5 Modalités d'échange
- 6 Paiement des mandats
- 7 Réexpédition
- 8 Réclamations
- 9 Responsabilité
- 10 Rémunération de l'Administration de paiement
- 11 Etablissement des comptes
- 12 Règlement des comptes
- 13 Dispositions finales

Artikel

- 1 Gegenstand des Übereinkommens
- 2 Verschiedene Arten von Postanweisungen
- 3 Ausstellung von Anweisungen (Währung, Umrechnung, Betrag)
- 4 Gebühren
- 5 Modalitäten des Austauschs
- 6 Auszahlung von Anweisungen
- 7 Nachsendung
- 8 Nachforschungsanträge
- 9 Haftung
- 10 Vergütung für die auszahlende Verwaltung
- 11 Ausstellung der Rechnungen
- 12 Begleichung der Rechnungen
- 13 Schlußbestimmungen

Arrangement concernant les mandats de poste

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 4, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant.

Article premier

Objet de l'Arrangement

1. Le présent Arrangement régit l'échange des mandats de poste que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

2. Des organismes non postaux peuvent participer par l'intermédiaire de l'Administration postale à l'échange régi par les dispositions du présent Arrangement. Il appartient à ces organismes de s'entendre avec l'Administration postale de leur pays pour assurer la complète exécution de toutes les clauses de l'Arrangement et, dans le cadre de cette entente, pour exercer leurs droits et remplir leurs obligations en tant qu'organisations postales définies par le présent Arrangement; l'Administration postale leur sert d'intermédiaire dans leurs relations avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 2

Différentes catégories de mandats de poste

1. Le mandat ordinaire

L'expéditeur remet des fonds au guichet d'un bureau de poste ou ordonne le débit de son compte courant postal et demande le paiement du montant en numéraire au bénéficiaire. Le mandat ordinaire est transmis par la voie postale. Le mandat ordinaire télégraphique est transmis par la voie des télécommunications.

2. Le mandat de versement

L'expéditeur remet des fonds au guichet d'un bureau de poste et demande l'inscription du montant au crédit du compte du bénéficiaire géré par la poste. Le mandat de versement est transmis par la voie postale. Le mandat de versement télégraphique est transmis par la voie des télécommunications.

3. Autres services

Les Administrations postales peuvent convenir, dans leurs relations bilatérales ou multilatérales, d'instaurer d'autres services dont les conditions sont à définir entre les Administrations concernées.

Article 3

Emission des mandats (monnaie, conversion, montant)

1. Sauf entente spéciale, le montant du mandat est exprimé en monnaie du pays de paiement.

2. L'Administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

3. Le montant maximal d'un mandat ordinaire est fixé d'un commun accord entre les Administrations concernées.

Postanweisungsübereinkommen

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitglieds-länder des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung folgendes Übereinkommen geschlossen.

Artikel 1

Gegenstand des Übereinkommens

1. Dieses Übereinkommen regelt den Austausch von Postanweisungen, den die vertragschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen einzuführen vereinbaren.

2. Postfremde Stellen können über die Postverwaltung am Austausch, wie er durch die Bestimmungen dieses Übereinkommens geregelt ist, teilnehmen. Diese Stellen haben sich mit der Postverwaltung ihres Landes abzusprechen, damit die vollständige Durchführung aller Bestimmungen dieses Übereinkommens gewährleistet ist und damit sie im Rahmen dieser Absprache die Rechte und Pflichten als postalische Organisationen wahrnehmen, wie sie durch dieses Übereinkommen definiert sind; die Postverwaltung dient ihnen als Vermittlerin im Verkehr mit den Postverwaltungen der anderen vertragschließenden Länder und mit dem Internationalen Büro.

Artikel 2

Verschiedene Arten von Postanweisungen

1. Gewöhnliche Anweisungen

Der Absender zahlt einen Betrag am Postschalter ein oder veranlaßt die Abbuchung des Betrags von seinem Postgirokonto und verlangt die Barauszahlung des Betrags an den Empfänger. Gewöhnliche Anweisungen werden auf dem Postweg übersandt. Telegrafische Anweisungen werden auf dem Telekommunikationsweg übermittelt.

2. Zahlkarten

Die Absender zahlt einen Betrag am Postschalter ein und verlangt die Gutschrift des Betrags auf das bei der Post geführte Konto des Empfängers. Zahlkarten werden auf dem Postweg übersandt. Telegrafische Zahlkarten werden auf dem Telekommunikationsweg übermittelt.

3. Sonstige Dienste

Die Postverwaltungen können in ihren bilateralen oder multilateralen Beziehungen die Einführung sonstiger Dienste vereinbaren, deren Bedingungen zwischen den beteiligten Verwaltungen festgelegt werden.

Artikel 3

Ausstellung von Anweisungen (Währung, Umrechnung, Betrag)

1. Sofern nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag der Anweisung in der Währung des Auszahlungslands angegeben.

2. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus ihrer Währung in die des Auszahlungslands umgerechnet werden.

3. Der Höchstbetrag einer gewöhnlichen Anweisung wird im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beteiligten Verwaltungen festgesetzt.

4. Le montant d'un mandat de versement est illimité. Toutefois, chaque Administration a la faculté de limiter le montant des mandats de versement que tout déposant peut ordonner soit dans une journée, soit au cours d'une période déterminée.

5. Les mandats télégraphiques sont soumis aux dispositions du Règlement des télécommunications internationales.

Article 4

Taxes

1. L'Administration d'émission détermine librement, sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 ci-après, la taxe à percevoir au moment de l'émission. A cette taxe principale, elle ajoute, éventuellement, les taxes afférentes à des services spéciaux (demande d'avis de paiement ou d'inscription, de remise par exprès, etc.).

2. Le montant de la taxe principale d'un mandat ordinaire ne peut pas excéder 22,86 DTS.

3. La taxe d'un mandat de versement doit être inférieure à la taxe d'un mandat ordinaire de même montant.

4. Les mandats échangés, par l'intermédiaire d'un pays partie au présent Arrangement, entre un pays contractant et un pays non contractant peuvent être soumis, par l'Administration intermédiaire, à une taxe supplémentaire déterminée par cette dernière en fonction des coûts générés par les opérations qu'elle effectue; cette taxe peut toutefois être perçue sur l'expéditeur et attribuée à l'Administration du pays intermédiaire si les Administrations intéressées se sont mises d'accord à cet effet.

5. Les taxes facultatives suivantes peuvent être perçues sur le bénéficiaire:

- a) une taxe de remise, lorsque le paiement est effectué à domicile;
- b) une taxe, lorsque le montant est inscrit au crédit d'un compte courant postal;
- c) éventuellement, la taxe de visa pour date prévue à l'article 6, paragraphe 4;
- d) la taxe visée à l'article 12.3.5 de la Convention, lorsque le mandat est adressé «Poste restante»;
- e) éventuellement, la taxe complémentaire d'exprès.

6. Si des autorisations de paiement sont exigibles en vertu des dispositions du Règlement d'exécution du présent Arrangement, et si aucune faute de service n'a été commise, une taxe d'«autorisation de paiement» de 0,65 DTS au maximum peut être perçue sur l'expéditeur ou sur le bénéficiaire, sauf si cette taxe a déjà été perçue au titre de l'avis de paiement.

7. Les mandats, tant à l'émission qu'au paiement, ne peuvent être soumis à aucune taxe ou à aucun droit autres que ceux qui sont prévus par le présent Arrangement.

8. Sont exonérés de toutes taxes les mandats de poste échangés dans les conditions prévues aux articles 7.2 et 7.3.1 à 7.3.3 de la Convention.

Article 5

Modalités d'échange

1. L'échange par la voie postale s'opère, au choix des Administrations, soit au moyen de mandats ordinaires ou de versement, directement entre bureau d'émission et bureau de paiement, soit au moyen de listes par l'intermédiaire de bureaux dits «bureaux d'échange» désignés par l'Administration de chacun des pays contractants.

2. L'échange par la voie télégraphique s'opère par télégramme-mandat adressé directement au bureau de paiement.

4. Der Betrag einer Zahlkarte ist nicht begrenzt. Jede Verwaltung kann jedoch den Betrag der Zahlkarten begrenzen, den ein Einzahler entweder an einem Tag oder in einem bestimmten Zeitraum einzahlen kann.

5. Telegrafische Anweisungen unterliegen den Bestimmungen der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste.

Artikel 4

Gebühren

1. Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 bestimmt die Einlieferungsverwaltung frei die bei der Einzahlung zu erhebende Gebühr. Zusätzlich zu dieser Grundgebühr erhebt sie gegebenenfalls Gebühren für Sonderdienste (Verlangen eines Auszahlungsscheins oder einer Gutschriftanzeige, Verlangen der Eilzustellung usw.).

2. Der Betrag der Grundgebühr für eine gewöhnliche Anweisung darf 22,86 SZR nicht übersteigen.

3. Die Gebühr für eine Zahlkarte muß niedriger sein als die Gebühr für eine gewöhnliche Anweisung mit dem gleichen Betrag.

4. Anweisungen, die durch Vermittlung eines Landes, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, zwischen einem Vertragsland und einem Nichtvertragsland ausgetauscht werden, können von der Vermittlungsverwaltung mit einer zusätzlichen Gebühr belegt werden, die von ihr entsprechend den Kosten bestimmt wird, die durch die von ihr ausgeführten Tätigkeiten entstanden sind; diese Gebühr kann jedoch auch vom Absender erhoben und der Verwaltung des Vermittlungslands gutgeschrieben werden, wenn sich die beteiligten Verwaltungen hierauf geeinigt haben.

5. Folgende Gebühren können gegebenenfalls vom Empfänger erhoben werden:

- a) eine Zustellgebühr, wenn die Anweisung unter der Anschrift des Empfängers ausgezahlt wird;
- b) eine Gebühr, wenn der Betrag einem Postgirokonto gutgeschrieben wird;
- c) gegebenenfalls die Gültigkeitsvermerkgebühr nach Artikel 6 Absatz 4;
- d) die Gebühr nach Artikel 12 Absatz 3.5 des Weltpostvertrags, wenn es sich um eine postlagernde Anweisung handelt;
- e) gegebenenfalls die zusätzliche Eilzustellgebühr.

6. Sind gemäß den Bestimmungen der Vollzugsordnung zu diesem Übereinkommen Auszahlungsermächtigungen erforderlich und liegt kein Dienstversehen vor, so kann vom Absender oder vom Empfänger für die Auszahlungsermächtigung eine Gebühr von höchstens 0,65 SZR erhoben werden, es sei denn, diese Gebühr ist bereits für den Auszahlungsschein erhoben worden.

7. Die Anweisungen unterliegen sowohl bei der Einzahlung als auch bei der Auszahlung keinen anderen als den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Gebühren.

8. Postanweisungen, die nach Maßgabe des Artikels 7 Absätze 2 und 3.1 bis 3.3 des Weltpostvertrags ausgetauscht werden, sind von allen Gebühren befreit.

Artikel 5

Modalitäten des Austauschs

1. Der Austausch auf dem Postweg erfolgt nach Wahl der Verwaltungen entweder mittels gewöhnlicher Anweisungen oder Zahlkarten unmittelbar zwischen dem Einlieferungsamt und dem Auszahlungsamt oder im Listenverfahren durch Vermittlung der sogenannten Auswechslungsämter, die von der Verwaltung jedes der vertragschließenden Länder bestimmt werden.

2. Der Austausch auf dem Telegrafienweg erfolgt mittels Überweisungstelegramm, das unmittelbar an das Auszahlungs-

Toutefois, les Administrations concernées peuvent également convenir d'utiliser un moyen de télécommunication autre que le télégraphe pour la transmission des mandats télégraphiques.

3. Les Administrations peuvent aussi convenir d'un système d'échange mixte, si l'organisation interne de leurs services respectifs l'exige. Dans ce cas, l'échange s'opère au moyen de cartes directement entre des bureaux de poste de l'une des Administrations et le bureau d'échange de l'Administration correspondante.

4. Les mandats prévus aux paragraphes 1 et 3 peuvent être présentés au pays destinataire sur bandes magnétiques ou sur tout autre support convenu entre les Administrations. Les Administrations de destination peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation des mandats émis. Les conditions d'échange sont alors fixées dans des conventions particulières adoptées par les Administrations concernées.

5. Les Administrations peuvent convenir d'utiliser des moyens d'échange autres que ceux prévus aux paragraphes 1 à 4.

Article 6

Paiement des mandats

1. La validité des mandats s'étend:

- a) en règle générale, jusqu'à l'expiration du premier mois qui suit celui de l'émission;
- b) après accord entre Administrations intéressées, jusqu'à l'expiration du troisième mois qui suit celui de l'émission.

2. Après ces délais, les mandats parvenus directement aux bureaux de paiement ne sont payés que s'ils sont revêtus d'un «visa pour date» donné, par le service désigné par l'Administration d'émission, à la requête du bureau de paiement. Les mandats parvenus aux Administrations de destination selon l'article 5, paragraphe 4, ne peuvent pas bénéficier du visa pour date.

3. Le visa pour date confère au mandat, à partir du jour où il est donné, une nouvelle validité dont la durée est celle qu'aurait un mandat émis le même jour.

4. Si le non-paiement avant expiration du délai de validité ne résulte pas d'une faute de service, il peut être perçu une taxe dite «de visa pour date» de 0,65 DTS au maximum.

5. Lorsqu'un même expéditeur a fait émettre, le même jour, au profit du même bénéficiaire, plusieurs mandats dont le montant total excède le maximum adopté par l'Administration de paiement, celle-ci est autorisée à échelonner le paiement des titres de façon que la somme payée au bénéficiaire, dans une même journée, n'excède pas ce maximum.

6. Le paiement des mandats est effectué selon la réglementation du pays de paiement.

Article 7

Réexpédition

1. En cas de changement de résidence du bénéficiaire et dans les limites où fonctionne un service de mandats entre le pays réexpéditeur et le pays de nouvelle destination, tout mandat peut être réexpédié par voie postale ou télégraphique soit à la demande de l'expéditeur, soit à celle du bénéficiaire. Dans ce cas, les articles 27.1, 27.2 et 27.3 de la Convention sont applicables par analogie.

2. En cas de réexpédition, la taxe de poste restante et la taxe complémentaire d'express sont annulées.

3. La réexpédition d'un mandat de versement sur un autre pays de destination n'est pas admise.

amt gerichtet wird. Die beteiligten Verwaltungen können jedoch vereinbaren, die telegrafischen Anweisungen über andere Telekommunikationswege als den Telegrafenberg zu übermitteln.

3. Die Verwaltungen können auch ein gemischtes Verfahren vereinbaren, falls die interne Organisation ihrer jeweiligen Dienste dies erfordert. In diesem Fall findet der Austausch unmittelbar zwischen Postämtern der einen Verwaltung und dem Auswechslungsamt der anderen Verwaltung im Kartenverfahren statt.

4. Die in den Absätzen 1 und 3 vorgesehenen Anweisungen können dem Bestimmungsland auf Magnetband oder auf jedem anderen zwischen den Verwaltungen vereinbarten Datenträger übersandt werden. Die Bestimmungsverwaltungen können statt der eingelieferten Anweisungen Formblätter ihres Inlandsdienstes verwenden. Die Austauschbedingungen werden dann von den beteiligten Verwaltungen in Sondervereinbarungen festgelegt.

5. Die Verwaltungen können vereinbaren, andere als die in den Absätzen 1 bis 4 vorgesehenen Austauschverfahren anzuwenden.

Artikel 6

Auszahlung von Anweisungen

1. Anweisungen bleiben gültig

- a) im allgemeinen bis zum Ablauf des ersten auf den Einlieferungsmonat folgenden Monats;
- b) nach Absprache zwischen den beteiligten Verwaltungen bis zum Ablauf des dritten auf den Einlieferungsmonat folgenden Monats.

2. Nach Ablauf dieser Fristen dürfen Anweisungen, die unmittelbar bei den Auszahlungsämtern eingegangen sind, nur ausbezahlt werden, wenn sie mit einem Gültigkeitsvermerk versehen sind, der von der durch die Einlieferungsverwaltung dazu bestimmten Dienststelle auf Verlangen des Auszahlungsamts erteilt wird. Für Anweisungen, die gemäß Artikel 5 Absatz 4 bei den Bestimmungsverwaltungen eingegangen sind, kann kein Gültigkeitsvermerk erteilt werden.

3. Durch den Gültigkeitsvermerk erhält die Anweisung, vom Tag der Erteilung an gerechnet, eine neue Gültigkeit, die der einer gleichzeitig ausgestellten Anweisung entspricht.

4. Wenn eine Anweisung nicht vor Ablauf der Gültigkeitsfrist ausgezahlt worden ist und dies nicht auf ein Dienstversehen zurückzuführen ist, kann eine sogenannte Gültigkeitsvermerkgebühr von höchstens 0,65 SZR erhoben werden.

5. Wenn derselbe Absender am selben Tag mehrere, an denselben Empfänger gerichtete Anweisungen eingeliefert hat, deren Gesamtbetrag den von der auszahlenden Verwaltung festgesetzten Höchstbetrag je Anweisung übersteigt, kann die auszahlende Verwaltung die Anweisungen in Teilbeträgen auszahlen, so daß der dem Empfänger an einem Tag ausgezahlte Betrag diesen Höchstbetrag nicht überschreitet.

6. Die Anweisungen werden nach den Bestimmungen des Auszahlungslandes ausgezahlt.

Artikel 7

Nachsendung

1. Bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers und in dem Rahmen, in dem zwischen dem nachsendenden und dem neuen Bestimmungsland ein Anweisungsdienst besteht, kann eine Anweisung auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers auf dem Post- oder Telegrafenberg nachgesandt werden. In diesem Fall gilt Artikel 27 Absätze 1; 2 und 3 des Weltpostvertrags entsprechend.

2. Im Fall einer Nachsendung werden die Gebühr für postlagernde Sendungen und die zusätzliche Eilzustellgebühr gestrichen.

3. Die Nachsendung einer Zahlkarte in ein anderes Bestimmungsland ist nicht zugelassen.

Article 8 Réclamations

Les dispositions de l'article 30 de la Convention sont applicables.

Article 9 Responsabilité

1. Principe

Les Administrations postales sont responsables des sommes versées jusqu'au moment où les mandats ont été régulièrement payés.

2. Exceptions

Les Administrations postales sont dégagées de toute responsabilité:

- a) en cas de retard dans la transmission et le paiement des mandats;
- b) lorsque, par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure, elles ne peuvent rendre compte du paiement d'un mandat, à moins que la preuve de leur responsabilité n'ait été autrement administrée;
- c) à l'expiration du délai de prescription visé à l'article RE 612;
- d) s'il s'agit d'une contestation de la régularité du paiement, à l'expiration du délai prévu à l'article 30.1 de la Convention.

3. Détermination de la responsabilité

3.1 Sous réserve des paragraphes 3.2 à 3.5 ci-après, la responsabilité incombe à l'Administration d'émission.

3.2. La responsabilité incombe à l'Administration de paiement si elle n'est pas en mesure d'établir que le paiement a eu lieu dans les conditions prescrites par sa réglementation.

3.3 La responsabilité incombe à l'Administration postale du pays où l'erreur s'est produite:

- a) s'il s'agit d'une erreur de service, y compris l'erreur de conversion;
- b) s'il s'agit d'une erreur de transmission télégraphique commise à l'intérieur du pays d'émission ou du pays de paiement.

3.4 La responsabilité incombe à l'Administration d'émission et à l'Administration de paiement par parts égales:

- a) si l'erreur est imputable aux deux Administrations ou s'il n'est pas possible d'établir dans quel pays l'erreur s'est produite;
- b) si une erreur de transmission télégraphique s'est produite dans un pays intermédiaire;
- c) s'il n'est pas possible d'établir le pays où cette erreur de transmission s'est produite.

3.5 Sous réserve du paragraphe 3.2, la responsabilité incombe:

- a) en cas de paiement d'un faux mandat, à l'Administration du pays sur le territoire duquel le mandat a été introduit dans le service;
- b) en cas de paiement d'un mandat dont le montant a été frauduleusement majoré, à l'Administration du pays dans lequel le mandat a été falsifié; toutefois, le dommage est supporté par parts égales par les Administrations d'émission et de paiement lorsqu'il n'est pas possible de déterminer le pays où la falsification est intervenue ou lorsqu'il ne peut être obtenu réparation d'une falsification commise dans un pays intermédiaire qui ne participe pas au service des mandats sur la base du présent Arrangement.

Artikel 8 Nachforschungsanträge

Es gelten die Bestimmungen des Artikels 30 des Weltpostvertrags.

Artikel 9 Haftung

1. Grundsatz

Die Postverwaltungen haften so lange für die auf Anweisungen eingezahlten Beträge, bis die Beträge ordnungsgemäß ausgezahlt worden sind.

2. Ausnahmen

Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung frei

- a) im Fall einer Verzögerung bei der Übermittlung und der Auszahlung der Anweisungen;
- b) wenn sie über die Auszahlung einer Anweisung deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet wurden, es sei denn, daß ihre Haftpflicht anderweitig nachgewiesen wurde;
- c) nach Ablauf der Verjährungsfrist nach Artikel RE 612;
- d) nach Ablauf der Frist nach Artikel 30 Absatz 1 des Weltpostvertrags, wenn die Ordnungsmäßigkeit der Auszahlung bestritten wird.

3. Feststellung der Haftung

3.1 Vorbehaltlich der Absätze 3.2 bis 3.5 haftet die Einlieferungsverwaltung.

3.2. Die auszahlende Verwaltung haftet, wenn sie nicht nachweisen kann, daß die Auszahlung nach ihren Bestimmungen erfolgt ist.

3.3 Sofern es sich um

- a) ein Dienstversehen, einschließlich Umrechnungsfehler, oder
 - b) einen Fehler bei der telegrafischen Übermittlung, der im Einlieferungs- oder Auszahlungsland unterlaufen ist, handelt,
- haftet die Postverwaltung des Landes, in dem das Versehen vorgekommen ist.

3.4 Die Einlieferungsverwaltung und die auszahlende Verwaltung haften zu gleichen Teilen, wenn

- a) das Versehen beiden Verwaltungen zuzurechnen ist oder wenn es nicht möglich ist, festzustellen, in welchem Land das Versehen vorgekommen ist;
- b) in einem Vermittlungsland ein Fehler bei der telegrafischen Übermittlung unterlaufen ist;
- c) das Land nicht festzustellen ist, in dem dieser Übermittlungsfehler unterlaufen ist.

3.5 Vorbehaltlich des Absatzes 3.2 haftet bei der Auszahlung

- a) einer gefälschten Anweisung die Verwaltung des Landes, in dem die Anweisung in den Verkehr gebracht worden ist;
- b) einer durch betrügerische Erhöhung des Betrags verfälschten Anweisung die Verwaltung des Landes, in dem die Anweisung verfälscht worden ist; der Schaden wird jedoch zu gleichen Teilen von der Einlieferungsverwaltung und der auszahlenden Verwaltung getragen, wenn nicht festgestellt werden kann, in welchem Land die Fälschung vorgenommen worden ist, oder wenn kein Ersatz für den durch die Fälschung entstandenen Schaden erlangt werden kann, weil sie in einem Vermittlungsland, das am Postanweisungsdienst auf der Grundlage dieses Übereinkommens nicht teilnimmt, begangen worden ist.

4. Paiement des sommes dues. Recours

4.1 L'obligation de désintéresser le réclamant incombe à l'Administration de paiement si les fonds sont à remettre au bénéficiaire; elle incombe à l'Administration d'émission si leur restitution doit être faite à l'expéditeur.

4.2 Quelle que soit la cause du remboursement, la somme à rembourser ne peut dépasser celle qui a été versée.

4.3 L'Administration qui a désintéressé le réclamant a le droit d'exercer le recours contre l'Administration responsable du paiement irrégulier.

4.4 L'Administration qui a supporté en dernier lieu le dommage a un droit de recours, jusqu'à concurrence de la somme payée, contre l'expéditeur, contre le bénéficiaire ou contre des tiers.

5. Délai de paiement

5.1 Le versement des sommes dues aux réclamants doit avoir lieu le plus tôt possible, dans un délai limite de trois mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

5.2 L'Administration qui, selon l'article 9, paragraphe 4.1, doit désintéresser le réclamant peut exceptionnellement différer le versement au-delà de ce délai si, malgré la diligence apportée à l'instruction de l'affaire, ledit délai n'a pas été suffisant pour permettre de déterminer la responsabilité.

5.3 L'Administration auprès de laquelle la réclamation a été introduite est autorisée à désintéresser le réclamant pour le compte de l'Administration responsable lorsque celle-ci, régulièrement saisie, a laissé s'écouler deux mois sans donner de solution définitive à la réclamation.

6. Remboursement à l'Administration intervenante

6.1 L'Administration pour le compte de laquelle le réclamant a été désintéressé est tenue de rembourser à l'Administration intervenante le montant de ses débours dans un délai de quatre mois à compter de l'envoi de la notification du paiement.

6.2 Ce remboursement s'effectue sans frais pour l'Administration créancière:

- a) par l'un des procédés de paiement prévus au Règlement d'exécution de la Convention (Règles de paiement);
- b) sous réserve d'accord, par inscription au crédit de l'Administration de ce pays dans le compte des mandats. Cette inscription est effectuée d'office si la demande d'accord n'a pas reçu de réponse dans le délai visé au paragraphe 6.1.

6.3 Passé le délai de quatre mois, la somme due à l'Administration créancière est productive d'intérêt, à raison de 6 pour cent par an, à compter du jour d'expiration dudit délai.

Article 10

Rémunération de l'Administration de paiement

1. L'Administration d'émission attribue à l'Administration de paiement pour chaque mandat ordinaire payé une rémunération dont le taux est fixé, en fonction du montant moyen des mandats compris dans un même compte mensuel, à:

- 0,82 DTS jusqu'à 65,34 DTS;
- 0,98 DTS au-delà de 65,34 DTS et jusqu'à 130,68 DTS;
- 1,21 DTS au-delà de 130,68 DTS et jusqu'à 196,01 DTS;
- 1,47 DTS au-delà de 196,01 DTS et jusqu'à 261,35 DTS;
- 1,73 DTS au-delà de 261,35 DTS et jusqu'à 326,69 DTS;
- 2,09 DTS au-delà de 326,69 DTS et jusqu'à 392,02 DTS;
- 2,52 DTS au-delà de 392,02 DTS.

4. Zahlung der geschuldeten Beträge. Rückgriff

4.1 Zur Entschädigung des Ersatzberechtigten ist die auszahlende Verwaltung verpflichtet, wenn der Betrag dem Empfänger der Anweisung auszuzahlen ist; sie obliegt der Einlieferungsverwaltung, wenn er an den Absender der Anweisung zu zahlen ist.

4.2 Der zu erstattende Betrag darf, unabhängig vom Grund der Erstattung, den eingezahlten Betrag nicht überschreiten.

4.3 Die Verwaltung, die den Ersatzberechtigten entschädigt hat, darf bei der für die unrichtige Auszahlung verantwortlichen Verwaltung Rückgriff nehmen.

4.4 Die Verwaltung, die letztlich den Schaden getragen hat, hat bis zur Höhe des erstatteten Betrags ein Rückgriffsrecht gegenüber dem Absender, dem Empfänger oder Dritten.

5. Zahlungsfrist

5.1 Die den Ersatzberechtigten geschuldeten Beträge sind möglichst bald, spätestens jedoch nach drei Monaten, von dem auf den Nachforschungsantrag folgenden Tag an gerechnet, zu zahlen.

5.2 Die Verwaltung, die nach Absatz 4.1 den Ersatzberechtigten entschädigen muß, kann die Zahlung ausnahmsweise über diese Frist hinausschieben, wenn die Frist trotz aller Sorgfalt bei der Untersuchung des Falls nicht ausreichte, die Haftung festzustellen.

5.3 Die Verwaltung, bei der der Nachforschungsantrag gestellt wurde, darf den Ersatzberechtigten für Rechnung der verantwortlichen und ordnungsgemäß mit der Angelegenheit befaßten Verwaltung entschädigen, wenn diese zwei Monate hat verstreichen lassen, ohne den Nachforschungsantrag abschließend zu erledigen.

6. Erstattung an die vermittelnde Verwaltung

6.1 Die Verwaltung, für deren Rechnung der Ersatzberechtigte entschädigt worden ist, hat der vermittelnden Verwaltung den ausgelegten Betrag innerhalb von vier Monaten, vom Tag der Absendung der Mitteilung über die geleistete Zahlung an gerechnet, zu erstatten.

6.2 Diese Erstattung erfolgt ohne Kosten für die Gläubigerverwaltung

- a) auf einem der Zahlungswege, die in der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag vorgesehen sind (Zahlungsrichtlinien);
- b) bei Einverständnis der Gläubigerverwaltung durch Gutschrift in der Rechnung über ausgezahlte Anweisungen. Diese Gutschrift erfolgt von Amts wegen, wenn die Bitte um Einverständnis innerhalb der in Absatz 6.1 vorgesehenen Frist unbeantwortet bleibt.

6.3 Vom Tag des Ablaufs der Viermonatsfrist an ist der der Gläubigerverwaltung geschuldete Betrag mit 6 Prozent jährlich zu verzinsen.

Artikel 10

Vergütung für die auszahlende Verwaltung

1. Die Einlieferungsverwaltung zahlt der auszahlenden Verwaltung für jede ausgezahlte gewöhnliche Anweisung eine Vergütung, deren Höhe entsprechend dem in einer Monatsrechnung ausgewiesenen Durchschnittsbetrag der Anweisungen festgesetzt ist auf

- 0,82 SZR bis 65,34 SZR;
- 0,98 SZR über 65,34 SZR bis 130,68 SZR;
- 1,21 SZR über 130,68 SZR bis 196,01 SZR;
- 1,47 SZR über 196,01 SZR bis 261,35 SZR;
- 1,73 SZR über 261,35 SZR bis 326,69 SZR;
- 2,09 SZR über 326,69 SZR bis 392,02 SZR;
- 2,52 SZR über 392,02 SZR.

2. Toutefois, les Administrations concernées peuvent, à la demande de l'Administration de paiement, convenir d'une rémunération supérieure à celle qui est fixée au paragraphe 1 lorsque la taxe perçue à l'émission est supérieure à 8,17 DTS.

3. Les mandats de versement et les mandats émis en franchise ne donnent lieu à aucune rémunération.

4. Pour les mandats échangés au moyen de listes, en sus de la rémunération prévue au paragraphe 1, une rémunération supplémentaire de 0,16 DTS est attribuée à l'Administration de paiement. Le paragraphe 2 s'applique par analogie aux mandats échangés au moyen de listes.

5. L'Administration d'émission attribuée à l'Administration de paiement une rémunération additionnelle de 0,13 DTS pour chaque mandat payé en main propre.

Article 11

Etablissement des comptes

1. Chaque Administration de paiement établit, pour chaque Administration d'émission, un compte mensuel des sommes payées pour les mandats ordinaires ou un compte mensuel du montant des listes reçues pendant le mois pour les mandats échangés au moyen de listes. Ces comptes mensuels sont conformes aux modèles annexés au Règlement; ils sont incorporés, périodiquement, dans un compte général qui donne lieu à la détermination d'un solde.

2. En cas d'application du système d'échange mixte prévu à l'article RE 503, chaque Administration de paiement établit un compte mensuel des sommes payées, si les mandats parviennent de l'Administration d'émission directement à ses bureaux de paiement, ou un compte mensuel du montant des mandats reçus pendant le mois, si les mandats parviennent des bureaux de poste de l'Administration d'émission à son bureau d'échange.

3. Lorsque les mandats ont été payés dans des monnaies différentes, la créance la plus faible est convertie en la monnaie de la créance la plus forte, en prenant pour base de la conversion le cours moyen officiel du change dans le pays de l'Administration débitrice pendant la période à laquelle le compte se rapporte; ce cours moyen doit être calculé uniformément à quatre décimales.

4. Le règlement des comptes peut aussi avoir lieu sur la base des comptes mensuels, sans compensation, ou par l'intermédiaire d'un compte courant postal de liaison.

Article 12

Règlement des comptes

1. Sauf entente spéciale, le paiement du solde du compte général ou du montant des comptes mensuels a lieu dans la monnaie que l'Administration créancière applique au paiement des mandats.

2. Toute Administration peut entretenir auprès de l'Administration du pays correspondant un avoir sur lequel sont prélevées les sommes dues ou un compte postal de liaison duquel sont débitées les créances au titre du service des mandats de poste.

3. Toute Administration qui se trouve à découvert vis-à-vis d'une autre Administration d'une somme dépassant les limites fixées par le Règlement est en droit de réclamer le versement d'un acompte.

4. En cas de non-paiement dans les délais fixés par le Règlement, les sommes dues sont productives d'un intérêt de 6 pour cent par an, à dater du jour d'expiration desdits délais jusqu'au jour du paiement.

5. Il ne peut être porté atteinte par aucune mesure unilatérale, telle que moratoire, interdiction de transfert, etc., aux dispositions du présent Arrangement et de son Règlement relatives à l'établissement et au règlement des comptes.

2. Gleichwohl können sich die beteiligten Verwaltungen auf Antrag der auszahlenden Verwaltung auf eine höhere als die in Absatz 1 festgesetzte Vergütung einigen, wenn die bei der Einzahlung erhobene Gebühr höher ist als 8,17 SZR.

3. Für Zahlkarten und gebührenfrei angenommene Anweisungen wird keine Vergütung gezahlt.

4. Für Anweisungen, die im Listenverfahren ausgetauscht werden, wird über die in Absatz 1 vorgesehene Vergütung hinaus eine zusätzliche Vergütung von 0,16 SZR an die auszahlende Verwaltung gezahlt. Absatz 2 gilt für Anweisungen, die im Listenverfahren ausgetauscht werden, entsprechend.

5. Die Einlieferungsverwaltung zahlt der auszahlenden Verwaltung für jede eigenhändig ausgezahlte Anweisung eine zusätzliche Vergütung von 0,13 SZR.

Artikel 11

Ausstellung der Rechnungen

1. Jede auszahlende Verwaltung stellt für jede Einlieferungsverwaltung eine Monatsrechnung über die auf gewöhnliche Anweisungen ausgezahlten Beträge oder eine Monatsrechnung über die Summe der Listen aus, die sie während des Monats für im Listenverfahren ausgetauschte Anweisungen empfangen hat. Diese Monatsrechnungen entsprechen den Mustern der Anlagen zur Vollzugsordnung; sie werden in bestimmten regelmäßigen Zeitabschnitten zur Feststellung des Saldos in einer Hauptrechnung zusammengefaßt.

2. Bei Anwendung des in Artikel RE 503 vorgesehenen gemischten Austauschverfahrens stellt jede auszahlende Verwaltung eine Monatsrechnung über die ausgezahlten Beträge aus, falls die Anweisungen von der Einlieferungsverwaltung unmittelbar ihren Auszahlungsämtern zugehen; oder sie stellt eine Monatsrechnung über den Betrag der während des Monats erhaltenen Anweisungen aus, falls die Anweisungen von den Postämtern der Einlieferungsverwaltung ihrem Auswechslungsamt zugehen.

3. Sind die Anweisungen in verschiedenen Währungen ausgezahlt worden, so wird die geringere Forderung in die Währung der größeren umgerechnet; bei der Umrechnung wird der für den Abrechnungszeitraum im Land der Schuldnerverwaltung amtliche mittlere Devisenkurs zugrunde gelegt; dieser mittlere Kurs ist einheitlich auf vier Dezimalstellen zu berechnen.

4. Die Rechnungen können auch ohne Bildung des Saldos aufgrund der Monatsrechnungen oder über ein Postgiro-Verbindungskonto beglichen werden.

Artikel 12

Begleichung der Rechnungen

1. Sofern nichts anderes vereinbart wird, ist der Saldo der Hauptrechnung oder der Betrag der Monatsrechnungen in der Währung zu zahlen, in der die Gläubigerverwaltung die Anweisungen auszahlt.

2. Jede Verwaltung kann bei der Verwaltung eines anderen Landes ein Guthaben oder ein Postgiro-Verbindungskonto unterhalten, von dem die geschuldeten Beträge abgezogen beziehungsweise von dem die Forderungen für den Postanweisungsdienst abgebucht werden.

3. Jede Verwaltung, der eine andere Verwaltung einen Betrag schuldet, der die in der Vollzugsordnung festgesetzten Grenzen überschreitet, kann die Zahlung eines Abschlags verlangen.

4. Bei unterbliebener Zahlung innerhalb der in der Vollzugsordnung festgesetzten Fristen sind die geschuldeten Beträge vom Tag des Ablaufs dieser Fristen an bis zum Tag der Zahlung mit 6 Prozent jährlich zu verzinsen.

5. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens und seiner Vollzugsordnung über die Ausstellung und Begleichung der Rechnungen dürfen durch keinerlei einseitige Maßnahmen wie Moratorien, Transferverbot usw. verletzt werden.

Article 13

Dispositions finales

1. La Convention est applicable, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

2. L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

3. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement

3.1 Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

3.2 Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil d'exploitation postale pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil d'exploitation postale qui sont parties à l'Arrangement.

3.3 Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

3.3.1 les deux tiers des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions;

3.3.2 la majorité des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement;

3.3.3 la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement.

3.4 Nonobstant les dispositions prévues sous 3.3.1, tout Pays-membre dont la législation nationale est encore incompatible avec l'addition proposée a la faculté de faire une déclaration écrite au Directeur général du Bureau international indiquant qu'il ne lui est pas possible d'accepter cette addition, dans les quatre-vingt-dix jours à compter de la date de notification de celle-ci.

4. Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1996 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

Artikel 13

Schlußbestimmungen

1. Der Weltpostvertrag ist gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend anzuwenden, die nicht ausdrücklich in diesem Übereinkommen geregelt sind.

2. Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Übereinkommen.

3. Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Übereinkommen

3.1 Dem Kongreß vorgelegte Vorschläge zu diesem Übereinkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden. Mindestens die Hälfte dieser beim Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

3.2 Vorschläge zur Vollzugsordnung zu diesem Übereinkommen, die der Kongreß zur Entscheidung an den Rat für Postbetrieb verwiesen hat oder die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht werden, müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Rates für Postbetrieb, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden.

3.3 In der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachte Vorschläge zu diesem Übereinkommen müssen, um wirksam zu werden, erhalten

3.3.1 zwei Drittel der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen handelt;

3.3.2 die Mehrheit der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um Änderungen zu Bestimmungen dieses Übereinkommens handelt;

3.3.3 die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Übereinkommens handelt.

3.4 Ungeachtet der in Absatz 3.3.1 vorgesehenen Bestimmungen kann jedes Mitgliedsland, dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften mit der vorgeschlagenen Hinzufügung noch unvereinbar sind, innerhalb von neunzig Tagen, vom Tag ihrer Notifizierung an gerechnet, gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Büros eine schriftliche Erklärung abgeben, in der es darlegt, daß es ihm nicht möglich ist, dieser Hinzufügung zuzustimmen.

4. Dieses Übereinkommen tritt am 1. Januar 1996 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der vertragschließenden Länder dieses Übereinkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Postgiroübereinkommen

Arrangement concernant le service des chèques postaux

(Übersetzung)

Table des matières

Chapitre I

Dispositions préliminaires

Article

- 1 Objet de l'Arrangement
- 2 Différentes catégories de prestations offertes par le service des chèques postaux

Chapitre II

Le virement

- 3 Conditions d'admission et d'exécution des ordres de virement
- 4 Responsabilité

Chapitre III

Le versement

- 5 Le versement

Chapitre IV

Le paiement par mandat

- 6 Modalités d'exécution des paiements par mandat

Chapitre V

Le paiement par chèque d'assignation

- 7 Emission des chèques d'assignation
- 8 Paiement des chèques d'assignation
- 9 Responsabilité
- 10 Rémunération de l'Administration de paiement

Chapitre VI

Autres modes d'échange des paiements

- 11 Autres modes d'échange des paiements

Chapitre VII

Le postchèque

- 12 Délivrance des postchèques
- 13 Paiement
- 14 Responsabilité
- 15 Rémunération de l'Administration de paiement

Chapitre VIII

Le réseau POSTNET

- 16 Conditions d'adhésion et de participation

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I

Einleitende Bestimmungen

Artikel

- 1 Gegenstand des Übereinkommens
- 2 Leistungsangebote des Postgirodiensts

Kapitel II

Überweisungen

- 3 Zulassungs- und Durchführungsbedingungen für Überweisungsaufträge
- 4 Haftung

Kapitel III

Einzahlungen

- 5 Einzahlungen

Kapitel IV

Auszahlungen durch Anweisung

- 6 Arten der Auszahlung durch Anweisung

Kapitel V

Auszahlungen durch Zahlungsanweisung

- 7 Aussteilung der Zahlungsanweisungen
- 8 Auszahlung der Zahlungsanweisungen
- 9 Haftung
- 10 Vergütung für die auszahlende Verwaltung

Kapitel VI

Andere Arten des Zahlungsaustausches

- 11 Andere Arten des Zahlungsaustausches

Kapitel VII

Postcheques

- 12 Ausgabe von Postcheques
- 13 Auszahlung
- 14 Haftung
- 15 Vergütung für die auszahlende Verwaltung

Kapitel VIII

POSTNET-Netz

- 16 Bedingungen für den Zugang und die Teilnahme

Article

Chapitre IX**Dispositions diverses**

17 Dispositions diverses

Chapitre X**Dispositions finales**

18 Dispositions finales

Artikel

Kapitel IX**Verschiedene Bestimmungen**

17 Verschiedene Bestimmungen

Kapitel X**Schlußbestimmungen**

18 Schlußbestimmungen

Arrangement concernant le service des chèques postaux

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 4, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant.

Chapitre I Dispositions préliminaires

Article 1 Objet de l'Arrangement

1. Le présent Arrangement régit l'ensemble des prestations que le service des chèques postaux est en mesure d'offrir aux usagers des comptes courants postaux et que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

2. Des organismes non postaux peuvent participer, par l'intermédiaire du service des chèques postaux, à l'échange régi par les dispositions du présent Arrangement. Il appartient à ces organismes de s'entendre avec l'Administration postale de leur pays pour assurer la complète exécution de toutes les clauses de l'Arrangement et, dans le cadre de cette entente, pour exercer leurs droits et remplir leurs obligations en tant qu'organisations postales définies par le présent Arrangement. L'Administration postale leur sert d'intermédiaire dans leurs relations avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 2 Différentes catégories de prestations offertes par le service des chèques postaux

1. Le virement

1.1 Le titulaire d'un compte courant postal demande, par débit de son compte, l'inscription d'un montant au crédit du compte courant postal du bénéficiaire ou, selon un accord conclu entre les Administrations concernées, au crédit d'autres types de comptes.

1.2 Le virement ordinaire est transmis par la voie postale.

1.3 Le virement télégraphique est transmis par la voie des télécommunications.

2. Le versement à un compte courant postal

2.1 L'expéditeur remet des fonds au guichet d'un bureau de poste et demande l'inscription du montant au crédit du compte courant postal du bénéficiaire ou, selon un accord conclu entre les Administrations concernées, au crédit d'autres types de comptes.

2.2 Le versement ordinaire est transmis par la voie postale.

Postgiroübereinkommen

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung folgendes Übereinkommen geschlossen.

Kapitel I Einleitende Bestimmungen

Artikel 1 Gegenstand des Übereinkommens

1. Dieses Übereinkommen regelt alle Leistungen, die der Postgirodienst den Benutzern von Postgirokonto anbieten kann und deren Durchführung die vertragschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen vereinbaren.

2. Postfremde Stellen können über den Postgirodienst am Austausch, wie er durch die Bestimmungen dieses Übereinkommens geregelt ist, teilnehmen. Diese Stellen haben sich mit der Postverwaltung ihres Landes abzusprechen, damit die vollständige Durchführung aller Bestimmungen dieses Übereinkommens gewährleistet ist und damit sie im Rahmen dieser Absprache die Rechte und Pflichten als postalische Organisationen wahrnehmen, wie sie durch dieses Übereinkommen definiert sind. Die Postverwaltung dient ihnen als Vermittlerin im Verkehr mit den Postverwaltungen der anderen vertragschließenden Länder und mit dem Internationalen Büro.

Artikel 2 Leistungsangebote des Postgirodiensts

1. Überweisung

1.1 Der Inhaber eines Postgirokontos verlangt durch Belastung seines eigenen Kontos die Gutschrift eines Betrags auf das Postgirokonto des Empfängers oder – nach einer zwischen den beteiligten Verwaltungen getroffenen Vereinbarung – auf andere Arten von Konten.

1.2 Gewöhnliche Überweisungen werden auf dem Postweg übersandt.

1.3 Telegrafische Überweisungen werden auf dem Telekommunikationsweg übermittelt.

2. Einzahlung auf ein Postgirokonto

2.1 Der Absender zahlt einen Betrag am Schalter eines Postamts ein und verlangt die Gutschrift des Betrags auf das Postgirokonto des Empfängers oder – nach einer zwischen den beteiligten Verwaltungen getroffenen Vereinbarung – auf andere Arten von Konten.

2.2 Gewöhnliche Einzahlungsaufträge werden auf dem Postweg übersandt.

2.3 Le versement télégraphique est transmis par la voie des télécommunications.

3. Le paiement par mandat ou par chèque d'assignation

3.1 Le titulaire d'un compte courant postal demande, par débit de son compte, le paiement d'un montant en numéraire au bénéficiaire.

3.2 Le paiement ordinaire utilise la voie postale.

3.3 Le paiement télégraphique utilise la voie des télécommunications.

4. Le postchèque

4.1 Le postchèque est un titre international qui peut être délivré aux titulaires de comptes courants postaux et payable à vue dans les bureaux de poste des pays participant au service.

4.2 Le postchèque peut également être remis en paiement à des tiers après entente entre les Administrations contractantes.

5. Le retrait sur le réseau de distributeurs automatiques de billets de banque POSTNET.

5.1 Les institutions financières postales qui adhèrent par convention au réseau POSTNET peuvent offrir à leurs détenteurs de cartes la possibilité de retirer des espèces aux distributeurs automatiques de billets de banque du réseau POSTNET.

6. Autres prestations

Les Administrations postales peuvent convenir, dans leurs relations bilatérales ou multilatérales, d'instaurer d'autres prestations dont les modalités sont à définir entre les Administrations intéressées.

2.3 Telegrafische Einzahlungsaufträge werden auf dem Telekommunikationsweg übermittelt.

3. Auszahlung durch Anweisung oder Zahlungsanweisung

3.1 Der Inhaber eines Postgirokontos verlangt durch Belastung seines eigenen Kontos die Barauszahlung eines Betrags an den Empfänger.

3.2 Gewöhnliche Auszahlungsaufträge werden auf dem Postweg übersandt.

3.3 Telegrafische Auszahlungsaufträge werden auf dem Telekommunikationsweg übermittelt.

4. Postcheque

4.1 Der Postcheque ist ein internationaler Beleg, der an Inhaber von Postgirokonto ausgegeben werden kann und in den Postämtern der an diesem Dienst teilnehmenden Länder gegen Vorlage eingelöst wird.

4.2 Der Postcheque kann auch, sofern die Vertragschließenden Verwaltungen dies vereinbart haben, Dritten als Zahlungsmittel ausgehändigt werden.

5. Abhebung innerhalb des POSTNET-Geldausgabeautomatennetzes

5.1 Postfinanzinstitute, die vertraglich dem POSTNET-Netz angehören, können ihren Karteninhabern die Möglichkeit anbieten, Bargeld an den Geldausgabeautomaten des POSTNET-Netzes abzuheben.

6. Weitere Leistungen

Die Postverwaltungen können in ihren bilateralen oder multilateralen Beziehungen die Einführung weiterer Leistungen vereinbaren, deren Modalitäten zwischen den beteiligten Verwaltungen festgelegt werden.

Chapitre II

Le virement

Article 3

Conditions d'admission et d'exécution des ordres de virement

1. Sauf entente spéciale, le montant des virements est exprimé en monnaie du pays de destination.

2. L'Administration d'origine fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de destination.

3. L'Administration d'émission détermine la taxe qu'elle exige du tireur d'un virement postal et qu'elle garde en entier.

4. L'Administration de destination a la faculté de déterminer la taxe qu'elle perçoit pour l'inscription d'un virement postal au crédit d'un compte courant postal.

5. Sont exonérés de toutes taxes les virements relatifs au service postal échangés dans les conditions prévues aux articles 7.2 et 7.3.1 à 7.3.3 de la Convention.

6. Les avis de virement ordinaire sont envoyés sans frais aux bénéficiaires après inscription des sommes virées au crédit de leurs comptes. Lorsqu'ils ne comportent aucune communication particulière, ils peuvent être remplacés par une mention sur le relevé de compte permettant au bénéficiaire d'identifier le tireur.

7. Les virements télégraphiques sont soumis aux dispositions du Règlement des télécommunications internationales. En sus de la taxe prévue au paragraphe 3 ci-dessus, le tireur d'un virement télégraphique paie la taxe prévue pour la transmission par la voie des télécommunications, y compris éventuellement celle d'une

Kapitel II

Überweisungen

Artikel 3

Zulassungs- und Durchführungsbedingungen für Überweisungsaufträge

1. Sofern nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag der Überweisungen in der Währung des Bestimmungslandes angegeben.

2. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus ihrer Währung in die des Bestimmungslandes umgerechnet werden.

3. Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühr fest, die sie vom Aussteller einer Postüberweisung erhebt und die ihr ganz verbleibt.

4. Die Bestimmungsverwaltung kann die Gebühr festsetzen, die sie für die Gutschrift eines Überweisungsbetrags auf ein Postgirokonto erhebt.

5. Postdienstliche Überweisungen, die nach Maßgabe des Artikels 7 Absätze 2 und 3.1 bis 3.3 des Weltpostvertrags ausgetauscht werden, sind von allen Gebühren befreit.

6. Gutschriftszettel für gewöhnliche Überweisungen werden den Empfängern nach Gutschrift der Überweisungsbeträge auf ihren Konten kostenfrei übersandt. Enthalten sie keine besondere Mitteilung, so können sie durch einen Vermerk auf dem Kontoauszug ersetzt werden, der es dem Empfänger ermöglicht festzustellen, wer die Überweisung ausgestellt hat.

7. Telegrafische Überweisungen unterliegen den Bestimmungen der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste. Zusätzlich zu der in Absatz 3 vorgesehenen Gebühr zahlt der Aussteller einer telegrafischen Überweisung die für die Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg vorgesehene Gebühr, ge-

communication particulière destinée au bénéficiaire. Pour chaque virement télégraphique, le bureau de chèques postaux destinataire établit un avis d'arrivée ou un avis de virement du service interne ou international et l'adresse sans frais au bénéficiaire. Lorsque le télégramme-virement ne comporte aucune communication particulière, l'avis d'arrivée ou l'avis de virement peut être remplacé par une mention sur le relevé de compte permettant au bénéficiaire d'identifier le tireur.

Article 4

Responsabilité

1. Principe et étendue de la responsabilité

1.1 Les Administrations sont responsables des sommes portées au débit du compte du tireur jusqu'au moment où le virement a été régulièrement exécuté.

1.2 Les Administrations sont responsables des indications erronées fournies par leur service sur les listes de virements ordinaires ou sur les virements télégraphiques. La responsabilité s'étend aux erreurs de conversion et aux erreurs de transmission.

1.3 Les Administrations n'assument aucune responsabilité pour les retards qui peuvent se produire dans la transmission et l'exécution des virements.

1.4 Les Administrations peuvent également convenir entre elles d'appliquer des conditions plus étendues de responsabilité adaptées aux besoins de leurs services intérieurs.

1.5 Les Administrations sont dégagées de toute responsabilité:

- a) lorsque, par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure, elles ne peuvent rendre compte de l'exécution d'un virement, à moins que la preuve de leur responsabilité n'ait été autrement administrée;
- b) lorsque le tireur n'a formulé aucune réclamation dans le délai prévu à l'article 30.1 de la Convention.

2. Détermination de la responsabilité

Sous réserve de l'article 9, paragraphes 3.2 à 3.5, de l'Arrangement concernant les mandats de poste, la responsabilité incombe à l'Administration du pays dans lequel l'erreur s'est produite.

3. Paiement des sommes dues. Recours

3.1 L'obligation de désintéresser le réclamant incombe à l'Administration saisie de la réclamation.

3.2 Quelle que soit la cause du remboursement, la somme à rembourser au tireur d'un virement ne peut dépasser celle qui a été portée au débit de son compte.

3.3 L'Administration qui a désintéressé le réclamant a le droit d'exercer le recours contre l'Administration responsable.

3.4 L'Administration qui a supporté en dernier lieu le dommage a un droit de recours, jusqu'à concurrence de la somme payée, contre la personne bénéficiaire de cette erreur.

4. Délai de paiement

4.1 Le versement des sommes dues au réclamant doit avoir lieu dès que la responsabilité du service a été établie, dans un délai limite de six mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

4.2 Si l'Administration présumée responsable, régulièrement saisie, a laissé s'écouler cinq mois sans donner de solution définitive à une réclamation, l'Administration auprès de laquelle la réclamation a été introduite est autorisée à désintéresser le réclamant pour le compte de l'autre Administration.

gebenenfalls einschließlich der Gebühr für eine besondere Mitteilung an den Gutschriftempfänger. Für jede telegrafische Überweisung erstellt das Bestimmungspostgiroamt einen Eingangs- oder Gutschriftzettel des Inlands- oder Auslandsdienstes und sendet ihn kostenfrei an den Empfänger. Enthält das Überweisungstelegramm keine besondere Mitteilung, so kann der Eingangs- oder Gutschriftzettel durch einen Vermerk auf dem Kontoauszug ersetzt werden, der es dem Empfänger ermöglicht festzustellen, wer die Überweisung ausgestellt hat.

Artikel 4

Haftung

1. Grundsatz und Umfang der Haftung

1.1 Die Verwaltungen haften so lange für die Beträge, mit denen das Konto des Ausstellers einer Überweisung belastet wurde, bis der Überweisungsauftrag ordnungsgemäß ausgeführt worden ist.

1.2 Die Verwaltungen haften für unrichtige Eintragungen ihrer Dienststellen in den Listen zu gewöhnlichen Überweisungen oder in telegrafischen Überweisungen. Die Haftung erstreckt sich auf Umrechnungsfehler und auf Fehler bei der Übermittlung.

1.3 Die Verwaltungen übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, die bei der Übermittlung oder der Erledigung der Überweisungen entstehen können.

1.4 Die Verwaltungen können auch weiterreichende Haftungsbedingungen, die den Erfordernissen ihrer Inlandsdienste angeglichen sind, vereinbaren.

1.5 Die Verwaltungen sind von jeder Haftung frei,

- a) wenn sie über die Erledigung eines Überweisungsauftrags deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet wurden, es sei denn, daß ihre Haftpflicht anderweitig nachgewiesen wurde;
- b) wenn der Aussteller einer Überweisung innerhalb der in Artikel 30 Absatz 1 des Weltpostvertrags vorgesehenen Frist keinen Nachforschungsantrag gestellt hat.

2. Feststellung der Haftung

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 3.2 bis 3.5 des Postanweisungsübereinkommens haftet die Verwaltung des Landes, in dem der Fehler entstanden ist.

3. Zahlung der geschuldeten Beträge. Rückgriff

3.1 Zur Entschädigung des Ersatzberechtigten ist diejenige Verwaltung verpflichtet, bei der der Nachforschungsantrag gestellt wurde.

3.2 Der dem Aussteller einer Überweisung zu erstattende Betrag darf, unabhängig vom Grund der Erstattung, den Betrag, mit dem sein Konto belastet wurde, nicht überschreiten.

3.3 Die Verwaltung, die den Ersatzberechtigten entschädigt hat, darf bei der verantwortlichen Verwaltung Rückgriff nehmen.

3.4 Die Verwaltung, die letztlich den Schaden getragen hat, hat bis zur Höhe des erstatteten Betrags ein Rückgriffsrecht gegenüber dem durch den Fehler Begünstigten.

4. Zahlungsfrist

4.1 Die dem Ersatzberechtigten geschuldeten Beträge sind zu zahlen, sobald die Haftpflicht der Verwaltungen festgestellt worden ist, spätestens jedoch nach sechs Monaten, von dem auf den Nachforschungsantrag folgenden Tag an gerechnet.

4.2 Wenn die als verantwortlich anzusehende und ordnungsgemäß mit der Angelegenheit befaßte Verwaltung fünf Monate hat verstreichen lassen, ohne einen Nachforschungsantrag abschließend zu erledigen, darf die Verwaltung, bei der der Nachforschungsantrag gestellt wurde, den Ersatzberechtigten für Rechnung der anderen Verwaltung entschädigen.

5. Remboursement à l'Administration intervenante

5.1 L'Administration responsable est tenue de désintéresser l'Administration qui a remboursé le réclamant, dans un délai de quatre mois à compter du jour de l'envoi de la notification du remboursement.

5.2 A l'expiration de ce délai, la somme due à l'Administration qui a remboursé le réclamant devient productive d'intérêts moratoires, à raison de 6 pour cent par an.

Chapitre III

Le versement

Article 5

Le versement

1. Les Administrations conviennent d'adopter pour l'échange des versements par voie postale le type de formule et la réglementation qui s'adaptent le mieux à l'organisation de leur service.

2. Versements par mandats de versement

Sous réserve des dispositions particulières des articles RE 501 et RE 502, les versements par mandats de versement s'effectuent conformément aux dispositions de l'Arrangement concernant les mandats de poste.

3. Versements par avis de versement

3.1 Sous réserve des dispositions particulières ci-après, tout ce qui est expressément prévu pour les virements s'applique également aux versements.

3.2 L'Administration d'émission détermine la taxe qu'elle exige de l'expéditeur d'un versement et qu'elle garde en entier. Cette taxe ne peut pas être supérieure à celle qui est perçue pour l'émission d'un mandat ordinaire.

3.3 Un récépissé est délivré gratuitement au déposant au moment du versement des fonds.

Chapitre IV

Le paiement par mandat

Article 6

Modalités d'exécution des paiements par mandat

1. Les paiements internationaux effectués par débit des comptes courants postaux peuvent être effectués au moyen de mandats ordinaires.

2. Les mandats ordinaires émis en représentation des sommes débitées des comptes courants postaux sont soumis aux dispositions de l'Arrangement concernant les mandats de poste.

Chapitre V

Le paiement par chèque d'assignation

Article 7

Emission des chèques d'assignation

1. Les paiements internationaux effectués par débit des comptes courants postaux peuvent être effectués au moyen de chèques d'assignation.

2. Les paragraphes 1 et 2 de l'article 3 s'appliquent aux chèques d'assignation.

3. L'Administration d'origine détermine la taxe qu'elle exige du tireur d'un chèque d'assignation.

5. Erstattung an die vermittelnde Verwaltung

5.1 Die verantwortliche Verwaltung muß die Verwaltung, die den Ersatzberechtigten entschädigt hat, innerhalb einer Frist von vier Monaten, vom Tag der Absendung der Mitteilung über die erfolgte Erstattung an gerechnet, entschädigen.

5.2 Nach Ablauf dieser Frist werden für den Betrag, der der Verwaltung zusteht, die den Ersatzberechtigten entschädigt hat, jährlich 6 Prozent Verzugszinsen fällig.

Kapitel III

Einzahlungen

Artikel 5

Einzahlungen

1. Die Verwaltungen vereinbaren für den Austausch von Einzahlungen auf dem Postweg die Formblätter und die Regelungen, die der Organisation ihres Dienstes am besten entsprechen.

2. Einzahlungen durch Zahlkarten

Vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen der Artikel RE 501 und RE 502 werden Einzahlungen durch Zahlkarten entsprechend den Bestimmungen des Postanweisungsübereinkommens vorgenommen.

3. Einzahlungen durch Gutschriftzettel

3.1 Vorbehaltlich der nachstehenden besonderen Bestimmungen gilt alles, was im einzelnen für Überweisungen vorgesehen ist, in gleicher Weise für Gutschriftzettel.

3.2 Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühr fest, die sie vom Einzahler eines Gutschriftzettels erhebt und die ihr ganz verbleibt. Diese darf nicht höher sein als die für die Ausstellung einer gewöhnlichen Anweisung zu erhebende Gebühr.

3.3 Dem Einzahler wird bei der Einzahlung von Beträgen unentgeltlich ein Einlieferungsschein ausgehändigt.

Kapitel IV

Auszahlungen durch Anweisung

Artikel 6

Arten der Auszahlung durch Anweisung

1. Durch Belastung von Postgirokontoerteilte Auslands-Auszahlungsaufträge können mit gewöhnlichen Anweisungen ausgeführt werden.

2. Die gewöhnlichen Anweisungen, die aufgrund der Beträge ausgestellt werden, mit denen Postgirokonto belastet werden, unterliegen den Bestimmungen des Postanweisungsübereinkommens.

Kapitel V

Auszahlungen durch Zahlungsanweisung

Artikel 7

Ausstellung der Zahlungsanweisungen

1. Durch Belastung von Postgirokontoerteilte Auslands-Auszahlungsaufträge können mit Zahlungsanweisungen ausgeführt werden.

2. Die Absätze 1 und 2 des Artikels 3 gelten auch für Zahlungsanweisungen.

3. Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühr fest, die sie vom Aussteller einer Zahlungsanweisung erhebt.

4. Les chèques d'assignation peuvent être transmis par la voie des télécommunications, soit entre le bureau d'échange de l'Administration d'origine et le bureau d'échange de l'Administration de paiement, soit entre le bureau d'échange de l'Administration d'origine et le bureau de poste chargé du paiement, lorsque les Administrations conviennent d'utiliser ce mode de transmission.

5. Les articles 3 de l'Arrangement et RE 402 du Règlement d'exécution concernant les mandats de poste s'appliquent aux chèques d'assignation télégraphiques.

Article 8

Paiement des chèques d'assignation

1. Les Administrations conviennent d'adopter pour le service des paiements la réglementation qui s'adapte le mieux à l'organisation de leur service. Elles peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation des chèques d'assignation qui leur sont adressés.

2. L'Administration de paiement n'est pas tenue d'assurer le paiement à domicile des chèques d'assignation dont le montant excède celui des mandats ordinaires habituellement payés à domicile.

3. En ce qui concerne la durée de validité, le visa pour date, les règles générales de paiement, la remise par exprès, les taxes éventuellement perçues sur le bénéficiaire, les dispositions particulières au paiement télégraphique, les articles 4, paragraphe 5 et 6 de l'Arrangement, RE 604, paragraphes 2 à 4, et RE 606 du Règlement d'exécution concernant les mandats de poste sont applicables aux chèques d'assignation, pour autant que les règles du service intérieur ne s'y opposent pas.

Article 9

Responsabilité

1. Les Administrations sont responsables des sommes portées au débit du compte du tireur jusqu'au moment où le chèque d'assignation a été régulièrement payé.

2. Les Administrations sont responsables des indications erronées fournies par leur service sur les listes de chèques d'assignation ou sur les chèques d'assignation télégraphiques. La responsabilité s'étend aux erreurs de conversion et aux erreurs de transmission.

3. Les Administrations n'assument aucune responsabilité pour les retards qui peuvent se produire dans la transmission ou le paiement des chèques d'assignation.

4. Les Administrations peuvent également convenir entre elles d'appliquer des conditions plus étendues de responsabilité adaptées aux besoins de leurs services intérieurs.

5. L'article 9 de l'Arrangement concernant les mandats de poste s'applique aux chèques d'assignation.

Article 10

Rémunération de l'Administration de paiement

1. L'Administration d'émission attribue à l'Administration de paiement pour chaque chèque d'assignation une rémunération dont le taux est fixé, en fonction du montant moyen des chèques d'assignation compris dans les lettres d'envoi adressées au cours de chaque mois, à:

- 0,59 DTS jusqu'à 65,34 DTS;
- 0,72 DTS au-delà de 65,34 DTS et jusqu'à 130,68 DTS;
- 0,88 DTS au-delà de 130,68 DTS et jusqu'à 196,01 DTS;
- 1,08 DTS au-delà de 196,01 DTS et jusqu'à 261,35 DTS;
- 1,31 DTS au-delà de 261,35 DTS et jusqu'à 326,69 DTS;
- 1,57 DTS au-delà de 326,69 DTS.

4. Wenn die Verwaltungen mit dieser Art der Übermittlung einverstanden sind, können Zahlungsanweisungen auf dem Telekommunikationsweg entweder zwischen dem Auswechslungsgiroamt der Einlieferungsverwaltung und dem Auswechslungsgiroamt der auszahlenden Verwaltung oder zwischen dem Auswechslungsgiroamt der Einlieferungsverwaltung und dem Auszahlungspostamt übermittelt werden.

5. Artikel 3 des Postanweisungsübereinkommens und Artikel RE 402 der Vollzugsordnung zum Postanweisungsübereinkommen gelten auch für telegrafische Zahlungsanweisungen.

Artikel 8

Auszahlung der Zahlungsanweisungen

1. Die Verwaltungen vereinbaren für die Auszahlung die Regelungen, die der Organisation ihres Dienstes am besten entsprechen. Sie können anstelle der ihnen übersandten Zahlungsanweisungen Formblätter ihres Inlandsdiensts verwenden.

2. Die auszahlende Verwaltung ist nicht verpflichtet, Zahlungsanweisungen unter der Anschrift des Empfängers auszuzahlen, wenn deren Betrag höher ist als der Betrag von gewöhnlichen Anweisungen, die normalerweise unter der Anschrift des Empfängers ausgezahlt werden.

3. Hinsichtlich der Gültigkeitsdauer, des Gültigkeitsvermerks, der allgemeinen Bestimmungen für die Auszahlung, der Eilzustellung, der gegebenenfalls beim Empfänger zu erhebenden Gebühren, der Sonderbestimmungen für die Auszahlung telegrafischer Anweisungen gelten Artikel 4 Absatz 5 und Artikel 6 des Postanweisungsübereinkommens sowie Artikel RE 604 Absätze 2 bis 4 und Artikel RE 606 der Vollzugsordnung zum Postanweisungsübereinkommen für Zahlungsanweisungen insoweit, als die Bestimmungen des Inlandsdiensts dem nicht entgegenstehen.

Artikel 9

Haftung

1. Die Verwaltungen haften so lange für die Beträge, mit denen das Konto des Ausstellers einer Zahlungsanweisung belastet wurde, bis die Zahlungsanweisung ordnungsgemäß ausgezahlt worden ist.

2. Die Verwaltungen haften für unrichtige Eintragungen ihrer Dienststellen in den Zahlungsanweisungslisten oder in telegrafischen Zahlungsanweisungen. Die Haftung erstreckt sich auf Umrechnungsfehler und auf Fehler bei der Übermittlung.

3. Die Verwaltungen übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, die bei der Übersendung oder der Auszahlung der Zahlungsanweisungen vorkommen können.

4. Die Verwaltungen können auch weiterreichende Haftungsbedingungen, die den Erfordernissen ihrer Inlandsdienste angeglichen sind, vereinbaren.

5. Artikel 9 des Postanweisungsübereinkommens gilt auch für Zahlungsanweisungen.

Artikel 10

Vergütung für die auszahlende Verwaltung

1. Die Einlieferungsverwaltung zahlt der auszahlenden Verwaltung für jede Zahlungsanweisung eine Vergütung, deren Höhe nach dem Durchschnittsbetrag der Zahlungsanweisungen in den Begleitbriefen, die im Laufe eines Monats versandt werden, festgesetzt wird auf

- 0,59 SZR bis 65,34 SZR;
- 0,72 SZR über 65,34 SZR bis 130,68 SZR;
- 0,88 SZR über 130,68 SZR bis 196,01 SZR;
- 1,08 SZR über 196,01 SZR bis 261,35 SZR;
- 1,31 SZR über 261,35 SZR bis 326,69 SZR;
- 1,57 SZR über 326,69 SZR.

2. Au lieu des taux prévus au paragraphe 1, les Administrations peuvent toutefois convenir d'attribuer une rémunération uniforme en DTS ou en monnaie du pays de paiement indépendante du montant des chèques d'assignation.

3. La rémunération due à l'Administration de paiement est établie chaque mois de la façon suivante:

- a) le taux de rémunération en DTS à appliquer pour chaque chèque d'assignation est déterminé après conversion en DTS du montant moyen des chèques d'assignation, sur la base de la valeur moyenne du DTS dans la monnaie du pays de paiement telle qu'elle est définie dans le Règlement d'exécution de la Convention (Equivalents);
- b) le montant total en DTS, obtenu pour la rémunération relative à chaque compte, est converti dans la monnaie du pays de paiement sur la base de la valeur réelle du DTS en vigueur le dernier jour du mois auquel le compte se rapporte;
- c) lorsque la rémunération uniforme prévue au paragraphe 2 est fixée en DTS, sa conversion en monnaie du pays de paiement est effectuée comme il est dit à l'alinéa b).

Chapitre VI

Autres modes d'échange des paiements

Article 11

Autres modes d'échange des paiements

1. Les paiements internationaux à assurer par débit des comptes courants postaux peuvent également être effectués au moyen de bandes magnétiques ou de tout autre support convenu entre les Administrations.

2. Les Administrations de destination peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation des ordres de paiement qui leur sont ainsi adressés. Les conditions d'échange sont alors fixées dans des conventions particulières adoptées par les Administrations concernées.

Chapitre VII

Le postchèque

Article 12

Délivrance des postchèques

1. Chaque Administration peut délivrer des postchèques à ses titulaires de comptes courants postaux.

2. Il est remis également aux titulaires de comptes courants postaux auxquels des postchèques ont été délivrés une carte de garantie postchèque qui doit être présentée au moment du paiement.

3. Le montant maximal garanti est imprimé au verso de chaque postchèque, ou sur une annexe, dans la monnaie convenue entre les pays contractants.

4. Sauf accord particulier avec l'Administration de paiement, l'Administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

5. L'Administration d'émission peut percevoir une taxe sur le tireur d'un postchèque.

6. Le cas échéant, la durée de validité des postchèques est fixée par l'Administration d'émission. Elle est indiquée sur le postchèque par l'impression de la date ultime de validité. En l'absence d'une telle indication, la validité des postchèques est illimitée.

2. Anstelle der in Absatz 1 vorgesehenen Sätze können die Verwaltungen jedoch eine einheitliche Vergütung in SZR oder in der Währung des Auszahlungslandes vereinbaren, die vom Betrag der Zahlungsanweisungen unabhängig ist.

3. Die Vergütung für die auszahlende Verwaltung wird monatlich wie folgt ermittelt:

- a) Der auf jede Zahlungsanweisung anzuwendende Vergütungssatz in SZR wird nach Umrechnung des Durchschnittsbetrags der Zahlungsanweisungen in SZR auf der Grundlage des in der Währung des Bestimmungslandes ausgedrückten Durchschnittswerts des SZR, wie er in der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag definiert wird, festgesetzt (Gegenwerte);
- b) der als Vergütung für jede Rechnung festgestellte Gesamtbetrag in SZR wird auf der Grundlage des tatsächlichen Wertes des SZR, der am letzten Tag des Monats gilt, auf den sich die Rechnung bezieht, in die Währung des Auszahlungslandes umgerechnet;
- c) wird die einheitliche Vergütung nach Absatz 2 in SZR festgelegt, so erfolgt die Umrechnung in die Währung des Auszahlungslandes nach Buchstabe b).

Kapitel VI

Andere Arten des Zahlungsaustausches

Artikel 11

Andere Arten des Zahlungsaustausches

1. Auslandszahlungen aus Lastbuchungen von Postgirokonten können auch mit Magnetbändern oder jedem anderen Datenträger, der zwischen den Verwaltungen vereinbart wurde, durchgeführt werden.

2. Die Bestimmungsverwaltungen können anstelle der an sie gerichteten Zahlungsaufträge Formblätter ihres Inlandsdiensts verwenden. Die Austauschbedingungen werden dann in besonderen Vereinbarungen zwischen den Verwaltungen festgelegt.

Kapitel VII

Postcheques

Artikel 12

Ausgabe von Postcheques

1. Jede Verwaltung kann an Inhaber von Postgirokonten Postcheques ausgeben.

2. Den Inhabern von Postgirokonten, denen Postcheques ausgehändigt wurden, wird ebenfalls eine Postcheque-Garantiekarte ausgeliefert, die bei der Auszahlung vorzulegen ist.

3. Der garantierte Höchstbetrag ist auf der Rückseite eines jeden Postcheques oder auf einem Anhang in der zwischen den vertragschließenden Ländern vereinbarten Währung aufgedruckt.

4. Falls keine besondere Vereinbarung mit der auszahlenden Verwaltung besteht, setzt die Ausgabeverwaltung den Kurs für die Umrechnung ihrer Währung in die Währung des auszahlenden Landes fest.

5. Die Ausgabeverwaltung kann beim Aussteller eines Postcheques eine Gebühr erheben.

6. Gegebenenfalls wird die Gültigkeitsdauer der Postcheques von der Ausgabeverwaltung festgelegt. Sie wird auf dem Postcheque durch Aufdruck des letzten Gültigkeitstags angegeben. Fehlt eine solche Angabe, so sind die Postcheques unbegrenzt gültig.

Article 13**Païement**

1. Le montant des postchèques est versé au bénéficiaire en monnaie légale du pays de paiement aux guichets des bureaux de poste.

2. Le montant maximal qui peut être payé au moyen d'un postchèque est fixé d'un commun accord par les pays contractants.

Article 14**Responsabilité**

1. L'Administration de paiement est déchargée de toute responsabilité lorsqu'elle peut établir que le paiement a été effectué dans les conditions fixées aux articles RE 1301 et RE 1302.

2. L'Administration émettrice n'est pas tenue d'honorer les postchèques falsifiés ou contrefaits qui lui sont renvoyés après le délai prévu à l'article RE 1303, paragraphe 4.

Article 15**Rémunération de l'Administration de paiement**

Les Administrations qui conviennent de participer au service des postchèques fixent d'un commun accord le montant de la rémunération qui est attribuée à l'Administration de paiement.

Chapitre VIII**Le réseau POSTNET****Article 16****Conditions d'adhésion et de participation**

1. L'adhésion d'une institution financière postale au réseau nécessite la signature de la convention POSTNET et l'acquittement d'un droit d'entrée.

2. Les conditions d'adhésion et de participation au service sont définies dans la convention POSTNET.

Chapitre IX**Dispositions diverses****Article 17****Dispositions diverses**

1. Demande d'ouverture d'un compte courant postal à l'étranger

1.1 En cas de demande d'ouverture d'un compte courant postal dans un pays avec lequel le pays de résidence du requérant échange des virements postaux, l'Administration de ce pays est tenue, pour la vérification de la demande, de prêter son concours à l'Administration chargée de tenir le compte.

1.2 Les Administrations s'engagent à effectuer cette vérification avec tout le soin et toute la diligence désirables, sans toutefois qu'elles aient à assumer de responsabilité de ce chef.

1.3 Sur demande de l'Administration qui tient le compte, l'Administration du pays de résidence intervient aussi, autant que possible, pour la vérification des renseignements concernant toute modification de la capacité juridique de l'affilié.

2. Franchise postale

2.1 Les plis contenant des extraits de comptes adressés par les bureaux de chèques postaux aux titulaires de comptes sont

Artikel 13**Auszahlung**

1. Der Betrag der Postcheques wird dem Berechtigten in der gesetzlichen Währung des Auszahlungslandes an den Postschaltern ausgezahlt.

2. Der Höchstbetrag, der mittels eines Postcheques ausgezahlt werden kann, wird von den vertragschließenden Ländern im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzt.

Artikel 14**Haftung**

1. Die auszahlende Verwaltung ist von jeder Haftung frei, wenn sie nachweisen kann, daß die Auszahlung unter den in den Artikeln RE 1301 und RE 1302 festgelegten Bedingungen erfolgt ist.

2. Die Ausgabeverwaltung ist nicht verpflichtet, gefälschte oder verfälschte Postcheques einzulösen, die ihr nach der in Artikel RE 1303 Absatz 4 vorgesehenen Frist zurückgesandt werden.

Artikel 15**Vergütung für die auszahlende Verwaltung**

Die Verwaltungen, die die Teilnahme am Postcheques-Dienst vereinbaren, setzen die der auszahlenden Verwaltung zu zahlende Vergütung im gegenseitigen Einvernehmen fest.

Kapitel VIII**POSTNET-Netz****Artikel 16****Bedingungen für den Zugang und die Teilnahme**

1. Der Zugang eines Postfinanzinstituts zum Netz ist an die Unterzeichnung des POSTNET-Vertrags und die Entrichtung einer Aufnahmegebühr gebunden.

2. Die Bedingungen für den Zugang zum Dienst und die Teilnahme daran sind im POSTNET-Vertrag festgelegt.

Kapitel IX**Verschiedene Bestimmungen****Artikel 17****Verschiedene Bestimmungen**

1. Antrag auf Eröffnung eines Postgirokontos im Ausland

1.1 Wird beantragt, ein Postgirokonto in einem Land zu eröffnen, dessen Verwaltung mit der Verwaltung des Landes, in dem der Antragsteller wohnt, Postüberweisungen austauscht, so ist die Verwaltung dieses Landes verpflichtet, der Verwaltung, die das Konto führen soll, bei der Prüfung des Antrags behilflich zu sein.

1.2 Die Verwaltungen verpflichten sich, diese Prüfungen sorgfältig und beschleunigt durchzuführen, ohne jedoch hierfür zu haften.

1.3 Auf Verlangen der kontoführenden Verwaltung vermittelt die Verwaltung des Landes, in dem der Kontoinhaber wohnt, nach Möglichkeit auch Auskünfte über alle Änderungen in den Rechtsverhältnissen des Kontoinhabers.

2. Postgebührenfreiheit

2.1 Sendungen mit Kontoauszügen, die von den Postgiroämtern an die Kontoinhaber gerichtet sind, werden auf dem

envoyés par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) et remis en franchise dans tout pays de l'Union.

2.2 La réexpédition de ces plis dans tout pays de l'Union ne leur enlève, en aucun cas, le bénéfice de la franchise.

Chapitre X Dispositions finales

Article 18 Dispositions finales

1. La Convention, l'Arrangement concernant les mandats de poste ainsi que son Règlement d'exécution sont applicables, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

2. L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

3. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement

3.1 Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

3.2 Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil d'exploitation postale pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil d'exploitation postale qui sont parties à l'Arrangement.

3.3 Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

3.3.1 les deux tiers des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions;

3.3.2 la majorité des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement;

3.3.3 la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement.

3.4 Nonobstant les dispositions prévues sous 3.3.1, tout Pays-membre dont la législation nationale est encore incompatible avec l'addition proposée a la faculté de faire une déclaration écrite au Directeur général du Bureau international indiquant qu'il ne lui est pas possible d'accepter cette addition, dans les quatre-vingt-dix jours à compter de la date de notification de celle-ci.

4. Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1996 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

schnellsten Beförderungsweg (Luftweg oder Land-/Seeweg) übersandt und in allen Vereinsländern gebührenfrei ausgeliefert.

2.2 Bei Nachsendung dieser Sendungen innerhalb jedes Vereinslandes bleibt die Gebührenfreiheit auf jeden Fall bestehen.

Kapitel X Schlußbestimmungen

Artikel 18 Schlußbestimmungen

1. Der Weltpostvertrag, das Postanweisungsübereinkommen sowie seine Vollzugsordnung sind gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend anzuwenden, die nicht ausdrücklich in diesem Übereinkommen geregelt sind.

2. Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Übereinkommen.

3. Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Übereinkommen

3.1 Dem Kongreß vorgelegte Vorschläge zu diesem Übereinkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden. Mindestens die Hälfte dieser beim Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

3.2 Vorschläge zur Vollzugsordnung zu diesem Übereinkommen, die der Kongreß zur Entscheidung an den Rat für Postbetrieb verwiesen hat oder die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht werden, müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Rates für Postbetrieb, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden.

3.3 In der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachte Vorschläge zu diesem Übereinkommen müssen, um wirksam zu werden, erhalten

3.3.1 zwei Drittel der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen handelt;

3.3.2 die Mehrheit der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um Änderungen zu Bestimmungen dieses Übereinkommens handelt;

3.3.3 die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Übereinkommens handelt.

3.4 Ungeachtet der in Absatz 3.3.1 vorgesehenen Bestimmungen kann jedes Mitgliedsland, dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften mit der vorgeschlagenen Hinzufügung noch unvereinbar sind, innerhalb von neunzig Tagen, vom Tag ihrer Notifizierung an gerechnet, gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Büros eine schriftliche Erklärung abgeben, in der es darlegt, daß es ihm nicht möglich ist, dieser Hinzufügung zuzustimmen.

4. Dieses Übereinkommen tritt am 1. Januar 1996 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der vertragschließenden Länder dieses Übereinkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Postnachnahmeübereinkommen**Arrangement concernant les envois contre remboursement***(Übersetzung)*

Table des matières

Article

- 1 Objet de l'Arrangement
- 2 Définition du service
- 3 Rôle du bureau de dépôt des envois
- 4 Rôle du bureau de destination des envois
- 5 Transmission des mandats de remboursement
- 6 Règlement aux expéditeurs des envois
- 7 Rémunération. Etablissement et règlement des comptes
- 8 Responsabilité
- 9 Dispositions finales

Inhaltsverzeichnis

Artikel

- 1 Gegenstand des Übereinkommens
- 2 Definition des Dienstes
- 3 Rolle des Einlieferungsamts der Sendungen
- 4 Rolle des Bestimmungsamts der Sendungen
- 5 Übersendung der Nachnahmepostanweisungen
- 6 Zahlung an die Absender der Sendungen
- 7 Vergütung, Ausstellung und Begleichung der Rechnungen
- 8 Haftung
- 9 Schlußbestimmungen

Arrangement concernant les envois contre remboursement

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 4, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant.

Article premier

Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit l'échange des envois contre remboursement que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

Article 2

Définition du service

1. Certains envois de la poste aux lettres et de colis postaux peuvent être expédiés contre remboursement.

2. Les fonds destinés à l'expéditeur des envois peuvent lui être envoyés:

- a) par mandat de remboursement dont le montant est payé en espèces dans le pays d'origine de l'envoi; ce montant peut, toutefois, lorsque la réglementation de l'Administration de paiement le permet, être versé à un compte courant postal tenu dans ce pays;
- b) par mandat de versement-remboursement dont le montant doit être porté au crédit d'un compte courant postal tenu dans le pays d'origine de l'envoi, lorsque la réglementation de l'Administration de ce pays le permet;
- c) par virement ou versement à un compte courant postal tenu soit dans le pays d'encaissement, soit dans le pays d'origine de l'envoi, dans les cas où les Administrations intéressées admettent ces procédés.

Article 3

Rôle du bureau de dépôt des envois

1. Sauf entente spéciale, le montant du remboursement est exprimé dans la monnaie du pays d'origine de l'envoi; toutefois, en cas de versement ou de virement du remboursement à un compte courant postal tenu dans le pays de destination, ce montant est exprimé dans la monnaie de ce pays.

2. Lorsque la liquidation du remboursement est effectuée par un mandat de remboursement, le montant de celui-ci ne peut excéder le maximum adopté dans le pays de destination pour l'émission des mandats à destination du pays d'origine de l'envoi. Par contre, lorsque le règlement à l'expéditeur est effectué par un mandat de versement-remboursement ou par virement, le montant maximal peut s'adapter à celui qui est fixé pour les mandats de versement ou les virements. Dans les deux cas, un maximum plus élevé peut être convenu d'un commun accord.

3. L'Administration d'origine de l'envoi détermine librement la taxe à verser par l'expéditeur, en sus des taxes postales applicables à la catégorie à laquelle appartient l'envoi, lorsque le règlement est exécuté au moyen d'un mandat de remboursement ou d'un mandat de versement-remboursement. La taxe appliquée à un envoi contre remboursement liquidé au moyen d'un mandat de versement-remboursement doit être inférieure à celle qui serait appliquée à un envoi de même montant liquidé au moyen d'un mandat de remboursement.

4. L'expéditeur d'un envoi contre remboursement peut, aux conditions fixées à l'article 29 de la Convention, demander soit le

Postnachnahmeübereinkommen

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitglieds-länder des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung folgendes Übereinkommen geschlossen.

Artikel 1

Gegenstand des Übereinkommens

Dieses Übereinkommen regelt den Austausch von Nachnahmesendungen, den die vertragschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen einzuführen vereinbaren.

Artikel 2

Definition des Dienstes

1. Bestimmte Briefsendungen und Postpakete können unter Nachnahme versandt werden.

2. Die für den Absender der Sendungen bestimmten Beträge können ihm übersandt werden

- a) durch Nachnahmepostanweisung, deren Betrag im Einlieferungsland der Sendung bar ausgezahlt wird; der Betrag kann, wenn es die Bestimmungen der auszahlenden Verwaltung zulassen, auch auf ein Postgirokonto in diesem Land eingezahlt werden;
- b) durch Nachnahmezahlkarte, deren Betrag einem Postgirokonto im Einlieferungsland der Sendung gutzuschreiben ist, wenn es die Bestimmungen der Verwaltung dieses Landes zulassen;
- c) durch Überweisung oder Einzahlung auf ein Postgirokonto in dem Land, in dem der Nachnahmebetrag eingezogen worden ist, oder im Einlieferungsland der Sendung, wenn die beteiligten Verwaltungen diese Verfahren zulassen.

Artikel 3

Rolle des Einlieferungsamts der Sendungen

1. Sofern nichts anderes vereinbart ist, wird der Nachnahmebetrag in der Währung des Einlieferungslandes der Sendung angegeben; im Fall der Einzahlung oder Überweisung des Nachnahmebetrags auf ein Postgirokonto im Bestimmungsland der Sendung ist der Betrag jedoch in der Währung dieses Landes anzugeben.

2. Wird der Nachnahmebetrag mit Nachnahmepostanweisung beglichen, so darf der Betrag der Nachnahmepostanweisung den im Bestimmungsland für die Ausstellung von Postanweisungen nach dem Einlieferungsland der Sendung festgesetzten Höchstbetrag nicht überschreiten. Erfolgt dagegen die Zahlung an den Absender mit Nachnahmezahlkarte oder Überweisung, so darf der Höchstbetrag dem für Zahlkarten oder Überweisungen festgesetzten Höchstbetrag angepaßt werden. In beiden Fällen kann ein höherer Höchstbetrag im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden.

3. Die Einlieferungsverwaltung der Sendung setzt nach freiem Ermessen die vom Absender zusätzlich zu den Postgebühren für die betreffende Sendungsart zu entrichtende Gebühr fest, wenn die Abwicklung mit Nachnahmepostanweisung oder Nachnahmezahlkarte erfolgt. Die Gebühr für eine mit Nachnahmezahlkarte abgewickelte Nachnahmesendung muß niedriger sein als die Gebühr für eine mit Nachnahmepostanweisung abgewickelte Sendung gleichen Betrags.

4. Der Absender einer Nachnahmesendung kann unter den in Artikel 29 des Weltpostvertrags festgesetzten Bedingungen be-

dégrèvement total ou partiel, soit l'augmentation du montant du remboursement. En cas d'augmentation du montant du remboursement, l'expéditeur doit payer, pour la majoration, la taxe visée au paragraphe 3 ci-dessus; cette taxe n'est pas perçue lorsque le montant est à porter au crédit d'un compte courant postal au moyen d'un bulletin de versement ou d'un avis de versement ou de virement.

5. Si le montant du remboursement doit être réglé au moyen d'un bulletin de versement ou d'un avis de versement ou de virement destiné à être porté au crédit d'un compte courant postal soit dans le pays de destination, soit dans le pays d'origine de l'envoi, il est perçu sur l'expéditeur une taxe fixe de 0,16 DTS au maximum.

Article 4

Rôle du bureau de destination des envois

1. Sous les réserves prévues au Règlement, les mandats de remboursement et les mandats de versement-remboursement sont soumis aux dispositions fixées par l'Arrangement concernant les mandats de poste.

2. Les mandats de remboursement et les mandats de versement-remboursement sont envoyés d'office par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) au bureau payeur ou au bureau de chèques postaux chargé de la mise en compte.

3. En outre, pour les virements ou versements visés à l'article 3, paragraphe 5, l'Administration du pays de destination prélève sur le montant du remboursement les taxes ci-après:

- a) une taxe fixe de 0,65 DTS au maximum;
- b) s'il y a lieu, la taxe intérieure applicable aux virements ou aux versements lorsque ceux-ci sont effectués au profit d'un compte courant postal tenu dans le pays de destination;
- c) la taxe applicable aux virements ou aux versements internationaux lorsque ceux-ci sont effectués au profit d'un compte courant postal tenu dans le pays d'origine de l'envoi.

Article 5

Transmission des mandats de remboursement

La transmission des mandats de remboursement peut, au choix des Administrations, s'opérer soit directement entre bureau d'émission et bureau de paiement, soit au moyen de listes.

Article 6

Règlement aux expéditeurs des envois

1. Les mandats de remboursement afférents aux envois contre remboursement sont payés aux expéditeurs dans les conditions déterminées par l'Administration d'origine de l'envoi.

2. Le montant d'un mandat de remboursement qui, pour un motif quelconque, n'a pas été payé au bénéficiaire est tenu à la disposition de celui-ci par l'Administration du pays d'origine de l'envoi; il est définitivement acquis à cette Administration à l'expiration du délai légal de prescription en vigueur dans ledit pays. Lorsque, pour une cause quelconque, le versement ou le virement à un compte courant postal demandé en conformité de l'article 2, lettre b), ne peut être effectué, l'Administration qui a encaissé les fonds établit un mandat de remboursement d'un montant correspondant au bénéfice de l'expéditeur de l'envoi.

Article 7

Rémunération.

Etablissement et règlement des comptes

1. L'Administration d'origine de l'envoi attribue à l'Administration de destination, sur le montant des taxes qu'elle a perçues en application de l'article 3, paragraphes 3, 4 et 5, une rémunération dont le montant est fixé à 0,98 DTS.

antragen, daß der Nachnahmebetrag gestrichen, herab- oder heraufgesetzt wird. Wird der Nachnahmebetrag heraufgesetzt, so hat der Absender für die Erhöhung die Gebühr nach Absatz 3 zu entrichten; diese Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Betrag einem Postgirokonto mit Zahlkarte oder mit einem Gutschriftzettel für eine Zahlkarte oder eine Überweisung gutzuschreiben ist.

5. Wird der Nachnahmebetrag mit Zahlkarte oder mit einem Gutschriftzettel für eine Zahlkarte oder eine Überweisung auf ein Postgirokonto im Bestimmungs- oder im Einlieferungsland der Sendung beglichen, so wird vom Absender eine feste Gebühr von höchstens 0,16 SZR erhoben.

Artikel 4

Rolle des Bestimmungsamts der Sendungen

1. Unter den in der Vollzugsordnung enthaltenen Vorbehalten unterliegen Nachnahmepostanweisungen und Nachnahmezahlkarten den Bestimmungen des Postanweisungsübereinkommens.

2. Nachnahmepostanweisungen und Nachnahmezahlkarten sind von Amts wegen auf dem schnellsten Beförderungsweg (Luftweg oder Land-/Seeweg) an das Auszahlungsamt oder Gutschriftspostgiroamt abzusenden.

3. Darüber hinaus werden bei Überweisungen oder Einzahlungen nach Artikel 3 Absatz 5 von der Verwaltung des Bestimmungslandes folgende Gebühren vom Nachnahmebetrag einbehalten:

- a) eine feste Gebühr von höchstens 0,65 SZR;
- b) gegebenenfalls die für Überweisungen oder Einzahlungen zu entrichtende Inlandsgebühr, wenn diese auf ein im Bestimmungsland geführtes Postgirokonto erfolgen;
- c) die für die Überweisungen oder Einzahlungen nach dem Ausland zu entrichtende Gebühr, wenn diese auf ein im Einlieferungsland der Sendung geführtes Postgirokonto erfolgen.

Artikel 5

Übersendung der Nachnahmepostanweisungen

Die Übersendung der Nachnahmepostanweisungen kann je nach Wahl der Verwaltungen entweder unmittelbar zwischen dem Einlieferungsamt und dem Auszahlungsamt oder im Listenverfahren erfolgen.

Artikel 6

Zahlung an die Absender der Sendungen

1. Nachnahmepostanweisungen zu Nachnahmesendungen werden den Absendern unter den von der Einlieferungsverwaltung der Sendungen festgesetzten Bedingungen ausgezahlt.

2. Der Betrag einer Nachnahmepostanweisung, die aus irgendeinem Grund dem Empfänger nicht ausgezahlt worden ist, wird bei der Verwaltung des Einlieferungslandes der Sendung zu seiner Verfügung bereitgehalten; der Betrag wird nach Ablauf der in dem betreffenden Land geltenden gesetzlichen Verjährungsfrist von dieser Verwaltung endgültig vereinnahmt. Wenn die nach Artikel 2 Buchstabe b verlangte Einzahlung oder Überweisung auf ein Postgirokonto aus irgendeinem Grund nicht durchgeführt werden kann, stellt die Verwaltung, die den Betrag eingezogen hat, eine für den Absender der Sendung bestimmte Nachnahmepostanweisung über einen entsprechenden Betrag aus.

Artikel 7

Vergütung.

Ausstellung und Begleichung der Rechnungen

1. Die Einlieferungsverwaltung der Sendung zahlt der Bestimmungsverwaltung auf den Gebührenbetrag, den sie in Anwendung des Artikels 3 Absätze 3, 4 und 5 erhoben hat, eine Vergütung, deren Betrag auf 0,98 SZR festgesetzt ist.

2. Les envois contre remboursement liquidés au moyen du mandat de versement-remboursement donnent lieu à l'attribution de la même rémunération que celle qui est attribuée lorsque la liquidation est effectuée au moyen du mandat de remboursement.

Article 8 Responsabilité

1. Les Administrations sont responsables des fonds encaissés jusqu'à ce que le mandat de remboursement soit régulièrement payé ou jusqu'à inscription régulière au crédit du compte courant postal du bénéficiaire. En outre, les Administrations sont responsables, jusqu'à concurrence du montant du remboursement, de la livraison des envois sans encaissement des fonds ou contre perception d'une somme inférieure au montant du remboursement. Les Administrations n'assument aucune responsabilité du chef des retards qui peuvent se produire dans l'encaissement et l'envoi des fonds.

2. Aucune indemnité n'est due au titre du montant du remboursement:

- a) si le défaut d'encaissement résulte d'une faute ou d'une négligence de l'expéditeur;
- b) si l'envoi n'a pas été livré parce qu'il tombe sous le coup des interdictions visées soit par la Convention (articles 26.1, 26.2 et 26.4.2), soit par l'Arrangement concernant les colis postaux (articles 18.1.2, 1.4, 1.5, 1.6, 1.7, 1.8 et 18.2) ainsi que par les dispositions de son Règlement d'exécution relatives à la déclaration de valeur;
- c) si aucune réclamation n'a été déposée dans le délai défini à l'article 30.1, de la Convention.

3. L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration d'origine de l'envoi; celle-ci peut exercer son droit de recours contre l'Administration responsable qui est tenue de lui rembourser, dans les conditions fixées dans le Règlement d'exécution de la Convention (Remboursement de l'indemnité à l'Administration payeuse; liquidation des indemnités entre les Administrations postales), les sommes qui ont été avancées pour son compte. L'Administration qui a supporté en dernier lieu le paiement de l'indemnité a un droit de recours, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, contre le destinataire, contre l'expéditeur ou contre des tiers. L'article 37 de la Convention et les articles correspondants de son Règlement d'exécution, relatifs aux délais de paiement de l'indemnité pour la perte d'un envoi recommandé, s'appliquent, pour toutes les catégories d'envois contre remboursement, au paiement des sommes encaissées ou de l'indemnité.

4. L'Administration de destination n'est pas responsable des irrégularités commises lorsqu'elle peut:

- a) prouver que la faute est due à la non-observation d'une disposition réglementaire par l'Administration du pays d'origine;
- b) établir que, lors de la transmission à son service, l'envoi et, s'il s'agit d'un colis postal, le bulletin d'expédition y afférent ne portaient pas les désignations réglementaires. Lorsque la responsabilité ne peut être nettement imputée à l'une des deux Administrations, celles-ci supportent le dommage par parts égales.

5. Lorsque le destinataire a restitué un envoi qui lui a été livré sans perception du montant du remboursement, l'expéditeur est avisé qu'il peut en prendre possession dans un délai de trois mois, à condition de renoncer au paiement du montant du remboursement ou de restituer le montant reçu en vertu du paragraphe 1 ci-dessus. Si l'expéditeur prend livraison de l'envoi, le montant remboursé est restitué à l'Administration ou aux Administrations qui ont supporté le dommage. Si l'expéditeur renonce à prendre livraison de l'envoi, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou des Administrations qui ont supporté le dommage.

2. Für Nachnahmesendungen, deren Beträge mit Nachnahmezahlkarte abgewickelt werden, wird die gleiche Vergütung gezahlt wie für solche, deren Beträge mit Nachnahmepostanweisung abgewickelt werden.

Artikel 8 Haftung

1. Die Verwaltungen haften für die eingezogenen Nachnahmebeträge bis zur ordnungsmäßigen Auszahlung oder Gutschrift auf das Postgirokonto des Empfängers. Ferner haften die Verwaltungen bis zur Höhe des einzuziehenden Nachnahmebetrags dafür, daß die Sendungen nicht ohne Einziehung des Nachnahmebetrags oder nicht unter Einziehung eines geringeren Betrags als des Nachnahmebetrags ausgeliefert werden. Die Verwaltungen haften nicht für Verzögerungen, die bei Einziehung und Übersendung der Nachnahmebeträge auftreten können.

2. Für die richtige Einziehung des Nachnahmebetrags wird nicht gehaftet, wenn

- a) die fehlerhafte Einziehung auf ein schuldhaftes oder nachlässiges Verhalten des Absenders zurückzuführen ist;
- b) die Sendung nicht ausgeliefert worden ist, weil sie unter die Verbote des Weltpostvertrags (Artikel 26 Absätze 1, 2 und 4.2) oder des Postpaketübereinkommens (Artikel 18 Absätze 1.2, 1.4, 1.5, 1.6, 1.7, 1.8 und 2) oder der Bestimmungen der Vollzugsordnung zum Postpaketübereinkommen bezüglich der Wertangabe fällt;
- c) innerhalb der Frist nach Artikel 30 Absatz 1 des Weltpostvertrags kein Nachforschungsantrag gestellt worden ist.

3. Zur Zahlung der Entschädigung ist die Einlieferungsverwaltung der Sendungen verpflichtet; diese kann Rückgriff bei der verantwortlichen Verwaltung nehmen, die unter den in der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag festgesetzten Bedingungen (Erstattung der Entschädigung an die zahlende Verwaltung; Abrechnung der Entschädigungen zwischen den Postverwaltungen) verpflichtet ist, die für ihre Rechnung ausgelegten Beträge der Einlieferungsverwaltung zu erstatten. Die Verwaltung, die letztlich die Entschädigung gezahlt hat, hat bis zur Höhe dieses Entschädigungsbetrags ein Rückgriffsrecht gegenüber dem Empfänger, dem Absender oder Dritten. Artikel 37 des Weltpostvertrags und die entsprechenden Artikel der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag über die Zahlungsfrist für Entschädigungen bei Verlust einer Einschreibsendung gelten auch für alle Arten von Nachnahmesendungen hinsichtlich der Auszahlung der eingezogenen Beträge oder der Entschädigung.

4. Die Verwaltung des Bestimmungslandes der Sendung haftet nicht für Unregelmäßigkeiten, wenn sie

- a) beweisen kann, daß der Fehler auf die Nichtbeachtung einer Bestimmung durch die Verwaltung des Einlieferungslandes zurückzuführen ist;
- b) nachweisen kann, daß bei der Übergabe an ihren Dienst die Sendung und, wenn es sich um ein Postpaket handelt, die zugehörige Paketkarte nicht die ordnungsgemäßen Kennzeichnungen getragen haben. Haftet eine der beiden Verwaltungen nicht eindeutig, so tragen beide Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen.

5. Wenn der Empfänger eine Sendung, die ihm ohne Einziehung des Nachnahmebetrags ausgeliefert worden ist, wieder zurückgibt, wird der Absender verständigt, daß er die Sendung innerhalb einer Frist von drei Monaten unter Verzicht auf die Auszahlung des Nachnahmebetrags oder gegen Rückzahlung des ihm nach Absatz 1 gezahlten Betrags wieder übernehmen kann. Übernimmt der Absender die Sendung, so wird der zurückgezahlte Betrag der Verwaltung oder den Verwaltungen erstattet, die den Schaden getragen haben. Verzieht der Absender auf die Rücknahme der Sendung, so wird sie Eigentum der Verwaltung oder der Verwaltungen, die den Schaden getragen haben.

Article 9**Dispositions finales**

1. La Convention, l'Arrangement concernant les mandats de poste et l'Arrangement concernant le service des chèques postaux ainsi que l'Arrangement concernant les colis postaux sont applicables, le cas échéant, en tout ce qui n'est pas contraire au présent Arrangement.

2. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

2.1 Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2.2 Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil d'exploitation postale pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil d'exploitation postale qui sont parties à l'Arrangement.

2.3 Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

2.3.1 les deux tiers des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions;

2.3.2 la majorité des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement;

2.3.3 la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement.

2.4 Nonobstant les dispositions prévues sous 2.3.1, tout Pays-membre dont la législation nationale est encore incompatible avec l'addition proposée a la faculté de faire une déclaration écrite au Directeur général du Bureau international indiquant qu'il ne lui est pas possible d'accepter cette addition, dans les quatre-vingt-dix jours à compter de la date de notification de celle-ci.

3. Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1996 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Séoul, le 14 septembre 1994.

Artikel 9**Schlußbestimmungen**

1. Sofern Bestimmungen dieses Übereinkommens dem nicht entgegenstehen, gelten für Postnachnahmesendungen gegebenenfalls der Weltpostvertrag, das Postanweisungsübereinkommen und das Postgiroübereinkommen sowie das Postpaketübereinkommen.

2. Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Übereinkommen und seiner Vollzugsordnung

2.1 Dem Kongreß vorgelegte Vorschläge zu diesem Übereinkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden. Mindestens die Hälfte dieser beim Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2.2 Vorschläge zur Vollzugsordnung zu diesem Übereinkommen, die der Kongreß zur Entscheidung an den Rat für Postbetrieb verwiesen hat oder die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht werden, müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Rates für Postbetrieb, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden.

2.3 In der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachte Vorschläge zu diesem Übereinkommen müssen, um wirksam zu werden, erhalten

2.3.1 zwei Drittel der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen handelt;

2.3.2 die Mehrheit der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um Änderungen zu Bestimmungen dieses Übereinkommens handelt;

2.3.3 die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Übereinkommens handelt.

2.4 Ungeachtet der in Absatz 2.3.1 vorgesehenen Bestimmungen kann jedes Mitgliedsland, dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften mit der vorgeschlagenen Hinzufügung noch unvereinbar sind, innerhalb von neunzig Tagen, vom Tag ihrer Notifizierung an gerechnet, gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Büros eine schriftliche Erklärung abgeben, in der es darlegt, daß es ihm nicht möglich ist, dieser Hinzufügung zuzustimmen.

3. Dieses Übereinkommen tritt am 1. Januar 1996 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der vertragschließenden Länder dieses Übereinkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Seoul am 14. September 1994.

Notifikation

(Übersetzung)

Union postale universelle
Bureau international
Notre référence 0205 (C) 1760
Aux Gouvernements des
Pays-membres de l'Union

Berne, le 19 juin 1997

Weltpostverein
Internationales Büro
Unser Bezug 0205 (C) 1760
An die Regierungen der
Mitgliedsländer des Weltpostvereins

Bern, 19. Juni 1997

Objet

Décision adoptée entre deux Congrès. Revision par le Conseil d'administration de l'article 5.2 (Taxes principales) de l'Arrangement concernant les colis postaux

Betreff:

In der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßte Beschlüsse. Änderung des Artikels 5 Absatz 2 (Grundgebühren) des Postpaketübereinkommens durch den Verwaltungsrat

Madame, Monsieur,

Conformément aux termes de l'article 123, § 1, du Règlement général de l'Union postale universelle (Notification des décisions adoptées entre deux Congrès), j'ai l'honneur de vous communiquer la modification suivante qui a été apportée à l'article 5.2 de l'Arrangement concernant les colis postaux (Séoul 1994).

Anrede,

Gemäß Artikel 123 Absatz 1 der Allgemeinen Verfahrensordnung des Weltpostvereins (Notifizierung der in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse) möchte ich Ihnen folgende Änderung des Artikels 5 Absatz 2 des Postpaketübereinkommens (Seoul 1994) mitteilen.

Ancien texte de l'article 5.2 de l'Arrangement concernant les colis postaux (Séoul 1994)	Texte révisé
«2. Les taxes principales doivent être en relation avec les quotes-parts. En règle générale, leur produit ne doit pas dépasser, dans l'ensemble, les quotes-parts fixées par les Administrations en vertu des articles 34 à 36.»	«2. Les taxes principales sont fixées par l'Administration d'origine en tenant compte des coûts afférents à la fourniture des prestations et aux exigences du marché.»

Alter Text des Artikels 5 Absatz 2 des Postpaketübereinkommens (Seoul 1994)	Geänderter Text
„2. Die Grundgebühren müssen mit den Vergütungsanteilen in Beziehung stehen. Im allgemeinen dürfen sie insgesamt nicht höher sein als die von den Verwaltungen nach den Artikeln 34 bis 36 festgelegten Vergütungsanteile.“	„2. Die Grundgebühren werden von der Einlieferungsverwaltung unter Berücksichtigung der Kosten für die Bereitstellung der Leistungen und der Markterfordernisse festgelegt.“

Proposé par le Conseil d'administration de 1995, ce projet de modification a fait l'objet des deux consultations¹⁾ prévues à l'article 122, § 1 (Examen des propositions entre deux Congrès), du Règlement général.

Dieser Änderungsentwurf, der vom Verwaltungsrat 1995 vorgeschlagen worden war, war Gegenstand der zwei Befragungen¹⁾, die in Artikel 122 Absatz 1 (Prüfung von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen) der Allgemeinen Verfahrensordnung vorgesehen sind.

La proposition a été appuyée par la grande majorité des Pays-membres signataires de l'Arrangement ayant participé au vote.

Der Vorschlag ist von der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedsländer, die das Übereinkommen unterzeichnet haben und die sich an der Abstimmung beteiligt haben, unterstützt worden.

Conformément aux termes des articles 42.3.1 de l'Arrangement concernant les colis postaux et 124, § 2, du Règlement général, le nouveau texte devient exécutoire à partir du 1^{er} octobre 1997.

Nach Artikel 42 Absatz 3.1 des Postpaketübereinkommens und Artikel 124 Absatz 2 der Allgemeinen Verfahrensordnung tritt der neue Text am 1. Oktober 1997 in Kraft.

A titre de rappel, cette information est communiquée également aux Administrations postales par voie de circulaire, conformément aux termes de l'article 123, § 2, du Règlement général.

Diese Information wird nach Artikel 123 Absatz 2 der Allgemeinen Verfahrensordnung auch den Postverwaltungen zur Erinnerung mit Rundschreiben mitgeteilt.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, l'assurance de ma haute considération.

(Höflichkeitsformel)

Le Vice-Directeur général,
M. Mazou

Der Vizegeneraldirektor
M. Mazou

¹⁾ Voir lettres-collectives 4421 (C) 1720 du 10 juillet 1996 et 2191 du 19 décembre 1996.

¹⁾ Siehe die Schreiben 4421 (C) 1720 vom 10. Juli 1996 und 2191 vom 19. Dezember 1996 an alle Postverwaltungen.

Denkschrift zu den Verträgen des Weltpostvereins vom 14. September 1994

I. Allgemeines

Der Weltpostverein wurde am 9. Oktober 1874 in Bern durch Unterzeichnung des Allgemeinen Postvereinsvertrags gegründet.

Deutschland gehörte zu den 22 Gründungsmitgliedern und hatte durch den späteren Generalpostmeister Heinrich von Stephan maßgeblichen Anteil an der Schaffung des Vereins. Im Jahre 1948 wurde der Weltpostverein Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die Verträge des Weltpostvereins regeln die Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern, ihre Zusammenarbeit und die Ausführung der internationalen Postdienste.

Rechtliche Basis des Weltpostvereins ist die Satzung des Weltpostvereins, die am 10. Juli 1964 auf dem XV. Weltpostkongreß in Wien von den Mitgliedsländern unterzeichnet wurde. Der Satzung, die Dauercharakter hat, wurde für die Bundesrepublik Deutschland mit Vertragsgesetz vom 20. Dezember 1965 (BGBl. 1965 II S. 1633) zugestimmt; sie wird in der Neufassung bekanntgemacht.

Nach der Satzung treten Vertreter der Mitgliedsländer des Weltpostvereins regelmäßig alle fünf Jahre zu einem Weltpostkongreß zusammen, um die Satzung und die übrigen Verträge des Weltpostvereins zu revidieren und ggf. zu ergänzen. Änderungen der Satzung erfolgen ggf. durch ein Zusatzprotokoll; die übrigen Verträge werden in der revidierten Fassung neu beschlossen.

Die bisher geltenden Verträge des Weltpostvereins beruhen auf Beschlüssen des XX. Weltpostkongresses von Washington 1989; mit Vertragsgesetz vom 31. August 1992 (BGBl. 1992 II S. 749) wurde ihnen zugestimmt.

Auf dem XXI. Weltpostkongreß in Seoul vom 22. August bis 14. September 1994 wurde die Satzung durch das Fünfte Zusatzprotokoll geändert; außerdem wurden die Verträge revidiert und satzungsgemäß neu beschlossen.

Deutschland war auf dem Kongreß durch eine Delegationsdelegation vertreten. Am 14. September 1994 wurden für Deutschland folgende Verträge unterzeichnet:

1. Fünftes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins
2. Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nebst Anhang
3. Weltpostvertrag
4. Postpaketübereinkommen
5. Postanweisungsübereinkommen
6. Postgiroübereinkommen und
7. Postnachnahmeübereinkommen

Mit diesen Verträgen hat Deutschland – wie schon auf den vorhergehenden Kongressen – alle Verträge des Weltpostvereins unterzeichnet.

Der Änderung des Postpaketübereinkommens nach dessen Unterzeichnung hat die erforderliche Mehrheit der Mitgliedsländer zugestimmt.

II. Besonderes

Mit dem **Fünften Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins** ist der bisherige Vollzugsrat in Verwaltungsrat und der bisherige Konsultativrat für Poststudien in Rat für Postbetrieb umbenannt worden (Artikel 17 und 18); letzterem ist neben betrieblichen, wirtschaftlichen und technischen Aufgaben nunmehr auch der Erlass der Vollzugsordnungen zu den Verträgen des Vereins übertragen (Artikel 22).

Der Kongreß hat durch Änderung der **Allgemeinen Verfahrensordnung** die Kompetenzen zwischen den beiden genannten Organen des Weltpostvereins in der Weise neu aufgeteilt, daß dem Verwaltungsrat die Regierungs- und Regulierungsbelange zufallen, während der Rat für Postbetrieb für alle nicht ausdrücklich anderen Organen des Weltpostvereins vorbehaltenen Betriebsfragen zuständig ist (Artikel 102 und 104). Was die künftigen Ausgaben des Vereins anbelangt, so hat der Kongreß Haushaltsobergrenzen für die Jahre 1996 bis 2000 festgelegt (Artikel 125).

Im **Weltpostvertrag**, der den internationalen Briefpostdienst regelt, hat der Kongreß folgende wesentliche Änderungen vorgenommen:

- Die Gebühren des internationalen Briefpostdienstes müssen künftig mindestens denen des Inlandsdienstes für vergleichbare Leistungen entsprechen (Artikel 6).
- Sendungen mit Eilzustellung müssen nur noch dann durch besonderen Boten ausgeliefert werden, wenn sie nach Beginn der gewöhnlichen Zustellung beim Zustellamt eintreffen (Artikel 19).
- Liefere inländische Absender an Empfänger im Inland gerichtete Briefsendungen bei fremden Postverwaltungen ein, so haben die Bestimmungsverwaltungen künftig die Möglichkeit, nicht nur vom Absender, sondern, wenn dieser die Zahlung verweigert, auch von der Einlieferungsverwaltung Gebühren in Höhe ihrer Inlandsgebühren zu erheben. Werden diese Gebühren nicht innerhalb der von der Bestimmungsverwaltung gesetzten Frist gezahlt, so kann diese die Sendungen gegen Erstattung ihrer Kosten an die Einlieferungsverwaltung zurücksenden oder entsprechend ihrer Gesetzgebung mit den Sendungen verfahren (Artikel 25).
- Die Ersatzbeträge für in Verlust geratene Einschreibsendungen werden angehoben
 - für den Brief von 24,50 Sonderziehungsrechten (SZR) auf 30 SZR (≈ 72 DM) und
 - für den besonderen Beutel von 122,51 SZR auf 150 SZR (≈ 360 DM),

jeweils einschließlich der Beförderungsgebühren (Artikel 34).

- Als erster nicht gegenständlicher Nachrichtenübermittlungsdienst wird der elektronische Briefpostdienst in den Weltpostvertrag aufgenommen. Er bietet die sekundenschnelle Übermittlung von Nachrichten mit den Mitteln der Telekommunikation und die körperliche oder elektronische Auslieferung an den Empfänger (Artikel 39 bis 41).
- Laufzeitprüfungen sollen dazu beitragen, die für die verschiedenen Verkehrsrelationen geltenden Dienstgütevorgaben zu realisieren (Artikel 42).
- Der Satz für die Endvergütungen, mit welchen die Einlieferungsverwaltung der Bestimmungsverwaltung jedes Kilogramm übersandter Briefpost auszugleichen hat, wird – geringfügig – von 2,94 SZR auf 3,427 SZR ($\approx 8,20$ DM) angehoben. Überschreitet das Gewicht der Briefpost in einer Verkehrsrichtung 150 Tonnen pro Jahr, so kann die Einlieferungs- oder die Bestimmungsverwaltung unter bestimmten Voraussetzungen eine Korrektur verlangen. Bei in großer Zahl eingelieferten Sendungen (1500 Sendungen an einem Tag oder 5000 Sendungen in 14 Tagen, von demselben Absender) steht der Bestimmungsverwaltung stets eine Korrektur zu. Im Falle der Korrektur berechnet sich der Vergütungssatz nach der Formel „Anzahl der Sendungen/kg $\times 0,14$ SZR + 1 SZR“. Alternativ dazu kann die Bestimmungsverwaltung bei in großer Zahl eingelieferten Sendungen eine Vergütung verlangen, die sich an den Bearbeitungskosten und den Inlandsgebühren orientiert (Artikel 49).

Im **Postpaketübereinkommen** hat es folgende erwähnenswerte Änderungen gegeben:

- Das Höchstgewicht für Postpakete wird von 20 kg auf 31,5 kg angehoben (Artikel 3).
- Als neuer Dienst wird das sogenannte Consignment, eine Sammelsendung von Paketen eines Versenders in das Ausland, in das Übereinkommen aufgenommen (Artikel 14).
- Bei Verlust, Beschädigung und Beraubung von Postpaketen ohne Wertangabe wird nunmehr für jedes Paket ein Ersatzbetrag von 40 SZR (≈ 96 DM) und zusätzlich für jedes Kilogramm ein Ersatzbetrag von 4,50 SZR ($\approx 10,90$ DM) gezahlt (Artikel 26).

Das **Postanweisungsübereinkommen** (PANwÜb), das **Postgiroübereinkommen** (PGiroÜb) und das **Postnahmeübereinkommen** (PNÜb) sind nur geringfügig geändert worden; folgende Neuerungen sind erwähnenswert:

- Die Fristen für die Zahlung von Ersatzleistungen im Postanweisungsdienst werden stark verkürzt (Artikel 9 PANwÜb).
- Die Vergütungen für die Bestimmungsverwaltungen im Postanweisungsdienst werden angehoben (Artikel 10 PANwÜb).
- Jedes Postfinanzinstitut kann dem „POSTNET“, einem internationalen Verbund nationaler Geldausgabeautomatennetze, beitreten (Artikel 16 PGiroÜb) und seinen Karteninhabern anbieten, im Ausland Bargeld an Geldausgabeautomaten dieses Netzes abzuheben (Artikel 2 PGiroÜb).

19.12.97

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 14. September 1994 des Weltpostvereins

Der Bundesrat hat in seiner 720. Sitzung am 19. Dezember 1997 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Zum Gesetzentwurf allgemein

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß Artikel 25 Abs. 2 des Weltpostvertrages auch auf das sogenannte "non-physical-remailing" angewendet werden sollte und bittet die Bundesregierung zu prüfen, ob und wie dies sichergestellt werden kann. Die Vertragsklausel stellt in der jetzigen Formulierung nicht klar, daß auch das Umgehen von höheren Inlandsgebühren auf elektronischem Weg unter diese Regelung fällt.

Darüber hinaus ist nur unzureichend geregelt, wie in der Praxis die Beweislast zu führen ist. Der Beweis, daß der Absender nicht aus Gründen der Gebührenersparnis Sendungen über das Ausland verschickt, sollte nicht allein vom potentiell Geschädigten zu erbringen sein (Beweislastverteilung).